

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

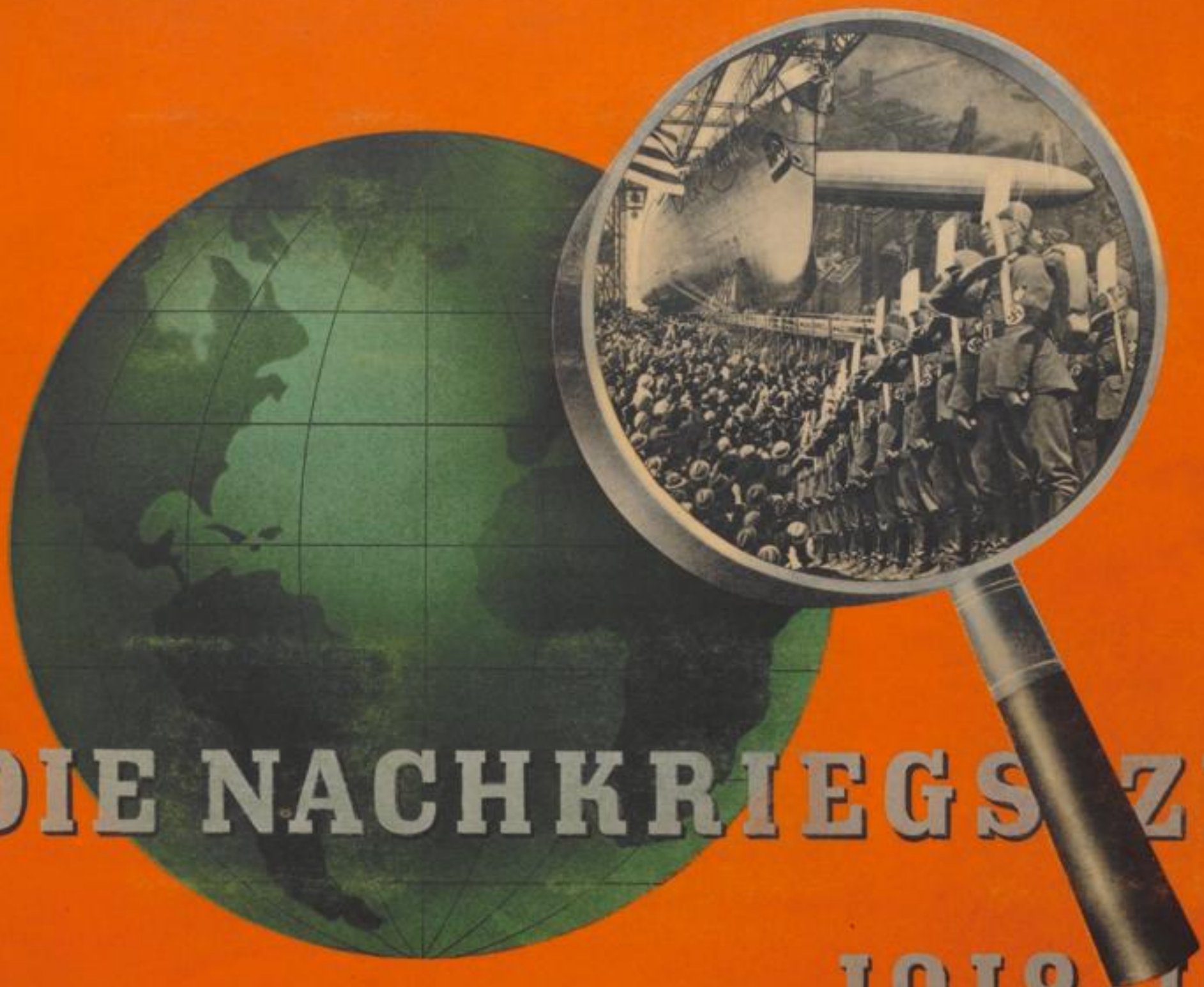
Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Die Nachkriegszeit

Eckstein-Halpaus GmbH

[Dresden], [1935]

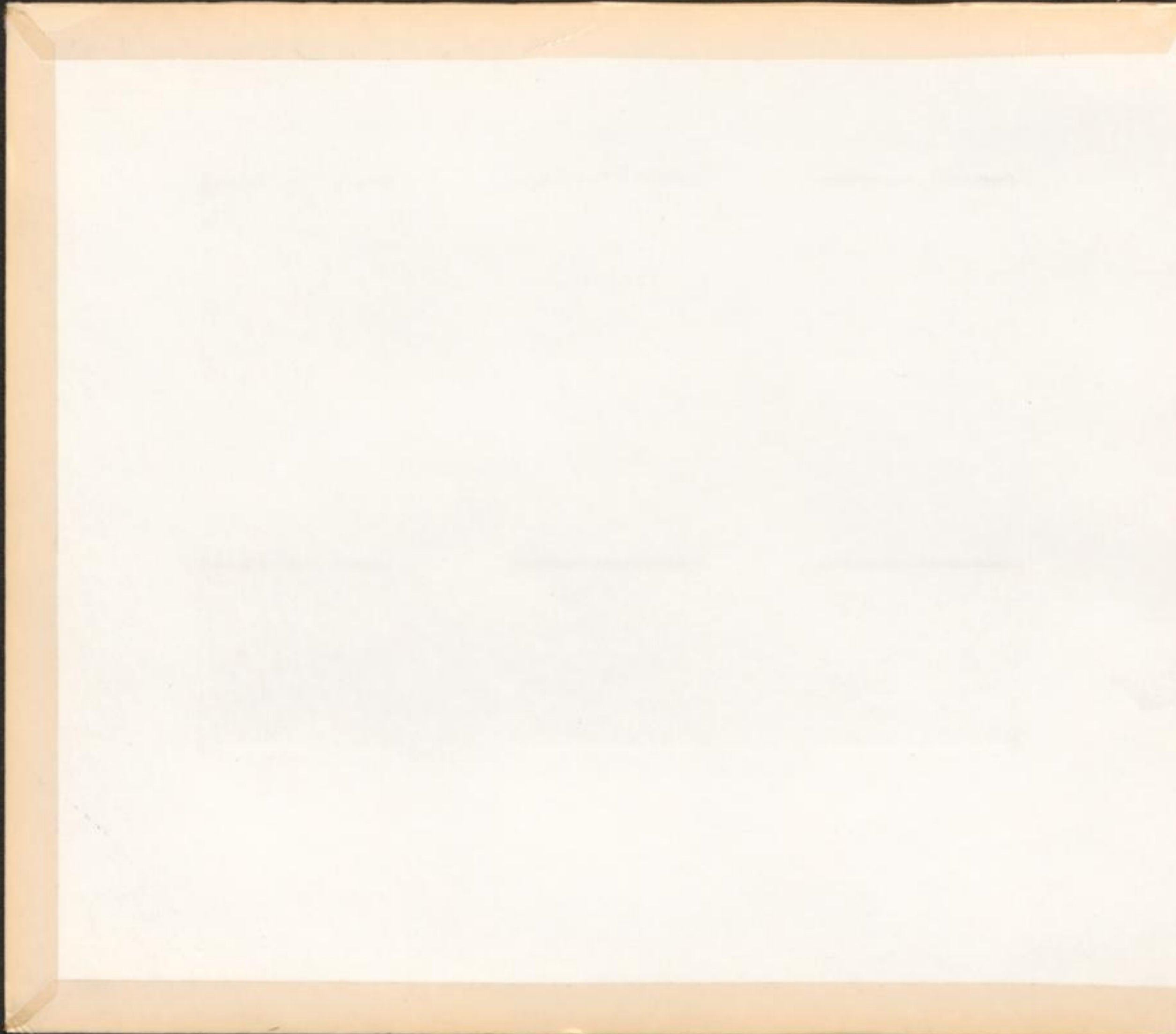
[urn:nbn:de:bsz:31-362797](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-362797)



DIE NACHKRIEGSZEIT

1918-1934

102 B
50035
BLB



DIE NACHKRIEGSZEIT

Historische

BILDDOKUMENTE

1918



1934

**HERAUSGEGEBEN VON ECKSTEIN-HALPAUS
WALDORF-ASTORIA UND HAUS NEUERBURG**

6

102 B 50035

Einleitung



Drei gewaltige Faktoren sind es, welche das Schicksal der Nachkriegszeit bestimmten:

Der Versailler Vertrag

*Das Bestreben Frankreichs, ihn nötigenfalls
durch Vernichtung des Reiches zu sichern*

Der Aufbruch der deutschen Nation

Erst mit der Rückkehr der Saar kann dieser, von einer ungeheuren Dynamik erfüllte Zeitraum als abgeschlossen gelten; denn in Verbindung mit diesem überaus bedeutsamen Ereignis scheint sich endlich auch auf der Gegenseite der Wunsch einzustellen, mit dem neu erstarkenden deutschen Volk zu einer Verständigung zu gelangen.

Heute sind wir mit den Ereignissen der Nachkriegszeit noch aufs engste verknüpft. Wenn wir trotzdem den Versuch wagen, eine Bilder-Chronologie dieser Epoche zusammenzustellen, so bitten wir von vornherein unsere Sammler um freundliche Nachsicht; denn es ist nicht leicht, aus der Fülle der Begebenheiten die wichtigsten herauszuschälen und nach ihrer historischen Bedeutung zu gliedern. Auch mag mancher aus eigenem Erleben heraus Ursachen und Wirkungen in anderer Weise betrachten, als sie in diesem, einer allgemeinen Übersicht dienenden Sammelwerk geschildert werden können.

Trotzdem hoffen wir, den Sammlern unserer Bilder mit dem Album „Die Nachkriegszeit“ eine besondere Freude zu bereiten. Obwohl es mancherlei Literatur über die einzelnen Ereignisse der verflossenen 16 Jahre gibt, so glauben wir doch, mit unserer leichtverständlichen, chronologisch geordneten und mit Originalphotos versehenen Darstellung etwas ganz Neues zu bieten.

Wir übergeben das vorliegende Sammelwerk den Freunden unserer Zigaretten mit dem Wunsch, daß es ihnen ein willkommener Führer durch den Ablauf der weltgeschichtlichen Begebenheiten der Nachkriegszeit sein möge, die zur Grundlage unserer Gegenwart und damit auch unserer Zukunft geworden sind.

5

Die wichtigsten Abschnitte der Nachkriegszeit

- | | |
|---|--|
| <p>4. November 1918 <i>Beginn der Revolution</i></p> <p>11. November 1918 <i>Waffenstillstand</i></p> <p>13. November 1918 <i>Gründung des Stahlhelms</i></p> <p>28. Juni 1919 <i>Unterzeichnung des Friedens von Versailles</i></p> <p>Anfang Juli 1919 <i>Adolf Hitler tritt der Deutschen Arbeiterpartei bei</i></p> <p>24. Februar 1920 <i>Adolf Hitler verkündet in München sein Parteiprogramm</i></p> <p>13.-17. März 1920 <i>Der Kapp-Putsch</i></p> <p>31. Dezember 1920 <i>Die Abrüstung Deutschlands ist durchgeführt</i></p> <p>5. Mai 1921 <i>Das Londoner Ultimatum</i>
<i>Beginn der Erfüllungspolitik</i></p> <p>20. Oktober 1921 <i>Teilung Oberschlesiens durch den Völkerbundsrat</i></p> <p>4. November 1921 <i>Hitler-Versammlung im Münchner Hofbräuhaus: Geburtsstunde der SA.</i></p> <p>10. April bis
19. Mai 1922 <i>Weltwirtschaftskonferenz in Genua und (16. 4.) Vertrag von Rapallo zwischen Deutschland und Rußland</i></p> <p>11. Januar 1923 <i>Französisch-belgischer Einmarsch in das Ruhrgebiet. In Deutschland wird der passive Widerstand proklamiert</i></p> <p>26. September 1923 <i>Abbruch des passiven Widerstandes durch die Reichsregierung</i></p> <p>Herbst 1923 <i>Drohender Zerfall des Deutschen Reiches</i></p> <p>9. November 1923 <i>Der Hitler-Putsch</i></p> <p>15. November 1923 <i>Einführung der Rentenmark</i></p> <p>17. August 1924 <i>Der Dawesplan, eine vorläufige Regelung der deutschen Reparationen</i></p> <p>26. April 1925 <i>Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten</i></p> <p>31. Juli 1925 <i>Die Räumung des Ruhrgebietes ist beendet</i></p> <p>16. Oktober 1925 <i>Abschluß des Locarnopaktes</i></p> | <p>31. Januar 1926 <i>Räumung der I. (Kölner) Zone</i></p> <p>10. September 1926 <i>Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund</i></p> <p>31. Januar 1927 <i>Ende der Militärkontrolle in Deutschland</i></p> <p>13. Mai 1927 <i>Beginn der deutschen Wirtschaftskrise. Börsenkrach in Berlin</i></p> <p>27. August 1928 <i>Der Kellogg-Pakt spricht die Ächtung des Krieges aus. Zur selben Zeit haben Frankreich und seine Verbündeten die große Neuorganisation ihrer Streitkräfte beendet</i></p> <p>3. Oktober 1929 <i>Tod Stresemanns</i></p> <p>28. Oktober 1929 <i>Beginn der Weltwirtschaftskrise</i>
<i>Börsenkrach in New York</i></p> <p>30. November 1929 <i>Räumung der II. (Koblenzer) Zone</i></p> <p>20. Januar 1930 <i>Der Youngplan, d. h. die „endgültige“ Regelung der deutschen Reparationen (bis 1988!)</i></p> <p>30. Juni 1930 <i>Räumung der III. und letzten (Mainzer) Zone</i></p> <p>14. September 1930 <i>Bei den Reichstagswahlen steigt die Zahl der nationalsozial. Abgeordneten von 12 auf 107</i></p> <p>20. Juni 1931 <i>Drohender finanzieller Zusammenbruch Deutschlands; das Hoover-Moratorium</i></p> <p>30. Mai 1932 <i>Rücktritt Brüning's; von Papen wird Reichskanzler (1. 6.)</i></p> <p>30. Januar 1933 <i>Adolf Hitler wird Reichskanzler</i></p> <p>21. März 1933 <i>Der „Tag von Potsdam“</i></p> <p>1. Juni 1933 <i>Beginn der „Arbeitsschlacht“</i></p> <p>14. Oktober 1933 <i>Deutschland verläßt den Völkerbund und die Abrüstungskonferenz in Genf</i></p> <p>15. November 1933 <i>Deutsch-polnische Verständigung</i></p> <p>2. August 1934 <i>Tod Hindenburgs</i>
<i>Adolf Hitler „Führer und Reichskanzler“</i></p> <p>13. Januar 1935 <i>„Deutsch ist die Saar“</i></p> |
|---|--|

Januar 1918

8. 1. Präsident *Wilson*, der am 6. April 1917 Deutschland den Krieg erklärt hatte, verkündet in seiner Botschaft an den Kongreß in Washington sein Weltfriedensprogramm: „Die 14 Punkte“:

1. *Offens Diplomatie,*
2. *Freiheit der Meere,*
3. *Wirtschaftsfreiheit,*
4. *Allgemeine Abrüstung,*
5. *Ausgleich der Kolonialansprüche,*
6. *Räumung des besetzten russischen Gebietes,*
7. *Wiederherstellung Belgiens,*
8. *Deutschland räumt Elsaß-Lothringen,*
9. *Berichtigung der italienischen Grenzen,*
10. *Autonomie der Völker Österreich-Ungarns,*
11. *Wiederherstellung auf dem Balkan,*
12. *Autonomie der Völker des Türkischen Reiches,*
13. *Polen's Unabhängigkeit und Seehafen,*
14. *Völkerbund.*

März 1918

3. 3. Friede zu Brest-Litowsk mit Rußland (Trotzki).
21. 3. (bis 4. 4.). Großer deutscher Angriff, der bei Arras gelingt, aber vor Amiens scheitert.

Mai 1918

27. 5. (bis 5. 6.). Großer deutscher Durchbruch am „Damenweg“ bei Soissons. Vorstoß bis zur Marne.

Juli 1918

18. 7. Gegenoffensive Fochs bei Villers-Cotterêts unter Mitwirkung der Amerikaner.

August 1918

8. 8. Erfolgreicher englischer Angriff zwischen Somme und Avre — 13 frische feindliche Divisionen mit 400 Tanks gegen 6 geschwächte deutsche.

15. 8. Unter dem Eindruck dieser Kämpfe beschließt ein deutscher Kronrat in Spa, mit den Westmächten so bald als möglich eine Verständigung anzubahnen. Kaiser Karl verlangt darüber hinaus für Österreich raschen Frieden.

September 1918

14. 9. Österreich-Ungarn richtet eine Friedensnote an den Feindbund, die aber abgelehnt wird.

15. 9. Die Entente-Armee unter dem französischen General Franchet d'Esperey durchbricht die bulgarische Front zwischen Cerna und Wardar, wodurch ab 22. September 1918 eine Trennung zwischen der bulgarischen Armee und den Heeren der Mittelmächte herbeigeführt wird.

25. 9. Bulgarien bietet den Waffenstillstand an, der am 29. September unterzeichnet wird.

29. 9. Deutsche OHL. (Oberste Heeresleitung) fordert Friedensverhandlungen auf Grund von Wilsons 14 Punkten, solange das deutsche Heer noch fest gefügt sei.

Oktober 1918

3. 10. Prinz Max von Baden wird Reichskanzler.

4. 10. Waffenstillstandsangebot Deutschlands an Wilson.

14. 10. Antwortnote Wilsons: Der Waffenstillstand soll durch die alliierten Generale geregelt und „die Macht vernichtet werden, die jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt“ (Kaiserfrage!). Der U-Boot-Krieg ist sofort einzustellen.

19. 10. Deutsche OHL. ist gegen Einstellung des U-Boot-Krieges ohne jede Gegenleistung. Der Kaiser entscheidet sich jedoch für die Einstellung.

20. 10. Einstellung des U-Boot-Krieges, durch den insgesamt 19 Millionen Schiffstonnen versenkt worden sind. Die deutsche Regierung teilt diese Maßnahme Wilson mit „im Vertrauen darauf, daß er keine Forderungen guthießt, die mit der Ehre des deutschen Volkes und einem Frieden der Gerechtigkeit unvereinbar sind“.

21. 10. Gnadenerlaß der Regierung für politische Vergehen.

23. 10. Antwortnote Wilsons fordert militärische Übergabe Deutschlands und Rücktritt des Kaisers.

26. 10. Hindenburg und Ludendorff verlangen daraufhin Abbruch der Verhandlungen und äußerste Fortsetzung des Widerstandes. Die Regierung setzt Ludendorffs Rücktritt durch. Nachfolger wird General Groener.

27. 10. Kaiser Karl fordert für Österreich einen Sonderfrieden.

28. 10. Durchbruch der Italiener an der österreichisch-ungarischen Front bei Vittorio Veneto. Am gleichen Tage

sammelt sich die deutsche Hochseeflotte in Wilhelmshaven, um die englische aus ihrem Versteck herauszulocken und in offener Seeschlacht eine Entscheidung zu erzwingen. Dieser Plan muß infolge einer Meuterei, die jedoch unterdrückt wird, aufgegeben werden.

30. 10. Beginn der Auflösung des österreichisch-ungarischen Heeres. Revolutionäre Unruhen in der Donaumonarchie, in deren Verlauf sich die österreichischen „Nachfolgestaaten“ bilden.

31. 10. Abreise des Kaisers ins Große Hauptquartier nach Spa.

November 1918

3. 11. Waffenstillstand von Österreich unterzeichnet. — Protestversammlung in Kiel gegen Aburteilung der Wilhelmshavener Meuterer. Demgegenüber setzt die Regierung Landtruppen zur Herstellung der Ordnung ein.

Beginn der Revolution in Deutschland

4. 11. Kiel in der Gewalt der Matrosen.

Um den Frieden wiederherzustellen, entsendet die SPD. Noske, der als neuer Gouverneur dieser Stadt eine gewisse Beruhigung zustande bringt.

5. 11. Amerika fordert Deutschland auf, in Compiègne die Waffenstillstandsbedingungen entgegenzunehmen.

6. 11. Abreise der deutschen Abordnung unter Erzberger. Inzwischen hat die Revolution die ganze Küste erfaßt.

7. 11. Die Revolution dehnt sich weiter aus, zunächst auf Nordwestdeutschland und auf Bayern; hier muß König Ludwig fliehen.

8. 11. In Bayern wird der neue Freistaat (Kurt Eisner) ausgerufen. Abdankung des Herzogs von Braunschweig. Am selben Tag stellt Marschall Foch äußerst harte Bedingungen für den Waffenstillstand in Form eines Ultimatums.

9. 11. Der Kaiser ringt in Spa mit schwersten Entschlüssen: Er will der Heimat den Bürgerkrieg ersparen, will sogar die Kaiserwürde niederlegen, aber als König von Preußen das Heer nicht verlassen. Inzwischen gibt Reichskanzler Prinz Max von Baden auf Grund eines Telefongesprächs mit dem Großen Hauptquartier vorzeitig die Abdankung, die von weiten Volkskreisen gefor-



November

1 Der alte Widerstand der deutschen Front. Artillerie bei der letzten Kampfhandlung in der Champagne. Die Front ist ungebunden; aber ein furchtbarer Alpdruck lastet auf allen Kämpfern unserer tapferen Heeres. Am 27. September fordern Bulgarien, am 27. Oktober Österreich den Sonderfrieden. Im Innern entstehen überall revolutionäre Zellen. So ringt man draußen nicht mehr um den Sieg, sondern nur noch um einen ehrenvollen Frieden.



November

2 Die Novemberrevolution. Ein Agitationsredner, der für den Frieden um jeden Preis und für Abdankung des Kaisers eintritt. Ein Gnadenlaß der Regierung hatte am 21. Oktober 1918 zahlreichen Unruhestiftern die Freiheit gegeben. Diese reißen nunmehr die Massen zu offenen Aufrühr hin. Zuerst kommt es am 30. Oktober auf der Hochseeflotte, die zur Entlastung des Landheeres nochmals gegen England eingesetzt werden soll, zu Unruhen und Widersetzlichkeiten.



November

3 Wilsons 14 Punkte. Die Bevölkerung bekräftigt aufs neue: „Wilson's 14 Punkte sind auch die unseren.“ Am 1. Januar 1918 hatte Wilson sein Weltfriedensprogramm verkündet. Es sah in Punkt 1 Wirtschaftsfreiheit, in Punkt 4 Abrüstung vor. Auf die Versöhnungsbereitschaft des deutschen Volkes haben diese Sätze einen ungeheuren Einfluß ausgeübt. Bis zuletzt hat man auf ihrer Grundlage einen ehrenvollen Frieden erhofft und im Vertrauen darauf die Waffen niedergelegt.



November

4 Der 9. November. Eine jener verderblichen Demonstrationen in Berlin am 9. November 1918. Während der Kaiser in Spa noch mit einem Entschluß ringt, verkündet der Reichkanzler Prinz Max von Baden am 9. November vorzeitig die Abdankung. Mittags übergibt er die Geschäfte Ebert, dem Vorsitzenden der mehrheitssozialistischen Partei. Schießverbot für die Truppen. Generalstreik. Um 3 Uhr nachmittags ruft Scheidemann die Republik aus.



November

5 Waffenstillstand. Marschall Foch unterzeichnet in seinem Eisenbahnwagen im Walde von Compiègne das Abkommen. Bis zuletzt kämpft die Oberste Heeresleitung um Milderung der unerbürten Bedingungen, die am 18. November Marschall Foch dem deutschen Bevollmächtigten, Staatssekretär Erzberger, übergeben hat. Nur minimale Zugeständnisse werden erreicht. Endlich — am 11. November, 6 Uhr früh — wird abgeschlossen.



November

6 Der Weltkrieg wird abgeblasen. Visewachtmeister Zehrowski, jetziger Gendarmewachtmeister, gab auf deutscher Seite das Signal. Bis zum letzten Augenblick hatte die Front in verzweifeltten Ringen gestanden. Vielfach wurde der Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten am 11. November 1918, 11.15 Uhr, zunächst geheimgehalten, bis endlich Trompetensignale das Ende anzeigten. Im Felde unbezigt, legte der deutsche Frontkämpfer die Waffen aus der Hand.

dert wird, bekannt, um durch eine Regentschaft wenigstens das monarchische Prinzip zu erhalten. Schießereien in Berlin. Flugblätter. Befreiung von Gefangenen. Eroberung des Polizeipräsidiums. Scheidemann ruft um 14 Uhr vor dem Reichstag die „Republik“, sein Gegenspieler, Liebknecht, um 16 Uhr vom Balkon des Schlosses die „Freie sozialistische Republik“ aus.

Prinz Max übergibt Ebert, dem Vorsitzenden der mehrheitssozialistischen Partei, die Geschäfte als Reichskanzler. Bildung eines „Rates der Volksbeauftragten“, durch welchen beide sozialistische Gruppen, SPD. und USPD., zunächst zusammengefaßt werden. Der Dollar steht am 9. November auf 7,45 M. gegen 4,20 M. normal.

10. 11. Der Kaiser überträgt Feldmarschall von Hindenburg den Oberbefehl, überschreitet im Morgengrauen bei Limburg die holländische Grenze und begibt sich nach Amerongen. Die verschiedenen deutschen Länder werden in Freistaaten umgewandelt, überall bilden sich Arbeiter- und Soldatenräte.

Letzter Versuch der OHL., eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen durch Appell an die Grundsätze Wilsons zu erreichen. Nur geringe Zugeständnisse.

Waffenstillstand

11. 11. Im Eisenbahnwagen des Marschalls Foch im Wald von Compiègne wird 6 Uhr vormittags der *Waffenstillstand* unterzeichnet. Dieser beginnt um 11.15 Uhr. Das gesamte linke Rheinufer muß innerhalb 10 Tagen geräumt sein. Schaffung von drei Brückenköpfen mit 30 km Durchmesser auf dem rechten Rheinufer. Sofortige Abgabe u. a. von 1000 Kanonen, 10 000 Maschinengewehren, 1000 Minenwerfern, 2000 Flugzeugen. Ablieferung von 1000 Lokomotiven, 150 000 Waggons und 1000 Lastkraftwagen. Rückgabe aller bisherigen Errungenschaften im Osten und Westen: Land, Gold, Kriegsgefangene. Unterhalt der fremden Besatzungstruppen im Rheinland auf Kosten des Reiches. Die Blockade bleibt bestehen. Beginn des Rückmarsches des deutschen Heeres.

Kaiser Karl verzichtet auf die Ausübung der Regierung für Österreich und — am 13. November — auch für Ungarn.

13. 11. Gründung des Stahlhelms durch Franz Seldte in Magdeburg.

14. 11. Hindenburg trifft mit dem Großen Hauptquartier in Kassel ein. Am gleichen Tag schließt General Lettow-Vorbeck, der mit seiner tapferen Schar unbesiegt blieb, in Deutsch-Ostafrika einen ehrenvollen Waffenstillstand (vgl. Bild 15).

Masaryk wird Staatspräsident der neugegründeten tschechoslowakischen Republik.

16. 11. In Ungarn wird die Republik ausgerufen.

17. 11. Beginn des Einmarsches der Alliierten ins deutsche Rheinland. Die ganze feindliche Schlachtfront von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze strebt mit Hunderttausenden von Streitern in einer einzigen großen Welle vorwärts. Im Norden besetzen die Belgier das Gebiet von Aachen, in Köln setzen sich die Engländer, in Trier und Koblenz die Amerikaner fest. In der Pfalz und in Rheinhessen werden für kurze Zeit sogar italienische Truppen stationiert. Die Franzosen legen ihr Hauptquartier nach Mainz, wahren sich aber überall das Recht, mitzubestimmen. Am 20. Dezember ist die gesamte Rheinlandbesetzung, einschließlich der Brückenköpfe, mit 50 feindlichen Divisionen, d. h. mit mehr als der Friedensstärke des ganzen deutschen Heeres, durchgeführt. Oberste Zivilbehörde wird die Rheinlandkommission mit dem Sitz in Koblenz.

19. 11. 2 Uhr nachmittags Auslaufen des größten Teiles der deutschen Kriegsflotte zu ihrer letzten Fahrt nach Scapa Flow, wo sie interniert wird (vgl. 21. 6. 1919).

23. 11. Einführung des 8-Stunden-Tages in Deutschland. Innsbruck wird von italienischen Truppen besetzt.

28. 11. Kaiser Wilhelm II. unterzeichnet den offiziellen Thronverzicht.

29. 11. Im Verfolg der Bestrebungen, ein großes Königreich der Serben (Jugoslawien) aufzubauen, schließt sich Montenegro Serbien an.

30. 11. Anschluß Siebenbürgens an Rumänien.

Dezember 1918

2. 12. Entgegen dem Wortlaut des Waffenstillstandsvertrages trennt Marschall Foch bei der Grenzsperrung zwischen Elsaß-Lothringen und Deutschland das Saargebiet eigenmächtig vom Reiche ab.

3. 12. Deutschland verwehrt sich vergeblich gegen die Verwendung schwarzer Besatzungstruppen (ca. 50 000 Mann).

6. 12. England dehnt entgegen dem Wortlaut des Waffenstillstandsvertrages die bisherige Blockade weiter

aus und unterbindet den freien Schiffsverkehr auf der Ostsee. Am gleichen Tage besetzt es Köln.

9. 12. Der am 11. November geschlossene Waffenstillstand wird vorläufig bis zum 17. Januar 1919 verlängert, aber nur gegen neue Zugeständnisse Deutschlands: „Um die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen“, muß außer der Kriegsflotte nun auch die gesamte deutsche Handelsflotte ausgeliefert werden.

14. 12. Wilson trifft zu den Friedensverhandlungen in Paris ein.

15. 12. Die Volksmarinedivision, die seit dem 9. November vor allem den radikalen Gedanken vertritt, besetzt in Stärke von 5000 Mann Schloß und Marstall in Berlin.

16. 12. (bis 19. 12.). Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin, die das vorläufige „Parlament“ bilden und die Wahlen für eine Nationalversammlung auf den 19. Januar 1919 ansetzen. Zugleich beschließt der Kongreß Abschaffung aller Orden und des Adels. Im weiteren Verlauf der Beratungen ergibt sich jedoch für die gemäßigte Richtung unter Ebert eine starke und damit vorläufig gesetzmäßige Überlegenheit.

In Ungarn wird die Armee Mackensen interniert. Der Feldmarschall konnte erst im November 1919 zurückkehren.

23. 12. Putsch der Volksmarinedivision in Berlin: Auf Grund der Ergebnisse des Reichskongresses vom 16.—19. Dezember ist es nächste Aufgabe der Regierung Ebert, die ihr gefährliche radikale Opposition zu beseitigen. Sie fordert, daß die Volksmarinedivision Schloß und Marstall räumt. Daraufhin schaltet eine Matrosenwache durch Abschneiden der Fernspreitleitungen im Reichskanzlerpalais die Regierung Ebert quasi aus. Eingreifen von Fronttruppen, die am 25. Dezember nach Beschießung des Schlosses mit Artillerie die Ordnung wiederherstellen. Die Unabhängigen scheiden am 27. Dezember aus der Regierung aus. Aus dem Spartakusbund heraus erfolgt die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands.

26. 12. Die Stadt Posen geht infolge eines Aufstandes an die Polen verloren. Der von der OHL. ins Leben gerufene Freiwillige Grenzschutz kommt zu spät, um die Aushungerung und Entwaffnung der tags zuvor aus dem Felde zurückgekehrten 6. Grenadiere zu verhindern.



Dezember

7 Geordneter Rückmarsch des Heeres. Heimkehrende Infanterie auf der Rheinbrücke in Köln im Dezember 1918. Binnen 14 Tagen mußten Belgien, Frankreich und Elsaß-Lothringen, binnen 10 Tagen die neutrale Zone mit den Brückenköpfen Mainz, Koblenz und Köln geräumt werden. Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die die Erfüllung dieser fast unmöglichen Forderungen mit sich brachte, ging der Rückzug der Fronttruppen in tadelloser Ordnung vor sich.



Dezember

8 Die Staatsmänner erhalten das Wort. Die feindlichen Staatsmänner. Von links nach rechts Lloyd George, Orlando, Clemenceau, Präsident Wilson. Am 6. Dezember hebt England die Blockade auf die bisher freie Ostsee aus und unterbindet damit unsere bisherige Zufuhr aus Skandinavien. „Um die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen“, muß die Regierung außer der Kriegsflotte (17. November) am 11. Dezember nun auch die deutsche Handelsflotte ausliefern.



Dezember

9 Das Ringen um die Macht. Bewaffnete Arbeiterbataillone marschieren über den Schloßplatz von Berlin. Nach der Abdankung des Kaisers im November 1918 hatte der „Rat der Volksbeauftragten“, bestehend aus drei Sozialdemokraten (Ebert, Scheidemann, Landsberg) und drei Unabhängigen (Barth, Haase, Däumgen), die Regierung übernommen. Durch das militärische Übergewicht der „Roten Volksmarine-division“ schien sich zunächst die radikale Bewegung durchzusetzen.



Dezember

10 Das Ringen um die Macht. Kampf von Regierungstruppen im Palais des Prinzen Leopold, Berlin. Der Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin, 16.—19. Dezember 1918, hatte eine starke Überlegenheit der Mehrheitssozialisten (Ebert) ergeben. Diese gehen jetzt unter Einsatz aller verfügbaren Mittel daran, die radikale Opposition zu beseitigen, zumal Spartakus am 21. Dezember sogar die Reichskanzlei besetzte und Ebert quasi gefangen nahm.



Dezember

11 Der Kampf um das Berliner Schloß. Ein zerstörtes Zimmer des Schlosses mit M.G.-Stand. Am 24. Dezember 1918 kam es zu blutigen Kämpfen um das Berliner Schloß. Es mußte unter Einsatz von Artillerie und Minenwerfern von Regierungstruppen regelrecht erobert werden. Die Volksmarine-division räumte es schließlich am 25. Dezember.



Dezember

12 Weihnachten 1918. Dachschiützen eines regierungstreuen Wachtregimentes. Während die Alliierten seit 20. Dezember 1918 das linke Rheinufer mit den Brückenköpfen besetzten: die Engländer Koblenz, die Amerikaner Koblenz, die Franzosen Mainz, bereiten sich in Deutschland weitere Unruhen vor. Gleichzeitig bilden jedoch heimkehrende Frontkämpfer überall freiwillige Formationen, die am Jahreschluß notwendig die Ruhe gewährleisten.

Januar 1919

5.-12./1. Kampf im Berliner Zeitungsviertel, der mit einem Siege der Regierungstruppen (Noske, General von Lüttwitz) endet. Daraufhin werden am 15. Januar die Spartakistenführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verhaftet und getötet. Die Unruhen übertragen sich auf das übrige Reich; u. a. wird am 10. Januar in Bremen die Räterepublik ausgerufen. Erst Ende Januar rücken Regierungstruppen unter Gerstenberg von Verden aus hiergegen vor. In schweren Kämpfen werden Bremen und Wilhelmshaven am 4. Februar unter Einsatz von Artillerie-Minenwerfern erobert.

5. 1. Gründung der „Deutschen Arbeiterpartei“ in München.

14. 1. Generalstreik in Halle a. S. mit dauernden Plünderungen und Kämpfen. An diesem Tage sind alle von deutscher Seite gemachten Kriegsgefangenen abtransportiert.

15. 1. Zweite Verlängerung des Waffenstillstandes unter Verschärfung der bisherigen Bedingungen: Brückenkopf Kehl sowie die Häfen Duisburg und Mannheim werden besetzt. Für die in Posen kämpfenden deutschen Grenzschutztruppen setzt Marschall Foch eine Demarkationslinie fest, die ungefähr der heutigen deutsch-polnischen Grenze entspricht.

18. 1. In Paris eröffnet Präsident Wilson persönlich eine Vorfriedenskonferenz: Die Alliierten verhandeln zunächst unter sich.

19. 1. Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung: 165 Sozialdemokraten, 89 Zentrum, 74 Demokraten, 42 Deutschnationale, 22 Volksparteiler und nur 22 Unabhängige. Unter den Abgeordneten befanden sich zum ersten Male 57 Frauen.

Februar 1919

6. 2. Eröffnung der Nationalversammlung in Weimar. Am 15. Februar bildet Philipp Scheidemann die Regierung, zunächst aus Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten (Anfänge der Weimarer Koalition). Am 16. Februar wird Schwarz-Rot-Gold-Flagge der neuen Republik.

Am 27. Februar wird das Gesetz zur Schaffung der Reichswehr eingebracht.

21. 2. Der von den Arbeiter- und Soldatenräten gestützte Präsident des Freistaates Bayern, Kurt Eisner, wird in München durch Graf Arco niedergeschossen.

23. 2. In Italien gründet Mussolini die Faschistische Partei (vgl. 28. 10. 1922).

März 1919

1. 3. Einmarsch des Landjägerkorps unter General Maercker in Halle a. S. Dieser stellt ab dann in Leipzig die Ruhe her (11. März) und begibt sich von dort zum Schutze der Nationalversammlung nach Weimar.

2. 3. Einzug des Generals v. Lettow-Vorbeck in Berlin.

3.-13./3. Straßenkämpfe in Berlin: 1200 Tote (!).

31. 3. Einmarsch von Regierungstruppen ins Ruhrgebiet, wo seit 12. Januar ein ungeheurer Bergarbeiterstreik brodet. Nach einem daraufhin einsetzenden Generalstreik wird notdürftig die Ruhe hergestellt.

April 1919

7. 4. Ausrufung der Räterepublik in Bayern als Gegen-schlag gegen die Erschießung Eisners.

9. 4. In Braunschweig wird die Räterepublik ausgerufen, jedoch wird am 17. April durch General Maercker die Ordnung wiederhergestellt.

29. 4. Die Alliierten sprechen Schantung den Japanern zu. Daraufhin verläßt die chinesische Delegation die Vorfriedenskonferenz (vgl. 18. 1. 1919).

30. 4. Erschießung von 20 Geiseln im Luitpold-Gymnasium in München auf Befehl der Räteregierung.

Mai 1919

2. 5. München wird durch General Ritter von Epp von der Räteherrschaft befreit.

7. 5. In Versailles werden der deutschen Delegation die Friedensbedingungen feierlich überreicht. Ihr Führer, der Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau, wahrt auch in dieser Stunde die Ehre der Nation:

„Wir wissen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen die Macht des Hasses, die uns hier gegenübertritt... Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die Alleinschuldigen an Kriegs bekennen sollen — ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge... Verbrechen im Kriege mögen nicht zu entschuldigen sein, aber sie geschehen in der Sorge um das Dasein der Nation, in einer Leidenschaft, die das Gewissen der Völker abtunpft. Die Hunderttausende aber, die nach dem Kriege an der Blockade zugrunde gingen, wurden mit kalter Oberlegung gemordet, nachdem ihr Sieg erzwungen und verbürgt war. Davon denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen.“

22. 5. Die „baltische Landwehr“, die aus deutschen „Freiwilligen“ besteht und denen die lettische Regierung Ansiedlung verspricht, entreißt den Bolschewisten Riga. Hier zeichnet sich Leutnant Schlageter besonders aus.

29. 5. Brockdorff-Rantzau übergibt in Paris die deutschen Gegenvorschläge. Bei ihrer Beratung kommt es — wie schon öfters — zu heftigen Zusammenstößen zwischen Lloyd George und Clemenceau. Der englische Minister-

präsident warnt: „Die Deutschen werden diese Bedingungen niemals unterzeichnen; man muß Abstriche machen.“ Aber er behält nicht recht.

Juni 1919

1.-4./6. Unterstützt von Frankreich ruft ein früherer Rechtsanwalt, Dr. Dorten, Wiesbaden, die Rheinische Republik aus, nachdem bereits am 22. Mai in Landau Dr. Haas die Unabhängigkeit der Pfalz erklärt hatte. Dieser erste „Separatismus“ bricht jedoch an dem einmütigen Widerstand der Bevölkerung rasch zusammen. Dorten wird von den deutschen Behörden verhaftet; aber der französische General Mangin erzwingt seine Freilassung.

9. 6. Niederlage der weißrussischen Truppen unter Admiral Koltchak, der die bolschewistische Herrschaft stürzen will, im südlichen Ural gegen die Rote Armee.

16. 6. Ablehnung der am 29. Mai überreichten deutschen Gegenvorschläge (vgl. 29. 5.). Clemenceau hat nur sehr wenig Erleichterungen gegenüber der ursprünglichen Fassung zugestanden. Den Verbleib von Oberschlesien soll eine Volksabstimmung endgültig entscheiden; das Saargebiet wird nicht von den Franzosen, sondern vom Völkerbund verwaltet. Diese Änderungen werden im Vertrag mit roter Tinte gekennzeichnet. Im übrigen drohen jetzt die Alliierten offen mit weiterem Vormarsch über den Rhein, wenn das Diktat nicht unterzeichnet wird. Als die deutsche Delegation Versailles verläßt, werden ihre Automobile mit Steinen beworfen.

18. 6. Die Versailler Konferenz fordert die Reichsregierung auf, die Baltikoner sofort zurückzurufen (vgl. 16. 12. 1919).

20. 6. In Weimar verhandelt man über die Frage: Annahme oder Ablehnung des Friedensdiktates. Das Kabinett Scheidemann — einschließlich Graf Brockdorff-Rantzau — tritt zurück, da es die Annahme nicht vertreten kann. Reichkanzler wird Bauer.

21. 6. Admiral Reuter, der mit einem Wiederaufleben des Krieges rechnet, versenkt die in Scapa Flow internierte deutsche Kriegsflotte (vgl. 19. 11. 1918) in Stärke von 6 Panzerkreuzern, 10 Linienschiffen, 8 Kleinen Kreuzern und 50 Torpedobooten der neuesten Typen. Hierbei fallen 1 Offizier, 8 Matrosen britischen Schüssen zum Opfer.

22. 6. Die Deutsche Nationalversammlung billigt die Friedensbedingungen unter Vorbehalt gegen gewisse Paragraphen, nimmt jedoch am 25. Juni infolge eines kurzfristigen Ultimatums seitens Clemenceau den Vertrag mit 257 gegen 138 Stimmen an.

23. 6. Freikorps-Soldaten in Berlin holen die nach den Versailler Bestimmungen an Frankreich zurückzugebenden

DAS JAHR 1919



Januar

13 Mehrtägiger Kampf im Berliner Zeitungsviertel. Eine Barrikade aus Zeitungen. Am 5. Januar 1919 lösen die Straßenunruhen erneut auf, vor allem im Berliner Zeitungsviertel, das nach schweren Kämpfen vom 1.—12. Januar von den Regierungstruppen unter General von Lüttwitz erobert wird. Eine Folge sind Festnahme und Tod von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar.



Februar

14 Nationalversammlung in Weimar. Eine Wahlrednerin während des vorangegangenen Wahlkampfes. Die Wahlen erfolgten am 19. Januar 1919 unter dem Schutz von Regierungstruppen. Zum ersten Male konnten auch die Frauen das Wahlrecht ausüben. Hierauf am 6. Februar 1919 Zusammentritt des ersten republikanischen Parlaments im Nationalhauser in Weimar. Durch dieses wird Friedrich Ebert am 11. Februar 1919 zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt.



März

15 Der siegreiche General von Lettow-Vorbeck, wie er am 2. März 1919 unter dem Jubel des Volkes in Berlin einzieht. Er hatte infolge des Waffenstillstandes in Ostafrika in für ihn günstiger Lage den Kampf einstellen müssen. 1000 weiße und 11 000 schwarze Soldaten hatten sich unter seiner bewährten Führung über 4 Jahre gegen insgesamt 300 000 Mann behauptet.



April

16 Räteregierung in München. Die Stätte des Geiselmordes im Hofe des Luitpold-Gymnasiums in München. Am 7. April 1919 rufen radikale Elemente in München überraschend die Räterepublik aus. Die Befreiung erfolgte Anfang Mai durch süddeutsche und preussische Freikorps. Bei ihrem Anmarsch ließ die Räteregierung am 10. April Mitglieder eines deutschbaltischen Bundes, die als Geiseln festgenommen waren, erschießen.



Mai

17 „Versailles.“ Der historische Augenblick, wo das „Goldene Buch“ mit dem schwächvollen Dokument in das Schloß von Versailles getragen wird. Nach 4monatiger Beratung überreicht Clemensau am 7. Mai 1919 das Friedensabkum der Alliierten. Obwohl mündliche Verhandlungen nicht gestattet sind, präsentiert Graf Brockdorff-Rantzau bereits hier in kernigen Worten gegen die Kriegsschuldigen.



Juni

18 Das Heldentum von Scapa Flow. Linienschiff „Bayern“ kurz vor dem Versinken. Am 21. Juni 1919 wird die in der Bucht von Scapa Flow internierte deutsche Kriegsflotte von der eigenen Besatzung unter Admiral Reuter versenkt. Die waffenlose Mannschaft rettet sich in die Boote, die teilweise von den aufier Fassung gebrachten Engländern beschossen werden.

Auszug aus dem Versailler Vertrag

Am 28. Juni 1919 mußte Deutschland, das den 27 „alliierten und assoziierten Mächten“, und zwar den 5 „Hauptmächten“ (Vereinigte Staaten, Britisches Reich, Frankreich, Italien, Japan) und ihren 22 kleineren Verbündeten aus allen Erdteilen, wehrlos gegenüberstand, diesen Vertrag unterzeichnen; am 10. Januar 1920 ist er in Kraft getreten.

Der Versailler Vertrag ist in 15 Teile mit 440 Artikeln und vielen Anlagen gegliedert.

Teil I enthält die *Völkerbundsatzung*. Von besonderer Bedeutung ist der Artikel 8 über die *Abrüstung*: „Die Bundesmitglieder bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzielung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist.“ Im Rahmen der Völkerbundsatzung ist auch noch das Schicksal der deutschen Kolonien und einiger bisher türkischer Gebiete bestimmt worden, die laut Artikel 22 als „Mandate“ des Völkerbundes unter die Verwaltung der mächtigsten Siegerstaaten gestellt werden.

Teil II u. III behandeln die deutschen *Gebietsabtretungen*. a) Danach fällt im Westen *Eupen-Malmedy* an Belgien und *Elsaß-Lothringen* an Frankreich. Es wird in den Artikeln 42—44 die *Entmilitarisierung des Rheinlands* verfügt: Deutschland darf auf dem linken Rheinufer und in einer 50 km breiten Zone des rechten Ufers weder Befestigungen beibehalten oder anlegen, noch Streitkräfte unterhalten oder ansammeln, noch militärische Übungen veranstalten. Durch die Artikel 45—50 (mit Anlage) wird das *Saargebiet* einer Völkerbundsregierung unterstellt und dem französischen Zollgebiet eingegliedert, seine Kohlengruben werden das Eigentum Frankreichs; erst nach 15 Jahren soll eine Volksabstimmung über das endgültige Schicksal des Saargebiets entscheiden.

b) Der *Anschluß Österreichs* an das Reich wird im Artikel 80 untersagt: „Deutschland erkennt die Unabhängigkeit Österreichs in den durch Vertrag zwischen diesem Staate und den alliierten und assoziierten Hauptmächten festzusetzenden Grenzen an und verpflichtet sich, sie unbedingt zu achten; Deutschland erkennt an, daß diese Unabhängigkeit unabänderlich ist, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt.“

c) Im Osten muß Deutschland das *Hultschiner Ländchen* an die Tschechoslowakei, den größten Teil der Provinzen *Posen* und *Westpreußen* (den „Polnischen Korridor“) an Polen abtreten. Für *Oberschlesien* wird eine Volksabstimmung festgesetzt, die über die Zugehörigkeit des Landes zu Polen oder Deutschland entscheiden soll (Artikel 88 mit Anlage), in gleicher Weise für das südliche *Ostpreußen* (Masurien) sowie den östlichen Rest Westpreußens. Das *Memelgebiet* wird durch Artikel 99 nicht an Litauen, sondern an die „Hauptmächte“ der Siegerstaaten zu ihrer freien Verfügung abgetreten. Die Artikel 100—104 regeln die staatsrechtliche Stellung *Danzigs*, das eine „Freie Stadt“ unter dem Schutz des Völkerbundes und unter der Aufsicht

eines vom Völkerbund bestellten Oberkommissars wird; doch wird es in das polnische Zollgebiet eingegliedert, in auswärtigen Angelegenheiten durch Polen vertreten, und auch die Verwaltung der Weichsel und aller Eisenbahnen im Gebiet der „Freien Stadt“ werden polnisch.

d) Im Norden wird für *Schleswig* eine Volksabstimmung in zwei Zonen über den Heimfall an Dänemark angeordnet.

Teil IV bringt den Verzicht Deutschlands auf alle *überseeischen Besitzungen, Rechte und Interessen*. Am wichtigsten ist hier der Artikel 119, in dem Deutschland auf seine *Kolonien* verzichtet.

Teil V legt die *Entwaffnung Deutschlands* fest, und zwar dem einleitenden Satz gemäß zu dem Zweck, „um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen“.

a) Das deutsche *Heer* wird durch Artikel 160 auf einen Höchstbestand von 100 000 Mann, darunter höchstens 4000 Offiziere, beschränkt. Ein bis in alle Einzelheiten ausgearbeitetes Schema legt die Zusammensetzung und Bewaffnung dieses Heeres genau fest. Schwere Geschütze, Luftabwehrgeschütze, Tanks sind dem deutschen Heer überhaupt untersagt. Der Große Generalstab muß aufgelöst werden. Die Ein- und Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsgüter jeder Art wird Deutschland ausdrücklich verboten, ebenso die Herstellung und Einfuhr von Kampfgasen. Alle deutschen Befestigungen, außer an der Süd- und Ostgrenze, sind zu schleifen. Auch die Ergänzung dieser völlig ungenügenden Wehrmacht durch eine umfangreiche Rekrutenausbildung oder eine Miliz wird verhindert. Denn der Artikel 175 bestimmt: „Die allgemeine Wehrpflicht wird in Deutschland abgeschafft“; das Heer darf nur aus Freiwilligen gebildet werden, die sich auf 12 Jahre verpflichten. Ferner bestimmt der Artikel 177: „Die Unterrichtsanstalten, Universitäten, Kriegervereine, Schützengilden, die Sports- und Wandervereine, überhaupt Vereinigungen jeder Art dürfen sich mit keinen militärischen Dingen befassen. Es ist ihnen namentlich untersagt, ihre Mitglieder im Waffenhandwerk oder im Gebrauch von Kriegswaffen auszubilden oder zu üben.“

b) Die deutsche *Kriegsflotte* wird durch Artikel 181 auf 6 Schlachtschiffe, 6 Kleine Kreuzer, 12 Zerstörer und 12 Torpedoboote mit insgesamt 15 000 Mann beschränkt; Unterseeboote werden dem Reich überhaupt verboten.

c) Eine *Kriegsflottlotte* wird dem Reich gänzlich verboten, wie Artikel 198 besagt: „Deutschland darf Luftwaffkräfte weder zu Wasser noch zu Lande unterhalten.“

d) Zur *Überwachung dieser Entwaffnung* werden durch Artikel 205—210 drei interalliierte Kontrollkommissionen (für Heer, Marine und Luftfahrt) eingesetzt. Außerdem legt der Artikel 215 dem Reich noch die Verpflichtung auf, „jede Untersuchung zu dulden, die der Rat des Völkerbundes mit Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet“.

Teil VII enthält die berüchtigten *Strafbestimmungen*. Der Artikel 227 stellt *Kaiser Wilhelm II.* „wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der

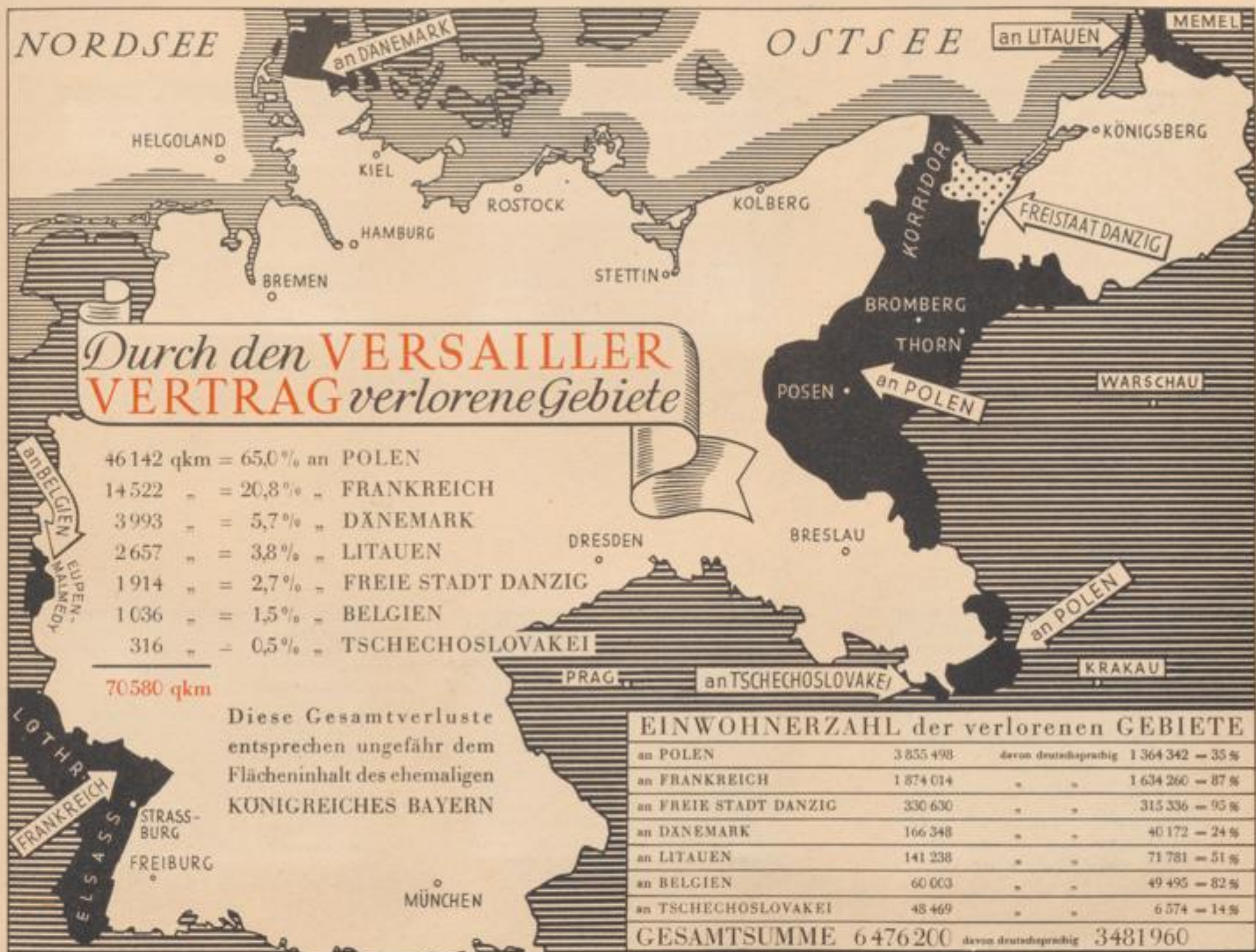
Heiligkeit der Verträge“ unter öffentliche Anklage, setzt zu seiner Aburteilung einen besonderen Gerichtshof der fünf „Hauptmächte“ ein und kündigt das Gesuch auf Auslieferung des Kaisers an die niederländische Regierung an. Über die sogenannten „*Kriegsverbrecher*“ auf deutscher Seite, die sich „gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges“ vergangen hätten, bestimmt dann der Artikel 228, daß die Siegerstaaten sie vor ihre eigenen Militärgerichte ziehen und ihre Auslieferung durch die deutsche Regierung verlangen können.

Teil VIII bringt die *Reparationsverpflichtungen* Deutschlands. Am Anfang dieses Teils steht als moralische Begründung der feindlichen Forderungen die *Kriegsschuldfrage* (Artikel 231): „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgewungen wurde, erlitten haben.“ Es wird laut Artikel 235 eine interalliierte *Reparationskommission* eingesetzt, die bis zum 1. Mai 1921 den Gesamtbetrag der innerhalb von 50 Jahren zu tilgenden deutschen Kriegsschuld bestimmen soll. An *Sachlieferungen* im Rahmen der Reparationen werden dem Reich auferlegt: die Auslieferung des größten Teils der deutschen Handelsflotte, die Lieferung von über 20 Millionen Tonnen Kohlen jährlich an Frankreich, Belgien und Italien auf die Dauer von 10 Jahren u. a.

Teil X enthält *wirtschaftliche Bestimmungen*, deren Zweck die völlige Zerstörung des deutschen Anteils an der Weltwirtschaft ist. So gibt der Artikel 297 den Siegerstaaten das Recht, das deutsche *Privateigentum* in ihren Gebieten zu liquidieren, und legt dem Reich die Pflicht auf, seine Staatsangehörigen dafür zu entschädigen.

Teil XII bringt die *Internationalisierung* fast aller deutscher Ströme und des Kieler Kanals (Kaiser-Wilhelm-Kanal).

Teil XIV regelt in den Artikeln 428—459 die *Rheinlandbesetzung*. Als Bürgschaft für die Ausführung des Versailler Vertrages wird das linke Rheinufer mit den Brückenköpfen Köln, Koblenz, Mainz und Kehl für 15 Jahre durch Truppen der Siegerstaaten besetzt gehalten werden; die gesamten Unterhaltskosten des Besatzungsheeres hat, wie schon im Artikel 249 festgelegt ist, Deutschland zu tragen. Bei pünktlicher Erfüllung der Vertragsbedingungen seitens des Reiches soll die Kölner Zone des besetzten Rheinlandes schon nach 5 Jahren und die Koblenzer Zone nach 10 Jahren geräumt werden. Dagegen bestimmt der Artikel 450, daß die Rheinlandbesetzung von neuem vorzunehmen ist, wenn die Reparationskommission eine Weigerung Deutschlands feststellt, seine Reparationsverpflichtungen ganz zu erfüllen; Frankreich glaubte, daraus sein Recht zur Besetzung des Ruhrgebietes herleiten zu können.



Durch den VERSAILLER VERTRAG verlorene Gebiete

an BELGIEN	46 142 qkm = 65,0% an POLEN
an FRANKREICH	14 522 " = 20,8% " FRANKREICH
an DANEMARK	3 993 " = 5,7% " DANEMARK
an LITAUEN	2 657 " = 3,8% " LITAUEN
an FREIE STADT DANZIG	1 914 " = 2,7% " FREIE STADT DANZIG
an BELGIEN	1 036 " = 1,5% " BELGIEN
an TSCHECOSLOVAKEI	316 " = 0,5% " TSCHECOSLOVAKEI
70 580 qkm	

Diese Gesamtverluste entsprechen ungefähr dem Flächeninhalt des ehemaligen KÖNIGREICHES BAYERN



an	Einwohnerzahl	davon deutschsprachig	Anteil
an POLEN	3 855 498	1 364 342	35%
an FRANKREICH	1 874 014	1 634 260	87%
an FREIE STADT DANZIG	330 630	315 336	95%
an DANEMARK	166 348	40 172	24%
an LITAUEN	141 238	71 781	51%
an BELGIEN	60 003	49 495	82%
an TSCHECOSLOVAKEI	48 469	6 574	14%
GESAMTSUMME	6 476 200	3 481 960	

VERLUST an STEINKÖHLEN	VERLUST an BLEIERZEN	VERLUST an ZINKERZEN	VERLUST an EISENERZEN	REPARATIONSLEISTUNGEN AN HANDELSCHIFFEN
26%	39%	60%	75%	92%
50 MILL. t von 190 MILLIONEN t	39 100 t von 100 500 t	179 000 t von 299 400 t	21,3 MILL. t von 28,6 MILLIONEN t	4,7 MILL. t von 5,1 MILL. BR.-RG.-T.

eroberten Fahnen von 1815-15 und 1870/71 aus dem Zeughaus und verbrennen sie vor dem Denkmal Friedrichs des Großen.

28. 6. Unterzeichnung des Friedensdiktates von Versailles durch die deutsche Delegation — genau 5 Jahre nach den Schüssen von Serajevo.

Juli 1919

3. 7. Generalfeldmarschall von Hindenburg legt den Oberbefehl über das deutsche Heer nieder. Die OHL wird aufgelöst.

9. 7. Das Versailler Friedensdiktat wird mit 208 gegen 115 Stimmen von der Nationalversammlung ratifiziert.

12. 7. Die Blockade gegen Deutschland wird — erst jetzt! — aufgehoben.

31. 7. In Weimar wird die von Hugo Preuß entworfene Verfassung des neuen Deutschen Reiches von der Nationalversammlung mit 262 gegen 75 Stimmen angenommen. Sie tritt am 14. August 1919 in Kraft.

August 1919

5. 8. In Anatolien erklärt Kemal Pascha die Unabhängigkeit der neuen türkischen Republik.

18. 8. Erster Polenaufstand in Oberschlesien (vgl. August 1920 und Mai 1921), um der Welt vorzutäuschen, daß die Lostrennung des Landes im Sinne der Bevölkerung liege. Grenzschutz und Reichswehr schlagen jedoch binnen einer Woche den Putsch nieder.

September 1919

3. 9. Erste größere Versammlung der Deutschen Arbeiterpartei im kleinen Saal des Hofbräuhauses in München. Anwesend sind 111 Personen. Adolf Hitler spricht über das Thema „Das Versailler Diktat“. Die Gesamthöhe der freiwilligen Spenden beträgt Reichsmark 500,—, wovon man nunmehr das Nötigste anschaffen kann.

9. 9. In Deutschland treffen die ersten von der Entente freigelassenen Kriegsgefangenen ein (vgl. Bild 21).

10. 9. Österreich unterzeichnet das Diktat von St-Germain.

12. 9. Handreich des Italieners d'Annunzio gegen Fiume. Nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie war ein erbittertes Ringen zwischen Jugoslawien und Italien um den Besitz von Fiume entstanden. Die Nationalversammlung in Fiume hatte zwar am 50. Oktober 1918 die Vereinigung mit Italien verkündet; die Pariser Friedenskonferenz neigte jedoch unter Einfluß Wilsons den jugoslawischen Ansprüchen zu. Um eine

vollzogene Tatsache zu schaffen, besetzte nunmehr d'Annunzio mit seinen italienischen Legionären die Stadt. Sie wurde erst geräumt, als Jugoslawien und Italien sie im Rapallo-Vertrag (12. 11. 1920) zum unabhängigen Freistaat erklärten. Im Vertrag von Rom (27. 1. 1924) erreichte jedoch Mussolini, daß Jugoslawien der Einverleibung Fiumes in Italien zustimmte.

15. 9. Der Kriegszustand zwischen Deutschland und China wird als beendet erklärt.

26. 9. Estland enteignet durch ein Gesetz den deutschen Großgrundbesitz.

Oktober 1919

In Deutschland beginnen sich drei interalliierte Kontrollkommissionen einzurichten, welche nach Art. 205 des Versailler Vertrages die Entwaffnung überwachen sollen. Die Unterhaltungskosten hat das Reich zu tragen. Die Marine- und Luftfahrtkontrolle wurde 1922 beendet. Die Militärkontrolle übte 1919-1924 der französische General Nollet aus. Erst am 31. Januar 1927 wurde die Kommission zurückgezogen. In Österreich wurde die Militärkontrolle am 31. Januar 1928, in Ungarn am 31. März 1927 und in Bulgarien am 31. Oktober 1927 beendet.

November 1919

5.-15./11. Lahmlegung des deutschen Eisenbahnverkehrs infolge Kohlemangels.

15. 11. Während England und Amerika auf Drängen der deutschen Regierung die von ihnen gemachten Kriegs-

gefangenen vom September 1919 ab entlassen, erklärt Frankreich, dies nicht früher tun zu wollen, als bis der Versailler Vertrag in Kraft tritt. Dies erfolgte erst Jan. 1920.

18. 11. Hindenburg wird vor dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung über die Ursache des Zusammenbruchs vernommen (vgl. Bild 25).

27. 11. In Neuilly wird der Friedensvertrag zwischen Bulgarien und der Entente unterzeichnet.

30. 11. In einer Volksabstimmung in Coburg wird der Anschluß an Bayern beschlossen.

Dezember 1919

2. 12. Ungarn wird von den Alliierten zu Friedensverhandlungen eingeladen.

16. 12. Die Räumung von Lettland und Litauen durch die „Baltikumer“ ist nunmehr durchgeführt. Bereits am 18. Juni 1919 hatte dies die Botschafterkonferenz gefordert. Die baltischen Freikorps wollen sich jedoch nicht auflösen lassen. Die Reichsregierung muß ihnen auf Befehl der Entente daraufhin jede Zahlung sperren; sonst wird Deutschland von neuem blockiert und das Ruhrgebiet besetzt. Schließlich müssen sich die Freikorps, von allen verlassen, fügen und kehren, in Gruppen aufgelöst, in ihr Vaterland zurück. In München kämpft um die gleiche Zeit Adolf Hitler in zahlreichen Versammlungen gegen Versailles.

In Halle a. S. schließt sich im Dezember 1919 der dortige Geschäftsführer der Deutschnationalen Partei, Oberstleutnant Duesterberg, dem Stahlhelm an und führt eine bedeutsame Entwicklung herbei.

Zusammensetzung der Deutschen Nationalversammlung 1919 und der Deutschen Reichstage von 1920-28 (vgl. Juli 1952)

	Nationalversammlung	Wahlen vom 6. 6. 1920	Wahlen vom 4. 5. 1924	Wahlen vom 7. 12. 1924	Wahlen vom 20. 5. 1928
Gesamtzahl der Abgeordneten	425	466	472	495	491
Deutschnationale Volkspartei	42	66	106	111	78
Nationalsozialistische Freiheitsbewegung	—	—	32	14	12
Deutsche Volkspartei	22	62	44	51	45
Zentrum	89	69	65	69	61
Sozialdemokratische Partei	165	115	100	151	155
Deutsche Demokratische Partei	74	45	28	52	25
Kommunistische Partei	—	2	62	45	54
Bayerische Volkspartei	—	20	16	19	17
Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei	—	—	—	—	9
Deutsche Bauernpartei	5	4	5	6	8
Reichspartei des Dtsch. Mittelstandes (Wirtschaftspartei)	—	—	7	11	25
Deutsch-Hannoversche Partei	3	4	5	4	4
Unabhängige Sozialdemokratische Partei	22	81	—	—	—
Andere Parteien	1	—	4	—	9



Juli

19 Die Anfänge der NSDAP. Das historische Leberzimmer, von dem die Bewegung ihren Ausgang nahm. Der „Bildungsbeauftragte“ Adolf Hitler wurde Ende Juni 1919 ins Münchener Sterneckerbräu entsandt, um Gottfried Feder im „Leberzimmer“ vor der „Deutschen Arbeiterpartei“ einen Vortrag hielt. Bei der Aussprache ergriff auch Hitler das Wort und wurde daraufhin zum Eintritt aufgefordert. Er sagte Anfang Juli 1919 zu und erhielt Mitgliedschein 7.



August

20 Protest gegen Versailles. Kundgebung vor dem berühmtesten Kriegsdenkmal „Der eiserne Hindenburg“ in Berlin. Der Frieden ist zwar unterzeichnet (28. Juni), aber noch nicht in Kraft getreten. Das deutsche Volk, das 13% seiner Bodenfläche, 26% seiner Kohle, 92% seiner Handelsflotte und 100% seiner Kolonien endgültig verlieren soll, ruft ein verzweifoltes „Nein“ in die Welt hinaus.



September

21 Heimkehr unserer Kriegsgefangenen. Die ersten Heimkehrer am 9. September 1919 beim Verlassen des Transportzuges. Am Tage des Waffenstillstandes (11. November 1918) mußte Deutschland sämtliche Kriegsgefangenen freilassen, jedoch ohne Gegenseitigkeit; England und Amerika beginnen erst im September 1919, Frankreich erst nach der Ratifikation von „Versailles“ (10. Januar 1920) den Abtransport.



Oktober

22 „Internierte Kontrollkommission.“ Einzug eines französischen Überwachungsstrupps in Berlin Oktober 1919. Um die Durchführung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu überwachen, entsendet die Entente „Kontrolloffiziere“ mit dem entsprechenden Personal in alle größeren Plätze Deutschlands. Die Kosten werden dem Reich aufgebürdet. Das Gehalt eines solchen Mitgliedes überstieg in dem verarmten Land vielfach dasjenige des Reichskanzlers.



November

23 Hindenburg vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Der Marschall (1) bei seiner Ankunft zur Vernehmung — daneben Ludendorff (2) und Helfferich (3). Am 18. November 1919 wird Hindenburg, welcher sich nach der Demobilisierung ins Privatleben zurückgezogen hatte, in Berlin über die Ursachen des Zusammenbruchs vernommen. Die Fahrt dorthin gestaltete sich zu einem Triumphzug für den greisen Heerführer.



Dezember

24 Minensuch-Kommando. Auffischen einer Mine in der Ostsee. Während des Krieges hatte Deutschland eine ungeheure Zahl von Minen ausgelegt, allein in der Ostsee über 14000. Diese mußten nunmehr lt. Friedensvertrag unschädlich gemacht werden. Bei den Arbeiten, die erst Juli 1921 als beendet galten, wurden mehr als 10000 Mann beschäftigt. Die Gefahren und Verluste brachten ihnen den Namen: „Himmelfahrts-Kommando“ ein.

Januar 1920

- 10. 1.** Der „Versailler Vertrag“ tritt in Kraft. Nähere Angaben siehe auf Seite 12 und 13.
- 13. 1.** Die Nationalversammlung berät das *Betriebrätegesetz*. Aus diesem Anlaß kommt es in Berlin zu blutigen Unruhen. 51 Tote.
- 16. 1.** In USA. tritt das „Prohibitions-Gesetz“ (Alkoholverbot) in Kraft.
- 20. 1.** Frankreich beginnt nunmehr (vgl. September 1919, Bild 21), den deutschen Kriegsgefangenen die Freiheit zu geben.

Februar 1920

- 3. 2.** Der französische Ministerpräsident Millerand, der Nachfolger Clemenceaus, will dem Vorsitzenden der deutschen Friedenskommission, Baron von Lermer, eine Liste deutscher „Kriegsverbrecher“ überreichen, deren Auslieferung und Aburteilung durch die französischen Gerichte gefordert wird. Auf ihr befinden sich 895 bester deutscher Namen, wie Hindenburg, Ludendorff, Tirpitz, der Kronprinz, Kluck, Admiral Scheer sowie fast alle U-Boot-Kommandanten. Lermer verweigert die Annahme und tritt zurück. Am 7. Februar überreicht sie nunmehr der französische Botschafter in Berlin. Zum erstenmal aber ist der Bogen überspannt. Schließlich erklären sich die Alliierten damit einverstanden, daß die Prozesse gegen die Beschuldigten vor dem Reichsgericht in Leipzig stattfinden. Bei ihnen nicht genehmen Urteilen behalten sie sich jedoch Auslieferung vor.
- 24. 2.** Erste große Volksversammlung der NSDAP. im Festsaal des Hofbräuhauses in München. Fast 2000 Menschen, darunter etwa die Hälfte Gegner der Bewegung. Unter steigendem Beifall entwickelt Adolf Hitler in 25 Punkten sein bekanntes Parteiprogramm.

März 1920

- 1. 3.** Admiral Horthy wird Reichsverweser in Ungarn.
- 5. 3.** Holland verweigert endgültig die Auslieferung des Kaisers, weil sie „Recht und Gerechtigkeit widerspricht und durch die nationale Ehre des Landes verboten sei“. Bereits am 28. Juni 1919 war zum erstenmal, Januar 1920 zum zweitenmal ein solches Ansinnen gestellt worden, mit dem Hinweis: „26 Staaten, der größte Teil der zivilisierten Welt stehe hinter dieser Forderung.“ Die Ablehnung bedeutet für die Siegerstaaten eine peinliche Niederlage.
- 12. 3.** Erzberger tritt als Reichsfinanzminister zurück (Prozeß Helfferich).
- 13. 3.** (bis 17. J.) *Kapp-Putsch*. Am 10. März 1920 mußte nach dem Versailler Vertrag die Marine auf 15000 Mann, am 10. April 1920 die

Reichswehr zunächst auf 200000 Mann verringert sein. Es galt 12000 Offiziere und 150000 Mann innerhalb eines Vierteljahres anderweitig unterzubringen. Als im Verlauf dieses Zwanges Wehrminister Noske die Auflösung der Marinebrigade Ehrhardt im Truppenlager Döberitz befiehlt, erklärt der Kommandeur der Berliner Reichwehrtruppen und zugleich „Vater der Freikorps“, General von Lüttwitz, er werde eine solche Truppe nicht zerschlagen lassen. Gleichzeitig fordert er neue Reichstagswahlen und Einsetzung von Fachministern. Daraufhin wird er seiner Stellung enthoben.

In der Nacht zum 13. März Vormarsch der Marinebrigade bis zum Brandenburger Tor, wo v. Lüttwitz-Ehrhardt sich um 6 Uhr morgens die Antwort der Reichsregierung holen wollen. Letztere begibt sich über Dresden nach Stuttgart und proklamiert den Generalstreik (bis 22. März). Inzwischen übernimmt der ostpreußische Generallandschaftsdirektor Kapp die „neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat“. Der größere Teil der Bevölkerung bleibt jedoch neutral. Die Arbeiter befolgen fast allgemein die Parole zum Generalstreik. Schon kommt es durch radikale Elemente überall zu blutigen Ausschreitungen. Da kehrt sich alles um: Am 17. März legt Kapp sein Amt nieder und flieht nach Schweden. Die Ehrhardt-Leute wenden sich nunmehr, wie früher, gegen terroristische Ausschreitungen, und die Regierung zahlt ihnen sogar die „Kapp-Zulage“ von M. 7,— pro Mann und Tag weiter. Noske tritt zurück. General von Seeckt wird militärischer Oberbefehlshaber. Geßler wird Reichswehrminister.

14. 3. *Abstimmungssieg in Schleswig*. In den Bezirken Hadersleben, Apenrade, Sonderburg und Tondern mit insgesamt 166000 Einwohnern (1. Zone) war die Abstimmung ungünstig für Deutschland ausgefallen. Dies Gebiet fiel an Dänemark. Die weitaus wichtigere 2. Zone stimmte jedoch am 14. März mit 80% für Deutschland. Im besonderen war Flensburg damit gerettet.

Ende d. M. *Schwere Unruhen in Deutschland* als Folge des Kapp-Putsches:

- a) In Halle a. S.: dreitägiger Kampf.
- b) In Leipzig: Hier wird am 20. März das Volkshaus von Regierungstruppen in Brand geschossen.
- c) Im Ruhrgebiet, wo 150000 „Rotgardisten“ in Waffen stehen und sich Mitte März der Städte Elberfeld, Mülheim, Oberhausen, Essen und Düsseldorf bemächtigt haben. Die Bitte der Regierung an Frankreich, zum Schutze der Bevölkerung Reichswehr in die neutrale Zone einrücken zu lassen, wird abgelehnt. Dennoch sieht sich die Reichswehr (General v. Watter) ge-

zwungen, ins Industriegebiet einzumarschieren. Sie besetzt es nach blutigen Kämpfen Ende März bis Anfang April (vgl. auch 6. 4. 1920).

d) Im sächsischen Vogtland, wo gegen den Agitator Max Holz am 12. April ebenfalls Reichswehr (General v. Watter und Ritter von Epp) eingesetzt werden muß. Holz, der an der Spitze militärisch organisierter Banden am 18. März mit seinen Raubzügen begonnen hatte, flüchtet am 15. April nach Böhmen.

April 1920

6. 4. Als „Sanktion“ für die Verletzung der neutralen Zone durch die Reichswehr bei ihren Kämpfen im Ruhrgebiet besetzen Frankreich und Belgien eigenmächtig den Maingau mit Frankfurt a. M. Auf Einspruch Amerikas, Englands und Italiens müssen jedoch die besetzten Plätze am 17. Mai 1920 wieder geräumt werden.

9. 4. Das amerikanische Repräsentantenhaus beschließt, den Kriegszustand mit Deutschland als beendet zu betrachten, nachdem am 19. März der Senat sich geweigert hatte, den Versailler Vertrag zu ratifizieren. Der eigentliche Friede mit Deutschland wird erst am 25. August 1921 (!) geschlossen.

Mai 1920

- 1. 5.** Die verschiedenen thüringischen Kleinstaaten schließen sich zum Land Thüringen zusammen.
- 30. 5.** Die deutschen Freikorps werden aufgelöst.

Juni 1920

- 4. 6.** Ungarn unterzeichnet den Frieden von Trianon.
- 6. 6.** Das deutsche Volk wählt seinen ersten Reichstag der Nachkriegszeit. Die Wahlen ergeben ein starkes Anwachsen der äußeren Flügel: Die bürgerliche Rechte verdoppelt ihre Mandate, die SPD. verliert mehr als ein Drittel an die radikale Linke, die sich verdreifacht. Fejrenbach (Zentrum) wird Reichskanzler einer bürgerlichen Regierung, hat jedoch kaum 2/3 der Reichstagsmandate hinter sich. Die SPD. behält daher ihre Schlüsselstellung (vgl. 4. 5. 1924).

10. 6. Die Verminderung des deutschen Heeres auf zunächst 200000 Mann ist durchgeführt.

Juli 1920

- 1. 7.** Coburg wird mit Bayern vereinigt.
- Die NSDAP. hat im Sterneckerbräu ihre erste Geschäftsstelle, einen kleinen gewölbeartigen Raum, eingerichtet.



Januar

25 Das Versailler Diktat. Aufziehen einer französischen Wachtuppe vor der Kleistschule in Kattowitz. Das Diktat tritt am 10. Januar 4^{1/2} Uhr nachmittags in Kraft. Zugleich übernimmt der Völkerbund die Regierungsgewalt im Saargebiet bis zur späteren endgültigen Regelung. Die Entente besitzt die im Vertrag festgelegten „Abstimmungsgebiete“ in Oberschlesien, Westpreußen und Schleswig.



Februar

26 Die Neuordnung in Danzig. Einmarsch der Franzosen auf dem Oliva-Platz in Danzig am 19. Februar 1920. Mit Inkrafttreten des Friedensvertrages (10. Januar 1920) schied Danzig — ebenso wie das Memelland — aus dem Gebiet des Reiches aus und wurde von deutschen Truppen geräumt. Am 27. Oktober 1920 wurde Danzig zum Freistaat unter dem Schutz des Völkerbundes erklärt. Seit 1. April 1922 ist es in das polnische Zoll- und Wirtschaftsgebiet aufgenommen.



März

27 Der Kapp-Putsch. Der Potsdamer Bahnhof in Berlin unter militärischer Besetzung. Die „Brigade Ehrhardt“ widersetzt sich der durch den Friedensvertrag gebotenen Abflutung. Sie verbündet sich mit dem Führer der Reichswehr, General von Lüttwitz, und setzt am 13. März 1920 in Berlin die Regierung Kapp ein. Die Regierung Ebert begibt sich nach Süddeutschland und proklamiert von dort aus den Generalstreik. Daraufhin bricht der Putsch am 17. März zusammen.



April

28 Die „Rote Armee“. Ein Wachtposten der Aufrethrer. Als Gegenschlag gegen den Kapp-Putsch (März 1920) bildet sich in Mittelsachsen und im Ruhrgebiet eine Rote Armee von ca. 100 000 Mann. In blutigen Kämpfen wird durch die Generale von Watter und von Epp bis 18. April die Ordnung wiederhergestellt, wobei allerdings deutsche Regierungstruppen die neutrale Zone verletzen (vgl. Mai 1920).



Mai

29 Die Franzosen im Mainz. Ein französisches Maschinengewehr vor der Hauptwache in Frankfurt a. M. Als „Sanktion“ dafür, daß deutsche Reichswehr im Kampf gegen die Rote Armee (vgl. Bild 28) die neutrale Zone verletzt hatte, besetzte Frankreich den Mainz mit Frankfurt a. M. Dieses „Sanktionsgebiet“ wurde jedoch auf Einspruch der anderen Alliierten bereits am 17. Mai 1920 wieder geräumt.



Juni

30 Der Frieden zu Trianon. Admiral Horthy in Budapest. Am 4. Juni 1920 mußte Ungarn das Friedensdiktat zu Trianon unterzeichnen. Es verlor 72% (!) seines Gebietes und 61% seiner einseitigen Bevölkerung, seine ganze Handelsflotte, 1/3 seines Waldbestandes und die Hälfte seiner Fabriken. Seit März 1920 war Admiral Horthy Reichsverweser des „Königreiches ohne König“. Er hätte nie auf, die Revision dieses Vertrages zu fordern.

Im Laufe dieses Monats organisiert Adolf Hitler aus seinen Kriegskameraden die erste Ordnertruppe. Diese trug als erste die rote Armbinde mit dem schwarzen Hakenkreuz auf weißem Feld, das von Adolf Hitler entworfene Symbol der Partei.

5. 7. (bis 16. 7.) *Konferenz von Spa*. Bei den Alliierten hatten sich gewisse Gegensätze herausgebildet. Die hauptsächlichsten Gründe hierfür waren die eigenmächtigen Sanktionen Frankreichs vom 6. April 1920 auf der einen, orientalische Interessenkonflikte (Mosul, Irak) mit England auf der anderen Seite. Bei Besprechungen in St. Remo (April) und Boulogne (Juni) einigte man sich jedoch auf Kosten Deutschlands: England sekundiert daher aufs schärfste den französischen Partner auf einer Konferenz in Spa, welcher bei Anwesenheit der deutschen Delegation zwei Fragen behandelt:

1. Die endgültige *Entwaffnung Deutschlands*. Reichswehrminister Geißler verweigert seine Unterschrift. Die Alliierten fordern nunmehr die des Generals von Seeckt, des Organisators der neuen Reichswehr. Dieser unterschreibt das Protokoll mit dem festen Willen, das Heer von nur 100 000 Mann zu einer Elitetruppe umzuschaffen.
2. Die Alliierten fordern die Hälfte der deutschen *Kohlenproduktion*. Als deutscher Sachverständiger kommt hierbei auch Hugo Stinnes zum Wort: „Ich stehe auf“, ruft er, „weil ich meinem Gegner ins Auge sehen will. Herr Millerand hat gestern erklärt, daß man uns Deutschen die Erlaubnis zu sprechen nur aus Höflichkeit erteilt hat. Ich nehme diese Erlaubnis nicht als Gnade, sondern als unser Recht in Anspruch.“ Als der französische Ministerpräsident mit Einmarsch ins Ruhrgebiet droht, entgegnet ihm der deutsche Kohlenkönig: „Wenn Sie schwarze Truppen, das würdige Werkzeug Ihrer Politik, dazu verwenden wollen, um das Ruhrgebiet zu besetzen, so werden Sie nicht ein einziges Stück Kohle bekommen...“ Jetzt gehen die Alliierten zu militärischen Drohungen über. Schon wird Marschall Foch nach Spa gerufen. Unter diesem Zwange sehen sich Reichskanzler Fehrenbach und Außenminister Simons gezwungen — wenn auch unter Protest —, zu unterschreiben.

Deutschland muß monatlich (!) 2 Millionen Tonnen an die Alliierten abliefern. Im Falle eines deutschen Verzuges sollen diese das Recht haben, weitere Gebietsteile (die Ruhr!) zu besetzen. Bis zum Januar 1925 hat die deutsche Regierung versucht, eine strikte Erfüllung dieser unmöglichen Forderungen durchzusetzen.

6. 7. *Offensive der russischen Armee gegen Polen* (vgl. Bild 55).

11. 7. *Abstimmung in Teilen von Ost- und Westpreußen*, die einen überwältigenden Sieg für Deutschland (97%) ergibt.

24. 7. *Abstimmung in Eupen-Malmedy* unter starkem Druck der belgischen Verwaltung. Das für Deutschland ungünstige Ergebnis wird daher von der Reichsregierung nicht anerkannt.

August 1920

3. 8. Ende der *Fleischkarte* in Deutschland.

10. 8. *Friede von Sévres* zwischen der Entente und der *Türkei*. In diesem werden verschiedene Gebietsteile, z. B. Smyrna, Griechenland zugesprochen. Dieser Friede wurde jedoch nicht ratifiziert, weil er von den türkischen Nationalisten, die unter Kemal Pascha in Angora eine eigene Regierung gegenüber dem machtlosen Sultan in Konstantinopel bildeten, schroff abgelehnt wurde. Angesichts dieses Widerstandes verzichteten Frankreich und Italien auf gewisse Forderungen, ja Frankreich vollzog sogar eine Annäherung an Kemal Pascha. England hingegen unterstützte die Griechen, die ihren Anspruch auf Smyrna nicht aufgeben wollten (vgl. August 1922).

11. 8. Gründung der Organisation des Forstrates *Escherich* (Orgesch), der im Juli 1919 Landeshauptmann der bayrischen Einwohnerwehrer geworden war. Es war dies ein Selbstschutzverband zur Sicherung der bürgerlichen Ordnung, des Eigentums und der Staatsautorität, der aber unter dem Druck der Entente im Juni 1921 entwaffnet und aufgelöst werden mußte.

Zu gleicher Zeit wurde auf Grund von Entwürfen Adolf Hitlers von einer Parteigenossin die *Hakenkreuzfahne* geschaffen.

14. 8. Bildung der „*Kleinen Entente*“: Tschechodowakei, Jugoslawien und seit 17. August 1920 Rumänien.

17. 8. (bis 28. 8.) *zweiter Polenaufstand* in Oberschlesien (vgl. Bild 52, ferner August 1919 und Mai 1921).

September 1920

20. 9. *Eupen-Malmedy* wird auf Grund der Abstimmungsergebnisse Belgien zugesprochen.

29. 9. *Großfunkstation Nauen* wird dem Verkehr übergeben.

30. 9. Die Reichswehr ist bereits auf 150 000 Mann vermindert.

Oktober 1920

10. 10. *Kärnten* bleibt infolge eines Abstimmungssieges von 57% bei Österreich. Südtirol wird Italien einverleibt.

12. 10. *Rußland und Polen* schließen Waffenstillstand zu Riga. Die russische Rote Armee konzentriert sich jetzt gegen die weißrussische Gegenrevolution unter General

Wrangel, die von der Krim aus gegen Norden vorzudringen sucht. Wrangel wird Mitte November 1920 entscheidend geschlagen und flieht nach Konstantinopel. Kurz zuvor (Oktober) gelingt es der russischen Politik (Sinowjew) bei dem Parteitag der USPD, in Halle a. S., auf den deutschen Kommunismus erhöhten Einfluß zu gewinnen.

25. 10. *Stillegung aller Elektrizitätswerke* im Rheinland wegen Kohlenmangels.

November 1920

2. 11. *Harding* wird als Nachfolger Wilsons zum amerikanischen Präsidenten gewählt.

12. 11. *Vertrag zwischen Südslawien und Italien* in Rapallo: Fiume wird Freistaat, Italien erhält Zara und verzichtet dafür auf Spalato und Sebenico (vgl. auch 27. 1. 1924).

15. 11. (bis 18. 12.) *erste Versammlung des Völkerbundes* in Genf, ohne Deutschland. Verteilung der Kolonialmandate. Errichtung des Internationalen Gerichtshofes im Haag. Österreich tritt dem Völkerbund am 15. Dezember bei.

Ende d. M. In Deutschland ungeheures Defizit. Fehrenbach und Simons geißeln in Köln die fortgesetzten recht- und gesetzeslosen Forderungen der Alliierten. Diese verbieten daraufhin deutschen Ministern in Zukunft das Betreten des besetzten Gebietes und drohen mit ihrer Verhaftung.

Dezember 1920

3. 12. *Viehabgabe-Vereinbarung* mit der Reparationskommission: Deutschland muß

1740 000 Stück Geflügel	30 000 Kühe
30 000 Pferde	11 000 Schweine
121 000 Schafe	21 000 Ziegen
60 000 Rinder	

in kürzester Frist abliefern.

31. 12. Die *Verminderung der Reichswehr* auf 100 000 Mann ist durchgeführt.

Die Reparationskommission überreicht eine Note, wonach Deutschland weder die Bestimmungen des Versailler Vertrages noch der beiden Protokolle von Spa erfüllt habe. Die Reichsregierung trage für das Kommende die Verantwortung.

Ende 1920 belief sich die Mitgliederzahl der NSDAP. auf 5000. Auch war im Dezember der „*Völkische Beobachter*“ in München käuflich erworben und zum offiziellen Organ der Bewegung umgestellt worden. Anfangs redigierte ihn Hitler allein, später zusammen mit Alfred Rosenberg.



Jul

31 Aus der Besetzung der Rheinlande. Spahis in Wiesbaden, einem der am weitesten vorgeschobenen Plätze (Räumung erst Juni 1930). Von Mitte November bis Mitte Dezember 1918 hatte die Entente mit 10 Divisionen, die mehr als die Friedensstärke der alten deutschen Armee ausmachten, die Besetzung des Rheinlandes durchgeführt. Bei einer Bevölkerungszahl von 6 Millionen kam auf je 10 Einwohner ein Soldat. Das französische Hauptquartier wurde Mainz.



August

32 Einfall Korfantys in Oberschlesien. Augenblick einer damaligen Kampfhandlung. Polnische Insurgenten wollen Oberschlesien noch vor der im Versailler Vertrag vorgesehenen Abtretung besetzen. Sie rücken am 17. August 1920 unter dem Abtretungskommissar Korfanty ein, worauf ihnen deutscher Selbstschutz entgegenritt. Auf Betreiben Englands und Italiens erfolgt endlich am 27. August eine notdürftige „Verständigung“.



September

33 Der russisch-polnische Krieg. Kosaken der Roten Armee vor dem Hauptquartier in Soldau am 24. September 1920. Polen hatte die Anerkennung Sowjetrusslands abgelehnt. Darauf rückt am 6. Juli 1920 die bolschewistische Armee ohne Kriegserklärung in Polen ein, durchstieß den Korridor und gelangte bis dicht vor Warschau. Vor allem von Frankreich unterstützt, gelang es jedoch Marschall Pilsudski, hier durch einen entscheidenden Sieg die Russen zum Rückzug zu zwingen.



Oktober

34 Ungeheure Kohlennot. Die verarmte Bevölkerung kratzt sich kümmerlich den Brennstoff aus dem Kehricht zusammen. Im Juli 1920 hatte die Entente in Spa etwa die Hälfte der deutschen Kohlenzeugung gefordert und sich dann schließlich mit 2 Millionen Tonnen monatlich „begnügt“. Infolge dieser Tribute werden Anfang Oktober mehrere Hochöfen stillgelegt. Am 25. Oktober stellen sämtliche Elektrizitätswerke des Rheinlandes aus Kohlenmangel den Betrieb ein.



November

35 Deutschland „erfüllt“. Das Zerschneiden der schweren Geschütze mittels Sauerstoffgebläse. Artikel 169 des Versailler Vertrages bestimmt: alle deutschen Waffen, Munitionsvorräte und das gesamte Kriegsgerät über die zugelassenen Mengen hinaus sind der Entente zur Zerstörung oder Unbrauchbarmachung auszuliefern.



Dezember

36 Deutschland „erfüllt“. Vernichtung von deutschen Tanks. Nach dem Versailler Vertrag waren alle Festungen zu schleifen. Weder Luftschiffe noch Flugzeuge, weder U-Boote noch Tanks noch Flugabwehrmaterial darf Deutschland fortan halten. Stärke des Heeres: 100 000 Mann, Marine: 15 000 Mann, Polizeigruppen: 150 000 Mann. Am 31. Dezember 1920 ist diese Abrüstung vollkommen durchgeführt.

Januar 1921

Noch ist die Summe, die Deutschland endgültig zahlen soll, nicht festgesetzt. Dies soll nunmehr erfolgen durch die **25. 1.** (bis 29. 1.) *Reparations-Konferenz in Paris*. Die Alliierten einigen sich untereinander, von Deutschland 226 Milliarden Goldmark bis 1965 (!) zu verlangen — gegen 4 Milliarden (= 5 Milliarden Franken) Kontributionen des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71. Als diese Forderungen in Deutschland bekannt werden, kommt es zu erregten Auseinandersetzungen.

Februar 1921

3. 2. *Adolf Hitler* ruft zu einer Massendemonstration nach dem Zirkus „Krone“ auf, die von weit über 6000 Menschen besucht wird.

18. 2. Die amerikanischen Vertreter werden aus der Reparations-Kommission abberufen.

In allen Teilen Deutschlands kommt es in diesem Monat erneut zu radikalen Unruhen. Inzwischen erklärt Außenminister Simons auf einer Reise in Süddeutschland, man müsse entschlossen sein, Unmögliches abzulehnen. Es ist das erstmal seit dem Kriege, daß die Regierung selbst den Widerstandswillen der breiten Masse stärkt und das fast ahnungslose, in krankhafter Gleichgültigkeit versunkene Volk aufzurütteln versucht. *Briand* teilt demgegenüber der Reichsregierung offiziell mit, daß bei Ablehnung der Pariser Beschlüsse automatisch gewisse Sanktionen (vgl. 15. 5. 1921) in Kraft treten werden.

März 1921

1.-7./3. *Konferenz in London*.

Der deutsche Außenminister legt als Gegenvorschlag zu den Pariser Beschlüssen (Januar 1921) einen Zahlungsplan vor, den man für tragbar hält: Deutschland will 50 Goldmilliarden zahlen, will für seine Gegner arbeiten, aber nicht als geächtete und rechtlose Nation. Man müsse ihm seine Handelsfreiheit (Wilson's 5. Punkt!) zurückgeben und ihm Oberschlesien lassen. Gleichzeitig protestiert er erneut gegen die These einer Alleinschuld Deutschlands am Kriege. *Lloyd George* schneidet ihm erregt das Wort ab: „Deutschland möge seine Vorschläge schriftlich einreichen.“ Am 5. März spricht der englische Premierminister das bekannte Wort: „Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg die Basis, auf der das Gebäude des Friedens errichtet worden ist. Wenn die Anerkennung verweigert oder aufgegeben wird, wird der ganze Vertrag hinfällig. Wir wünschen deshalb ein

für allemal zu erklären, daß die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg als unabänderliche Tatsache behandelt wird.“

Im folgenden verwirft *Lloyd George* die deutschen Gegenvorschläge. Man kommt zu keiner Einigung. Die Konferenz wird am 7. März *ergebnislos* abgebrochen. Aber die einmütige Zustimmung des deutschen Volkes zu diesem mutigen Schritt bleibt aus.

15. 3. Als Antwort auf den Abbruch der Londoner Konferenz werden *Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort* besetzt. Im Gegensatz zu den Sanktionen vom April bis Mai 1920 ist diesmal England mit beteiligt. Um das gesamte bis jetzt besetzte Gebiet wird ein Zollring gelegt. Alle Waren, die aus Deutschland in das besetzte Gebiet und in die Länder der Alliierten gelangen, werden mit einem Sonderzoll von 50% belegt. Deutschland wendet sich hiergegen mit einem feierlichen Protest an den Völkerbund. Dieser gibt jedoch keine Antwort.

20. 3. Abstimmung in *Oberschlesien*, die mit einem sichtbaren deutschen Sieg endet: 716 000 für Deutschland, 471 000 für Polen (vgl. 20. 10. 1921).

20. 3. (bis 31. 5.) schwere radikale Aufstände in Berlin, Hamburg, Essen und vor allem in Mitteldeutschland. Hier erscheint erneut der im April 1920 geflüchtete *Mar Hötz*. Es kommt wiederum zu blutigen Ausschreitungen und Plünderungen in Eisleben, Helbra, Mansfeld, Hettstedt und in den Leuna-Werken. Die „Sipo“ (Sicherheitspolizei) wird erst Ende März Herr der Lage. Hötz selbst wird am 16. April in Berlin verhaftet und verurteilt.

27. 3. *Erster Putschversuch* Kaiser Karls in Ungarn, um sich wieder des Thrones zu bemächtigen. Der Plan mißlingt, der Kaiser kehrt in die Schweiz zurück (vgl. Oktober 1921).

April 1921

Nach Aufhören der Konferenz von London (7. März) übersendet die Reparations-Kommission der deutschen Regierung zunächst eine *Aufrechnung*, wonach bisher 8 Milliarden Goldmark gezahlt sind. Demgegenüber stellt Deutschland Leistungen von 21 Milliarden fest. Aber die Alliierten sind Kläger und Richter zugleich: Sie bestehen zum mindesten auf Nachzahlung von 12 Milliarden bis 1. Mai, also in 1 1/2 Monaten! Im Weigerungsfalle drohen sie mit schwerwiegenden Maßnahmen.

20. 4. Eine neue Note verlangt, daß Deutschland eine Gesamtschuld von 200 Milliarden (gegenüber 226 im Januar) sofort anerkennt.

21. 4. In ihrer Not wendet sich die deutsche Regierung an *Amerika* mit der Bitte um Vermittlung. Sie sei im voraus bereit, die Entscheidung des Präsidenten anzuerkennen. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika lehnt aber eine solche Vermittlung ab.

24. 4. Trotz dieser Ablehnung übermittelt die deutsche Regierung nunmehr bestimmte Vorschläge; Präsident *Harding* jedoch weicht jeder unmittelbaren Beteiligung an der Reparationsfrage aus.

Mai 1921

2. 5. *Polnische Insurgenten* wollen trotz des für Deutschland günstigen Abstimmungsergebnisses in Oberschlesien vom 20. März „vollzogene Tatsachen“ schaffen. *Korfanty* veranlaßt einen Streik von 190 000 polnischen Grubenarbeitern und fällt mit bewaffneten Banden in Oberschlesien ein. Demgegenüber vereinigen sich einzelne Freiwillige und geschlossene Formationen: der *Wiking-Bund*, die *Freikorps „Oberland“* und „*Roßbach*“ aus Bayern mit den schlesischen Selbstschutzorganisationen. *General Höfer* übernimmt das Oberkommando.

3. 5. Polnische Truppen in Zivil besetzen *Hindenburg*. Frankreich hat vorher stillschweigend seine Posten von der östlichen Grenze zurückgezogen. Die Italiener wollen jedoch diesem Gewaltstreik nicht zustimmen: Sie kämpfen gegen die Insurgenten bei *Pleß* und *Rybnik*.

4. 5. In Deutschland tritt die Regierung *Fehrenbach-Simons* zurück, weil sie sieht, daß die inneren Voraussetzungen für eine Politik weiteren Widerstandes fehlen. Offiziell wird der Rücktritt mit der ablehnenden Haltung Amerikas begründet.

Wirth wird Reichskanzler.

5. 5. Londoner Ultimatum.

Amerika hat die deutschen Vorschläge vom 24. April der Form halber an die Alliierten weitergegeben. Diese verwerfen sie und fordern in einer Note *ultimativ* Zahlung von 152 Milliarden Goldmark (gegen 200 Milliarden am 20. April 1921!) binnen 37 Jahren. Außerdem sind die am 1. Mai fällig gewordenen 12 Goldmilliarden nachzuzahlen, die erste bis 31. August 1921. Ferner sind bis auf weiteres 25% des Wertes der deutschen Ausfuhr nach England und Frankreich zu entrichten. Als Sicherheiten sind die Erträge aller Zölle und gewisser Steuern zu verpfänden.

DAS JAHR 1921



Januar

37 Neue innere Unruhen. Ein Zeitbild aus den damaligen politischen Kämpfen: „Halt, wer weitergeht, wird erschossen!“ Ursache hierzu sind die Forderungen der Reparations-Konferenz in Paris (24.-29. Januar 1921): „Gesamthöhe“ der deutschen Schulden 226 Milliarden Goldmark (gegen 4 Milliarden 1870/71). Soll Deutschland unterschreiben? Heftig wird um das Für und Wider gestritten.



Februar

38 Die politischen Leidenschaften. Die Verhaftung eines Rädelführers in Hamburg im Februar 1921. Zunehmende Erregung wird im I. Quartal 1921 durch die Frage hervorgerufen, ob Deutschland die Forderungen der Reparations-Konferenz (vgl. Januar und März 1921) annehmen und unterschreiben soll. Vor allem in Hamburg, Essen und Mitteldeutschland kommt es zu blutigen Unruhen. Nach aufreibenden Kämpfen wird die Polizei nach und nach Herr der Lage.



März

39 Kämpfe in Mitteldeutschland. Abführen von Plünderern durch die Polizei. Deutschland lehnt auf der Konferenz von London (1.-7. März 1921) den Pariser Zahlungsplan (vgl. Januar 1921) ab, worauf Frankreich als „Sanktion“ Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzt. Diese außenpolitischen Schwierigkeiten benutzt der Agitator Max Hüll, um in Mitteldeutschland Unruhen zu organisieren.



April

40 Kaiserin Augusta Viktoria gestorben. Die Kaiserin mit ihrer Tochter Viktoria Luise, Herzogin von Braunschweig. Infolge ihrer sozialen Fürsorge hatte sich die Kaiserin in weiten Kreisen großer Sympathien erfreut. Beim Zusammenbruch der Monarchie war sie zunächst unter schwierigen Verhältnissen in Potsdam geblieben und erst am 28. November 1918 nach Holland abgereist. Ihr Tod am 11. April 1921 löste allgemeine Teilnahme aus.



Mai

41 „Annaberg.“ Polnische Insurgenten hinter einer Steinbarrikade. Am 20. März 1921 ergab die Abtötung in Oberschlesien einen glänzenden deutschen Sieg. Da vernachlässigten die Polen unter Korfanty nochmals (vorher August 1919 und August 1920) einen Putsch. Deutsche Freikorps warfen jedoch am 21. Mai 1921 die zahlenmäßig weit überlegenen poln. Insurgenten aus ihren Stellungen auf dem Annaberg.



Juni

42 Einschreiten der Entente in Oberschlesien. Deutscher Polizist bewacht gemeinsam mit englischem Militär einen Bahnübergang. Nach Erstürmung des Annaberges (vgl. Mai 1921) verlangt Frankreich, daß der deutsche Selbstschutz das gewonnene Gelände wieder räumt. General Häfer widersetzt sich diesem Befehl am 1. Juni. Endlich (25. Juni) vermitteln England und Italien, die sich in dieser Frage sogar „deutschfreundlich“ verhalten.

In Berlin soll ein ständiges internationales Garantiekomitee gebildet werden, mit dem Recht, die deutsche Gesetzgebung zu kontrollieren. Schließlich soll sich die deutsche Regierung verpflichten, nun endlich die „Kriegsverbrecher“ abzurufen. Falls das Ultimatum nicht am 12. Mai angenommen sei, werde man zur Besetzung des Ruhrgebietes schreiten und es nicht eher räumen, bis Deutschland diese Bedingungen erfüllt haben wird. Um die gleiche Zeit war das deutsche Kriegsmaterial annähernd zerstört:

50 000 Geschütze
26 000 Lafeten
86 000 Maschinengewehre
28 000 000 Granaten
4 000 000 Gewehre und Pistolen
22 000 industrielle Maschinen zur
Waffenherstellung.

10. 5. Reichskanzler Wirth erklärt: „Es bleibt uns keine andere Möglichkeit, als Annahme oder Ablehnung. Um das Reich und seine Einheit zu retten, um Deutschland vor der Gefahr feindlicher Invasion zu bewahren, ist unser Volk zu den größten materiellen Opfern bereit. Die deutsche Regierung nimmt aus diesem Grunde das Ultimatum an.“ Diese Entschliessung machte sich der Reichstag in einer Nachtsitzung zum 11. Mai mit 220 Stimmen gegen 172 zu eigen. Die deutsche Erfüllungspolitik ist besiegelt. Die „Sanktionen“ vom 15. März 1921 aber läßt Frankreich trotzdem bestehen.

12. 5. Lloyd George (England) brandmarkt den französisch-polnischen Rechtsbruch in Oberschlesien. Korfanty protestiert gegen die Rede von Lloyd George am 18. Mai. Er droht, „alle Hütten- und Bergwerke zu vernichten. Keine Macht der Welt könne ihn an diesem Schritt hindern.“

19. 5. Der französische Botschafter in Berlin legt Verwahrung dagegen ein, daß die Bildung von Freikorps nicht rechtzeitig durch die Reichswehr verhindert worden sei. Die deutsche Regierung hofft inzwischen noch immer, auf diplomatischem Wege ihr Recht durchzudrücken. Sie warnt in einer amtlichen Kundgebung vor Bildung von freiwilligen Verbänden für Oberschlesien, damit dadurch „die deutschen Interessen nicht gefährdet werden“.

21. 5. Der Selbstschutz erstürmt den von polnischen Insurgenten verschanzten „Annaberg“. Hierbei zeichnet sich auch Schlageter aus. Am 30. Mai wird die polnische Front an der Oder durchbrochen. Die Insurgenten flüchten

in völliger Auflösung. Es ist ein erster moralischer Erfolg deutschen Behauptungswillens.

28. 5. Walther Rathenau wird Minister für den Wiederaufbau.

30. 5. Gegenangriff der Polen mit schwerer Artillerie und Panzersügen längs der ganzen Oderfront. Blutige Gefechte bei Raschau (Groß-Strehlitz), Ratibor, Tarnowitz und Cosel. Der deutsche Selbstschutz wahrt seine Überlegenheit.

Juni 1921

5. 6. Die Interalliierte Kommission verlangt Räumung der von General Höfer besetzten Gebiete Oberschlesiens, was dieser jedoch ablehnt. Englische Truppen beginnen sich zwischen die kämpfenden Linien zu schieben. Schließlich kommt es zu einer Vereinbarung: Zuerst werden die Insurgenten entwaffnet, dann aber — bis 30. Juni — auch der Selbstschutz und die „Orgesch“ (vgl. 11. 8. 1920) aufgelöst.

Juli 1921

8. 7. Sensation in einem der Prozesse gegen die sogenannten Kriegsverbrecher in Leipzig, die seit Mai 1921 im Gange sind: Die französische Juristenkommission verläßt ostentativ die Verhandlung, die Briand als „höhnische Komödie“ bezeichnet, weil die Strafen ihm nicht hoch genug sind.

August 1921

26. 8. Erzberger wird bei Griesbach im Schwarzwald erschossen. Die Folgen sind starke innerpolitische Spannungen. Die Linksparteien werfen der Rechten terroristische Absichten vor und nehmen aufs schärfste gegen die „Reaktion“ Stellung.

29. 8. Die deutsche Regierung erläßt eine Notverordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit. Das Tragen der alten Uniformen wird zeitweilig verboten.

31. 8. Die am 5. Mai 1921 verlangte erste Goldmilliarde ist restlos abgeliefert.

September 1921

Markturz. Ausverkauf Deutschlands. Teuerung.

Oktober 1921

19. 10. (bis 24. 10.). Kaiser Karl unternimmt in Ungarn einen zweiten Staatsstreich (vgl. 27. 5. 1921), der ebenfalls mißglückt.

20. 10. Der Völkerbundsrat beschließt, entgegen dem Ergebnis der Abstimmung vom 20. März 1921, die Zerreißung Oberschlesiens. Um den neutralen Schein zu wahren, sollte ursprünglich Spanien die Berichterstattung übernehmen; dieses aber lehnte ab. So wurde ein — Japaner bestimmt, der im Verein mit Vertretern von Belgien, Brasilien, China und Spanien diese deutsche Schicksalsfrage prüfte. Von allen vorgelegten Teilungsvorschlägen übernahm der Völkerbund den für Deutschland ungünstigsten: es wurden 30% des Abstimmungsgebietes mit 45% der Einwohnerzahl Gesamt-Oberschlesiens abgetreten. Polen erhält 900 000 Menschen Zuwachs. Die Grenze wurde so gezogen, daß die besten Gruben und Hütten an Polen fielen:

von 65 Steinkohlengruben	51
„ 19 Zink- und Bleigruben	15
„ 37 Hochöfen	22
„ 18 Stahl- und Walzwerken	9

Ferner sämtliche Eisenerzgruben und alle oberschlesischen Zinkhütten. Unter den blühenden deutschen Industriestädten befanden sich Kattowitz und Königshütte, die mit etwa 80% für das Reich abgestimmt hatten. Es ist der schwerste Schlag gegen Deutschland seit Versailles. Briand stellt befriedigt fest, daß Deutschland „künftig das oberschlesische Arsenal nicht mehr für sich nutzbar machen kann“.

November 1921

4. 11. Saaschlacht im Hofbräuhaus in München aus Anlaß einer Rede Hitlers. 46 Ordner der NSDAP. behaupten sich gegen eine Übermacht von 800 Gegnern der Bewegung. Die Ordner führen von nun ab die Bezeichnung: „Sturm-Abteilung“.

Dezember 1921

16. 12. Der seit August in Kraft gesetzte Ausnahmezustand wird wieder aufgehoben. In der inneren wie auch in der äußeren Politik bereiten alle Fronten neue Kämpfe vor.



Juli

43 Die deutsche Not steigt. Arbeitslose auf dem Alexanderplatz in Berlin. Auf Grund des Londoner Ultimatum am 5. Mai 1921 wurde im Sommer 1921 die erste Milliarde für „Reparationen“ eingetrieben. Darüber sank der Lebensstandard der breiten Masse rapide, zumal Hunderttausende von Frontkämpfern noch immer nicht in den Arbeitsprozess eingegliedert waren.



August

44 Größte Unsicherheit auf der Landstraße. Ein fragwürdiges Auto wird angehalten. Neue politische Unruhen greifen um sich, als am 26. August 1921 der frühere Minister Matthias Erzberger im Schwarzwald erschossen wird. Die Regierung erläßt am 29. August eine Notverordnung. Überall wird der Verkehr aufs schärfste überwacht.



September

45 Im Zeichen der Teuerung. Die verarmte Bevölkerung vor der Ausgabestelle einer städtischen Volksspeiseanstalt. Nach glaubt das deutsche Volk an die Mark. Ihr Wert ist zwar bereits auf einen bis dahin unerhörten Tiefstand gesunken; aber man tröstet sich: in Österreich sieht es noch schlimmer aus. Inzwischen sehen sich die Behörden gezwungen, Maßnahmen gegen den Hunger zu treffen.



Oktober

46 Putschversuch Kaiser Karls. Das Kaiserpaar beim Abendmahl während eines Zugsufenthaltes vor Budapest. Um sich den ungarischen Thron zurückzugewinnen, landet das frühere österreichische Kaiserpaar am 19. Oktober 1921 im Flugzeug bei Wien und gelangt an der Spitze von Truppen am 24. Oktober bis vor Budapest. Hier bricht jedoch der Putsch zusammen. Kaiser Karl wird auf die Insel Madeira verbannt, wo er am 1. April 1922 stirbt.



November

47 Die Geburtsstunde der SA. Die SA in den ersten Jahren der Bewegung. Der Widerstand gegen die seit 1. August 1921 von Hitler allein geleitete NSDAP, wuchs sehr bald: So sollte am 4. November eine Versammlung im Münchner Hofbräuhaus gesprengt werden. Die 46 Ordner widerstanden sich jedoch erfolgreich diesem Versuch. Von da an erhielt die Ordnergruppe den Ehrennamen „Sturm-Abteilung“.



Dezember

48 Köln unter fremder Gewalt. Englische Tanks Dezember 1921 vor dem Kölner Dom. Als einer der wichtigsten Rheinübergänge wurde Köln laut Waffenstillstandsvertrag im Dezember 1918 von englischen Truppen besetzt. Die neuzeitlichen Befestigungen Köln und Deutz mußten laut Friedensvertrag geschleift werden. Die feindliche Besetzung währte über 7 Jahre (vgl. Januar 1926).

Januar 1922

4. 1. (bis 15. 1.) *Finanzkonferenz in Cannes.* England fürchtet, daß die Not Deutschland dem russischen Bolschewismus in die Arme treibt, und rät zur Mäßigung. Als Briand jedoch in Cannes eine nachgiebige Haltung einnimmt, wird er am 12. Januar durch Poincaré gestürzt, der das neue französische Ministerium bildet und sehr bald offen auf die Ruhrbesetzung hinarbeitet. Die Konferenz fliegt auf Deutschland (Wiederaufbauminister Dr. Rathenau) erhält aber auf sein Gesuch vom 14. Dezember 1921 einen kleinen Zahlungsaufschub: Es soll alle 10 Tage 51 Millionen Goldmark in Devisen zahlen. Weiterer Marktsturz.

13. 1. Rathenau wird Reichsaußenminister.

Februar 1922

1. 2. (bis 8. 2.) *Generalstreik der Eisenbahner in Deutschland* wegen Lohnforderungen (vgl. Bild 50).

8. 2. Lichtstreik in Berlin.

März 1922

6. 3. Dr. Kapp stellt sich den deutschen Gerichten in Saßnitz und stirbt am 12. Juni an den Folgen einer Augenoperation in Leipzig.

Ende d. M. Außenminister Rathenau zählt im Reichstag die bisherigen deutschen Leistungen wie folgt auf:

Eigentum im Ausland	11,7 Milliarden Goldmark
Reichseigentum in den abgetrennten Gebieten	6,5 „ „
Eisenbahnmateriale	2,0 „ „
Handelsflotte	1,7 „ „
Andere Leistungen nicht militärischen Charakters	1,5 „ „
Deutscher Anspruch an seine Verbündeten	7,0 „ „
Saugruben	1,1 „ „
Bisherige Kohlenlieferungen	1,3 „ „
Andere Lieferungen	4,3 „ „
	45,6 Milliarden Goldmark

Durch den Verlust von Oberschlesien und Westpreußen steigt die Summe auf über 100 Milliarden. Auf diese Leistungen pochend, hofft man allgemein auf ein günstiges Ergebnis bei einer Weltwirtschaftskonferenz, für welche die Einladungen soeben ergangen sind.

April 1922

1. 4. Kaiser Karl von Österreich stirbt auf Madeira in der Verbannung.

Weltwirtschaftskonferenz in Genua

10. 4. (bis 19. 5.). Der Einladung Englands sind 55 Staaten gefolgt, darunter Rußland (Tschitscherin). Diese Gelegenheit benutzen die Alliierten, um die Russen gegen die Deutschen auszuspielen und letzteren in gewissen Handelsfragen zuvorkommen. Vergeblich versucht Rathenau, sich hierbei einzuschalten. Als ihn Lloyd George trotz mehrmaliger Versuche nicht empfängt, schließt er mit Tschitscherin am

16. 4. den *Vertrag von Rapallo.* Dieser stellt die normalen Beziehungen mit Rußland auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des Verzichtes auf alle gegenseitigen Ansprüche aus Kriegs- und Vorkriegszeit her. Außerdem wird ein engeres wirtschaftliches Zusammenarbeiten angebahnt.

Die *Erregung*, die diese Abmachung in Genua hervorruft, ist unbeschreiblich. Zum ersten Male hat sich Deutschland wieder aktiv in die Weltpolitik eingeschaltet. Lloyd George verlangt Aufhebung des Vertrages. Der Vertreter Frankreichs, Barthou, bezeichnet die Deutschen sogar öffentlich als „Lügner und Heuchler“. Die Konferenz, die sowieso festgefahren ist, geht ohne Ergebnis auseinander. Der erste deutsche Botschafter in Moskau wird — Graf Brockdorff-Rantzau.

In Deutschland entsteht um den Rapallo-Vertrag ein heftiger Streit: Die Linke wirft Rathenau vor, er habe die Alliierten unnötig vor den Kopf gestoßen. Die Rechte ist darüber empört, daß die Reichsregierung in den Vertrag keine Schutzklausel gegen kommunistische Propaganda aufgenommen hat. Im Volk steigt die Erbitterung über die Erfüllungspolitik der Reichsregierung, die von Fehlschlag zu Fehlschlag geführt hat, während das Elend immer mehr anschwillt. Auch der Mittelstand rafft sich jetzt endlich zum Widerstand auf. Überall veranstalten Vereine und Organisationen politische Kundgebungen. Allerorten kommt es zu Unruhen, größeren Krawallen und Plünderungen.

Juni 1922

24. 6. Dr. Rathenau wird im Grunewald auf der Fahrt ins Aurwärtige Amt von dem Ingenieur Fischer und Oberleutnant zur See a. D. Kern, Angehörigen einer Rechtsorganisation, erschossen. Die Täter fliehen auf die Burg Saaleck bei Kösen. Hier werden sie schließlich entdeckt und von der Polizei eingekreist; sie enden am 17. Juli durch Freitod.

26. 6. Eine Notverordnung zum Schutze der Republik wird erlassen, die u. a. am 29. Juni zu einem Verbot des „Stahlhelms“ führt.

Juli 1922

12. 7. Die Reichsregierung kann auch die in Cannes (vgl. 4. 1. 1922) festgesetzten 10-Tages-Raten nicht mehr bezahlen und bittet um Stundung.

18. 7. Der Reichstag nimmt ein *Gesetz zum Schutz der Republik* (vgl. 26. 6. 1922) an, das jedoch von Bayern nicht anerkannt wird. Ebert droht mit Artikel 48 der Reichsverfassung. Erst am 20. August wird der Konflikt beigelegt.

„Artikel 48 besagt, daß der Reichspräsident Notverordnungen erlassen kann, wenn der Reichstag zu unbedingt notwendigen Maßnahmen seine Zustimmung verweigert. (Z. B. im Winter 1923)24 zur Beendigung der Inflationswirtschaft und 1930-32 unter der Kanzlerschaft Brüning's zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise.“

August 1922

7. 8. (bis 14. 8.) *Tagung des Obersten Rates in London.* England hat schon 2 Millionen Arbeitslose und will Deutschland, das nichts mehr einführen kann, ein Moratorium (Zahlungsaufschub) von 2 Jahren gewähren. Demgegenüber besteht Poincaré auf einem Programm „produktiver Pfänder“: „Besetzung des Ruhrgebietes, Beschlagnahme der staatlichen Bergwerke und Forsten. Die Alliierten sollen mit 26% an der deutschen Industrie beteiligt werden. Kontrolle der deutschen Ein- und Ausfuhr, der Reichsbank sowie der Privatbanken“. Vergeblich warnt England vor Überspannung der Forderungen. Poincaré beginnt, den Ruhreinbruch auf eigene Faust diplomatisch vorzubereiten. Zunächst aber sucht er sich an den letzten in Elsaß-Lothringen verbliebenen Reichsdeutschen schadlos zu halten: sie verlieren — obwohl vor 5¼ Jahren der Waffenstillstand und vor über 5 Jahren der Frieden geschlossen ist — ohne weiteres ihre Bankguthaben. Bisher sind rund 150 000 (!) Deutsche aus den früheren Reichslanden vertrieben worden. Jetzt folgt die Ausweisung des Restes aller derer, die irgendwie mißliebig werden könnten: es sind etwa 1000. Ihr gesamtes Hab und Gut verfällt. Sie dürfen nur Handgepäck mitnehmen.

Mitte d. M. Auf dem Königsplatz in München findet eine große *Demonstration* der nationalen Verbände statt,



Januar

49 „Inflation.“ Städtischer Butterverkauf unter Polizeischutz. 4.—13. Januar Wirtschaftskonferenz in Cannes. Auf Veranlassung Englands will Briand Deutschland entgegenkommen, wird aber durch Poincaré gestört. Deutschland muß alle 10 Tage 31 Millionen Goldmark in Devisen bezahlen. Die Währung ist bereits vollkommen ruiniert. Ein Pfund Butter kostet M. 41,—, ein frisches Trinkel M. 4,60.



Februar

50 Der Generalstreik der Eisenbahner führte zu großen Verkehrsstörungen. Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner richtet an die Regierung ein Ultimatum, in dem automatische Anpassung der Löhne an die schwindende Kaufkraft der Mark gefordert wird. Nach Ablehnung beginnt am 1. Februar in fast ganz Norddeutschland der Streik. Erst am 8. Februar wird die Arbeit wieder aufgenommen.



März

51 Eine große Streikwelle nach der anderen. „Schlange stehen“ vor einem Brunnen als Folge eines Wasserstreiks. Der Streik wird in jener Zeit das hauptsächlichste Kampfmittel, um bei der rapide fortschreitenden Teuerung eine Erhöhung der Löhne durchzusetzen. Vergleichlich: der Abstand zwischen Lohn und Marktwertung vergrößert sich immer mehr.



April

52 Konferenz von Genua und Vertrag von Rapallo. Die beiden Hauptgegner des Vertrages: Lloyd George (1) und Barthou (2) im Gespräch. Vom 10. April bis 19. Mai beraten 28 Staaten in Genua die wirtschaftliche Lage, darunter Deutschland und Rußland. Beide schließen im benachbarten Rapallo am 16. April einen Sondervertrag, der alle schwebenden gegenseitigen Ansprüche für erledigt erklärt. Dieser findet den heftigsten Widerstand Englands und Frankreichs.



Mal

53 Die Heilsarmee gibt Suppe und Brot an die hungriige Bevölkerung aus. Die 1878 von dem englischen Ehepaar Booth gegründete religiöse Vereinigung hat jetzt ihre große Zeit. Sie ist nicht nur bestrebt, durch Andachtsübungen und Gesang auf die sittlich verwahrloste Großstadtbevölkerung zu wirken, sondern nimmt sich auch der Ärmsten unter den Armen in praktischer Nächstenliebe an.



Juni

54 Neue Generalstreiks. Ein Bild aus den zahlreichen Verkehrsstreiks dieser Zeit. Die Fuhrwerkbesitzer machen dabei gute Geschäfte. Ursache dieser Streiks ist die Erschießung des Außenministers Rathenau am 24. Juni in Berlin. Hitler erleidet wegen seines freimütigen nationalen Auftretens eine vierwöchige Gefängnisstrafe. Am 26. Juni wird infolge der fortgesetzten zunehmenden Unruhen eine scharfe Notverordnung zum Schutz der Republik erlassen.

bei der auch die NSDAP. und zwar mit 6 Hundertschaften der SA. antritt. Es kommt zu heftigen Zusammenstößen mit den politischen Gegnern. An diesem Tage lernt Hermann Göring Adolf Hitler kennen. Er wird der erste Führer der SA., läßt sich in Nymphenburg nieder und gewinnt Ladendorff für die Bewegung.

30. 8. *Sieg der Türken bei Dumlupınar über die Griechen.*

Anfang 1921 hatten die Griechen versucht, sich die ihnen im Frieden von Sévres (vgl. August 1920) zugesprochenen Gebiete zu holen. Sie waren jedoch schon im Januar, März und September 1921 geschlagen worden. Im August 1922 setzen die Türken unter Kemal Pascha erfolgreich ihre Offensive fort; sie führte zur völligen Vertreibung der Griechen aus Kleinasien. Am 9. September wurde auch Smyrna wieder von den Türken besetzt. Ein Waffenstillstand vom 11. Oktober 1922 brachte die Räumung Konstantinopels durch die Alliierten. Am 1. November wurde hier das Sultanat abgeschafft; der letzte Sultan Mehmed VI. mußte fliehen.

Englands Politik, die Griechenland unterstützt hatte, erleidet damit einen schweren Schlag. Lloyd George wird gestürzt. An seine Stelle tritt Bonar Law. Im weiteren Verlauf der Dinge tritt England ganz in den Hintergrund der politischen Ereignisse. Poincaré hat jetzt freie Hand, gegen Deutschland selbständig vorzugehen.

September 1922

13. 9. Zwischen Frankreich und Polen wird eine Militärkonvention auf 10 Jahre abgeschlossen.

Oktober 1922

4. 10. *Sanierung Österreichs* durch den Völkerbund auf Grund der „Genfer Protokolle“: Es erhält eine langfristige internationale Anleihe und muß sich dafür (bis Juni 1926) eine oft drückend gehandhabte Finanzkontrolle gefallen lassen. Auch muß es in aller Form auf den Anschluß an Deutschland verzichten. Durch die Anleihe wird es möglich, den Kronenkurs zu stabilisieren und die Schillingwährung einzuführen.

Stand der Abrüstungsfrage.

Auf der Vollversammlung des Völkerbundes im Herbst 1922 wird beschlossen, nun auch die im Verträge von Versailles vorgesehene Abrüstung ernstlich in die Wege zu leiten.

Eine Zeitlang arbeiten Ausschüsse an dieser politischen Kernfrage der Nachkriegszeit. Der „Ruhrkampf“ (vgl. 11. 1. 1925) hebt aber sehr bald alles wieder auf. Erst im September 1924 wird sie wieder — zunächst auch dann noch ohne Deutschland — aufgegriffen (siehe auch 18. 5. 1926).

14. 10. *Völkischer Tag in Coburg.*

Hitler erscheint in Begleitung von 800 Mann mit einem Sonderzug — dem ersten dieser Art in Deutschland. Es kommt zu heftigen Zusammenstößen mit den politischen Gegnern. Für die Bewegung selbst bringt dieser Tag einen großen nachhaltigen Erfolg.

28. 10. *Mussolinis Marsch auf Rom.*

Auch in Italien hatten sich starke innerpolitische Kämpfe entwickelt. Es drohte eine proletarische Revolution. Da übernahm es der von Mussolini gegründete und geführte Faschismus (vgl. Februar 1919), Italien der Anarchie zu entreißen. Immer häufiger wurden jetzt die Zusammenstöße, bei denen die Faschisten meist Sieger blieben. Schließlich entschloß sich Mussolini zum offenen Staatsstreich. Unmittelbar nach einem großen faschistischen Kongreß in Neapel traten am 28. Oktober 1922 etwa 40000 Faschisten „den Marsch auf Rom“ an. König Viktor Emanuel III. lehnte die ihm von seinen bisherigen Räten vorgeschlagene Verhängung des Belagerungszustandes ab. Er rettete seinen Thron, indem er den Rücktritt des letzten parlamentarischen Ministeriums geschehen ließ und Mussolini am 30. Oktober an die Spitze einer neuen Regierung berief.

Ende d. M. *Frankreich stellt* — wie auch in den letzten Monaten des Jahres 1922 — systematisch die verschiedensten Verfehlungen Deutschlands fest:

- a) Die Prozesse gegen die „Kriegsverbrecher“ sind zum Stillstand gekommen.
- b) Die *militärischen Bestimmungen* sind noch nicht überall wortgetreu durchgeführt worden: Hier sind noch einige Gasmasken zuviel, dort ist eine verlangte Nachweisung nicht eingegangen, dort wiederum stehen 2 schwere Geschütze noch auf beweglichen Lafetten, während nur unbewegliche erlaubt sind.

Als daraufhin im Oktober in *Passau*, im November in *Ingolstadt* bei Militärkontrollen französische Offiziere mit Steinen beworfen und verletzt werden, fordert Poincaré von beiden Städten je eine halbe Million Gold-

mark als Sühne. Als diese nicht gezahlt werden, droht Frankreich, das Geld im besetzten Gebiet zu beschlagnehmen. Schließlich begleicht die Reichsregierung die verlangte Summe.

November 1922

5. 11. *Der Kaiser* vermählt sich mit Prinzessin Hermine von Schönau-Carolath, geborene Prinzessin Reuß a. L.

16. 11. Das Kabinett Wirth tritt zurück, da trotz seines Erfüllungswillens nicht das geringste erreicht worden ist. *Dr. Cuno*, Generaldirektor der Hapag, übernimmt nach langen Verhandlungen das Reichskanzleramt. Vergeblich beschwört der neue Kanzler nochmals die USA. um Vermittelung. Poincaré will den Ruhrreinmarsch und nimmt hierzu eine Kleinigkeit als Anlaß (vgl. 26. 12. 1922). *Mussolini* bildet sein erstes Kabinett aus Angehörigen verschiedener Parteien. Das Parlament löst er zunächst nicht auf, behandelt es aber mit offener Geringschätzung.

Dezember 1922

20. 12. Ein Prozeß gegen die „Kriegsverbrecher“ in Leipzig spricht 95 Angeklagte frei, unter ihnen auch Feldmarschall von Mackensen.

26. 12. Die *Reparationskommission* stellt fest, daß Deutschland nicht genügend Schmittholz und Telegraphenstangen geliefert habe. Umsonst erklärt der englische Vertreter: „Das ist eine lausige Anklage, die nur als Vorbereitung für etwas anderes vor die Kommission gebracht wird. Niemals seit dem Trojanischen Krieg hat das Holz im Schicksal der Völker eine so furchtbare Rolle gespielt.“ Frankreich, Italien und Belgien erklären den Verzug als eine schuldhafte Verfehlung des Reiches gegen den Versailler Vertrag. Die Reichsregierung protestiert und erklärt sich bereit, den Gegenwert sofort in bar zu entrichten. Poincaré schiebt jedoch dieses Angebot beiseite.

Während in Düsseldorf bei der allgemeinen Notlage des deutschen Volkes ein *Generalstreik* ausgerufen wird, der mit Plünderungen und Unruhen auch auf Köln, Aachen, Mannheim und Braunschweig übergreift, während ein starker *französischer Truppenaufmarsch* jenseits der Grenze gemeldet wird, geht das Jahr 1922 in furchtbarer Hochspannung zu Ende.

Der *Dollar* ist im Laufe dieses Jahres von 181 M. auf 7425 M. gestiegen. Ein Vermögen von 10000 M. hatte nur noch den Wert von 5 Goldmark.



Juli

55 Hugo Stinnes, der berühmte „Kohlenkönig“ († 10. April 1924), vor einer Konferenz im Juli 1922. Stinnes ist eine der markantesten Persönlichkeiten der Inflationszeit. Politisch trat er vor allem in der Konferenz von Spa, Juli 1920, hervor, wo er die unerfüllbaren Kohlenforderungen der Entente schroff ablehnte. Die Ausdehnung seines Konzerns, durch die er zugleich eine Verschleuderung deutscher Wertobjekte verhindern sollte, war gewaltig.



August

56 Griechisch-türkischer Krieg. Griechische Kavallerie durchquert einen Fluß. Im Frieden von Sèvres (10. August 1920) sollte die Türkei an Griechenland erhebliche Gebiete abtreten. Kemal Pascha aber verweigerte ihre Herausgabe; dadurch kommt es zum Krieg, wobei die griechische Front in Kleinasien trotz tapferer Gegenwehr zertrümmert wird.



September

57 „Hamsterfahrten“ werden von der Stadtbevölkerung unternommen, um sich auf dem Lande Lebensmittel zu beschaffen. Schon längst hat die breite Masse die furchtbaren Folgen des Diktats von Versailles an sich selbst erfahren. Am 15. September fällt auch seitens der Reichsregierung, deren „Erfüllungspolitik“ unter dem Zwang der Ereignisse zusammenbricht, das verzweifelte Wort: Erst Brot, dann Reparationen.



Oktober

58 Mussolinis Marsch auf Rom. Die Ankunft der Faschisten in Rom. Benito Mussolini war ursprünglich sozialistischer Tageschriftsteller. Im Jahre 1915 zog er als einfacher Bersagliere ins Feld, wo er 1917 schwer verwundet wurde. Febr. 1919 gründete er die faschistische Partei gegen den drohenden Bolschewismus. Die Ohnmacht der parlamentarischen Regierung führte ihn zu dem Entschluß, am 28. Oktober 1922 durch seinen Marsch auf Rom die Gewalt an sich zu bringen.



November

59 Diktator Mussolini bei einer seiner ersten Ansprachen. Nach seinem Einzug in Rom (vgl. Oktober 1922) berief Mussolini am 16. November das Parlament ein, das er jedoch geringschätzig behandelte und dann er sagte, daß er keine Mehrheit brauche, um zu regieren. Er sei vom Volk berufen, um eine neue Ordnung durchzuführen, die sich auf drei Worte gründe: Sparsamkeit, Arbeit und Disziplin.



Dezember

60 Die Wohnungsnot. Alter Lagerkeller als Wohnung. Die Fensterreihen sind durch Peppe ersetzt. Die Wohnungsnot war eines der schwierigsten Probleme der Nachkriegszeit. Um ihr zu steuern, er schien bereits am 15. Januar 1919 ein Gesetz, in dessen Verlauf die Wohnungämter gegründet wurden — das erste Oktober 1919 in Berlin. Die Schutzgesetzgebung behielt ihre Gültigkeit bis zum 1. 4. 22.



Die verlorenen DEUTSCHEN KOLONIEN
 2952900 qkm Flächeninhalt • Einwohnerzahl 12293000
 Der Flächeninhalt entspricht ungefähr der 6fachen Größe Deutschlands

Reparationsleistungen vom Waffenstillstand bis zum Dawesplan 1918-1924 in Millionen Goldmark

Barzahlungen	1 700	Ruhrbesetzung	1 370
Kohle und Koks	2 334	Abgetr. Staatseigentum	9 670
Eisenbahnmaterial	1 803	Beschlagnahmtes Eigentum im Ausland	10 080
Rücklaßgüter der Front	5 041	Wirtschaftlicher Wert der abgetretenen Gebiete	40 000
Kriegsschiffe	1 338	Wirtschaftlicher Wert der Kolonien	31 500
Handelsschiffe	4 486	Sonstige Leistungen	39 251

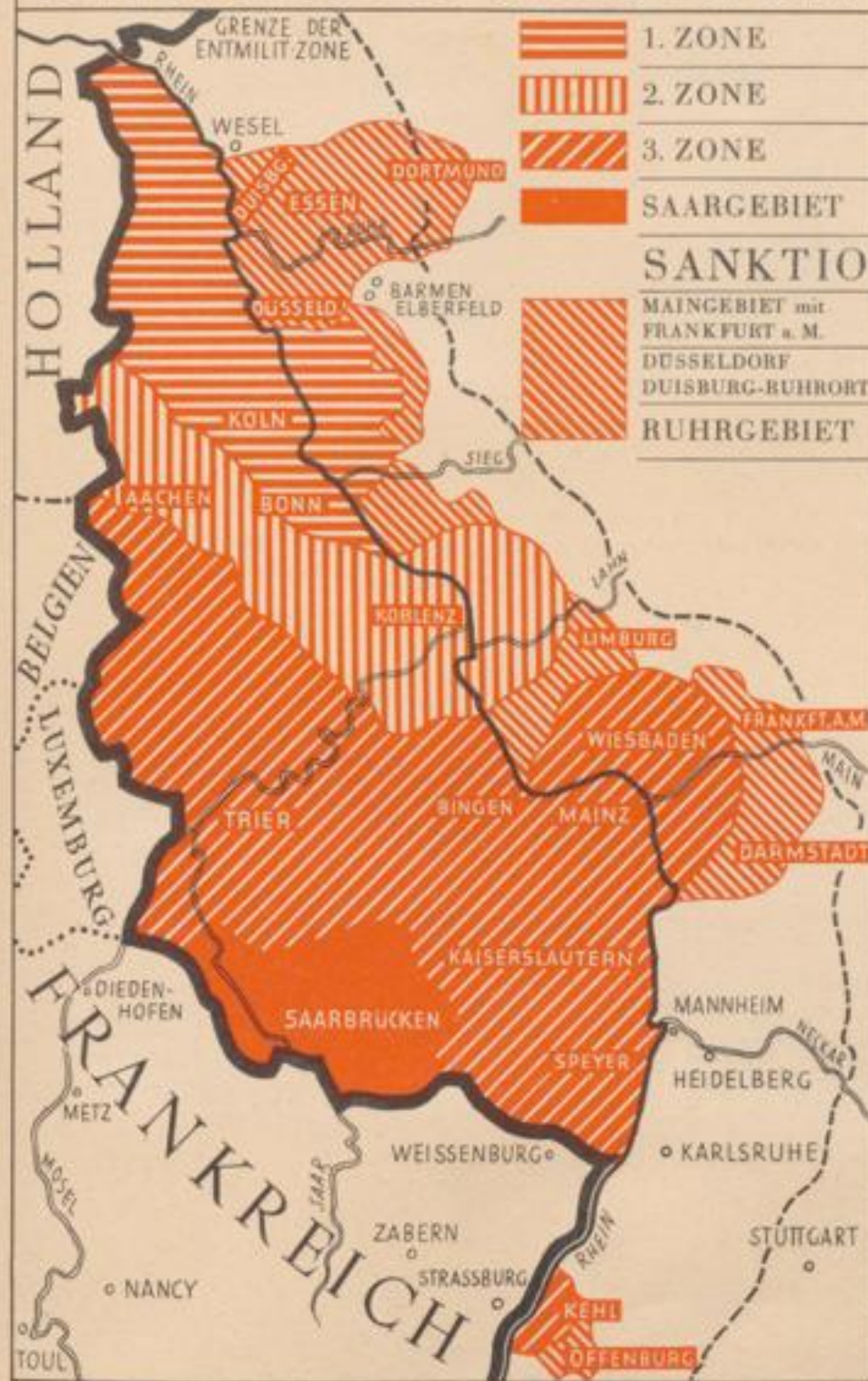
Gesamtleistungen von 1918 bis 1924 = 148 800 Millionen Goldmark

DAS SIND 40% REPARATIONEN
 vom deutschen Nationalvermögen 1914 = 375 000 Millionen Goldmark

Die deutschen Reparationszahlungen von 1924-1931 in Millionen Goldmark

Rechnungs-jahr	Ins-gesamt	An Frankreich	An Groß-Brit.	An Italien	An Belgien	An Südlawien	An Verein-Staat
1924 - 25	897	396,5	190,7	60,4	93,5	30,1	-
1925 - 26	1193	565,7	226,7	77,1	116,4	38,2	14,8
1926 - 27	1389	638,3	302,5	92,8	68,6	46,3	98,8
1927 - 28	1739	862,5	367,0	119,5	108,5	58,5	85,2
1928 - 29	2453	1270,6	530,7	173,8	126,1	90,3	100,1
1929 - 30	1479	824,7	282,3	111,8	75,6	58,0	51,8
1930 - 31	1642	900,7	366,8	156,0	98,2	79,4	66,3
1924 - 31	10792	5459,0	2266,7	791,4	686,9	400,8	417,0
in %	100%	50%	21%	7,3%	5,4%	3,7%	3,9%

BESETZTE GEBIETE



-  1. ZONE
-  2. ZONE
-  3. ZONE
-  SAARGEBIET

SANKTIONSGEBIETE

-  MAINGEBIET mit FRANKFURT a. M.
-  DUSSELDORF DUISBURG-RUHRORT
-  RUHRGEBIET

Besetzt	Räumungsfrist lt. Versailler Vertrag	Tatsächlich geräumt
DEZEMBER 1918	JANUAR 1925	JANUAR 1926
DEZEMBER 1918	JANUAR 1930	NOVEMBER 1929
DEZEMBER 1918	JANUAR 1935	JUNI 1930
DEZEMBER 1918	Abstimmung Januar 1935	1. MÄRZ 1935
6. APRIL 1920	Vertragswidrig	17. MAI 1920
15. MÄRZ 1921	Mit Zustimmung Englands	25. AUGUST 1925
11. JANUAR 1923	Vertragswidrig	31. JULI 1925

Die amtlichen Dollarkurse von 1919-1923

	1919	1920	1921	1922	1923
JANUAR	8,20	56,—	67,—	181,—	11 875,—
FEBRUAR	9,02	99,—	60,—	200,—	19 500,—
MÄRZ	9,81	73,—	63,—	271,—	20 875,—
APRIL	13,29	59,—	63,—	300,—	21 150,—
MAI	13,73	49,—	58,—	286,—	42 300,—
JUNI	15,26	41,—	70,—	311,—	107 700,—
JULI	15,23	39,—	75,—	438,—	195 600,—
AUGUST	19,25	47,—	86,—	1039,—	2,7 Millionen
SEPTEMBER	27,75	61,—	110,—	1458,—	10,3 „
OKTOBER	27,16	70,—	150,—	2880,—	3,76 Milliarden
NOVEMBER	40,72	84,—	261,—	7515,—	4,2 Billionen
DEZEMBER	50,—	74,—	181,—	7425,—	4,2 Goldmark

1 GOLDMARK = 1 BILLION PAPIERMARK

Januar 1923

2. 1. (bis 4. 1.). Ein *letzter Versuch* Englands, Poincaré von seinen Forderungen auf „produktive Pfänder und Sanktionen“ zurückzuhalten, scheitert. Bonar Law weist nunmehr jede Verantwortung für das Kommende von sich.

5. 1. Der *französische Ministerrat* beschließt auf Vorschlag Poincarés einstimmig, das Ruhrgebiet zu besetzen. Dieser Plan setzt auch eine Mitwirkung der deutschen Wirtschaftsverbände in Rechnung; aber diese Erwartung trägt: In der Nacht vom 9. zum 10. Januar verlegen die Führer des Ruhrbergbaues mit Zustimmung der Gewerkschaften den Sitz des *Kohlensyndikates* von Essen nach Hamburg und entziehen damit den Franzosen die wichtigsten Unterlagen zur Ausbeutung des Reviers.

10. 1. Der *französische Botschafter* kündigt — genau 5 Jahre, nachdem der Frieden von Versailles in Kraft getreten ist — die Entsendung einer französisch-belgischen „Ingenieurkommission“ ins Ruhrgebiet an und warnt vor Anwendung von Gewalt. Die Reichsregierung legt hiergegen Verwahrung ein und bezeichnet diesen Schritt als einen *Bruch der Verträge*. Gleichzeitig werden die Leiter der deutschen Vertretungen in Paris und Brüssel abberufen. An alle Regierungen, die den Versailler Vertrag unterzeichnet haben, wird eine Protestnote abgesandt. Außerdem erklärt Deutschland, während der Dauer des Rechtsbruches weder in bar noch in Sachlieferungen irgendwelche Zahlungen zu leisten. Die gesamte Bevölkerung wird zum passiven Widerstand aufgefordert. Am Abend billigt eine gewaltige, aus allen Teilen des Industriegebietes besuchte Versammlung im Essener Saalhaus diese Maßnahmen.

Am gleichen Tage überrumpeln litauische Truppen das *Memelgebiet* angesichts der dort stehenden Franzosen. Diese ziehen ihr Militär ohne Einspruch zurück (vgl. 16. 2. 1923).

Der Einmarsch ins Ruhrgebiet

11. 1. Im Morgengrauen marschieren Franzosen und Belgier unter General Degoutte — zunächst insgesamt 40 000 Mann aller Waffen, Tanks, Flieger — in *Essen* und *Gelsenkirchen* ein. Gleichzeitig werden die Riesenanlagen der Krupp-Werke umstellt. Frankreich jubelt: Die deutsche Waffenschmiede ist in seiner Hand. Wo jedoch die fremden Truppen hinkommen, stehen buchstäblich alle Räder still: Häuser und Läden werden geschlossen. Die Züge bleiben auf offener Strecke stehen. Die Arbeiter verlassen ihre Betriebe und löschen die Feuer. Kein Eisenbahner darf einen französischen Militärzug fahren, kein Postbeamter eine feindliche Nachricht befördern, kein Bürgermeister leistet den feindlichen Requisitionen Folge. Eine vollkommene Erstarrung jedes öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens tritt ein. Dieser Widerstand hat Entsendung neuer Truppen zur Folge; bald sind es 87 000 Mann. Die Gefängnisse füllen sich, Kriegsgerichte fangen an zu arbeiten.

Über Deutschland geht eine Welle nationaler Erhebung, die in den besetzten Gebieten Unternehmer und Arbeiter in eine Front zusammenschmiedet.

15. 1. In der Königsallee in *Bochum* wird ein waffenloser Umzug ohne vorherige Warnung beschossen. 5 Opfer; es sind die ersten des Ruhrkampfes.

16. 1. 5 französische Divisionen haben das gesamte Einbruchgebiet abgeriegelt. Düsseldorf und Mainz werden jetzt die Hauptquartiere. Über 10 Millionen Deutsche stehen damit unter fremder Gewaltherrschaft.

20. 1. Verhaftung *Fritz Thyssens* und zahlreicher anderer Industrieführer, welche die Ausführung der völkerrechtswidrigen Befehle verweigern: „Zu ehrlosen Handlungen gegen mein Vaterland lasse ich mich nicht zwingen“, erklärt Thyssen vor dem Kriegengericht in Mainz. Das Urteil lautet zunächst nur auf Geldstrafe: 1 Million Goldfranken. Thyssen kehrt jubelnd begrüßt ins Revier zurück.

24. 1. *Amerika* zieht anlässlich des Ruhrreinmarches seine Truppen aus dem Rheinland zurück. Die Franzosen besetzen nun auch Koblenz. Die Rheinlandkommission dehnt gleichzeitig den Kampf auch auf das bisher besetzte Gebiet aus: Man beginnt die linksrheinischen Forsten, die Kohlenvorräte, Bergwerke und Eisenbahnen zu beschlagnahmen.

26. 1. Die *Ruhrzechen* sind nunmehr sämtlich von den Franzosen besetzt. Kein Stück Kohle darf mehr nach dem unbesetzten Deutschland. Dieses muß englische Kohle einführen, um den Zugverkehr notdürftig aufrechterhalten zu können.

Im freien Deutschland wird das *Stahlhelmsverbot* aufgehoben.

28. 1. *Erster Parteitag der NSDAP. in München*. Die nationalen Verbände stellen sich darauf ein, jetzt zu den Waffen gerufen zu werden. Die preußische Regierung stimmt jedoch nur der Aufstellung einer sogenannten „schwarzen Reichswehr“ zum Schutz gegen Polen und die Tschechoslowakei zu.

Februar 1923

4. 2. Als Vergeltungsmaßnahme dafür, daß Deutschland die Durchgangszüge, die Paris mit Prag und Budapest verbinden, einstellt, besetzt Frankreich *Offenburg* und *Appenocier* im Schwarzwald. Damit bekommt es die innere deutsche Bahnlinie Frankfurt/M.—Basel in die Hände.

7. 2. Die Kaufleute in *Recklinghausen* weigern sich, Ware an die fremden Truppen abzugeben. Amtlich werden 78 schwere Mißhandlungen festgestellt.

13. 2. Die Belgier besetzen *Emmerich* und *Wesel*.

16. 2. Die Botschafterkonferenz spricht Litauen das *Memelgebiet* zu (vgl. 10. 1. 1923).

Bis Mitte Februar haben die Franzosen im ganzen 10 Waggon Kohle (!) aus dem Ruhrgebiet abfahren können. Jetzt rufen sie ein Heer von eigenen Leuten, im besonderen Eisenbahner, herbei. Um Platz zu machen, beginnen *Ausweisungen* größten Stils, angefangen mit oberen Beamten: Am 7. Februar wird der Oberbürgermeister von Mainz, Ailelung — hier beanspruchen die Franzosen allein 5000 Privatzimmer! —, am 12. Februar der Regierungspräsident von Wiesbaden, Haenisch, ausgewiesen. Ganze Wohnviertel müssen oft in wenigen Stunden geräumt werden.

In *Gelsenkirchen*, das sich weigert, eine ihm auferlegte Geldbuße zu zahlen, treibt man diese gewalttätig bei: Die innere Stadt wird völlig abgeriegelt; planmäßig werden sämtliche Kassen beschlagnahmt. Allen Passanten wird auf offener Straße die gesamte Barchaft abgenommen. Die „Inkasso-Division“ bringt innerhalb 4 Tagen 70 Millionen Papiermark zusammen.

23. 2. Über *Bochum* wird der Belagerungszustand verhängt. Auch in Essen und Dortmund kommt es zu Zusammenstößen.

März 1923

3. 3. (bis 6. 3.). Die *französische Besetzung* wird auf *Darmstadt*, *Mannheim*, *Karlsruhe*, *Remscheid* und *Vohwinkel* ausgedehnt.

10. 3. Von zunächst unbekanntem Händen — in Wirklichkeit waren es französische Soldaten — werden in *Buer* 2 französische Offiziere erschossen. Belagerungszustand. Mißhandlung der Bevölkerung. 2 Deutsche, deren Unschuld sich später herausstellt, werden beim Verhör getötet.

19. 3. Die neue französische Eisenbahnregie beginnt mit einem Stamm von 15 000 Angestellten den Betrieb eines Streckennetzes, das bisher 170 000 vorgebildete Kräfte beschäftigt hat. Im Verkehr greifen *mittelalterliche Zustände* Platz: Für eine Fahrt von Trier nach Koblenz muß man 2—3 Tage rechnen. Essen ist von Hamm über Dortmund mit abwechselnder Benutzung von Eisenbahn, Straßenbahn und Fußmarsch in 14 Stunden zu erreichen. Die Bevölkerung hilft sich hauptsächlich mit Autolinien, die jedoch bald verboten werden.

21. 3. In Sachsen wird unter *Zeigner* ein linkssozialistisches Kabinett gebildet.

31. 3. *Der blutige Karntag in Essen* (vgl. auch Bild 65). Anschließend Verhaftung der Kruppischen Grubendirektoren. Auch bei den französischen Behörden ist der Eindruck dieser Vorkommnisse so stark, daß man den 13 Toten ein ehrenvolles Begräbnis zugesteht (10. April).

Ende März ist die staatliche deutsche *Polizei* aus dem gesamten Ruhrrevier abgeschoben; im besetzten Rheinland wird sie stark entrechtet.



Januar

61 Der Einbruch ins Ruhrgebiet. Die Verhaftung von Fritz Thyssen und seiner Grubendirektoren am 20. Januar 1923. Da Deutschland mit Sachlieferungen im Rückstand geblieben ist (vgl. Dezember 1922), läßt Präsident Poincaré eine „Kommission von Ingenieuren“ mit über 80 000 französischen und belgischen Soldaten ins Ruhrgebiet einrücken. Zahlreiche Zechenbesitzer verweigern die Ausführung ihrer völkerrechtswidrigen Befehle und müssen dafür ins Gefängnis wandern.



Februar

62 Die Franzosen bei der Ausübung ihrer Polizeigewalt in Essen. Beim Einmarsch wurde von seiten der deutschen Regierung im Ruhrgebiet der passive Widerstand proklamiert, dem überall Folge geleistet wird. Wo die Franzosen erscheinen, erstirbt jedes Leben. Die Läden werden geschlossen, die Feuer gelöscht, Bahnen und Straßen verfallen. Demgegenüber weist Frankreich alle hohen deutschen Beamten aus und verschärft den Belagerungszustand.



März

63 Das Blutbad in Essen. Französische Panzerautos am Hauptbahnhof. Am Karntag (11. März 1923) requiriert ein französisches Kommando in den Krupp-Werken Transportfahrzeuge. Daraufhin verlassen die Arbeiter unter dem Heulen der Sirenen ihre Plätze. Die Franzosen glauben sich bedroht und feuern blindlings in die Menge: 13 Tote, 30 Verwundete. Der Eindruck ist ungesäuer.



April

64 Politische Prozesse. Krupp von Bohlen-Halbach vor dem franz. Kriegsgericht in Werden. Nach dem blutigen Karntag (11. März 1923) in Essen verhaften die Franzosen die angeblich schuldigen Grubendirektoren, später auch Krupp von Bohlen-Halbach selber. Das gleiche geschieht mit vielen anderen Führern der Wirtschaft und Verwaltung, z. B. Oberbürgermeister Dr. Jarres (Duisburg) und Hauenstein (Oberhausen) sowie Bürgermeister Schäfer (Essen).



Mai

65 Die Erschießung Schlageters. Die Stätte, an welcher Schlageter den Tod fand. Ehemalige Freikorpskämpfer gehen zum aktiven Widerstand über, um den Franzosen den Aufenthalt an der Ruhr unerträglich zu machen. U. a. gelingt es Schlageter, an der Eisenbahnlinie Duisburg-Düsseldorf einen Transportzug der Franzosen zu unterbrechen. Er wird jedoch von seinen eigenen Landsleuten verraten und am 26. Mai auf der Goldheimer Heide standrechtlich erschossen.



Juni

66 Beschlagnahme der Ruhrkohle. Abtransport von Ruhrkohle unter französischer Bewachung. Kein Stück Kohle darf aus dem Ruhrgebiet in das freie Deutschland hinüber. Dort muß der 5. Teil aller Personenzüge, 2/3 aller Schnellzüge aus Kohlenmangel eingestellt werden. Durch den passiven Widerstand Deutschlands erhält aber auch Frankreich monatlich nur 3—5000 t, während die normalen Reparationsleistungen gegen 200 000 t betragen würden.

April 1923

Nationalgesinnte Deutsche, meist ehemalige Front- und Freikorpskämpfer, beginnen den *bisherigen passiven Widerstand planmäßig zu aktivieren*. Schon im März hatten nach einem französischen Bericht 86 „Attentate“ stattgefunden, von denen nur 20 auf Sprengkapseln zurückgingen. Alle anderen waren offenbar von fremden, unerfahrenen Hilfskräften ausgeführt. Jetzt häufen sich die Vorkommnisse. Die Franzosen zwingen deshalb deutsche Bürger, als „Geiseln“ auf den Lokomotiven mitzufahren.

27. 4. Zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet wird der *Paßzwang* eingeführt.

Mai 1923

Die Reichsregierung hatte es übernommen, den Unterhalt für die Ruhrbevölkerung zu schaffen. Dies ist jedoch nur durch erhöhte Arbeit der Notenpresse möglich. Die dadurch in Deutschland heraufgeführte *Inflation* läßt die Goldmark vom Januar bis November 1923 von 2500 M. auf eine Billion steigen. Dies führt zusammen mit der Kohlen- und Halbfabrikatsperre Arbeitslosigkeit (2 Millionen) und Hungersnot in ganz Deutschland herauf. So beginnt der innere Zwiespalt allmählich wieder aufzuleben.

1. 5. Eine große kommunistische Maifeier auf dem Oberwiesenfeld bei München wird durch die SA. unmöglich gemacht.

8. 5. *Kriegsgericht* gegen die Krupp-Direktoren (vgl. 31. 5. 1925) in Werden. Kurz zuvor war auch *Krupp v. Bohlen-Halbach* selbst verhaftet worden. Die Urteile schwanken zwischen 10 und 20 Jahren Gefängnis, von denen 6 Monate effektiv verbüßt wurden. Unter ungezählten anderen Prozessen seien vorab zwei genannt:

- a) gegen den Oberbürgermeister von Dulaburg, *Dr. Jarres*. Dieser war von den Belgiern ausgewiesen worden, hatte aber erklärt, „keiner Macht der Erde stehe das Recht zu, ihn gegen seinen Willen aus der rheinischen Heimat zu entfernen, in der er festgewurzelt sei“. Er kehrte dementsprechend trotz gewaltsamen Abtransportes wieder zurück und mußte ins Gefängnis wandern.
- b) gegen den Oberbürgermeister von Oberhausen, *Havenstein*, der in seiner Verteidigungsrede ausführte: „Kein Gesetz der Welt, auch kein französisches, gibt es, das einen zwingt, gegen das Wohl des eigenen Landes etwas zu unternehmen und Verräter an seinem Vaterland zu werden.“ Er wird zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

In allen diesen Fällen liegen Urteil und Begründung schon vor der Rede des Anklagevertreters zur Unterschrift bereit.

15. 5. *Limbürg* wird vorübergehend besetzt.
26. 5. *Leo Schlageter* wird von den Franzosen auf der *Goldzheimer Heide* erschossen.

Im Mai haben die Franzosen und Belgier 5500 t Kohlen abtransportieren können. Es ist dies die höchste Monatsziffer, die sie während der Wirksamkeit des passiven Widerstandes erreicht haben. Unter normalen Verhältnissen hätten sie auf Reparationskonto pro Monat 200000 t erhalten.

Juni 1923

Die innen- und außenpolitischen Zustände spitzen sich zu. Regier. Notenwechsel, der mehr und mehr die schwache Position der Reichsregierung offenbart. Um so unnachgiebiger fordert Poincaré völlige Unterwerfung: „*Wir sehen im wirtschaftlichen Herzen Deutschlands; niemand wird erwarten, daß wir uns vor Bestohlung des letzten uns geschuldeten Franken wieder zurückziehen.*“ Inzwischen wachsen bis weit in die bürgerliche Front hinein Zweifel, ob man durchhalten wird. Im Ruhrgebiet sowie in Sachsen kommt es Anfang Juni zu schweren Teuerungskrawallen mit zahlreichen Toten und Verwundeten.

9. 6. Belagerungszustand in *Dortmund*, weil 2 französische Sergeanten in einem Streit mit Deutschen erschossen wurden. Bei *Barmen* überschreiten französische Zollbeamte die Grenze des besetzten Gebietes, woraus sich eine Schießerei mit deutschen Polizisten entwickelt. Es folgt ein Sühnefeldzug in das unbesetzte Barmen. Die Polizei wird entwaffnet. Alles Geld der dortigen Reichsbankstelle wird mitgenommen.

30. 6. Sprengstoffanschlag auf die *Duisburger Rheinbrücke*, der mehrere Todesopfer fordert. Infolgedessen verbietet Frankreich auf über einen Monat für das besetzte Gebiet jegliche Ein- oder Ausreise. Die Ruhrunterstützung muß auf Schleichwegen bei Nacht durch die Grenzsperrung geschmuggelt werden.

Juli 1923

Der „*passive Widerstand*“ überschreitet seinen Höhepunkt. Das einst blühende wirtschaftliche Leben des gewaltigen Industriegebietes ist fast vollkommen vernichtet: 85%, aller Hochöfen liegen still, der Rest arbeitet nur noch für den Eigenbedarf. Der Eisenbahnverkehr ist um 80% zurückgegangen. Auch die Tonnenzahl der Kohlen, die nach Frankreich gebracht werden, ist gegenüber dem Mai im Juni und Juli wieder erheblich gesunken. Aber Poincaré arbeitet auf Zeitgewinn: Nach über 6 Monaten Ruhrbesetzung sind die ins Land geschickten Kräfte nun endlich so weit, in größerem Umfange die Zechen und Hütten auszubeuten. Es entsteht ein regelmäßiger Schnellzugverkehr Düsseldorf-Koblenz-Wiesbaden-Mainz. Besserung im Güterverkehr.

Für den inneren Dienst der französisch-belgischen Eisenbahn wird der „*Regiefranken*“ herausgegeben. Der Bevölkerung aber empfiehlt man, ein eigenes „*rheinisches Geld*“ zu schaffen. Damit nimmt man nunmehr wohl vorbereitet das in Angriff, was das *eigentliche Ziel* der damaligen

französischen Politik ist: *Die Abtrennung des Rheinlandes*. Während Frankreich das Ruhrgebiet mehr und mehr zu einem vorgeschobenen Bollwerk ausgestaltet, von dem aus das Reich wirtschaftlich unterworfen werden soll, verlagert sich das eigentliche Schwergewicht des politischen Druckes nunmehr wieder auf das Gebiet links des Rheines. Dabei bedient sich Frankreich in erster Linie des „*Separatismus*“ (vgl. 1. 6. 1919).

Vor allem treten 3 Gruppen auf: In Koblenz *Dr. Dorten* (ehemaliger Staatsanwalt), — in Düsseldorf ein „*landfremder*“ Schriftsteller aus Würzburg: *Joseph Matthes*, — in der Pfalz ein Landwirt aus Orbis: *Joseph Heinz*.

Im Juli beginnt überall eine rege Versammlungstätigkeit der Separatisten, zu der die französische Eisenbahnregie die Teilnehmer gratis befördert. Deutscherseits bildet sich demgegenüber ein Netz von Vertrauensmännern unter der zielbewußten Leitung *Hans Steinachers*, des „*Löwen von Kärnten*“ (vgl. 21. 10. 1925).

August 1923

2. 8. In Amerika stirbt Präsident *Harding*; sein Nachfolger wird *Coolidge*.

11. 8. Die *englischen Kronjuristen* veröffentlichen ein Gutachten, in welchem der Einmarsch ins Ruhrgebiet als ein Bruch des Versailler Vertrages bezeichnet wird. In diesen Tagen glaubt das Ausland vielfach an den Sieg der deutschen Diplomatie. Da entzieht der Reichstag dem Kabinett Cuno das Vertrauen.

Nachlassen des passiven Widerstandes. Fast das ganze Rhein- und Ruhrgebiet ist ohne normale Arbeit und lebt irgendwie auf Reichskosten. Demgegenüber hat sich das unbesetzte Deutschland daran gewöhnt, in seiner Bevölkerung „*Reichspensionäre*“ oder „*Ruhrgewinnler*“ zu sehen. Inzwischen taumelt die Mark dem Abgrund zu: Im August reicht das Monatsgehalt eines mittleren Angestellten nicht mehr für ein Paar Schuhe. Überall steht die Jagd nach dem „*Sachwert*“ im Vordergrund; überall fragt man sich, ob vor dem Verhungern nicht doch das Nachgeben steht.

13. 8. *Dr. Cuno* legt sein Amt als Reichskanzler nieder. *Dr. Stresemann* wird Reichskanzler und gründet die „*große Koalition*“: Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei.

Mitte d. M. Besprechungen führender Männer aus Politik und Wirtschaft, die an Rhein und Ruhr persönlich an der Spitze des Kampfes gestanden haben: Die Mehrzahl ist für Abbruch des passiven Widerstandes. In der Folge zahlreiche Friedensfühler, auf die jedoch Frankreich zunächst nicht eingeht (vgl. November 1925).

September 1923

1. 9. Furchtbares *Erdbeben* in Japan mit großen Flutwellen und Feuersbrünsten. 100 000 Tote, 500 000 Gebäude zerstört.

2. 9. Deutscher Tag in Nürnberg: Eine ungeheure Kundgebung für nationale Politik, die jedoch an dem Verständigungswillen der breiten Masse nichts zu ändern vermag. Bündnis Hitler-Ludendorff.

14. 9. Primo de Rivera wird Diktator in Spanien (vgl. Bild 79).

17. 9. Die deutsche Regierung muß, um der absoluten Zahlungsunfähigkeit der Papiermark vorzubeugen, die Finanzierung des passiven Widerstandes in großem Umfange einstellen.

19. 9. In Indien wird zum Boykott gegen englische Waren aufgerufen.

20. 9. Spazierstockdemonstration der SA. in Bayreuth gegen ein inzwischen erlassenes Waffenverbot.

26. 9. Offizieller Abbruch des Ruhrkampfes aus innerpolitischen und finanziellen Gründen.

Die deutsche Wirtschaft ist durch den Ruhrkampf um etwa 4 Milliarden Goldmark geschädigt. 180 000 Ausgewiesene. 152 Tote. 11 zum Tode Verurteilte. Ungezählte Gefängnis- und Geldstrafen. Völlige Vernichtung der Währung. Drohender Zerfall des Reiches. Die Regierung verhängt den Ausnahmezustand.

Poincaré wartet zu.

Drohender Zerfall des Deutschen Reiches

30. 9. Separatistentag in Düsseldorf, dem die deutsche Polizei heftigen Widerstand entgegensetzt. Straßenkämpfe. 21 Tote, darunter 5 Polizeibeamte. Der französische Kommandant verhängt das Standrecht, entwapnet die Polizei und eröffnet gegen sie kriegsgerichtliche Verfahren. Mehr als 50 Beamte werden verurteilt, weil sie „eine von der Besatzungsbehörde genehmigte Versammlung gestört haben“.

Oktober 1923

1. 10. Putsch der schwarzen Reichswehr (vgl. 28. 1. 1923) unter Major Buchrucker, die scharf gegen die Verständigungspolitik eingestellt ist und sich der Stadt Küstrin zu bemächtigen sucht. Sie wird aber von regierungstreuer Reichswehr eingeschlossen und entwapnet.

13. 10. Seit dem 21. März 1923 regiert in Sachsen das linksradikale Kabinett Zeigner, das in immer schärferen Gegensatz zur Reichsregierung gerät. Nunmehr treten die Kommunisten offiziell in die sächsische Regierung ein und bilden proletarische Hundertschaften. Der Befehlshaber des Wehrkreises IV, General Müller, will diese auflösen, worauf Zeigner im Sächsischen Landtag die Reichsregierung heftig angreift: Sie gehe gegen Sachsen scharf vor, lasse sich aber bayrische Verfassungsbrüche gefallen. Darauf bricht Bayern die diplomatischen Beziehungen zu Sachsen ab.

15. 10. Gründung der deutschen Rentenbank. Bis in den September hinein hatte die Reichsregierung geglaubt, die alte Papiermark retten zu können. Jetzt

entschließt sie sich in letzter Minute zum Gegenteil. Karl Helfferichs Roggenbankprojekt, das seit Anfang September vorliegt, wird durch den Währungskommissar Dr. Schacht in ein Rentenbankprojekt umgewandelt. Das bedeutet das absichtlich herbeigeführte Ende der Papiermark, um an ihrer Stelle ein wertbeständiges, ganz neues Geld zu schaffen, das durch Grund und Boden sowie durch Hausbesitz gedeckt ist. Sein Erscheinen verhindert vorläufig ein Streik der Notendrucker. Vollkommenes Währungschaos. Bis zu den Städten und Privatfirmen hinunter drückt sich jeder sein eigenes Geld.

20. 10. Adolf Hitler veranstaltet einen „Deutschen Tag“ in Bamberg gegen das Regime der Unterwerfung und der produktiven Pfänder.

21. 10. Beginn der großen Separatistenaktionen. Unter dem Schutz der belgischen Militärmacht wird in Aachen die Rheinische Republik ausgerufen. Gegenüber dem Einspruch der preußischen Behörde erklärt die Besatzungsbehörde, daß sie „die Besitznahme der öffentlichen Gewalt durch eine politische Partei feststelle und keine Unruhen in der Stadt dulden werde“. Die Aachener Bevölkerung erobert jedoch unter Führung Hans Steinachers (vgl. Juli 1923) am 2. November die öffentlichen Gebäude und zuletzt das Rathaus zurück. Ähnlich verläuft der „Spuk“ in München-Gladbach, Mayen, Düren und Ems.

Ausbruch des Konfliktes Bayern-Reich. Reichwehrminister Geßler, dem die Vollzugsgewalt übertragen ist, ersucht den bayrischen Generalstaatskommissar v. Kahr, den „Völkischen Beobachter“ zu verbieten. v. Kahr lehnt ab. Jetzt wird der Befehlshaber der bayrischen Reichswehrtruppen, General v. Lossow, mit der Durchführung beauftragt. Auch dieser weigert sich, da ihn dies in Konflikt mit der bayrischen Regierung bringen würde. Geßler reist nun selber nach München; aber der General erscheint nicht zur Unterredung und wird daraufhin abgesetzt.

22. 10. Die bayrische Regierung ernennt jetzt General v. Lossow zum Landeskommandanten und vereidigt die 7. Division auf die Farben Schwarz-Weiß-Rot. Einspruch des Chefs der Heeresleitung, General von Seeckt. Als am 27. Oktober v. Kahr jede weitere Verhandlung ablehnt, beschließt die Reichsregierung die Reichsexekution gegen Bayern. Hier scheint trotz der Verschiedenartigkeit der Ziele (vgl. 8. 11. 1923) eine einheitliche Front v. Kahr-Lossow bis zu Hitler-Ludendorff zu entstehen. Schon marschieren an der bayrisch-thüringischen Grenze starke Verbände unter Kapitän Ehrhardt zum Vorstoß gegen Berlin auf.

23. 10. Schwere kommunistische Unruhen in Hamburg, die der Polizei 14 Tote kosten.

Fortsetzung der Separatistenaktionen; In Koblenz, Bonn, Düsseldorf, Krefeld, Trier, Wiesbaden und Mainz werden

unter dem Schutz der französischen Militärmacht auf den Rathäusern überall die Separatistenflaggen gehißt.

24. 10. Der französische Oberkommissar Paul Tirard erkennt amtlich „die durch die Tatsachen geschaffene Lage“ und die in Koblenz eingesetzte „vorläufige Regierung“ der Separatisten an. Am gleichen Tage versucht der französische General de Metz in Speyer in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse in Bayern die Pfalz zu einem „autonomen Staat“ zu erklären. Der pfälzische Kreistag lehnt jedoch einmütig jeden Verfassungbruch ab. Darauf verbünden sich die Franzosen auch hier mit den ihnen an sich wenig sympathischen Separatisten.

27., 28. 10. *Absetzung der Zeignerregierung in Sachsen.* Nachdem auch die sozialdemokratische Regierung Thüringens sich offen auf die Seite Sachsens gestellt hat, wird hier eine „Regierung der Republik und proletarischen Verteidigung“ gebildet. Die roten Hundertschaften werden mit staatlichen Mitteln bewaffnet. Der Besitz wird aufs schärfste durch Steuern erfaßt. Lebensmittel werden zwangsweise beigegeben. Wer sich nicht fügt, wird verhaftet. Nunmehr stellt die Reichswehr erst in Sachsen, dann in Thüringen die Ordnung wieder her. Zeigner, der sich in seiner Amtsführung auch der Bestechlichkeit schuldig gemacht hat, wird verhaftet und verurteilt.

29. 10. Die Türkei (vgl. 30. 8. 1923) erhält eine republikanische Verfassung. Staatspräsident wird Kemal Pascha.

November 1923

Die Auflösung des Deutschen Reiches scheint unabwendbar. Überall befindet man sich mitten in der Katastrophe. Im Osten warten Litauer, Polen und Tschechen auf „Grenzkorrekturen“. Bayern und Sachsen befinden sich im schärfsten Konflikt mit dem Reich. Eine deutsche Währung existiert nicht mehr. Im Rheinland und in der Pfalz scheint die endgültige Abtrennung bevorzustehen. Aus Frankreich fehlt noch jede Äußerung auf die Friedensfühler der Reichsregierung (vgl. Mitte August 1923). Ein Winter ohne Kohlen und Lebensmittel droht. Der Mittelstand ist vollkommen vernichtet. Die Arbeitslosigkeit ist ungeheuer. Obwohl der passive Widerstand bereits am 26. September 1923 abgebrochen wurde, weicht Frankreich jeder Verhandlung über die Inangsetzung des Wirtschaftslebens in Rhein und Ruhr aus. Aber auch Berlin vermag der Rhein- und Ruhrbevölkerung keine Hilfe mehr zu gewähren. Muß doch nach den gesetzlichen Verpflichtungen über die Einrichtung der Rentenbank (vgl. 15. 10.) die Notenpresse bis zum 15. November stillgelegt werden und jeder ertraglose Zuschuß aufhören. Eine ungeheure Hochspannung erfaßt das ganze deutsche Volk, ja die Welt. Nirgends ist ein Ausweg zu erblicken. Überall Parteikämpfe, Not, Plünderungen, Hoffnungslosigkeit, Verzweiflung.

8. 11. v. Kahr erwartet den Sturz Stresemanns; dann will er Bayern aus dem Reichschaos herausziehen, um eine selbständige bayrische Monarchie unter dem Kronprinzen Ruprecht zu begründen. Um bis dahin die Bevölkerung zu beruhigen, beruft er eine *Versammlung der vaterländischen Verbände nach dem Bürgerbräukeller*. Demgegenüber kommt die großdeutsche Bewegung Hitlers in Gefahr, ins Schlepptau verhängnisvoller Sonderbestrebungen zu geraten. Hitler beschließt, v. Kahr zu vorzuziehen, ihn mitzureißen. Er läßt das Bürgerbräu umstellen, dringt mit seiner SA (Hauptmann Göring) ein, verschafft sich durch einen Schuß gegen die Decke Gehör und proklamiert die „nationale Republik“. Ludendorff tritt an seine Seite. Nach einigen Verhandlungen geben auch v. Kahr (als neuer „Landesverweser“), v. Lossow (Reichswehr), Oberst v. Seißer (Polizei) zustimmende Erklärungen ab, die sie aber widerrufen, sobald sie wieder unter dem Schutz der Münchner Reichswehr stehen.

9. 11. — *5 Jahre nach der Novemberrevolution:* Erlaß v. Kahrs: „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sowie die Kampfverbände ‚Oberland‘ und ‚Reichsflagge‘ sind aufgelöst.“ Aber Hitler hofft, mit einem Demonstrationmarsch durch München die Volkstimmung vorwärtszureißen. An der *Feldherrnhalle* empfängt den Zug eine Feuervolke von Reichswehr und Polizei. 16 Tote, 10 Verwundete, darunter Göring. Ludendorff wird gefangenengenommen.

11. 11. — *5 Jahre nach dem Waffenstillstand:* Hitler wird in *Uffing am Staffelsee* verhaftet.

In Ausnützung der Ereignisse in Bayern, scheint der französische Politik jetzt endlich der Zeitpunkt gekommen zu sein (vgl. Juli 1923), mit ihren *Zielen des Ruhrkampfes* offen hervortreten. Sie gipfeln in einer Aufspaltung der Rheinlande: Der Süden mit Rheinpfalz, Rheinhessen, Nassau, Birkenfeld und dem preußischen Moseltal unter französischer Schutzherrschaft. Der Norden unter belgischer Obhut. *Köln* nach dem Vorbild Danzigs als Freistaat. *Ruhrrevier* und Sanktionsstädte als Reparationsprovinz bis zur völligen Abgeltung der deutschen Tribute.

Hiergegen aber beginnt sich England nunmehr ernstlich aufzulehnen. Am 11. November bezeichnet eine feierliche Regierungserklärung in London „die Auflösung Deutschlands als einen tödlichen Schlag für die Erhaltung Europas“.

Am gleichen 11. November bewilligt die Reichsregierung nach schwersten inneren Kämpfen für die besetzten Gebiete eine letzte Zawendung von 100 Millionen Goldmark. Diese konnten höchstens für 10–12 Tage reichen. Dann stand man vor dem Nichts. In dieser verzweifelt knappen Frist aber vollzog sich der

Umschwung:

15. 11. Die Rentenmark: 4,2 Billionen = 4,2 Rentenmark = 1 Dollar, wird erstmalig ausgegeben. In über-

raschend kurzer Zeit gelingt ihre planmäßige Stabilisierung auch gegenüber dem Ausland.

16. 11. Separatistenschlacht im Siebengebirge.

Die separatistische „Fliegende Division Nord“ will von Linz und Honnef aus im Siebengebirge „requisieren“. Da läuten die Glocken Sturm. Am Ägidienberg reiben die dort ansässigen Bauern die Sonderbündler völlig auf.

19.-21./11. Bauernzug nach Wittlich.

Unter Führung von Peter Gessinger strömen planmäßig 4000 Bauern zusammen und erschlagen etwa 100 Separatisten, die in Wittlich die Macht ergriffen hatten, mit Knüppeln, Sessen und Dreschfliegeln.

Diese Selbsthilfe, zu der sich die tätige Abwehr gerade der Arbeiterschaft in Stadt und Land gesellt (Lamprecht in der Pfalz, Brohlthal, Adenau, in der Eifel und im Hunsrück, in Trarhen-Trarbach usw.), macht auf die öffentliche Meinung großen Eindruck. Noch aber übersieht niemand den Ausgang des Kampfes. Um in der furchtbaren Lage, in der Deutschland sich befindet, Bewegungsfreiheit zu haben, fordert Stresemann schon längst ein „Ermächtigungsgesetz“; aber der Reichstag versagt es ihm.

23. 11. An allen Fronten sehr wichtige Ereignisse:

- a) Das Kabinett Stresemann tritt zurück. Achtstägige Regierungskrise — ausgerechnet in dieser Notzeit!
- b) Das Reich verbietet die NSDAP., die Deutschvölkische und die Kommunistische Partei.
- c) Frankreich hatte sich bisher trotz Aufgabe des passiven Widerstandes geweigert, mit der Reichsregierung über die Aufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet zu verhandeln. Im Einverständnis mit letzterer unterzeichnen nunmehr Vertreter des Ruhrbergbaues in Düsseldorf ein Abkommen, nach welchem die dortige Industrie die Entschädigungslieferungen an Frankreich, die Zahlung der rückständigen Kohlensteuern und andere Leistungen übernimmt. Dafür *allgemeine Arbeitsaufnahme*.
- d) Die Rentenmark wird nun auch im besetzten Gebiet zugelassen und damit die Einheit der deutschen Währung im gesamten Reichsgebiet, allerdings mit Ausschluß der Saar, wiederhergestellt. Durch die Ereignisse zu c und d sind die besetzten Gebiete nicht mehr auf die Reichszuschüsse (vgl. 11. 11. 1923) oder auf völlige Unterwerfung angewiesen.
- e) Der alliierte Entschädigungsausschuß setzt auf den 30. November eine Besprechung an, welche — endlich! — die ganze Streitfrage nunmehr auch einmal wieder von der wirtschaftlichen Seite her erörtern will.

26. 11. Ende der Separatistenherrschaft im Rheinland. Unter dem Eindruck der Haltung Englands und der Selbsthilfe der Bevölkerung sind zuerst die Belgier von den Sonderbündlern abgerückt. Jetzt wird diesen persönlich die Angelegenheit bedenklich. Am 26. November löst sich

die „Vorläufige Regierung der Rheinischen Republik“ von selbst auf. Nur in der Pfalz kommt es erst im Februar 1924 zur endgültigen Entscheidung.

28. 11. Poincaré gesteht in einer Kammererklärung das Fehlschlagen seiner Politik ein: „Wir haben vorgesehn, von unseren Forderungen etwas abzulassen, um den beinahe sicheren Bruch mit unseren Verbündeten zu vermeiden. Eine gemeinsame Maßnahme, selbst wenn sie unvollkommen ist, wiegt für uns mehr als eine entschiedene Maßnahme, die wir allein treffen.“

Während England und Amerika infolge der letzten Ereignisse sich scharf von Frankreich trennen, während Belgien bereits unsicher wird, ist es auch in Frankreich offenbar geworden, daß auf diese Art nichts aus Deutschland herauszuholen sei. Der Ruhrreinbruch hatte Frankreich nach Abzug der Unkosten nur 350 Millionen Goldmark eingebracht. Dafür war Deutschland vollkommen zahlungsunfähig geworden — mindestens 5 Jahreszahlungen waren verloren, während die Abzahlung der französischen Schulden an Amerika weiterlief.

30. 11. Die Reparationskommission in Paris beschließt, 2 Sachverständigenausschüsse zu bilden. Der erste soll die deutsche Währung und den Staatshaushalt untersuchen. Den Vorsitz übernimmt der frühere amerikanische General Dawes, jetzt Mitglied der Direktion der Central-Trust-Company in Chicago. Der zweite soll sich unter Leitung des früheren englischen Schatzkanzlers MacKenna mit der Prüfung der deutschen Kapitalflucht ins Ausland beschäftigen.

Am gleichen Tag kommt in Deutschland endlich das *Kabinett Marx* (bürgerliche Mitte) zustande. Stresemann bleibt Außenminister.

Dezember 1923

Deutschland beginnt sehr allmählich, vom Chaos zur Ordnung zurückzukehren. Noch zweifelt man allgemein an der Beständigkeit der Rentenmark. Aber der neue Aufbau glückt.

7. 12. Veröffentlichung der *1. Steuernotverordnung*.

8. 12. Die Reichsregierung erhält ein beschränktes *Ermächtigungsgesetz*.

15. 12. Die *französische Militärbesatzung* hat an diesem Tage ihren höchsten Stand erreicht: Im Rheinland 163 000 Mann, im Ruhrgebiet und in den Sanktionsstädten etwa 80 000 Mann. Dazu kommt noch die ungeheure Zahl der französischen und belgischen Beamten und ihrer Familienangehörigen. Die gesamte Besatzung mußte auf Kosten des Reiches unterhalten werden.

19. 12. 2. *Steuernotverordnung*, betr. *Umstellung auf Goldmark*.

22. 12. Schacht wird Reichsbankpräsident.



Juli

67 Die furchtbaren Folgen des Ruhrkampfes auch im unbesetzten Deutschland. Fast 5 Jahre nach der Waffenstreckung stehen die Frauen in endloser Schlange nach Lebensmitteln an. Sie haben Millionen in der Tasche und erhalten nichts dafür. Die Ruhrunterstützung leert die Reichskassen. Die Abschürfung des wichtigsten deutschen Industriegebietes und gleichzeitig der Rheinlands wird für die gesamtdeutsche Produktion katastrophal.



August

68 Ausweisungen im Ruhrgebiet. Ein Trupp von Ausgewiesenen mit ihren Habseligkeiten. 180 000 Deutsche wurden während des Ruhrkampfes ausgewiesen. Sie mußten binnen weniger Stunden, ja Minuten, ihre Wohnungen verlassen. Aller Hausrat mußte zurückbleiben. Die Rückkehr wurde ihnen erst viele Monate nach dem Abbruch des Ruhrkampfes, der am 26. September 1923 erfolgte, erlaubt.



September

69 Die Jagd nach dem Dollar. Verhaftung eines Devisenschleppers. Die französische Politik der „produktiven Pfänder“ ist zwar geschüttert; aber auch die deutsche Volkswirtschaft ist völlig ruiniert. Wert haben nur noch Waren und Devisen; wer diese hat, kann sich alles leisten. Vergeblich ist der Kampf der Behörden gegen das sich überall breit machende Schieberturn.



Oktober

70 Die letzten Tage der Inflation. An der Kasse der Reichsbank wird mit Waschkörben voll Papier bezahlt. Der Ausverkauf Deutschlands steht in voller Blüte. Mitte Oktober 1923 ist 1 Milliarde Papiermark = 1 Goldmark. Die Druckereien vermögen die Goldscheine nicht mehr herzustellen. Die Kommunen und zahlreiche Industriewerke geben privates „Notgeld“ heraus. Es serviert jedem, der es erhält, unter den Händen und verliert über Nacht seinen Wert.



November

71 Der 9. November. Die Besetzung des Wehrkreiscommandos München durch Anhänger Hitlers. Das Reich droht zu zerfallen: Während Sachsen eine „proletarische Regierung“ proklamiert, streben Bayern unter v. Kahr eine separate Monarchie, Hitler-Laudenbach ein nationales Deutschland an. v. Kahr scheidet sich am 8. November Hitler auszuschließen. Die Schüsse vor der Feldherrnhalle lassen jedoch den verhängnisvollen Irrtum erkennen. Hitler selbst wird verhaftet.



Dezember

72 Die Überwindung des Separatismus. Separatisten greifen einen treuen deutschen Polizeibeamten an. Unter französischem Schutz erfolgte Herbst 1923 der Vorstoß der Separatisten mit dem Ziel, Rheinland und Pfalz vom Reich loszulösen. Dieser mißlingt aber nach blutigen Kämpfen: Düsseldorf (30. September), Aachen (2. November), Siebengebirge (15. November), Wittlich (21. November). Im Dezember 1923 war der „Separatistenapokalypse“ im Rheinland endgültig überwunden.

Januar 1924

9. 1. Separatistenführer Heinz aus Orbis und einige seiner Unterführer werden in Speyer von einem nationalen Stoßtrupp erschossen. Diese Tat lenkt namentlich infolge ihrer Begleitumstände das Weltinteresse auf die Verhältnisse in der Pfalz: Der Bischof von Speyer hatte Heinz das kirchliche Begräbnis verweigert, worüber ein zufällig anwesender englischer Journalist sehr ausführlich berichtete. Erst dadurch wurde die wahre Volksmeinung in der Pfalz offenbar. Lord Curzon, der englische Außenminister, erklärte hierauf: „Die englische Regierung kann keine Sonderbewegung im Rheinland anerkennen, solange nicht genügend Beweise dafür vorhanden sind, daß sie dem Willen der örtlichen Bevölkerung entspricht.“

14. 1. General Dawes trifft in Berlin ein (s. 30. 11. 1923). Er prüft die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reiches, ohne vorläufig irgendwelche politischen Fragen zu berühren. Hierbei geht er bis an die äußerste Grenze der Zahlungsfähigkeit Deutschlands heran und fordert, dessen Lebensstandard auf das tiefstmögliche herabzudrücken. Auch soll sein Plan nur ein vorläufiger sein: weder die Gesamtheit der deutschen Verpflichtungen noch eine zeitliche Begrenzung ist in ihm vorgesehen; es ist ein Faß ohne Boden, in das der Besiegte schöpfen soll; entwickeln sich die Dinge günstig, so sollen die Verpflichtungen erhöht werden (vgl. 13. 3. und 9. 4. 1924).

21. 1. Lenin (eigentlich Uljanow) stirbt in Moskau. Er war am 22. April 1870 geboren und stammte aus russisch-sibirischen Beamtenadel. 1897 wurde er von der damaligen zaristischen Regierung nach Sibirien verbannt, 1900 ging er ins Ausland und wurde hier 1901 Führer der bolschewistischen Partei. Nach dem Ausbruch der zweiten russischen Revolution hat er 1917 die deutsche Regierung, ihm die Durchreiselerlaubnis zu geben. Er wurde zusammen mit Trotzki im plombierten Eisenbahnwagen nach Rußland gebracht. Hier wurde er begeistert empfangen, stand aber bald im Gegensatz zur Kerenski-Regierung, die er Anfang November 1917 stürzte. Er trat dann an die Spitze der kommunistischen russischen Räterepublik.

22. 1. Englische Wahlen haben den Rücktritt des konservativen Kabinetts Baldwin zur Folge. Ministerpräsident wird der Führer der Arbeiterpartei MacDonald, der nunmehr die erste Arbeiterregierung der englischen Geschichte bildet. Deutschland erhofft davon einen neuen englischen Kurs; aber trotz allen guten Willens vermag MacDonald nicht, eine grundlegende Änderung der französischen Politik herbeizuführen.

24. 1. Mussolini löst in Italien alle nichtfaschistischen Gewerkschaften auf.

25. 1. Frankreich und Tschechoslowakei schließen ein Bündnis.

27. 1. Zwischen Italien und Südslawien wird der Vertrag von Rom geschlossen, wodurch Fiume endgültig Italien zuerkannt wird (vgl. auch 12. 11. 1920).

Februar 1924

3. 2. Woodrow Wilson stirbt in New York. 28. Dezember 1856 geboren, zunächst Rechtsanwalt, dann Professor der politischen Wissenschaft. Von 1912—1920 als Kandidat der Demokratischen Partei Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. In seinen 14 Punkten (vgl. Januar 1918) hatte er einst das Ziel eines Friedens auf Grund einer neuen politischen Weltordnung verkündet, deren Kern der von ihm gegründete Völkerbund werden sollte. Da er jedoch mit europäischen Verhältnissen kaum vertraut war, ließ er die neuen Grenzschicungen mit ihren furchtbaren Folgen zu.

12. 2. Endgültiges Ende der Separatistenherrschaft in der Pfalz.

Hier hatten sich die Separatisten am längsten gehalten (vgl. 26. 11. 1923). Ihres Führers Heinz-Orbis beraubt, fanden sie einen letzten Sammelpunkt in Pirmasens, wo sie sich im Bezirksamt verschanzten und ein Schrecken der dortigen Gegend wurden. Da erheben sich am 12. Februar die Bürger von Pirmasens. Sie stürmen das Bezirksamt, das in Flammen aufgeht, und befreien in blutigen Kämpfen die Stadt von ihren Peinigern, die zumeist erschlagen werden. In den folgenden Tagen werden auch alle anderen Orte in der Pfalz von den Separatisten gesäubert.

14. 2. Erlaß der 5. Steuernotverordnung über die Aufwertung (vgl. 19. 12. 1923).

18. 2. Der Frieden zwischen Bayern und dem Reich wird wiederhergestellt. v. Kahr tritt zurück, v. Lossow nimmt seinen Abschied (vgl. 21. 10. 1923 und 9. 11. 1923).

22. 2. Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ wird gegründet.

März 1924

1. 3. Preußen hebt das Verbot der Deutschvölkischen und Kommunistischen Partei auf.

13. 3. Auflösung des Reichstages in Deutschland. Die 5. Steuernotverordnung (vgl. 14. 2. 1924) hatte eine Aufwertung für untragbar bezeichnet und dadurch die von der Inflation herbeigeführte Besitzumwälzung gutgeheißen. Gleichzeitig hört man hier und dort von den wahren Hintergründen der Dawesverhandlungen. In Deutschland beginnt man zu begreifen, daß die Zukunft wiederum gewaltige Opfer fordern wird, daß man vor einer neuen Art der Erfüllungspolitik stehe. Hiergegen lehnt sich die nationale Opposition heftig auf. Die Reichsregierung sieht sich gezwungen, die Entscheidung des Volkes anzurufen.

19. 3. Risa Chan wird Regent in Persien. Risa wurde am 16. März 1878 in Alacht geboren und trat schon früh als Soldat ins Heer ein. Während des Krieges wurde er Offizier in einer Kosakendivision, deren Kommandeur er 1917 zum Rücktritt nötigte, um sich an seine Stelle zu setzen. 1921 überrumpelte er mit seiner

Truppe Teheran und machte sich zum Kriegsminister und Oberbefehlshaber der persischen Armee. 1923 wurde Risa Großwesir. Er führte wesentliche Reformen durch, holte zur Reorganisation des persischen Reiches eine ganze Reihe deutscher Ingenieure und Kaufleute ins Land und übernahm 1924 nach dem endgültigen Sturz der letzten persischen Herrscherdynastie (Kadscharen) zunächst die vorläufige Regierung. Am 12. Dezember 1925 wurde er zum Schah von Persien gewählt.

24. 3. Griechenland wird durch Volksabstimmung Republik. Die Mißerfolge im Kampf gegen die Türken (vgl. 30. 8. 1922) hatten König Konstantin, der mit Sophie Dorothea, einer Schwester Kaiser Wilhelms II., verheiratet war, am 27. September 1922 veranlaßt, zugunsten seines Sohnes Georg dem Thron zu entsagen. Schon einmal hatte Konstantin — und zwar infolge seiner Deutschfreundlichkeit, abdanken müssen: Im Juni 1917 hatte ihn die Entente gezwungen, die Krone seinem jüngeren Sohn Alexander zu übergeben. Nach dessen plötzlichem Tode aber hatte ihn eine Volksabstimmung zurückgerufen. Auch sein ältester Sohn und zweiter Nachfolger, König Georg, konnte sich jedoch nicht lange halten. Im Dezember 1923 hatte auch er das Land verlassen müssen.

April 1924

1. 4. Verkündung des Urteils im Hitler-Ludendorff-Prozess (s. 9. 11. 1923). Hitler, Pöhner, Kriebel und Weber erhalten je 5 Jahre Festung, die anderen Angeklagten 1 Jahr 3 Monate. In der Festung Landsberg am Lech trat Hitler seine Strafe an; hier schrieb er sein berühmtes Glaubensbekenntnis „Mein Kampf“.

9. 4. Das Dawesgutachten wird der deutschen Regierungskommission vorgelegt (s. 16. 7. 1924).

Mai 1924

4. 5. Wahl des zweiten Reichstages der Republik (vgl. 6. 6. 1920), die das Aussehen des bisherigen Parlamentes gänzlich verändert:

Die Deutschnationalen	106 Sitze (bisher 66)
Die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung	32 Sitze (bisher —)
Die Sozialdemokratie	100 Sitze (bisher 194)
Die Kommunisten	62 Sitze (bisher 2)
Demokraten und Volkspartei	72 Sitze (bisher 107)

Nur das Zentrum bleibt fast unverändert.

Die Opposition der Rechten hat damit zwar einen Sieg erkämpft; aber dieser reicht nicht aus, um nun auch wirklich nationale Politik zu treiben. So geht man ohne klare Linie an die Lösung der inzwischen akut gewordenen Dawesfragen (vgl. 16. 7. 1924).

11. 5. In Halle a. S. hatten radikale Elemente das Moltke-denkmals gesprengt. Der „Stahlhelm“ ließ es wiederherstellen und veranstaltete am 11. Mai einen Deutschen Tag,

DAS JAHR 1924



Januar

73 Amerika greift ein. Dawes (1) und Young (2), sein Stellvertreter, bei ihrer Ankunft in Berlin am 29. Januar 1924. Wirtschaftlicher Zerfall und drohender politischer Zusammenbruch Deutschlands veranlassen Amerika, den Gläubiger Europas, eine besondere Aktion zur Rettung seines Geldes einzuleiten: Der frühere amerikanische General Dawes wird Vorsitzender eines internationalen Konferenzausschusses, der feststellen soll, was Deutschland an Tributen zu zahlen möglich ist.



Februar

74 Ende der Separatisten in der Pfalz. Das brennende Bezirksamt in Pirmasens. Während die Separatistenherrschaft im Rheinland bereits im Dezember 1923 vollkommen gebrochen ist, behaupten sich ihre Reste in der Pfalz weiter. Da wird ihr Führer, Heinz-Ober, am 9. Januar 1924 erschossen. Am 12. Februar stürmen die Bürger von Pirmasens das Bezirksamt, in welchem sich die Separatisten verschanzt hatten, und bereiten ihnen ein mäßiges Ende.



März

75 Aus der Zeit der Ruhrbesetzung. Französische Truppen in Essen. Obwohl im Frühjahr 1924 die Dawesverhandlungen (vgl. Januar 1924) schon im Gange waren, hielt Frankreich an seiner Gewaltpolitik zunächst fest. Über 150 000 Mann standen im März noch im Rheinland, ferner etwa 63 000 im Ruhrgebiet und in den Sanktionsstädten. Die Kosten mußte Deutschland tragen. Die Besatzungstruppen waren noch immer die unumstrittenen Herren des Landes.



April

76 Dr. Carl Helfferich verunglückt tödlich am 25. April 1924 bei einem Eisenbahnzusammenstoß nahe Bellinzona (Schweiz). Schon 1915 hatte er die Hauptverantwortung für die Finanzierung des Krieges übernommen. Er war später ein leidenschaftlicher Gegner der Erfüllungspolitik. 1921 schuf er, neben Dr. Schacht, die Rentenmark, die damals Deutschland wie ein Wunder vor völliger Zerrüttung bewahrte.



Mai

77 Deutscher Tag in Halle. Aufmarsch der Kolonnen mit einem Meer von Fahnen. Am 11. Mai 1924 veranstaltete der Stahlhelm in Halle a. S., wo einige Zeit vorher von Radikalen das Mahlkolossal gesprengt worden war, einen „Deutschen Tag“. Hieran nahmen unter Anschluß der völkischen Verbände mehr als 150 000 Menschen teil. Er war ein erstes Zeichen vom Erstarken des deutschen Nationalgefühls in Mitteldeutschland.



Juni

78 Aus der Zeit der Rheinlandbesetzung. Ein französisches Kasino in einem Düsseldorfer Haus mit der Inschrift: Eintritt für Deutsche verboten. Mit dem Rücktritt Poincarés (15. Juni 1924) schien sich seit Juli 1924 ein besseres Verhältnis zu Frankreich anzubahnen. Doch Herriot setzte die Politik seines Vorgängers fort. Dadurch lastete der militärische Druck trotz aller Daweskonferenzen (vgl. Nr. 73) unvermindert auf der Bevölkerung der besetzten Gebiete.

an dem 150 000 Angehörige völkischer Verbände aufmarchierten.

Am gleichen Tage wird in Frankreich das Kabinett Poincaré bei den Wahlen besiegt. Dem französischen Volk war die wirtschaftliche Sinnlosigkeit und der Zusammenbruch der Pfänderpolitik inzwischen klarge worden. Ministerpräsident wird am 15. Juni Herriot. Am 10. Juni erfolgt der Rücktritt Millerands, Staatspräsident wird am 15. Juni Doumergue. Damit scheint die Bahn auch in Frankreich für eine Verständigungspolitik frei. Aber davon sind die französischen Politiker noch weit entfernt. Der Kriegsminister des neuen Kabinetts wird General Nollet, der bisherige Vorsitzende der interalliierten militärischen Kontrollkommission in Berlin. Herriot begründet dies mit den Worten: „Indem ich ihn zum Kriegsminister mache, will ich allen, die jenseits von Rhein und Ruhr von Revanche träumen, ein Warnungszeichen geben. Ich habe den bestimmten Eindruck, daß sich in Deutschland eine Bewegung bildet, die derjenigen von 1896 gleicht. Wir werden uns weiter einschließen und täuschen lassen.“

Juli 1924

16. 7. (bis 18. 8.) Daweskonferenz in London.

Bereits am 7. April 1924 hatten die Vereinigten Staaten dem Deutschen Reich 5 Millionen Goldmark zur Gründung einer Golddiskontbank zur Verfügung gestellt, am 12. Juni wurden weitere 20 Millionen Goldmark überwiesen.

Die Vereinigten Staaten hatten guten Grund, nunmehr auch praktisch in das deutsch-europäische Problem einzugreifen; Amerika „litt“ an Kapitalreichtum, die flüssigen Goldwerte suchten neue Anlagemöglichkeiten, die Goldanhäufung war zu einer ernsten Sorge im Land geworden. Kaufmännisch glaubte man das Problem dadurch zu lösen, daß man dem zerrütteten Europa — besonders aber Deutschland — Geld zu einem „angemessenen“ Zinssatz zur Verfügung stellte,

1. um eine Abflußmöglichkeit für die Goldhortung zu finden,

2. weil man glaubt, Europa dadurch in den Stand zu setzen, seine Schulden zu bezahlen.

Nicht Freundschaft zu Deutschland hat diese Idee geboren, sondern ein spekulativer Geschäftgeist; er bringt jetzt die Londoner Daweskonferenz zustande. Zunächst jedoch verhandeln die Alliierten unter sich. Hierbei siegt nach langen Kämpfen die Auffassung der amerikanischen Hochfinanz gegenüber den immer noch starken Machtansprüchen der französischen Politik.

August 1924

5. 8. Die deutschen Minister erhalten endlich die Einladung nach London. Unterwegs, im Zug, werden ihnen die alliierten Beschlüsse übermittelt. Von einer sofortigen Räumung des noch immer besetzten Ruhrgebietes oder der Sanktionsstädte ist mit Rücksicht auf Frankreich allerdings darin keine Rede.

17. 8. Auf der Daweskonferenz in London einigt man sich auf den sogenannten

Dawesplan.

Deutschland hat danach zu zahlen:

Bis zum 31. August 1925.	1	Milliarde	GM.
„ „ 31. „ 1926.	1,22	„	„
„ „ 31. „ 1927.	1,20	„	„
„ „ 31. „ 1928.	1,75	„	„
ab 1. Sept. 1928 jährlich	2,50	„	„ (Normaljahr!)

Das bedeutet im „Normaljahr“ in der Stunde 288 000 Goldmark. Ein Endziel dieser Zahlungen sah der Plan nicht vor. Um dieses Geld sicherzustellen, wurde die Reichsbahn in ein Aktienunternehmen umgewandelt und mit 11 Milliarden Goldmark Obligationen belastet. Die deutsche Industrie übernahm weitere 5 Milliarden Goldmark. Auf Eisenbahnfahrkarten lag eine Beförderungsteuer, die verpfändet wurde; desgleichen wurden die Einnahmen des Reiches aus Zöllen, Zucker-, Bier- und Tabaksteuern und dem Spiritusmonopol bis zum Betrag von 1,25 Milliarden Goldmark im Jahr ebenfalls verpfändet. Bei einem etwaigen Steigen des Wohlstandsindex sah der Plan eine weitere Erhöhung der Leistungen vor. Außerdem verpflichtete sich Deutschland, eine letzte Generalkontrolle der Entwaffnungskommission zuzulassen.

Dagegen sagten Frankreich und die übrigen Besatzungsmächte die Räumung des Ruhrgebietes sowie der Sanktionsorte wie Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf binnen eines Jahres zu. Alle schwebenden politischen Prozesse sollten abgebrochen werden; alle Beamten, Angestellten und Arbeiter, die ausgewiesen waren, durften zurückkehren, und eine allgemeine Amnestie sollte die in französischen Gefängnissen befindlichen Deutschen befreien.

29. 8. Der Reichstag nimmt nach heftigem Kampf (Spaltung der Deutschnationalen) die Dawesgesetze an. Damit erfolgt seitens der Alliierten die Bereitstellung der sogenannten „Dawesanleihe“ im Betrage von 800 Millionen Goldmark. Am gleichen Tage gibt die Reichsregierung eine Erklärung gegen die Kriegsschuldfrage ab. Mit der Annahme des Dawespaktes beginnt eine neue Periode der Nachkriegszeit. Deutschland verzichtet nochmals auf einen Teil seiner souveränen Rechte und beugt sich unter das Diktat der Hochfinanz. Es wird damit zu einer internationalen Tributkolonie des Weltkapitals. Nicht mehr die Politiker, sondern berechnende Geschäftsleute führen fortan hauptsächlich das Wort. Zuständig für die Überwachung der Zahlungen ist der Reparationsagent, der seinen Sitz in Berlin aufschlägt.

September 1924

1. 9. Der Dawesplan tritt in Kraft.

3. 9. Die bisherige Zollgrenze von Basel bis Emmenrich fällt. Damit kann der Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet endlich wieder ohne Hemmnisse vor

sich gehen. Nur das Saargebiet bleibt durch Zollschranken von der Heimat getrennt.

Oktober 1924

12. 10. Das in Friedrichshafen fertiggestellte Luftschiff „Z. R. III“ muß laut Friedensvertrag auf Reparationskonto an die Vereinigten Staaten abgeliefert werden (vgl. Bild 82).

29. 10. Mannheim, Karlsruhe und Dortmund sind von den Franzosen geräumt.

November 1924

4. 11. Calvin Coolidge wird wieder zum USA.-Präsidenten gewählt und tritt seine zweite Amtsperiode am 4. 5. 1925 an.

21. 11. Die Eisenbahnen im besetzten Gebiet werden an Deutschland zurückgegeben.

Dezember 1924

7. 12. Nochmalige Reichstagswahl und Regierungskrise in Deutschland.

Am 29. August hatten die bürgerlichen Mittelparteien zusammen mit der SPD, und einem Teil der Rechten die verfassungsändernden Dawesgesetze (2/3-Mehrheit erforderlich!) angenommen. Für ihre Hilfestellung hatten sich die Deutschnationalen den Eintritt in die Regierung zusichern lassen, was jedoch nicht zustande kam. Die Händel hierüber führten zu einer neuen Reichstagswahl, die den Deutschnationalen auf Kosten der Nationalsozialisten wiederum (vgl. 4. 5. 1924) einen Zuwachs bringt. Daraufhin tritt der bisherige Reichskanzler Marx zurück — aber niemand will die Bildung des neuen Kabinetts übernehmen (vgl. 15. 1. 1925).

Die Jahreswende 1924/25 sieht zum erstenmal seit dem Winter 1915/14 etwas freundlicher aus. Deutschland, das bis zum Inkrafttreten des Dawesplanes 40% seines Nationalvermögens verloren hat, erhält nun auf einmal Kredit im Überfluß. Wohl ist infolge der indirekten Steuern, von denen ein großer Teil an das Reparationskonto abzuführen ist, alles sehr teuer; aber da es weder an Nachfrage des Verbrauchers noch an geliebtem Betriebskapital mangelt, rauchen bald wieder alle Schornsteine.

Endlich scheint der Krieg überwunden zu sein: Auch Frankreich braucht Zeit zum Atemholen. Die ultimativen Noten haben aufgehört. Zwar dauert die Militärkontrolle noch an, doch hat sie andere Formen angenommen. Ein neues Zeitalter scheint anzubrechen. Aber das ist sowohl wirtschaftlich wie außenpolitisch ein Trugschluß. Die „Konjunktur“ ist in Wahrheit lediglich eine Scheinblüte; denn sie gründet sich nur auf geborgtem Gelde. Außenpolitisch aber regt sich sehr bald wieder der imperialistische Geist Frankreichs: Am Weihnachtstag 1924 beschließt die Botschafterkonferenz in Paris, die I. Zone nicht zu räumen, mit der Begründung, daß Deutschland seine Verpflichtungen in der — Entwaffnungsfrage noch nicht erfüllt habe (vgl. März 1922).



Juli

79 Militärdiktatur in Spanien. Der Diktator bei einer Besprechung mit König Alfons XIII. im Juli 1924. Die Neugestaltung nach dem Weltkriege ließ auch in Spanien den Ruf nach einem Diktator erschallen. Im Einverständnis mit dem König hatte sich Dezember 1923 General Primo de Rivera an die Spitze einer Militärregierung gestellt, die alsbald das durch Parteikämpfe aufgewühlte Land beruhigte und eine Reihe Reformen durchführen konnte.



August

80 Adolf Hitler in Festungshaft. Die Gefängniszelle Hitlers, die heute mit einer Erinnerungstafel versehen ist. Zwei Tage nach dem Blutbad vor der Feldherrnhalle (9. November 1923) wurde Adolf Hitler verhaftet und nach Landsberg gebracht. Hier wurde er am 1. April 1924 zu 5 Jahren Festung verurteilt, jedoch infolge einer Amnestie schon am 20. Dezember 1924 mit „Bewährungsfrist“ wieder entlassen. In der Einsamkeit seiner Zelle entstand das berühmte Werk: „Mein Kampf.“



September

81 Beginn der Räumung des Ruhrgebietes. Der erste Abtransport französischer Soldaten im September 1924. Am 17. August 1924 hatte Deutschland in London den Dawesplan angenommen, der es im „Normaljahr“ ab 1928/29 mit einer Zahlung von M. 4750 in jeder einzelnen Minute (!) belaste. Dagegen sagte Frankreich die Räumung des Ruhrgebietes zu. Alle politischen Prozesse wurden abgebrochen, alle ausgewiesenen Deutschen (vgl. Bild 68) durften zurückkehren.



Oktober

82 Die deutschen „Sachlieferungen“. Der Zeppelin, der in Amerika den Namen „Los Angeles“ bekam, auf einer Fahrt über New York. Laut Bestimmung des Versailler Vertrages mußte u. a. der nach dem Weltkriege in Friedrichshafen erbaute „Z. B. III“ an die Vereinigten Staaten abgeliefert werden. Das herrliche Luftschiff trat am 12. Oktober 1924 seine Fahrt über den Ozean an und landete nach 81 Stunden auf dem Militärflugplatz Lakehurst.



November

83 Der Ruhrkampf wird liquidiert. Französische Eisenbahner vor Rückgabe der deutschen Eisenbahnwagen, die am 21. November 1924 erfolgte. Nach Unterzeichnung des Dawesplanes durch Deutschland (17. August 1924) kam die Neuordnung an Ruhr und Rhein nur sehr langsam in Gang. Die Zollgrenzen innerhalb des deutschen Staatsgebietes verschwanden. Unter ausländischer Kontrolle (bis März 1926) wurde die „Deutsche Reichsbahngesellschaft“ ins Leben gerufen.



Dezember

84 Der Krieg in Marokko. Spanische Artillerie bringt Geschütze in Stellung — Dezember 1924. Über dieses Sultanat, dessen Größe etwa derjenigen Deutschlands entspricht, hatte sich Frankreich das Protektorat angeeignet. Nur das Rifgebiet war Spanien zugesprochen. Hier entfesselte 1921 Abd el Krim einen Aufstand, bei dem die Spanier zunächst vollkommen besiegt wurden, und der im Frühjahr 1925 auch auf die französische Zone übergriff.

Januar 1925

1. 1. Zusammenbruch des Barmatkonzernes.

In Berlin stellt sich die völlige Zahlungsunfähigkeit der Gebrüder Barmat heraus; sie werden verhaftet.

Durch Vermittlung einiger Abgeordneter haben sie von der Preussischen Seehandlung, von der Girozentrale und vom Reichspostscheckamt etwa 35 Millionen Goldmark erhalten, ohne daß wirkliche Deckungen vorhanden waren.

10. 1. Deutschland erhält seine Handelsfreiheit wieder.

Durch den Teil X des Versailler Vertrages waren Deutschland auf fünf Jahre einseitige, ebenso schädliche wie demütigende Einschränkungen seiner Wirtschaftspolitik auferlegt worden; vor allem hatte es allen Feindstaaten die volle wirtschaftliche Meistbegünstigung ohne Gegenseitigkeit gewähren müssen. Die Frist für diese Sonderbestimmungen läuft jetzt ab.

15. 1. Luther wird Reichskanzler, womit die seit dem 15. Dezember 1924 dauernde Kabinettskrise ihr Ende findet. Die Deutschnationalen treten in die Regierung ein, Stresemann bleibt Außenminister.

Vorgeschichte des Locarnovertrages.

Das seit der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 beobachtete starke Anwachsen nationaler Gesinnung in Deutschland löst in Frankreich ernste Beunruhigung aus. Nachdem der Vorstoß über Versailles hinaus im Ruhrkampf mißlungen ist, versucht man jetzt, wenigstens das im Friedensdiktat Erreichte unbedingt zu sichern, und zwar auf die verschiedenste Art: Ausbau eines riesigen Heeres, einer gewaltigen Flotte, einer überragenden Luftwaffe — alle zu stärkster Offensive befähigt. Um ihnen von vornherein eine günstige Operationsbasis zu schaffen, dehnt man die Herrschaft über Rhein und Saar so lange als möglich aus. Inzwischen gewinnt Frankreich Zeit, im eigenen Lande einen unüberwindlichen Festungsgürtel zu bauen, während Deutschland jede derartige Anlage verboten bleibt. Um zu verhindern, daß sich im Deutschen Reich finanzielle Mittel zu einem Revanchekrieg ansammeln, sucht man den starken Druck der Reparationen selbst dann aufrechtzuerhalten, als ihr weltwirtschaftlicher Widersinn immer augenfälliger wird. Schließlich soll ein Netz von Garantiepakten und militärischen Geheimverträgen mit den Nachbarstaaten Deutschlands dieses völlig einkreisen. Mit Belgien (1920) sowie mit Polen und der Kleinen Entente (1921) hatte dies Bestreben einen erfolgreichen Anfang genommen. Auch nach Beendigung des Ruhrkampfes sucht die französische Politik der Nachkriegszeit unermüdlich, die widerstreitenden Interessen der im Völkerbund zusammengeschlossenen Staaten ihren Sicherheitsbedürfnissen dienstbar zu machen. Kaum ist der Dawesplan festgelegt, als sie von neuem zu einem kühnen Schachzug ausholt.

Vergeblich waren bisher alle Bemühungen Frankreichs gewesen, mit England zu einem Garantieabkommen zu ge-

langen. Jetzt (September 1924) trifft man in Genf zusammen, um sich unter neuen Verhältnissen einander anzugleichen. Hierbei gelingt es den Franzosen, in das Protokoll des in Genf entworfenen Paktes die Bestimmung einzubauen, daß die Streitkräfte jedes Völkerbundsmitgliedes durch einfachen Mehrheitsbeschluß gegen jeden Angreifer in Marsch gesetzt werden dürfen. Nun aber hatte Frankreich durch seine Bündnisse fast automatisch eine solche Mehrheit hinter sich. Es hätte damit z. B. die englische Flotte jederzeit für seine eigenen Zwecke beanspruchen können.

Dieses Ansinnen hatte jedoch in England eine Ablehnung des Genfer Protokolles zur Folge. Das nach dem Sturz der Arbeiterregierung MacDonald (November 1924) gebildete neue englische Kabinett Baldwin mit dem französisch gesinnten Austen Chamberlain als Außenminister versucht nunmehr, die französischen Wünsche von sich auf Deutschland abzulenken — allerdings nicht, ohne gleichzeitig auch Deutschland dabei den Rücken zu stärken. England will so eine Vermittler- und Schiedsrichterrolle zwischen Frankreich und Deutschland spielen. Zunächst stimmt es allerdings zu, die I. (Kölner) Zone vorerst nicht zu räumen (vgl. Dezember 1924). Ferner tritt es mit Frankreich in Verhandlungen darüber ein, das Rheinland als angebliches europäisches Streitobjekt der Zukunft zu neutralisieren und unter die Kontrolle des Völkerbundes zu stellen. Als Stresemann davon hört, beschließt er, dieser Bedrohung zuvorzukommen.

Februar 1925

9. 2. Deutschland schlägt einen Rhein- und Sicherheitspakt vor, und zwar unverbindlich und unter strengster Geheimhaltung. Man will die in Versailles geschaffenen völkerrechtlichen Verhältnisse am Rhein garantieren, wenn nur dafür die deutsche Politik als gleichberechtigt anerkannt wird. Indem man zeigt, daß Deutschland auf jede Revanche verzichtet, hofft Stresemann die schlimmsten Paragraphen des Versailler Vertrages durch direkte Verhandlungen beseitigen und die besetzten Rheinlande wieder frei machen zu können. England und Amerika, die diese Gedanken im Herbst 1924 stellenweise sogar angeregt haben, greifen jetzt die deutschen Vorschläge als neue Verhandlungsbasis auf und unterstützen sie. So sieht sich Frankreich gezwungen, den von ihm erstrebten Garantievertrag fallenzulassen und den deutschen Vorschlägen näherzutreten (vgl. 25. 8. 1925).

27. 2. Neugründung der NSDAP.

Das Parteiprogramm bleibt unverändert, die Ziele sollen ausschließlich auf legalem Weg erstrebt werden. Die Reichsregierung stempelt aber den deutschen Frontsoldaten Adolf Hitler zum Ausländer und verbietet ihm das Reden.

28. 2. Friedrich Ebert, der erste Präsident der deutschen Republik, stirbt nach kurzem Krankenlager. Das deutsche

Volk wird damit plötzlich vor die Entscheidung gestellt, ein neues Staatsoberhaupt zu wählen. Bis zur Neuwahl wird Reichsgerichtspräsident Simonis stellvertretender Reichspräsident.

März 1925

2. 3. In Österreich wird die Schillingwährung (1 Schilling = 10 000 Papierkronen) eingeführt.

12. 3. Sun Yat Sen, der erste Präsident der chinesischen Republik, stirbt (s. 19. 9. 1951).

29. 3. Erste Reichspräsidentenwahl.

Insgesamt wurden 7 Kandidaten angesetzt. Die meisten Stimmen (10,4 Millionen) erhielt der nationale Block, der Jarres aufgestellt hatte. Es folgt Braun (Sozialdemokrat) mit 7,8, Marx (Zentrum) mit 5,9 und Thälmann (Kommunist) mit 1,8 Millionen Stimmen. Für den 2. Wahlgang bestand die Gefahr, daß die Weimarer Koalitionsgruppen, die sich auf einen Kandidaten einigten, damit das Übergewicht über den nationalen Block erlangten. Letzterer mußte also jemand präsentieren, der Jarres an Volkstümlichkeit überlegen war. Hierfür kam nur ein Mann in Frage — Hindenburg —, der unvergessen im Herzen aller nationalen Deutschen lebte. Er lehnt jedoch zunächst die Kandidatur ab — er sei zu alt. Erst dem Großadmiral von Tirpitz gelingt es, den greisen Marschall zur Annahme zu bewegen.

April 1925

26. 4. Zweiter Wahlgang: Generalfeldmarschall von Hindenburg wird Präsident des Deutschen Reiches (bis 2. August 1934) und tritt am 12. Mai sein Amt an.

Mai 1925

Polen beginnt auf der Westerplatte bei Danzig mit dem Bau eines Munitionshafens und läßt gleichzeitig durch französische Firmen mit französischem Geld den neuen Kriegshafen Gdingen anlegen (vgl. 4. 8. 1928).

Juni 1925

4. 6. Die Alliierten überreichen eine neue umfangreiche Entwaffnungsnote mit angeblichen Verstößen Deutschlands, um zu beweisen, daß die Räumung der I. (Kölner) Zone noch nicht möglich sei.

10. 6. Der Stinneskonzern bricht zusammen. Die Inflation hatte in Deutschland eine Reihe von „Konzernen“ entstehen lassen, von denen der größte Teil in vollkommener Wahlosigkeit aufgebaut war. So hatte der Großindustrielle Stinnes kurz vor seinem Tode, am 10. April 1924, einige tausend Werke unter seiner Leitung vereinigt und beherrschte praktisch damit einen großen Teil des deutschen Wirtschaftslebens.



Januar

85 Stapellauf des Kleinen Kreuzers „Emden“ in Wilhelmshaven am 7. Januar 1925. Größe 6000 t, 8 15-cm-Geschütze. Deutschlands Seestreitkräfte nach dem Versailler Vertrag: 6 Schlachtschiffe, 6 Kleine Kreuzer, 12 Zerstörer und 12 Torpedoboote. Auch ist die Tonnenzahl für Ersatzbauten genau geregelt. Der erste Neubau nach dem Kriege wurde nach dem ruhmreichen Kaporkreuzer „Emden“ getauft (vgl. auch Bild 207).



Februar

86 Amerikanische Importen: Dollar und Jazz. Eine Negerkapelle, wie sie im Winter 1924/25 in zahlreichen Lokalen anzutreffen war. Als die französische Gewaltpolitik an Rhein und Ruhr sich 1924 den volkswirtschaftlichen Erfordernissen zu beugen begann, wurde der amerikanische Dollar zum signalischen Beherrscher der Erde. In seinem Gefolge begann auch der Siegeszug des Jazz, der diese genußsüchtige und moralisch tiefstehende Epoche am treffendsten widerspiegelt.



März

87 Die Gottlosenpropaganda. Ein Auto der Antichristbewegung. Neben der Abschaffung des Kapitals und der Socialisierung aller großen Betriebe streben linksextremistische Führer in Deutschland auch die Beseitigung aller kirchlichen Einrichtungen an. Hieraus entwickelte sich eine zielbewusste „Gottlosenpropaganda“, durch die vor allem auch das Bürgertum für die antichristlichen Grundsätze gewonnen werden sollte.



April

88 Bombenanschlag in Sofia. Zerstörte Kirche, unter deren Trümmern 246 Menschen den Tod fanden. Die durch die Friedensdikate ihrer militärischen Ordnungsmittel beraubten ehemaligen Mittelmächte mußten ein ungeheures Ansehen der radikalen Parteien feststellen, durch die es häufig zu blutigen Aufständen kam. So versuchten linksextremistische Kreise am 16. April 1925 in Sofia ein Bombenattentat, wodurch die Kathedrale sehr stark beschädigt wurde.



Mai

89 Hindenburg wird Reichspräsident. Das neue Staatsoberhaupt nach seiner Vereidigung am 17. Mai 1925 beim Abschieden der Ehrenkompanie der Reichswehr. Nach dem Tode Eberts (28. Februar 1925) wählte das deutsche Volk erstmalig einen Reichspräsidenten. Im 1. Wahlgang verteilten sich die Stimmen auf 7 Kandidaten. Da stellte sich der damals 78jährige Marschall zur Verfügung. Am 26. April siegte Hindenburg über Marx mit 14,6 gegen 13,7 Millionen Stimmen.



Juni

90 Franzosen am Deutschen Eck. In den Jahren zwischen Dawes- und Youngplan (1924–28) handelte es sich vor allem um die Frage, ob die amerikanische Geldpolitik oder die französischen Machtbestrebungen stärker sein würden. Der Dollar blieb in diesem Kampf Sieger. Am deutschen Rheinstrom aber war bis dahin kaum ein Nachlassen des Druckes der Fremden Besetzung zu verspüren.

Hugo Stinnes betrieb zunächst die gesunde vertikale Zusammenfassung von Wirtschaftsbetrieben, d. h. er versuchte, vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt den gesamten Herstellungsprozeß in seine Hände zu bekommen und einheitlich zu gestalten. Dadurch vermochte er alle zwischen beiden liegenden Gewinne einzusparen und infolgedessen billig zu liefern, ohne daß dabei dem Arbeiter ein Lohnausfall entstand. Beim „Ausverkauf Deutschlands“ ging aber Stinnes dazu über, wahllos Betriebe und Firmen zu erwerben, die nicht das geringste mit seinen eigentlichen Konzern zu tun hatten: Schiffswerften, Schiffahrtslinien, Maschinen- und Automobilfabriken, Zellstoff- und Papierfabriken, Wälder, Zeitungen, Filmgesellschaften, Wohn- und Bürohäuser, Gasthöfe und Hotels. So entstand ein „horizontales“ unorganisches Wirtschaftsgelände, das nur noch durch eine Verwaltungsgemeinschaft miteinander verbunden war. In den schweren Zeiten nach der Inflation war dieses nicht mehr lebensfähig. Kaum ein Jahr nach dem Tode des „ungekrönten Königs“ von Deutschland brach der Stinneskonzern unter ungeheuren Verlusten zusammen.

Juli 1925

4. 7. Beginn der Ausweisung deutscher Optanten infolge der Zuspitzung der deutsch-polnischen Beziehungen (vgl. Bild 95).

31. 7. Die Räumung des Ruhrgebietes ist beendet. Um diese Zeit trennt sich die NSDAP. von der Völkischen Freiheitspartei, da letztere für die sozialen Ziele kein Verständnis zeigt. Gleichzeitig bildet Adolf Hitler aus den Getreuesten der alten SA. und all denen, die sich ihr neu anschlossen, die neue SA., die fortan braunes Gewand und braune Mütze trägt. Zum Führer wird Hauptmann von Pfeiffer, der Gauleiter Westfalens, berufen.

August 1925

25. 8. Das Sanktionsgebiet vom 15. März 1921: Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, wird geräumt.

Deutschland vor der Wahl zwischen Ost- und Westorientierung: Als Antwort auf den von Deutschland am 9. Februar angebotenen Sicherheitspakt war Mitte Juli eine englisch-französische Note in Berlin übergeben worden, welche die öffentlichen Verhandlungen über den künftigen Sicherheitspakt nunmehr in Gang bringt. Vor allem streben jetzt auch Polen und die Tschechoslowakei an, ähnliche „Sicherheiten“ herauszuschlagen. Gleichzeitig meldet Rußland als Partner der Rapallo-Verträge bei Deutschland seine Bedenken an: Die Verträge würden hinfällig, wenn Deutschland sich aus freien Stücken unter die Botmäßigkeit der Rußland feindlich gesinnten Westmächte begäbe. Noch in letzter Stunde versucht Tschitscherin seine Einwendungen in Berlin persönlich vorzubringen; aber der Kurs ist bereits entschieden: Die deutsche Regierung hat sich für eine Westorientierung entschlossen. Im Hinblick auf die erfolgte Räumung der Ruhr glaubt man mit Fort-

setzung der Verständigungspolitik auf dem richtigen Wege zu sein, um so mehr, als am 15. September Deutschland endlich nach Locarno eingeladen wird.

Oktober 1925

Der Locarnopakt

6.-16./10. Dieser Ort in der Südschweiz ist mit Rücksicht auf Mussolini gewählt, der sich nicht weit von seinem Land entfernen wollte.

Das Deutsche Reich ist durch Reichskanzler Luther und durch Stresemann, England durch Chamberlain, Frankreich durch Briand und Italien durch Mussolini vertreten. Außer Belgien (Vandervelde) nehmen auch Polen und die Tschechoslowakei an der Konferenz teil.

Das Kernstück der Vereinbarungen war der sogenannte Westpakt, d. h. der eigentliche Locarnopakt. Durch ihn verpflichteten sich das Deutsche Reich, Frankreich und Belgien gegenseitig, die durch den Versailler Vertrag geschaffenen Rheingrenzen aufrechtzuerhalten und auf jede gewaltsame Änderung zu verzichten. Die Bürgschaft für diesen Vertrag übernahmen England und Italien. Weiterhin verpflichteten sich das Reich, Frankreich und Belgien, jeden Angriffskrieg gegeneinander zu unterlassen und etwaige Streitigkeiten einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Für den Fall einer Verletzung des Vertrages versprechen sich die Mächte gegenseitigen Beistand gegen den schuldigen Teil. Dieser Westpakt sollte nach dem Eintritt des Reiches in den Völkerbund in Kraft treten.

Auch die Ostgrenzen des Versailler Vertrages, das sogenannte Ostlocarno, sollte das Reich noch einmal freiwillig anerkennen. Stresemann wies dies zwar entschieden zurück, schloß aber mit Polen und der Tschechoslowakei ebenfalls je einen Schiedsvertrag ab.

Das gesamte Vertragswerk ging davon aus, daß früher abgeschlossene Vereinbarungen und etwaige Streitigkeiten aus diesen nicht von ihm berührt werden sollten. Damit behauptete das Versailler Diktat seinen unbedingten Vorrang.

Von dem Locarnopakt hatte die deutsche Außenpolitik eine wesentliche Entspannung des deutsch-französischen Verhältnisses erwartet. Im Grunde aber hat sie nur erreicht, daß Frankreich seine angeblichen Rechte auf Sanktionen fallen läßt und in Aussicht stellt, die Frage der Räumung der I. Rheinlandzone und einige Erleichterungen in der Militärkontrolle im günstigsten Sinne demnächst aufzugreifen (vgl. August 1926). *Somit aber kam man mit leeren Händen zurück — im Gegenteil:* Man hatte auf die Rückgabe von Elsaß-Lothringen nochmals in aller Form, und zwar jetzt freiwillig, verzichtet. Ebenso hatte man Artikel 42 und 45 des Versailler Vertrages über die entmilitarisierte Zone neu bekräftigt. So blieb es Deutschland auch in Zukunft verboten, links des Rheines und in einem

50 km breiten Streifen rechts des Rheines irgendwelche Truppen zu halten, während Frankreich die seinigen bis unmittelbar an die Grenze heranschieben durfte. Zum Schiedsrichter zwischen Frankreich und Deutschland war fortan England bestellt. Deutschland aber konnte den Locarnopakt von sich aus niemals kündigen; denn dieser sollte so lange in Kraft bleiben, bis der Völkerbund, der seine Tore für Deutschland öffnen wollte, mit Zweidrittelmehrheit beschließen würde, daß seine eigenen Sicherheitsgarantien nunmehr ausreichend seien. Über all dieses stellte jedoch die damalige deutsche Politik die Hoffnung auf den „Geist von Locarno“. Aber schon bei der Rückkehr der Delegation nach Berlin fand diese eine sehr zwiespältige Stimmung vor.

22. 10. *Regierungskrise* in Deutschland. Die Deutschnationalen lehnen die Locarnopolitik ab und treten aus der Regierung aus. Das Kabinett wird im weiteren Verlauf immer mehr von der Sozialdemokratie beeinflusst, welche die Verständigungspolitik unterstützt.

November 1925

1. 11. In der Türkei wird das Tragen des Fes verboten.

3. 11. Ungarn führt die Pengö-Währung ein.

18. 11. Frankreich läßt im Besatzungsregime der Rheinlande gewisse Erleichterungen, z. B. in der Militärgerichtsbarkeit, eintreten.

Gleichzeitig beschließt die Botschafterkonferenz, die Räumung der Kölner Zone am 6. Dezember beginnen zu lassen, also fast ein Jahr später, als dies im Versailler Vertrag vorgesehen war.

27. 11. *Annahme der Locarnoverträge im Reichstag* mit 291 gegen 174 Stimmen nach schweren parlamentarischen Auseinandersetzungen.

Dezember 1925

1. 12. Unterzeichnung des Locarnopaktes durch Luther und Stresemann in London.

5. 12. Das Rumpfkabinett Luther (ohne Deutschnationale — vgl. 22. 10. 1925) tritt zurück. Diesmal dauert die Regierungskrise noch länger als im Vorjahre (vgl. 20. 1. 1926).

12. 12. Deutschland wird zu einer vorbereitenden Abrüstungskonferenz eingeladen, die in Genf stattfinden soll.

Im November und Dezember begann in Südtirol von seiten Italiens ein Unterdrückungsfeldzug gegen die 500 000 Deutschtiroler. Man vernichtete die deutsche Presse, führte geheime Briefzensur, faschistische Spionage, italienischen Militärdienst, Religionsunterricht und Gerichtssprache ein. Ende 1925 hatte die NSDAP. 27 000 Mitglieder.



Juli

91 Eingreifen der Franzosen in Marokko. Neue Formationen, die im Sommer 1925 aufgestellt wurden, um gegen Abd el Krim zu kämpfen. Der Aufstand der Rifhabylen (vgl. Bild 84) griff auch auf die französische Zone über: Im April 1925 unternahm Abd el Krim einen überraschenden Vorstoß gegen Fes. Nun verständigten sich Frankreich und Spanien über ein gemeinsames Vorgehen unter dem Oberbefehl des Marschalls Pétain.



August

92 Räumung Düsseldorfs. Abzug der Franzosen am 25. August 1925. Am 8. März 1921 waren Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort als „Sanktions“ dafür besetzt worden, daß Deutschland auf der Konferenz von London (1.—7. März 1921) den „Pariser Zahlungsplan“ (vgl. Januar 1921) abgelehnt hatte. Obwohl inzwischen andere Vereinbarungen (Konferenz in London 16. Juli 1924) in Kraft traten, wurden die 3 Städte erst im August 1925 geräumt.



September

93 Ausweisung deutscher Optanten. Ausgewiesene auf dem Bahnhof Schneidemühl im September 1925. Das deutsch-polnische Optantenabkommen vom 11. Mai 1922 hatte die wirtschaftlichen Verhältnisse für diejenigen Gebiete Oberschlesiens geregelt, die vom Völkerbund am 12. 10. 21 von Deutschland abgetrennt worden waren. Trotzdem wies Polen Juli bis September 1925 viele Deutsche aus, die bei der Abstimmung am 20. März 1921 für Deutschland gewählt hatten.



Oktober

94 Konferenz in Locarno vom 6.—16. Oktober 1925. Briand, Chamberlain und Stresemann während einer Sitzungspause. Auf dieser Zusammenkunft verpflichteten sich Frankreich und Deutschland, ihre neuen Grenzen zu respektieren und etwaige Streitigkeiten einem Schiedsgericht zu überweisen. Dafür stellte Frankreich einige „Rückwirkungen“ seiner die baldige Räumung der I. (Kölner) Zone — vgl. Jan. 1926 — in Aussicht. England und Italien übernahmen für diese Verträge die Bürgschaft.



November

95 Kemal Pascha, Beherrscher der Türkei, der am 1. November 1925 das Tragen des Fes verbot. Dieser ehemalige türkische Führer im Weltkrieg hatte im Sommer 1919 eine nationale Bewegung organisiert und 1922 die Griechen besiegt. Am 24. Juni 1923 erzwang er die Revision des Friedens von Stresa und wurde nach dem Sturz des Sultans am 29. November 1923 zum Präsidenten der türk. Republik gewählt, wobei er die Hauptstadt nach Angora verlegte (vgl. auch Bild 141).



Dezember

96 Die Abrüstungskonferenz. Tankatruppe der deutschen Reichswehr. In Versailles hatten sich alle Staaten verpflichtet, gemäß Ziffer 4 von Wilsons 14-Punkten „auf das niedrigste mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß abzurüsten“. Am 12. Dezember 1925 begann die erste „vorbereitende“ Konferenz, zu der auch Deutschland eingeladen wurde, das bereits seit 5 Jahren den Abrüstungspakt restlos erfüllt hatte.

Januar 1926

8. 1. *Ibn Saud krönt sich zum König von Hedschas.* Als Sohn eines landflüchtigen arabischen Fürsten war es dem jungen Ibn Saud 1902 gelungen, die Stadt seiner Väter durch Handstreich wiederzuerobern. In weiteren Kämpfen hatte er seine Herrschaft über den ganzen Nedschd ausgebreitet mit dem Ziel, ein großes einheitliches Arabien zu schaffen. Der nächste Schritt hierzu gelang ihm 1925: Er eroberte das bis dahin unter englischem Schutz stehende Hedschas mit den heiligen mohammedanischen Stätten Mekka und Medina, verjagte dessen König und vereinigte beide Länder unter seiner Herrschaft. England sah sich gezwungen, seine bisherigen Schützlinge preiszugeben und Ibn Saud anzuerkennen (vgl. auch Ende 1911).

14. 1. Abmarsch der Franzosen aus Solingen.

16. 1. Godesberg wird geräumt.

20. 1. Ende der Kabinettkrise in Deutschland (vgl. 5. 12. 1925). Luther bildet eine Minderheitsregierung der Mitte, die stark auf das Wohlwollen der Sozialdemokratie angewiesen ist.

23. 1. Auf dem Excelsiorhotel in Köln wird die englische Flagge eingezogen.

29. 1. Siegburg wird geräumt.

31. 1. Die Räumung der I. (Kölner) Rheinlandzone ist beendet.

Februar 1926

An der Mosel kommt es in den ersten Tagen des Monats zu Unruhen der Winzer, die ihre Steuern nicht bezahlen können; auch in anderen Teilen des Reiches demonstrieren Bauern gegen die Staatsgewalt.

9. 2. *Deutschland beantragt seine Aufnahme in den Völkerbund.*

Schon im September 1924 hatte das Reich offiziell seine Bereitwilligkeit erklärt, dem Völkerbund beizutreten, wenn der Schuldparagraph von Versailles gestrichen würde und Deutschland einen ständigen Ratsitz bekäme. Eine Antwort auf dieses Angebot war aber nicht erfolgt: Deutschland war in Genf noch nicht genehm, weil sich damals Frankreich und England in starkem Gegensatz wegen des Genfer Sicherheitsprotokoll befanden (vgl. 15. 1. 1925).

In Locarno (Oktober 1925) war diese Frage neu aufgeworfen, ja als Vorbedingung für das Inkrafttreten der neuen Verträge vereinbart worden.

12. 2. *Abschluß eines deutsch-französischen Handelsvertrages.* Nachdem Deutschland seine Handelsfreiheit wiedererlangt hatte (vgl. 10. 1. 1925), hatte es zuerst am 17. August 1925 Handels- und Schiffsverträge mit England und Amerika abgeschlossen. Es folgten bis Ende des Jahres fast alle anderen Staaten nach, zuletzt Frankreich. Damit war Deutschland wieder vertragsmäßig in die Welthandelsbeziehungen eingegliedert; nur mit Polen verschärfen sich die Gegensätze allmählich bis zu einem Zollkrieg (vgl. 12. 2. 1927).

März 1926

Der Streit um die Ratsitze im Völkerbund.

Während in Deutschland weite Kreise glauben, daß durch den Locarnopakt, dessen günstige Folgen soeben (Räumung

der I. Zone!) ihren Anfang zu nehmen scheinen, der Weg über den Völkerbund nunmehr rasch zur endgültigen Versöhnung führen würde, kommt unerwartet eine schwere außenpolitische Enttäuschung: Briand und Chamberlain haben sich am Tage nach Locarno hinter dem Rücken der Deutschen verständigt, daß gleichzeitig mit dem Reich und um ein Gleichgewicht gegen Deutschland zu schaffen, Polen als ständiges Mitglied in den Völkerbundsrat einzusetzen solle. Dadurch wurde der Wert eines ständigen Ratsitzes für Deutschland stark beeinträchtigt.

Allmählich sickert dies in der Presse durch. Schon erklären die französischen Zeitungen: „Man könne selbstverständlich nicht alle Wünsche auf einen ständigen Ratsitz erfüllen; aber das politische Gleichgewicht Europas verlange kategorisch, daß zumindestens der Anspruch Polens befriedigt werde.“

In Deutschland starke Entrüstung. Beschwichtigungsversuche Briands und Chamberlains. Inzwischen fällt der polnische Sejm, um seinen Ansprüchen stärkeren Halt zu geben, eine Entschließung, wonach Polen den Locarnopakt nur dann annehmen könne, wenn es gleichzeitig mit Deutschland einen ständigen Ratsitz erhalte. Inzwischen sind aber Brasilien und Spanien mit den gleichen Ansprüchen hervorgetreten. Für die deutsche Delegation entsteht damit die Frage, ob sie trotzdem nach Genf reisen soll. Sie entschließt sich zur Fahrt (5. März 1926).

7. 3. (bis 17. 3.) außerordentliche *Follerversammlung des Völkerbundes*, um über die Aufnahme Deutschlands zu entscheiden. Stresemann wirft den Westmächten in der Frage des Ratsitzes illoyales Verhalten vor und besteht auf seiner ursprünglichen Forderung. Alle wenden sich gegen ihn. Schließlich findet man einen Kompromiß, der jedoch den Interessen Brasiliens nicht gerecht wird. Nun schreitet man zur Abstimmung über das Aufnahmegesuch, dessen Annahme laut Satzung einstimmig erfolgen muß.

17. 3. *Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund muß — abgelehnt werden, weil Brasilien auf seinen ständigen Ratsitz besteht und nun gegen die Aufnahme Deutschlands sein Veto einlegt.* Die Konferenz fliegt auf. Briand tröstet: „Die Ereignisse haben gezeigt, wieviel Sympathien der Bund für Deutschland hegt. Nichts hindert mich daran, auszusprechen, was aus dem tiefen Grund meines Herzens kommt: Deutschland ist in Wahrheit jetzt schon Mitglied des Völkerbundes, wenn auch einstweilen nur moralischer Art. Von ganzem Herzen bin ich erfreut, daß die Genfer Tagung im besten gegenseitigen Einverständnis und mit dem festen Willen zur Einigung abschließt.“

Jetzt wäre für Deutschland die Gelegenheit günstig gewesen, vom Locarnovertrag wieder freizukommen. Aber noch stehen über 80 000 Franzosen und Belgier im Rheinland. So beschließt die Regierung, an der Locarnopolitik festzuhalten.

April 1926

3. 4. In Italien wird die Jugendorganisation „Balilla“ gegründet (vgl. Bild Nr. 178).

Mai 1926

1. 5. (bis 27. 11.) *Bergarbeiterstreik in England.* Wenn auch England durch den Vertrag von Versailles

große Abrundungen seines Kolonialbesitzes vornehmen konnte und den deutschen Konkurrenten auf dem Weltmarkt stark ausgeschaltet hatte, so waren ihm doch andererseits in einer Reihe von Ländern, in denen es bisher die Oberhoheit geführt hatte, die Zügel entglitten. So konnte es nicht verhindern, daß in Indien seine Waren in großem Umfange boykottiert wurden. In Ägypten hatte es mit einer starken nationalistischen Unabhängigkeitsbewegung zu kämpfen. Irland hatte die Selbstregierung errungen. Im vorderen Orient war die Vormachtstellung Englands recht bedroht. In der Beherrschung des Geldmarktes war es von den Vereinigten Staaten an die zweite Stelle gesetzt worden. In Ostasien hatte es stark an Prestige verloren, während sich Sowjetrußland und Japan gewaltig vorschoben. Dazu kamen die radikalen Finanzgesetze, die eine für den Engländer ungeheuer starke Besteuerung des Besitzes, der Erbschaft und des Einkommens mit sich brachten. Eine tiefgehende soziale Umschichtung erfolgte. Der einst von England ausgegangene Sozialismus radikalisierte sich besonders in den großen Bergwerks-, Fabriks- und Industriezentren. Das führte zu einem Bergarbeiterstreik von bisher nie gesehener Ausmaß. Er dauerte über 7 Monate und zog sogar den allgemeinen *Generalstreik* nach sich (5.—12. 5. 1926). Im Vergleich hierzu hob sich die Scheinblüte Deutschlands um so stärker hervor.

5. 5. *Neue deutsche Flaggenverordnung.* Im Ausland und auf dem Weltmeer will sich die schwarzrotgoldene Flagge nicht einbürgern. Der deutsche Außenhandel hat den Schaden davon. Die Reichsregierung ordnet daher an, daß die diplomatischen Vertretungen im Ausland neben der schwarzrotgoldenen Flagge auch die schwarzweißrote zu zeigen hätten. Die Linke nimmt gegen diese Verordnung scharf Stellung, was zum Rücktritt des Reichskanzlers Luther (13. Mai) führt.

9. 5. Der Amerikaner *Byrd* überfliegt den Nordpol mit einem Flugzeug. *Byrd* wurde am 25. Oktober 1888 geboren. Er startete zu diesem Flug mit seinem Begleiter *Floyd Bennett* von Kingsbay (Spitzbergen) und flog auch dorthin zurück. Später unternahm er vom 29. Juni bis 1. Juli 1927 einen Ozeanflug New York-Frankreich und im Herbst 1928 einen Forschungsflug zum Südpol.

11. 5. Der Norweger *Amundsen* überfliegt mit dem Luftschiff „Norge“ den Nordpol. *Rosald Amundsen* ist am 16. Juli 1872 in Borge (Norwegen) geboren und machte seine erste Polar-Expedition als Teilnehmer der belgischen Südpolfahrt 1897—99 mit. 1901—06 unternahm er seine erste selbständige Polar-Expedition, wobei er als erster durch die ganze Nordwest-Passage fuhr und dabei den magnetischen Nordpol neu bestimmte. 1910 fuhr er mit der „Fram“ nach dem Südpolargebiet und erreichte als erster am 17. Dezember 1911 den Südpol. 1928 versuchte er, mit einem Flugzeug die verschollene Nobils-Expedition aufzufinden und fand dabei den Tod.

12. 5. *Staatsstreich des Marschalls Pilsudski in Polen.* *Josef Pilsudski*, geboren 1867, entstammte einer polnisierten litauischen Adelfamilie, wurde 1873 als Student der Medizin wegen Teilnahme an politischen Unruhen von der russischen Universität Charkow verwiesen und war dann in Wilna an einem Attentatsplan gegen den Zaren Alexander II. beteiligt. Er wurde deswegen 1887 auf 5 Jahre



Januar

97 Räumung der Kölner Zone. Die Einholung der englischen Fahne am Excelsior-Hotel in Köln am 30. Januar 1926 als symbolischer Abschluß der Räumung der I. Zone (vgl. Nov. 1929 und Juni 1950). Obwohl die Zone I (Köln, Kleve, Krefeld, Gladbach-Rheydt, Bonn) nach dem Versailler Vertrag schon im Januar 1923 hätte freigegeben werden müssen, beschloß die Ratschafertkonferenz erst Ende November 1925 die Räumung. Diese erfolgte im Januar 1926.



Februar

98 Eröffnung des englischen Parlaments. Das englische Königspaar in der alten Staatskutsche auf dem Wege zu der wichtigen Handlung am 4. Februar 1926. England besitzt seit über 300 Jahren ein parlamentarisches Regierungssystem, das den König jedes Jahr die Neueröffnung des Parlaments vorschreibt. Nach dem streng eingehaltenen Programm einer jahrhundertalten Tradition wird diese Feier jährlich vom englischen Herrscher vorgenommen.



März

99 Pflege der Tradition der alten Armee. Traditionsabordnungen alter Regimenter auf einem Armeee- und Marinetag in Nürnberg. Im März 1926 wurde Deutschland vor die entehrende Tatsache gestellt, zunächst nicht in den Völkerbund aufgenommen zu werden. Trotzdem gewannen die damaligen Illusionen internationaler Verbündeter immer mehr Boden. Nur ein kleines Häuflein deutscher Männer hielt die nationalen Ideen hoch, so auch die Verbände der alten Armee und Marine.



April

100 Abd el Krim, der mutige Marokkanerherrscher, nach seiner Internierung auf der Insel Réunion durch die Franzosen. Er führte seit 1921 einen erbitterten Freiheitskampf gegen die Spanier und Franzosen in Marokko, der aber im April 1926 durch die technische Übermacht der Franzosen gebrochen wurde. Am 18. April 1926 begannen die Friedensverhandlungen, die mit der völligen Unterwerfung Abd el Krims und seiner Verbannung ihren Abschluß fanden.



Mai

101 Piłsudskis Staatsstreich. Der Marschall und Dr. Moscicki beim Abschreiten der Front der Warschauer Truppen. Das parlamentarische System schuf in den Jahren 1921—26 in Polen unverträgliche Zustände. Marschall Piłsudski stürzte mit dem Heer am 12. Mai 1926 die Regierung und setzte Dr. Moscicki zum Staatspräsidenten ein. Bis 1931 bestimmte er als Diktator die polnische Politik und ist noch heute als der eigentliche Herrscher in Polen anzusehen.



Juni

102 Der Wettlauf nach dem Nordpol. Die sich gegenseitig beglückwünschenden Polflieger Byrd und Amundsen im Juni 1926 in Alaska. Am 9. Mai 1926 überfliegt der amerikanische Marineoffizier Byrd mit einem Flugzeug den Nordpol. Zwei Tage später gelingt auch dem norwegischen Polarforscher Amundsen mit dem Luftschiff „Norge“ die Überfliegung. Amundsen fand im Juli 1928 auf der Suche nach den vermißten „Italia“-Teilnehmern (s. Bild 127) den Tod.

nach Ostibirien verbannt. Nach seiner Rückkehr nahm er seinen Kampf für die Unabhängigkeit Polens wieder auf, wurde 1900 von neuem verhaftet und als Gefangener nach Petersburg gebracht. Hier spielte er monatelang den Wahnsinnigen und konnte schließlich durch einen mitverschworbenen Arzt befreit werden. Er floh ins Ausland und schuf bei Ausbruch des Weltkrieges die sogenannte polnische Legion, die auf Österreichs Seite gegen Rußland mitkämpfte. Die Mittelmächte vermochten aber nicht seinen polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu folgen. Pilsudski wurde im Juli 1917 verhaftet und in der deutschen Festung Magdeburg interniert. Nach Ausbruch der Revolution freigelassen, gelangte er nach Warschau, wo er zum Staatschef ernannt wurde. Zugleich wurde er Oberbefehlshaber der polnischen Armee, die ihm im März 1920 die Würde eines ersten Marschalls der Republik Polen antrag. Der Krieg gegen Sowjetrußland (vgl. Bild 55), der durch den siegreichen Gegenangriff im August 1920 („Das Wunder an der Weichsel“) entschieden wurde, vollendete die Volkstümlichkeit Pilsudskis als Retter der Nation. Am 9. Dezember 1922 gab er sein Amt als Staatschef an den neugewählten Präsidenten ab. Im Juli 1925 legte er auch den Oberbefehl nieder und zog sich auf sein Landgut bei Warschau zurück. Die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse Polens fanden jedoch nicht seinen Beifall. Er stürzte daher am 12. Mai 1926 die damalige Regierung, schaltete die Volksvertretung aus und setzte als Staatspräsidenten seinen Mitkämpfer Dr. Moscicki ein. Er selbst blieb nur Kriegsminister. Bis heute ist er aber der eigentliche Leiter der polnischen Politik.

17. 5. Dr. Marx bildet ein neues Kabinett (vgl. 5. 5. 1926).

18. 5. Die vorbereitende Abrüstungskommission, deren Beratungen im April 1924 angefangen hatten, tritt erneut zusammen. Zum erstenmal sind jetzt auch Vertreter aus Deutschland und Ungarn eingeladen. Sofort unternehmen sie gemeinsam einen Vorstoß, die Siegermächte an ihr Abrüstungsversprechen zu erinnern. Diese aber weichen aus; man teilt sich in Unterausschüsse, welche die einzelnen Begriffsbestimmungen festlegen sollen: Ist z. B. ein ausgebildeter, aber entlassener Soldat noch als ein solcher zu bezeichnen? Muß man nicht zwischen „effektiver“ und „potentieller“ Rüstung unterscheiden; effektiv sei zwar Frankreich, potentiell aber Deutschland stärker. Die Debatten hierüber dauern endlos. Ein praktisches Ergebnis kommt nicht zustande.

26. 5. Frankreich unterdrückt den Rijkrieg. Abd el Krim unterwirft sich (vgl. Bild 91 und 100).

Juli 1926

4. 7. Zweiter Parteitag der NSDAP. in Weimar. Aus ganz Deutschland strömen mehr als 12000 Nationalsozialisten zusammen; die Blutfahne, das Heiligtum der Bewegung, wird an diesem Tage der SS. in München übergeben.

Ende Juli. Krise des französischen Franken. Poincaré wird wieder Ministerpräsident. Seit Boendigung des Ruhrkampfes (Dezember 1923) war der französische Franken unaufhaltsam gefallen. Die Rüstungen verschlangen Un-

summen; von Deutschland war aber nur noch das zu erlangen, was im Dawesplan festgesetzt war. Es wurde zumeist von den Rückzahlungen der Kriegsschulden an Amerika beansprucht. Zu weiteren Abgaben aber war das französische Volk nicht zu bewegen. In dieser Not ruft man wieder nach — Poincaré. Er nimmt an, überläßt aber vorläufig Briand die Außenpolitik. Er selbst übernimmt inzwischen das Finanzministerium, bringt die wichtigsten Sanierungsgesetze durch und beginnt unverzüglich neue Schuldenverhandlungen mit Amerika (vgl. 17. 9. 1926).

August 1926

Stand der „Rückwirkungen“ aus dem Locarnopakt. Ende November 1925 hatte die Botschafterkonferenz — im Verfolg des Locarnoertrages — versprochen, den Umfang der Besatzungstruppen im Rheinland auf ein Maß zurückzuführen, das „normalen Verhältnissen“ entspreche. Die deutsche Regierung hatte dies offiziell dahin ausgelegt, daß „normal“ die Stärke der deutschen Friedensgarnisonen im gleichen Gebiet bedeute, eine Auffassung, die damals unwidersprochen blieb. Im August 1926 standen aber noch immer 80000 Mann auf deutschem Boden (inzwischen erfolgte Herabminderung um nur 8000!), d. h. das Doppelte der normalen Friedensstärke. Vergeblich ist der deutsche Einspruch. Man weist auf die kriegerische Stimmung in Deutschland hin und — vertröstet auf den Völkerbund.

September 1926

10. 9. Feierliche Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Dinsmal hat man alle Schwierigkeiten vorher beiseitegeräumt: 8. September einstimmiger Beschluß der Vollversammlung, den Stresemann abwartet, bevor er von neuem in Genf „antichambrieren“ muß (vgl. 17. 5. 1926).

17. 9. „Das Frühstück in Thoiry.“

In einem kleinen Restaurant in der Nähe von Genf haben Stresemann und Briand eine geheime Unterredung. Am Abend wird von beiden ein Kommuniqué herausgegeben: „... sie hätten gemeinsam nach den Mitteln geforscht, die eine Gesamtlösung aller Fragen ins Auge fassen, die beide Länder interessieren.“ Wochenlang bleibt das Geheimnis völlig gewahrt. Endlich hört man, daß Briand, aus der damaligen Finanznot der französischen Regierung heraus, dem deutschen Außenminister ein großzügiges Tauschgeschäft vorgeschlagen hat: Frankreich willigt in eine starke Herabminderung seiner Besatzung im Rheinland, in die vorzeitige Räumung der II. und III. Zone noch im Jahre 1927; ferner in die Rückgabe des Saargebietes an Deutschland ohne Abstimmung und in die Aufhebung der Militärkontrolle. Deutschland soll dagegen einen großen Teil seiner Eisenbahnobligationen (1½ Milliarden) mobilisieren, von denen nach dem Verteilungsschlüssel des Dawesplanes etwa 700 Millionen Goldmark auf Frankreich fallen würden.

Dieser Handel schien sogar die offizielle Anerkennung Poincarés gefunden zu haben; aber — es blieb ein Pro-

gramm. Inzwischen war es Poincaré gelungen, die französischen Finanzen ohne Hilfe der deutschen Eisenbahnobligationen zu sanieren und die Schuldenverhandlungen mit Amerika zum Abschluß zu bringen. Die ganze Angelegenheit verlief damit schließlich im Sande, hatte allerdings für die deutsche Außenpolitik eine verhängnisvolle Folge: Zum ersten Male hatte Deutschland einen Zusammenhang zwischen Tributzahlung und Rheinlandräumung anerkannt. Dies führt bei der Vorgeschichte des Youngplanes (vgl. 9. 2. 1929) zu neuen Forderungen Frankreichs.

Oktober 1926

8. 10. General v. Seeckt, seit 1920 Chef der Heeresleitung, der eigentliche Organisator der deutschen Reichswehr, tritt von seinem Amt in Verbindung mit der Einstellung eines Kronprinzensohnes in die Reichswehr zurück.

Herbst 1926. Für alle an der Novemberrevolte in München Beteiligten wird eine Amnestie erlassen. Damit darf auch Göring nach Deutschland zurückkehren. Er sucht sich als Flieger zu betätigen. Daneben setzt er sich mit aller Kraft für die Bewegung ein.

November 1926

2. 11. Verbot der letzten deutschen Zeitung in Südtirol (vgl. Ende 1925).

9. 11. Dr. Goebbels wird Gauführer von Berlin.

Goebbels ist am 29. Oktober 1897 in Rheydt geboren, betrieb philologische Studien und wurde im Herbst 1924 aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen. Er ging nach Elberfeld und leitete hier die „Völkische Freiheit“. 1925 begründete er mit G. Straßer die „Nationalsozialistischen Briefe“, 1926 verbringt er seine Sommerferien in Berchtesgaden und wird mit dem Führer bekannt, der seine Schlagkraft erkennt. Nach seinem Eintreffen in Berlin bringt Dr. Goebbels in kurzer Zeit Ordnung in den wirren politischen Haufen. Mit größter Energie gelingt es ihm, die ca. 600 Parteigenossen zusammenzufassen, und am Bußtag — 14 Tage nach seinem Eintreffen — hält er im Viktoriagarten zu Wilmersdorf seine erste Versammlung ab, auf der die finanzielle Grundlage der Bewegung für Berlin sichergestellt wurde. Dr. Goebbels richtete sofort Schulungsabende und Gautage ein und veranstaltete wöchentlich Massenversammlungen. Großplakate mit stürmisch-hinreißenden Zeichnungen waren in den Straßen für die Bewegung, und so kam es, daß der Zustrom zur Partei von Tag zu Tag answoll. Unter den neuen jungen Kämpfern befand sich auch der Student und Pfarrerssohn Horst Wessel.

Dezember 1926

17. 12. Kabinettskrise in Deutschland.

Im Reichstag sind zwischen der Sozialdemokratie und Deutschen Volkspartei starke Gegensätze entstanden. Scheidemann war mit „Enthüllungen“ über die Reichswehr hervorgetreten, welche Marx zu einer scharfen Erwiderung zwingen. Darauf bringt die SPD. ein Mißtrauensvotum ein. Das Kabinett muß zurücktreten. Es ist die 3. Regierungskrise um Weihnachten (vgl. 29. 1. 1927).

Ende 1926 hatte die NSDAP. etwa 49000 Mitglieder.



Juli

103 Das Flettner-Rotorschiff. Eine Ausfahrt des 1926 neu in Dienst gestellten zweiten Rotorschiffes „Barbara“. Der Ingenieur Anton Flettner baute 1924 ein Segelschiff so um, daß es ohne Segel, Schaufeln oder Schrauben fahren konnte. Auf Deck waren große, sich um ihre Längsachse drehende Metallzylinder, sog. Rotoren, montiert. Der auf sie treffende Wind bewirkte die Weiterbewegung. Die praktische Brauchbarkeit ist allerdings noch umstritten.



August

104 Bergarbeiterstreik in England. Auflösung eines Demonstrationszuges durch die Londoner Polizei. Im Mai 1926 brach in England ein großer Bergarbeiterstreik aus, der bis zum 27. November 1926 dauerte. Im Verlauf des Streiks kam es durch den Mangel an Kohlen, der die Einstellung einer Reihe von Fabriken und Industrien in Großbritannien bedingte, zu blutigen Unruhen, die im Monat August in London einen sehr ernsthaften Charakter annahmen.



September

105 Die deutsche Reichswehr. Flußüberquerung mit einer Tanktruppe während der Herbstmanöver im September 1926. Durch Gesetz vom 6. März 1919 ist die deutsche Reichswehr geschaffen. Nach dem Versailler Diktat ist es ein Berufsheer von 100 000 Mann, wobei die Mannschaften mindestens 12 Jahre, die Offiziere mindestens 25 Jahre dienen müssen. Die Ausbildung ist sehr vielseitig, so daß hervorragende Leistungen erzielt werden.



Oktober

106 Rücktritt des Chefs der deutschen Heeresleitung. Generaloberst von Seeckt mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg anlässlich der Herbstmanöver 1926. Von Seeckt war seit 1920 Chef der deutschen Heeresleitung und hatte sich hierbei unschätzbare Verdienste um den Ausbau der Reichswehr erworben. Im Zusammenhang mit der Einstellung eines Kronprinzensohnes in die Reichswehr mußte er jedoch am 8. Oktober 1926 von seinem Amt zurücktreten.



November

107 Aufrüstung der Nachbarstaaten Deutschlands. Erprobung eines neuen französischen Tanks — Ende 1926. Am 18. Mai 1926 nahm Deutschland zum erstenmal an einer Abrüstungskonferenz teil. Sofort unternahm es einen Vorstoß, die Siegermächte an ihre Abrüstungsvorsprachen zu erinnern, aber vergeblich: Frankreich und die ihm befreundeten Mächte setzten ihre großen Heeresreformen unbehindert fort, die Juni 1928 ihren ersten Abschluß fanden.



Dezember

108 Kaiserkrönung in Japan. Das neue Herrscherpaar. Nach dem Tode Kaiser Yoshihito (1912—26), des ruhmreichen Mikados von Japan, unter dessen Regierung sich das kleine Inselreich im Fernen Osten zu einer Weltmacht erhob, wurde sein Sohn Prinz Tadayasu am 28. Dezember 1926 unter dem Namen „Hirohito“ in Tokio unter großen Feierlichkeiten zum Kaiser von Japan gekrönt.

Januar 1927

29. 1. *Beendigung der deutschen Kabinettskrise*, nachdem Reichspräsident von Hindenburg in die Verhandlungen eingreift und darauf hinweist, daß auch eine Reichsregierung möglich sei. Es ist eine erste Warnung, daß der Reichspräsident nötigenfalls auch autoritär, d. h. ohne die Parteien, regieren lassen wird. Marx bildet nunmehr ein neues rechtsbürgerliches Kabinett, in dem auch die Deutschnationalen vertreten sind. Von demokratischen Ministern bleibt nur Reichswehrminister Geßler.

31. 1. *Ende der Militärkontrolle in Deutschland.* In dieser Frage hatte das Reich im Locarnopakt (Oktober 1925) das Zugeständnis erlangt, die interalliierte Kontrolle solle auf den Völkerbund übergehen und auch nicht mehr ständig, sondern nur von Fall zu Fall auf Antrag erfolgen. Endlich, auf einer Ratsitzung des Völkerbundes im Dezember 1926, wird diese Frage weiterbehandelt. Zunächst allerdings stellt die Botschafterkonferenz fest, daß die Entwaffnung Deutschlands — noch nicht beendet sei (!). In Wahrheit handelt es sich um einige Schiffskessel, Ferngläser sowie um kleinere Feldbefestigungen bei Königsberg, Glogau und Küstrin. Die deutsche Regierung sagt Abhilfe zu. Darauf werden die Befugnisse des Völkerbundes in der Kontrollfrage festgelegt: Während sonst für alle wichtigen Beschlüsse Stimmeneinheit gefordert wurde, (Anschluß Österreichs an Deutschland, Aufnahme gesuche usw.), soll hier schon Stimmenmehrheit genügen, um eine Kontrolle des Völkerbundes in Deutschland anzuordnen.

Februar 1927

12. 2. Beginn des deutsch-polnischen Zollkrieges (vgl. 12. 2. 1926 und 17. 5. 1950).

16. 2. *Erste Sturmzeichen eines finanziellen Zusammenbruchs Deutschlands.*

Reichsfinanzminister Köhler erklärt, daß er für das laufende Jahr keine Möglichkeit sieht, die anschwellenden Lasten des Reiches nach dem Dawesplan aufbringen zu können. Hierüber geraten die Börsen der ganzen Welt in Verwirrung. Amerika und Frankreich sind ernstlich verstimmt. Schließlich erläßt der Reparationsagent eine beruhigende Erklärung, es sei noch alles in bester Ordnung. In Wahrheit hat man hinter verschlossenen Türen Deutschlands erstes Aufbegehren gegen den Dawesplan im Keim erstickt.

März 1927

5. 3. Das Redeverbot für Adolf Hitler (vgl. 24. 2. 1925) wird in Bayern aufgehoben, während es im Reich noch bestehen bleibt.

Zum erstenmal spricht der Führer wieder, und zwar im Zirkus „Krone“. Es sind programmatische Ausführungen: „Wenn es nicht der bürgerlichen Welt gelingt, den Arbeiter der Faust zu gewinnen, wenn es nicht den Arbeitern der Faust gelingt, die bürgerliche Welt für ihre Ideale zu begeistern, dann bleibt keine Kraft, das Sklavenjoch des Auslandes zu brechen. National ist, wer die gesamte Kraft des ganzen Volkes zu erhalten willens ist, sozial, wer jedem Volksgenossen das zubilligt, was er auf Grund seines Wirkens und Schaffens

verdient, und seinem Volke, was dieses unter anderen auf der Erde wert ist. Wer beides vereint, ist wahrer Nationalsozialist. Der wahre Nationalist ist zugleich wahrer Sozialist und umgekehrt.“

April 1927

5. 4. Zwischen Italien und Ungarn wird ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen.

Mai 1927

1. 5. Adolf Hitler spricht zum erstenmal im Glou in Berlin, und zwar in einer geschlossenen Versammlung, da in Preußen für ihn noch Redeverbot besteht.

2. 5. Volksschullehrer Ferdinand Schulz stellt in Rossitten einen Weltrekord im Dauereggelflug auf.

Das erste Segelfluggelände war die Wasserkuppe in der Rhön, wo in den Jahren 1921/22 die ersten Rekorde erzielt wurden. Später kam das Dünungelände an der Kurischen Nehrung hinzu. Als Segelflieger haben sich neben Schulz besonders Groenhoff, Krumfeld, Riedel und Hirth hervorgetan. Die Entwicklung des Weltrekordes im Segelflug zeigt folgende Tabelle:

Klemperer (Deutschland)	0 Std. 11 Min.,	30. August 1921, Rhön
Morrens (Deutschland)	1 Std. 00 Min.,	18. August 1922, Rhön
Hentzen (Deutschland)	1 Std. 10 Min.,	24. August 1922, Rhön
Moneyrol (Frankreich)	8 Std. 04 Min.,	22. Januar 1923, England
Schulz (Deutschland)	8 Std. 42 Min.,	11. Mai 1924, Rossitten
Massaux (Frankreich)	10 Std. 29 Min.,	26. Juli 1923, Frankreich
Schulz (Deutschland)	14 Std. 08 Min.,	2. Mai 1927, Rossitten
Coché (Amerika)	21 Std. 34 Min.,	18. Dezemb. 1931, Honolulu
Schmidt (Deutschland)	16 Std. 16 Min.,	4. Aug. 1931, Fr. Haff

4. 5. (bis 25. 5.). *Erste Weltwirtschaftskonferenz in Genf.* Das Bedürfnis, die wirtschaftlichen Schadensfolgen des Weltkrieges zu liquidieren, hatte das Sekretariat des Völkerbundes veranlaßt, über die Weltwirtschaft und ihre Nachkriegsschäden weitreichendes Material zu sammeln. Dieses lag den Beratungen zugrunde, welche im Mai 1927 in Genf stattfanden. Einen praktischen Erfolg hatte diese groß aufgezogene Konferenz aber nicht, weil sie an der Hauptursache — dem Versailler Vertrag — vorbeiging.

6. 5. *Polizeiaktion gegen die NSDAP. in Berlin.*

Bei einer von Dr. Goebbels geleiteten Versammlung war es zu Zwischenfällen gekommen. Am frühen Morgen des 6. Mai erschien daher ein großes Schupoaufgebot, besetzte die Berliner Geschäftsstelle und versiegelte alle Schränke, Schreibtische und Regale. Die NSDAP. wird für Berlin und die Mark Brandenburg verboten, bald darauf auch Dr. Goebbels jegliches Reden (vgl. 29. 10. 1927).

7. 5. Großer Reichsfrontsoldatentag des „Stahlhelm“ in Berlin unter Teilnahme von 152 000 ehem. Frontkämpfern.

Beginn der deutschen Wirtschaftskrise

13. 5. *Der schwarze Freitag: Börsenkrach in Berlin.* Das Ausland hatte sich während der Inflationszeit stark an den deutschen Börsengeschäften beteiligt, da dies für jede Valuta unerhört billig war. In den Jahren 1924/25 war ein Teil dieser Papiere zwar wieder in deutschen Besitz übergegangen; aber schon Ende 1925, nach Annahme der Dawespläne, war das Auslandsinteresse für deutsche Börsenpapiere wieder sehr gestiegen. Dies errichtete vielfach Kurse, die nicht mehr in Einklang mit ihren tatsächlichen Wert zu bringen waren; die Scheinblüte der deutschen Wirtschaft trat auch in der Bezeichnung der Wertpapiere zutage.

Besonders stark hatte sich das amerikanische Kapital an der deutschen Börse engagiert. Poincaré war es aber im Laufe des Jahres 1926 gelungen, nicht allein den Franken zu stabilisieren, sondern gleichzeitig eine Reihe von französischen Anleihen in Amerika unterzubringen. Die Anteilnahme des amerikanischen Privatkapitals konzentrierte sich von nun an immer stärker auf die Pariser Börse, allerdings zunächst, ohne Abzüge auf dem deutschen Kapitalmarkt vorzunehmen. Die Erklärung des deutschen Finanzministers am 16. Februar hatte jedoch beunruhigend gewirkt; man begann, zuerst langsam, dann aber plötzlich, einen Teil seiner Interessen an der deutschen Börse zu liquidieren — die natürlich nicht fähig war, durch entsprechende Inlandskäufe für die angebotenen Aktien einen Ausgleich der Kurse zu schaffen. Am 15. Mai brach erstmalig der deutsche Aktienmarkt vollkommen zusammen, wobei die Kurse um 20—80 % des Gesamtwertes fielen.

27. 5. Der Amerikaner Lindbergh überquert allein in einem Flugzeug den Ozean (vgl. Bild 115).

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Rußland. Seit langem schon war Großbritannien mit der Entwicklung seiner Handelsbeziehungen zu Rußland unzufrieden. Das bezog sich nicht allein auf die direkten Verbindungen, sondern auch auf andere Weltmärkte — z. B. Ostasien —, wo Rußland täglich mehr an Einfluß gewann, während der Handel Englands im gleichen Maße zurückging. Dazu kam die Konkurrenz des amerikanischen Kapitals, das damals bestrebt war, den Engländern den Rang abzulaufen und energische Vorstöße in die russischen Ölgebiete zu machen, wo es bedeutende Bohrkonzessionen erlangt hatte. Die Regierung der Sowjetunion ist sich inzwischen längst bewußt geworden, daß der russische Markt von den kapitalistischen Mächten begehrt ist. Sie nutzt diese Stellung aus, um dem Kommunismus, vor allem in China, starken Einfluß zu verschaffen. Jetzt verständigt sich England mit Paris, das gleichfalls mit Moskau unzufrieden ist, weil die Russen in der Frage der alten Vorkriegsschulden immer noch keine Zugeständnisse machen. Nach dem Abbruch der Beziehungen zwischen England und Rußland weist im Juli 1927 auch Frankreich den Sowjetvertreter aus Paris aus. Ebenso versucht man Deutschland in den antirussischen Ring hineinzubringen. Dieses bleibt aber neutral, was jedoch nach beiden Seiten hin Verärgerung schafft.

Juni 1927

1. 6. Einweihung des Sylter Damms durch Reichspräsident v. Hindenburg.

9. 6. Der amerikanische Flieger Chamberlin überquert den Ozean und landet bei Kottbus.

19. 6. Bedeutsame Sonntagrede Poincarés in Lunéville bezüglich der Rheinlandräumung.

Einer der Grundsätze der deutschen Außenpolitik seit Annahme des Dawesplanes (vgl. 17. 8. 1924) war es immer



Januar

109 Aus der Besetzungszeit in Aachen. Eine Parade belgischer Truppen im Januar 1927. Die alte deutsche Kaiserstadt wurde im Dezember 1918 das Hauptquartier der belgischen Besatzungstruppen. 11 Jahre hindurch war Aachen damit der Souveränität des Reiches entzogen; aber die Bevölkerung hielt trotz aller Versuche einer Loslösung (Separatistenkämpfe am 2. November 1923) bis zur Räumung der Stadt am 10. November 1929 treu zur Heimat.



Februar

110 Graf Luckners Weltumsegelung. Der bekannte Seeoffizier an Bord seines Schiffes „Seestrolch“. Graf Luckner, der als einziger Kapitän des deutschen Hilfskreuzers „Seeadler“ 1916/17 einen erfolgreichen Kapernkrieg gegen die Engländer führen konnte, trat im Oktober 1926 eine Weltreise an, die in allen wichtigen Hafenstädten von dem ungebrochenen Mut der Deutschen bereites Zeugnis ablegte.



März

111 Die neue „Königsberg“. Der Stapellauf im März 1927. Der frühere Klein Kreuzer „Königsberg“ befand sich bei Kriegsbeginn in Deutsch-Ostafrika. Bei einem Handstreich gegen Sansibar vernichtete er den englischen Kreuzer „Pegasus“, wurde selbst aber am 11. Juli 1915 von einer Übermacht zusammengeschossen. Die Tradition dieses kampferprobten Schiffes wird in der neuen Reichsmarine fortgeführt.



April

112 Deutschlands erster Segelflugrekord. Schulz bei den letzten Vorbereitungen vor seinem Rekordflug im April 1927. Durch den Versailler Vertrag war es Deutschland versagt, hochwertige Motorflugzeuge zu bauen; dafür warf sich die deutsche Jugend mit aller Energie und dem besten Erfolg auf die Konstruktion von Segelflugzeugen. Volksschullehrer Schulz stellte am 2. Mai 1927 den ersten großen Segelflugweltrekord mit 14 Stunden und 8 Minuten auf.



Mai

113 Lindberghs Ozeanflug. Nach seiner glücklichen Landung in Paris. Im Frühjahr 1927 wurde überall fieberhaft an der Verbesserung des Flugwesens gearbeitet, besonders auch in USA. Trondheim kam am 27. Mai 1927 für alle die Meldung überraschend, daß es einem jungen Amerikaner gelungen sei, allein als erster von West nach Ost den Ozean mit einem einmotorigen Flugzeug zu überqueren.



Juni

114 Der erste Ozeanflug Amerika - Deutschland. Chamberlin, der mutige Pilot, vor seinem Flugzeug. Der Rubin Lindberghs (siehe Bild 113) ließ andere amerikanische Flieger nicht ruhen und spornete Chamberlin an, den Rekord seines Landsmannes zu verbessern. Mit einem Begleiter startete er am 9. Juni 1927 in Amerika und erreichte glücklich das europäische Festland, wo er aber von seiner Route abwich und statt in Berlin in Kottbus landete.

gewesen, daß die frühere Räumung des Rheinlandes eine moralische und juristische Verpflichtung der Alliierten sei. Demgegenüber hatte Frankreich stets betont, daß die Vorbedingung hierzu die Erledigung der Reparationsfrage und die Herstellung seiner Sicherheit sei. Nun hatte der Dawesplan, zum mindesten vorläufig, die Reparationsfrage, Locarno und Genf (Völkerbund) die Sicherheitsfrage längst gelöst. Die Erfüllung der französischen Zusage war aber bisher ausgeblieben. Zum letzten Male hatten die Außenminister beider Staaten in Thoiry (17. September 1926) hierüber gesprochen. Seither hatte sich nichts ereignet; nur Briand hatte am 19. Januar 1927 vor dem Kammerausschuß erklärt: „Die Frage einer vorzeitigen Räumung des Rheinlandes ist bei der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in Genf nicht gestellt worden. Natürlich haben wir in Thoiry davon gesprochen; aber ich habe keinerlei Verpflichtungen übernommen. Es ist an Deutschland, uns Vorschläge darüber zu machen. Bis jetzt hat Deutschland nichts dergleichen getan.“ Die deutsche Regierung weiß sehr wohl, worauf das hinaus will. Deutschland soll — wie so oft — sein gutes Recht noch einmal bezahlen. Sie hält die Zeit für einen Vorstoß noch nicht für gekommen und wird deshalb von der Opposition im eigenen Lager aufs heftigste angegriffen. Stresemann muß zugeben, daß man sich in der letzten Zeit von der Rheinlandräumung eher entfernt hat, als daß man ihr nähergekommen sei. Dieser Rückschlag wird noch offenkundiger, als Poincaré bei Einweihung eines Kriegerdenkmals am 19. Juni ausführt: „Zum hundertsten Male sei es gesagt — Frankreich verlangt nichts, als seine Sicherheit und die pünktliche Bezahlung dessen, was man ihm schuldig ist. In Locarno und Genf hat Frankreich genug Beweise seines Friedenswillens gegeben; aber was tut Deutschland? Am 3. November 1925 — also nach Locarno — hat ein deutscher Reichminister erklärt, daß der Verzicht Deutschlands auf Waffengewalt lediglich durch die Tatsache diktiert sei, daß Deutschland im Augenblick keine Waffen besitze. Ein anderer wiederum will die Revision des Dawesplanes fördern. Sind das vielleicht Worte der Versöhnlichkeit? Sollen wir Vertrauen haben zu einer Regierung, deren Mitglieder solche Worte gebrauchen, und zu einem Volk, das solche Gedanken hegt? Sollen wir angesichts solcher Tatsachen unsere letzten Pfänder aufgeben?“ Stresemann entgegnet ihm im Deutschen Reichstag: „Will der Herr französische Ministerpräsident den Weg zur Verständigung verbieten, oder will er ihn ebnen? Was ist das Ziel des Herrn Präsidenten? Ruhrpolitik oder Locarnopolitik? Eins oder das andere ist möglich, aber nicht eins und das andere.“ Hierauf gibt Poincaré keine Antwort.

Ende Juni. Gründung der nationalsozialistischen Zeitung „Der Angriff“ durch Dr. Goebbels, der hierfür gegen Schuldwehnen auf seine eigene Person mit Mühe RM. 2000,— einnimmt. Der Druck bringt jedoch immer neue Schulden. Die Gehälter können nur in kleinen Beträgen gezahlt werden. Miete und Telefon müssen „hängen“ bleiben (vgl. 29. 10. 1927).

Juli 1927

15. 7. In Wien kommt es zu großen linksradikalen Unruhen, in deren Verlauf der Justizpalast in Brand gesteckt wird.

20. 7. Tod König Ferdinands von Rumänien. Da Kronprinz Carol auf die Krone verzichten mußte, folgt ihm dessen Sohn Michael (vgl. 8. 6. 1950).

August 1927

19.-21./8. Dritter Reichsparteitag der NSDAP. in Nürnberg unter Teilnahme von 50 000 Anhängern.

September 1927

1. 9. Abschluß des J. Dawesjahres.

Deutschland hat die von ihm geforderten 1,2 Goldmilliarden voll gezahlt. Jetzt aber beginnen sich die Amerikaner gegen die Aufnahme neuer Anleihen zu sperren. Die Nachfrage nach diesen seitens der deutschen Industrien, Gemeinden, öffentlichen Unternehmungen usw. ist inzwischen ins Ungeheuerliche gewachsen. In einer einzigen Woche wurden z. B. in New York deutsche Anleihen im Gesamtwert von einer halben Goldmilliarde aufgenommen. An Verzinsung und Amortisation scheint niemand zu denken. Jetzt erklären die Amerikaner, daß diese unbedenkliche Kreditwirtschaft abgestoppt werden müsse. Dies um so mehr, als das amerikanische Anlagekapital inzwischen das französische Schuldenabkommen (vgl. 17. 9. 1926) untergebracht hat und nunmehr voll beansprucht wird. Deutschland wird demgemäß erinnert, es müsse nun seine Tributzahlungen aus eigenen Mitteln entrichten. Der Reparationsagent in Berlin überwendet der deutschen Regierung am 20. Oktober ein Memorandum, worin die deutsche Finanzwirtschaft und Kreditführung einer peinlichen Kritik unterzogen werden. Er geißelt das Beamtenbesoldungsgesetz, das Kriegsschädengesetz, das Schulgesetz, die Arbeitslosenunterstützung und erteilt der Reichsregierung Ratschläge, die den Charakter von Weisungen haben. Die deutsche Regierung sieht sich gezwungen, ihm in vielen Punkten zuzustimmen und Besserung zu geloben.

18. 9. Einweihung des Tannenbergdenkmals durch Generalfeldmarschall von Hindenburg. Es ist dies die erste große staatsoffizielle Kundgebung zum ehrenden Gedenken an die deutschen Weltkriegstaten. Der Reichspräsident legte bei dieser Gelegenheit am Ort seines größten Sieges feierlich Verwahrung gegen die Kriegsschuldfrage ein, die einst Lloyd George als Basis des Versailler Vertrages bezeichnet hatte. „Die Anklagen, daß Deutschland schuld an diesem größten aller Kriege sei, weisen wir, weist das deutsche Volk in allen seinen Schichten einmütig zurück: Nicht Neid, Haß und Eroberungssucht gaben uns die Waffen in die Hand. Reinen Herzens sind wir zur Verteidigung des Vaterlandes ausgezogen, und mit reinem Herzen hat das Vaterland das Schwert geführt. Deutschland ist jederzeit bereit, dies vor unparteiischen Richtern nachzusetzen.“ Seitdem die deutschen Delegierten in London (1.—7. 5. 1921) gegen die Behauptung der Alleinschuld Deutschlands am Weltkriege Einspruch erhoben, hatten die Westmächte als Vorbedingung für die später folgenden Konferenzen stets darauf geachtet, daß die Frage der Kriegsschuld seitens Deutschlands nicht wieder vorgebracht werden dürfe. Um so stärker wirkte jetzt die Rede des Reichsoberhauptes. Sofort führt in Frankreich Poincaré in einer Sonntagsrede aus, daß Deutschland ständig an Revanchedenke, während Frankreich nur dem Frieden Opfer bringen würde. Man dürfe daher nicht die letzten Sicherheiten aus der Hand geben.

Die Auffassung Frankreichs wird dadurch unterstrichen, daß in diesem Jahr die großen französischen Herbstmanöver auf deutschem Boden im Rheinland stattfinden. Sie erstrecken sich auf ein Gebiet von der Rheinpfalz bis über Nahe und Hunsrück zur Mosel und in die Eifel. Die damit zusammenhängenden Fliegermanöver sind die größten, die bisher vorgeführt wurden.

Zu gleicher Zeit findet in Genf die Herbsttagung des Völkerbundes statt. Stresemann fordert öffentlich eine frühere Räumung des Rheinlandes, der jedoch Briand mit Hinweis auf das Rededuell Hindenburg—Poincaré ausweicht. Ebenso vergeblich ist der Vorstoß Stresemanns in der Abrüstungsfrage. Der einzige Erfolg ist die Verminderung der französischen Rheinlandbesatzung nach den Manövern um 10 000 Mann.

Oktober 1927

14. 10. Die letzte deutsche Privatschule in Südtirol wird seitens der Italiener geschlossen. In allen Erlassen und Fahrplänen, an allen Schildern und Etiketten, selbst privater Natur, hatte die deutsche Sprache durch die italienische ersetzt werden müssen; dies erstreckte sich sogar auf Tischtücher, Bestecke und Tassen in den Restaurants; selbst die Inschriften auf Grabsteinen mußten ins Italienische umgesetzt werden.

29. 10. Redeversbot gegen Goebbels wird an seinem 50. Geburtstag aufgehoben.

November 1927

11. 11. In Italien wird das Gesetz über die berufständische Volksvertretung veröffentlicht, die Mussolini künftig bei allen Gesetzen zu beraten hat. Das allgemeine Stimmrecht wird fallen gelassen.

22. 11. Bündnis zwischen Albanien und Italien. Das ca. 27 000 qkm große Albanien stand bis zum Jahr 1912 unter türkischer Herrschaft und wurde am 28. November 1912 von den europäischen Staaten zu einem unabhängigen Fürstentum erklärt. Österreich-Ungarn und Italien suchten nun gleichzeitig einen Einfluß auf Albanien zu gewinnen, das auch während des Krieges teils von Österreich, teils von der Entente besetzt war. Seit 1921 machte Jugoslawien neben Italien große Anstrengungen, das junge Land zu beeinflussen. Seit 1925 hat sich aber in Albanien die Politik Mussolinis durchgesetzt. Italien betreibt energisch die wirtschaftliche und technische Erschließung des Landes. Den einseitigsten Ausdruck der Annäherung der beiden Staaten findet man im Abschluß des Bündnisses am 22. November 1927 (s. auch 1. 9. 1928).

Beginn der großen Arbeitslosigkeit in Deutschland. Das Abstoppen des amerikanischen Geldzuflusses (vgl. 15. 5. 1927) hatte eine stark rückläufige Bewegung der deutschen Wirtschaft zur Folge: Am 30. November werden bereits offiziell 605 000, am 15. Dezember schon 813 000 Arbeitslose gezählt.

Dezember 1927

15. 12. Reichsernährungsminister Schiele gibt die Verschuldung des deutschen Bauernbesitzes mit rund 12 Milliarden Goldmark an.

31. 12. Die nationalsozialistische Bewegung stieg im Jahr 1927 von 49 000 auf 72 000 Mitglieder.



Juli

115 Revolte in Wien. Bücher und Akten, die vom Mob aus den Fenstern des in Brand gesteckten Justizpalastes geworfen wurden. Nach dem Frieden von St-Germain war Österreich ein Staat geworden, der ohne Anlehnung an andere nicht bestehen konnte. Inflation und die immer mehr um sich greifende Arbeitslosigkeit brachten den linksradikalen Parteien größten Zuspruch. Am 15. und 16. Juli 1927 kam es im Anschluß an lokale Unruhen zu einer offenen Revolte in Wien.



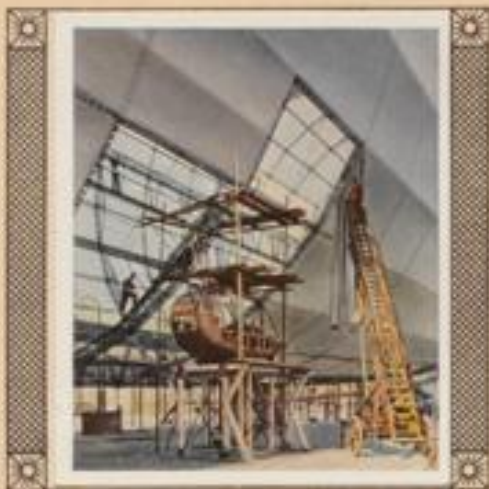
August

116 Rußlands Kampf gegen die Kirche. Abtransport von Heiligenbildern nach dem Abbruch eines Gotteshauses. Die Union der Sowjetrepubliken hatte die Niederlegung einer Reihe von kunstvollen kirchlichen Bauwerken, deren Steine bei Wohnbauten Verwendung fanden, angeordnet. Hierauf führte sie ihren Feld- und Propagandazug gegen die Religion mit aller Macht weiter durch. Unschätzbare Werte und kostbare Kirchengeräte wurden hierbei vernichtet.



September

117 Freiheitsbewegung in Indien. Indische Frauenrechtlerin agitiert für die politische Gleichstellung der Frau. Die Bestrebungen Gandhis sollen eine Lösung von England ohne Gewalt unter Erhaltung der religiösen und kulturellen Eigenart des indischen Volkes herbeiführen. Daneben besteht eine Freiheitsbewegung, die das Heil in einer Europäisierung Indiens sieht (u. a. Aufhebung der Kasten). Sie erfüllte im Jahre 1927 eine besonders große Propaganda.



Oktober

118 L. Z. 127 fast fertiggestellt. Die letzten Arbeiten im Oktober 1927. Das erste deutsche Verkehrsluftschiff nach dem Kriege kam durch Spenden aller Volkskreise zustande. Es erhielt eine Länge von 235 m und einen Gasinhalt von 105 000 cbm. In 4 Seitengondeln und einer hinteren Einzelgondel sind 3 umsteuerbare Motoren von je 330 PS untergebracht. Am 9. Juni 1928 wurde L. Z. 127 auf den Namen „Graf Zeppelin“ getauft und dem Verkehr übergeben.



November

119 Ford (1) und Edison (2) bei einer Zusammenkunft im Herbst 1927. Eine langjährige Freundschaft verband Ford und Edison, die sich beide aus kleinen Anfängen heraufgearbeitet hatten. Ford gründete 1901 seine Kraftwagenfabrik und entwickelte sie zum größten Unternehmen der Welt. — Edison, der große Erfinder, schenkte seinem Freunde Ford Ende 1926 sein erstes Laboratorium für dessen Fabrikmuseum.



Dezember

120 Die Welt in Waffen. Eine „schwimmende Festung“ Englands, das Herbst 1927 in Dienst gestellte Großkampfschiff „Rodney“. Am 17. Dezember 1927 wurde der Kellogg-Pakt verhängt, der den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten ausschließen sollte. Trotzdem geht die Aufrüstung weiter, immer mehr Geld wird für Kriegsvorbereitungen ausgegeben: Die Welt starrt in Waffen.

Januar 1928

6. 1. In London wird der Kronschatz der Romanows im Werte von 60 Millionen Goldmark versteigert.

13. 1. Die interalliierte Militärkommission in Bulgarien stellt ihre Tätigkeit ein.

19. 1. Groener wird an Stelle von Dr. Geffler Reichswehrminister.

Groener wurde bei Ausbruch des Weltkrieges Chef des Feldbahnwesens, 1916 als Generalleutnant Chef des neu errichteten Kriegsamtes, 1918 Generalstabschef der Heeresgruppe in der Ukraine und im November des gleichen Jahres Erster Generalquartiermeister. Als solcher hatte er unter Generalfeldmarschall von Hindenburg die Rückkehr des Feldheeres und die Demobilisierung geleitet. Von 1920 bis 1921 war er Reichsverkehrsminister.

Ende d. M. Stand der Locarnopolitik.

Seit der Herbsttagung des Völkerbundes in Genf 1927 war es um die Frage der früheren Rheinlandräumung vollständig ruhig geworden. Jetzt beschwert sich Stresemann vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages bitter über die Hinauszögerung. „Wenn trotzdem das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich nicht gestört worden ist, so spricht das nur für den guten Willen Deutschlands. Locarno sollte ein Anfang sein. Aber das fortgesetzte Verlangen Frankreichs nach immer neuen Sicherheiten ist eine Beleidigung, weil es sich auf die Fortstellung eines Wortbruches stützt. In dem Ruf nach Sicherheit vor dem entworfenen Deutschland liegt eine gute Portion Heuchelei, die von der Öffentlichkeit der Welt nicht mehr länger ertragen werden kann.“ Briand erwidert vor der französischen Kammer im Februar: „Im Vertrag von Locarno gibt es den Geist und den Buchstaben; aber mein Kollege Stresemann beruft sich lieber auf den Geist als auf den Buchstaben. Man will aus Locarno wie aus einem Zauberhut alle möglichen Dinge aufsteigen lassen. Aber ich sage: Locarno ist erst seit anderthalb Jahren in Kraft. Es ist einfach, zu sagen, zieht aus dem Rheinland ab, und alles andere wird sich regeln — ich aber verwalte mich dagegen, die Dinge so einfach zu sehen.“

Februar 1928

10. 2. Zwischen Deutschland und Amerika wird ein neuer Telefonverkehr eröffnet, nachdem bereits am 4. März 1927 das Kabel Emden-Azoren-New York dem Betrieb übergeben worden ist. Das alte Kabel war bei Ausbruch des Weltkrieges lahungelegt und beschlagnahmt worden.

15. 2. Das Zentrum kündigt die Regierungskoalition. Die seit dem 29. Januar 1927 bestehende bürgerlich-nationale Regierung hatte zunächst eine gewisse äußere Konsolidierung der öffentlichen Vorgänge erreicht; das Jahr 1927 kann als das ruhigste und am meisten ausgeglichene der Nachkriegszeit gelten. Jetzt aber beginnt es wieder zu kriseln; schon wirft der baldige wirtschaftliche Zusammen-

bruch seine Schatten voraus. Diese Zuspitzung der innerpolitischen Verhältnisse tritt vor allem bei den Beratungen über ein neues Schulgesetz in Erscheinung. Innerhalb der Parteien vermochte man nicht, sich zu einigen. Dies führte schließlich zur Auflösung der Regierungskoalition (vgl. 31. 5. 1928).

März 1928

10. 3. Der Belgier Lambert scheidet aus der Saarregierung aus und wird durch den deutschen Bürgermeister Ehrenrott ersetzt. Damit ist das französische Übergewicht in der Saarverwaltung geschwächt.

31. 3. Die durch den Zerfall der Regierungskoalition geschaffene Lage nötigt die Regierung, am 31. März den Reichstag aufzulösen.

April 1928

12. 4. Deutscher Ozeanflug mit Hauptmann Köhl, von Hünfeld und Fitzmaurice. Es ist der erste Flug, der von Osten nach Westen unternommen wird.

19. 4. Schantung wird von den Japanern besetzt (vgl. 19. 9. 1951).

Mai 1928

14. 5. Eröffnung der II. Weltwirtschaftskonferenz (vgl. 4. 5. 1927) in Genf. Man beschließt schnellste Aufhebung der hohen Zölle sowie der Ein- und Ausfuhrverbote. Aber praktisch bleibt auch diese Konferenz ohne Ergebnis.

20. 5. Reichstagswahlen.

Die Regierung der bürgerlichen Parteien hatte die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zu bessern vermocht. Jetzt gibt es einen starken Ruck nach links. Die Deutschnationalen verlieren ein Drittel ihrer Mandate. Die Sozialdemokratie wird mit 155 Sitzen wieder die weitaus stärkste Gruppe. Die Nationalsozialisten treten mit 12 Mandaten auf, darunter Göring und Goebbels. Letzteren schützte die damit verbundene Immunität vor den damals geplanten Zugriffen der Polizei. Reichskanzler wird am 29. Juni wieder Hermann Müller (erste Amtsperiode 27. März bis 8. Juni 1920), der die Große Koalition von 1923 erneuert. Von der Volkspartei bleiben Stresemann und Curtius in ihren Ämtern.

Ende d. M. Politische Kämpfe in Berlin.

Bei einem Propagandamarsch der NSDAP. wird das an der Spitze fahrende Auto Goebbels' mit Steinen beworfen, der Chauffeur durch einen Schuß schwer verwundet. Es entsteht eine Straßenschlacht. Goebbels wird vorübergehend verhaftet. Kurze Zeit darauf wurde er sogar wegen Hochverrats (!) angeklagt. Man fordert Aufhebung seiner Immunität.

Juni 1928

9. 6. Das aus öffentlichen Sammlungen und Reichsspenden erbaute Luftschiff „Graf Zeppelin“ wird dem Verkehr übergeben.

Ende d. M. Abschluß der großen französischen Heeresreform.

Das stehende Heer Frankreichs soll fortan im Frieden aus 655 000 Mann bestehen, ausgerüstet mit 1200 schweren Geschützen, 5500 Tanks und über 3000 Flugzeugen. Die Kriegsschiffe faßten damals 558 000 t. Um die gleiche Zeit hatten auch Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Jugoslawien, die Verbündeten Frankreichs, ihre Heeresreform durchgeführt. Demgegenüber hatte Deutschland nur 100 000 Mann, weder schwere Geschütze noch Tanks noch Flugzeuge. Kriegsschiffe 49 000 t.

Juli 1928

19. 7. Staatstreich des Königs Fuad in Ägypten (vgl. Bild 158).

August 1928

4. 8. Ausgleich im Polnisch-Danziger Streit: Die Westernplatte bleibt Danziger Eigentum; aber polnische Kriegsschiffe dürfen den Hafen anlaufen. Die polnischen Eisenbahntarife werden auch im Gebiet der Freien Stadt Danzig eingeführt (vgl. Mai 1925).

15. 8. Die „Europa“ des Norddeutschen Lloyd wird dem Verkehr übergeben.

16. 8. Hindenburg vollzieht die Taufe des Lloydampfers „Bremen“ in der Weserwerft (vgl. Bild 128).

27. 8. Feierliche Unterzeichnung des Kelloggpaktes in Paris durch 15 Regierungen, darunter Deutschland, Frankreich, Amerika, England, Japan und am 31. August auch durch Rußland.

Im April 1927 hatte Briand angesichts der noch nicht abgeschlossenen Schuldenverhandlungen mit Amerika eine Friedensbotschaft an das amerikanische Volk gerichtet, die darin anklang, zwischen den beiden Staaten durch einen Vertrag einen „ewigen Frieden“ zustande zu bringen. Dort aber war man bisher nicht sonderlich darauf eingegangen. Nun aber werden die Verhältnisse in Europa allmählich auch für Amerika unbequem. Dieses beginnt für seine in Übersee investierten Kapitalien zu fürchten. Am 5. Januar 1928 läßt Staatssekretär Kellogg die französische Regierung ein, einen *Kriegsverzichtspakt* zu beraten, an dem alle Großmächte beteiligt sein sollen. Am 15. April wird ein Entwurf in Berlin, London, Rom und Tokio überreicht. Als erster Staat stimmt am 27. April Deutschland vorbehaltlos zu. England und Frankreich aber er-



Januar

121 Ostasien erwacht! Der Führer der freiwilligen Jugendarmee, der zum bewaffneten Aufstand und Eintritt in die chinesische Armee auffordert. Nachdem am 14. Dezember 1927 die diplomatischen Beziehungen zwischen China und Rußland abgebrochen waren, versuchte Japan zu Beginn des Jahres 1928, an strategisch wichtigen Punkten Chinas festen Fuß zu fassen. In dieser Zeit höchster Not wuchs das nationale Selbstbewußtsein des chinesischen Volkes.



Februar

122 Aman Ullah in Deutschland. Der König bei seiner Ankunft in Berlin im Februar 1928 mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg. Auch in Asien ging eine Reihe bedeutsamer politischer Veränderungen vor sich. So hatte Afghanistan im Februar 1919 unter Aman Ullah seine Unabhängigkeit erklärt. Tief eingreifende Reformen und eine längere Abwesenheit des Königs aber führten Ende 1928 zum Aufstand. Aman Ullah mußte am 11. Januar 1929 abdanken.



März

123 Ras Tafari, Kaiser von Abessinien. Der neuernannte abessinische Herrscher mit seiner Familie im März 1928. Das seit zwei Jahrtausenden bestehende afrikanische Kaiserreich Abessinien war ein wichtiges Austauschland für Europa geworden. Seit 1916 regierte hier die Kaiserin Negiste Zauditu. Am 18. März 1928 wurde Ras Tafari, ihr Neffe, mit der kaiserlichen Regierungsgewalt belehnt und nach ihrem Tode (7. Mai 1930) unter feierlichem Prunk zum Kaiser gekrönt.



April

124 Erster deutscher Ozeanflug. Das Wiedereintreffen der kühnen Flieger in Deutschland. Am 12. und 13. April 1928 gelang es dem Hauptmann Kühl, Freiherrn von Hünefeld und dem irischen Major Fitzmaurice, den Atlantischen Ozean von Ost nach West zu überfliegen. Nicht nur sportliche Gründe waren hierfür maßgebend, sondern vor allem das Studium der Luft- und Landungsverhältnisse für eine regelmäßige Flugzeugverbindung Deutschland-Amerika.



Mai

125 Raketenauto rast über die Avus. Am 25. Mai 1928 wird die Neuerung erstmalig der Öffentlichkeit vorgeführt. Die deutschen Techniker erannen für die Beschleunigung der Verkehrsmittel immer neue Antriebsmöglichkeiten. Durch Versuche mit unbemannten Raketenflugzeugen, die für Stratosphärenflüge Verwendung finden sollten, kam man auf die Idee, auch Autos mit Raketenantrieb fahren zu lassen.



Juni

126 Die Eisenbahnkatastrophe Siegelndorf. Die Trümmer ineinandergeschobener Wagen. Am 10. Juni 1928 ereignete sich einer der schlimmsten Eisenbahnunglücksfälle, von denen die Deutsche Reichsbahn je betroffen wurde. Bei der kleinen Station Siegelndorf entgleiste der D-Zug München-Frankfurt/M. mit 80 km Geschwindigkeit, wobei ein Teil der Wagen an einer Böschung abstürzte (24 Tote).

heben Einwendungen; vor allem letzteres weist darauf hin, daß es durch den Locarnovertrag und die Völkerbundsatzungen gebunden sei. Aus diesen würden sich gewisse Verpflichtungen ergeben, die mit einer generellen Ächtung des Krieges nicht vereinbart werden könnten. Man müsse einen Unterschied zwischen Krieg und Krieg machen.

Endlich kommt es zu einer Einigung. Der Pakt enthält nunmehr eine Ächtung des Krieges als politisches Instrument und die Verpflichtung der beitretenden Staaten, Streitigkeiten unter sich nur auf friedlichem Wege zu regeln. Dem steht allerdings der auslegungsfähige Begriff des Defensivkrieges als Selbstverteidigung gegenüber. Nach langen Verhandlungen erklärt sich ferner Kellogg bereit, seinem Paktentwurf einen Zusatz zu geben: „Jede Macht, die in Zukunft danach strebt, ihre nationalen Interessen dadurch zu fördern, daß sie zum Kriege schreitet, soll der Vorzille verlustig gehen, die dieser Vertrag bietet.“ Dieser Zusatz aber macht im Grunde den ganzen Pakt illusorisch: er gilt nur für den Frieden. Gefällt es einer Macht, Krieg zu führen, so erlischt der Pakt automatisch. Dennoch läßt Frankreich durch eine Juristenkonferenz ausdrücklich feststellen, daß „nichts in diesem Vertrage irgendwie das Recht der Selbstverteidigung beeinträchtigt und daß jedes Volk zu entscheiden habe, ob die Umstände es nötigen, zu seiner eigenen Verteidigung zum Kriege zu schreiten“.

31. 8. Abschluß des 4. Jahres des Dawesplanes.

Der Reparationsagent stellt fest, daß auch in diesem Jahre alle Zahlungen pünktlich und im ganzen Umfange geleistet worden sind. Mit diesen 1750 Millionen Goldmark in bar und Sachwerten sind auf Grund des Dawesplanes bisher 5470 Millionen Goldmark abgeführt worden. Aufgebracht wurden diese Summen ausschließlich durch Aufnahme ausländischer Anleihen. Die Erfüllung seiner Zwangsverpflichtungen hat Deutschland durch eine ungeheure Vermehrung seiner internationalen Verschuldung erkaufte. Das jetzt beginnende 5. Dawesjahr ist das erste „Normaljahr“ mit einer Gesamtfälligkeit von 2500 Millionen Goldmark. Davon sollen 1250 Millionen aus dem Reichshaushalt herausgewirtschaftet werden. Wie diese Summe aufgebracht werden soll, ist jedem in Deutschland unverständlich. Die Staatskassen sind leer, seitdem die Kreditpolitik eingedämmt wurde. Die Arbeitslosigkeit steigt. Das Reich hat bereits begonnen, sich von Ultimo zu Ultimo durchzuborgen.

September 1928

1. 9. Achmed Zogu wird König von Albanien.

1914 war Prinz Wilhelm zu Wied als Fürst Wilhelm I. nach Albanien gerufen, mußte aber bald nach Ausbruch

des Weltkrieges das Land wieder verlassen. Während des Krieges war Albanien teils durch Österreich, teils durch die Entente besetzt und wurde nach der „Pariser Grenzziehung von 1921“ am 21. Januar 1925 Republik. Erster Präsident von Albanien wurde am 1. Februar 1925 Achmed Zogu (vgl. 22. 11. 1927).

8. 9. Graf Brockdorff-Rantzau stirbt in Berlin.

Er war am 29. Mai 1869 in Schleswig geboren, wurde 1909 Generalkonsul in Budapest, 1912 Gesandter in Kopenhagen, Ende 1918 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, dann Reichminister des Auswärtigen. Er führte die nach Versailles entsandte Friedensabordnung (s. 7. 5. 1919) und beantragte am 20. Juni 1919 die Ablehnung des Diktates (vgl. auch 16. 4. 1922).

Mitte d. M. Septembertagung des Völkerbundes.

Statt des erkrankten Außenministers Stresemann erscheint Reichskanzler Müller mit dem festen Entschluß, die nun schon 5 Jahre verschleppte Frage der Rheinlandräumung endlich zum Abschluß zu bringen. Kurz vorher hat er erklärt: „Das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Parteirichtung ist sich in dem Wunsche einig, daß die fremden Truppen am Rhein endlich zurückgezogen werden. Das in der Vergangenheit Geleistete, das für die Zukunft Gewollte gibt uns ein Recht zu dieser Forderung.“ Aber Briand verweist auf Thoisy (vgl. 17. 9. 1926), wo Stresemann selber den Grundsatz anerkannt habe, daß Deutschland für eine frühere Räumung eine besondere Gegenleistung machen müsse. Vergebens bezieht sich Müller auf eine Erklärung der Alliierten vom Juni 1919, daß eine frühere Räumung eintreten solle, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nachgekommen sei. Er müsse den deutschen Anspruch auf Räumung ohne besondere Gegenleistung voll aufrechterhalten. Von Briand ist jedoch eine feste Zusage in dieser Angelegenheit nicht zu erreichen.

Ebenso wenig macht die Abrüstungsfrage Fortschritte. Auch hierin versucht der deutsche Reichskanzler einen Vorstoß: „Seit nahezu 3 Jahren tagt immer wieder die vorbereitende Abrüstungskommission. Es ist aber nicht gelungen, die ihr überwiesenen Aufgaben ernsthaft in Angriff zu nehmen, geschweige denn zu erledigen. Die Entwaffnung Deutschlands darf nicht länger dastehen als der einseitige Akt der Sieger des Weltkrieges. Endlich muß es zur Erfüllung des vertraglichen Versprechens kommen, daß der deutschen Entwaffnung die allgemeine folgen soll. Friedensbürgschaften gibt es nun genug. Es ist schließlich nicht verwunderlich, wenn bei solcher Lage der Dinge der Mann aus dem Volke dazu kommt, ein doppeltes Gesicht der internationalen Politik festzustellen.“

16. 9. Beschluß der Vollversammlung in Genf.

Es sind baldigst 2 Ausschüsse einzusetzen, welche die Verhandlungen sowohl über die Rheinlandräumung wie über

die endgültige Regelung der Reparationen führen sollen. Die Ausschüsse sollen unabhängig sein und den beteiligten Regierungen ihren Bericht vorlegen. Hieraus entsteht ein heftiger diplomatischer Kampf, wer als Sachverständiger einzusetzen sei. 3 Ministerreden zeigen die Gegensätze auf. Poincaré: „Wenn keine neue Lösung zustande kommt, die Frankreich befriedigt, so werden wir uns strikt an den Dawesplan halten. Wir werden auf keine unserer Garantien verzichten, wenn man uns nicht in allen Punkten Gewißheit verschafft.“

Chamberlain: „Deutschland besitzt keinen Rechtsanspruch auf eine frühere Räumung des Rheinlandes. Ein solcher muß vielmehr auf dem Wege von Zugeständnissen erst erworben werden.“

Stresemann: „Deutschland wird unbeirrt dabei verharren, daß es einen Anspruch auf alsbaldige Räumung des besetzten Gebietes hat und daß dieser Anspruch weder von der Lösung anderer Probleme noch von sonstigen Bedingungen irgendwelcher Art abhängig ist.“

28. 9. Aufhebung des Redeverbotes für Adolf Hitler auch in Preußen (vgl. 5. 5. 1927).

Oktober 1928

20. 10. Hugenberg wird Vorsitzender der Deutschnationalen Partei. Er fällt diese durch das Übergewicht seiner finanziellen Mittel in schärfster Form gegen die Reichsregierung zusammen.

November 1928

1. 11. In der Türkei wird die lateinische Schrift als Amtsschrift eingeführt.

7. 11. Hoover wird zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt.

Dezember 1928

22. 12. Scheinbare Fortschritte in der Räumungs- und Reparationsfrage. Nach Verhandlungen von über 5 Monaten kommt endlich eine Einigung über die Frage des Sachverständigenausschusses für die endgültige Regelung der Reparationen (vgl. 16. 9.) zustande. Dieser wird für den 9. Februar 1929 nach Paris einberufen. Während die deutsche Regierung im Hinblick auf den erschreckenden Zustand ihrer Finanzen auf größte Beschleunigung dringt, stellt der Reparationsagent Parker Gilbert in seinem Jahresbericht fest, daß kein Grund zu irgendwelchen Besorgnissen vorliege: die Daweslasten seien bisher ohne Schwierigkeiten aufgebracht worden.

31. 12. Die Gesamtzahl der Mitglieder der NSDAP. betrug am Jahresende 108 000.



Juli

127 Nobiles verunglückter Arktisflug. General Nobile mit drei der geretteten Expeditionsteilnehmer im Juli 1928. Mai/Juni 1928 wollte General Nobile mit dem Luftschiff „Italia“ eine große Arktisfahrt durchführen. Nach Überquerung des Nordpols mußte jedoch das Luftschiff nach 57 stündiger Fahrt notlanden und wurde dabei durch eine unerklärliche Katastrophe vernichtet. Bei der Suche nach den Verunglückten verlor auch Anwandts sein Leben.



August

128 Aufbau der deutschen Handelsflotte. Stapellauf des Schiffes „Bremen“ (46 000 t) am 16. August 1928. Um eine Verlängerung des Waffenstillstandes zu erreichen, hatte Deutschland außer der Kriegsmarine am 11. Dezember 1918 noch fast seine ganze Handelsflotte abliefern müssen. Der Neuaufbau ergab eine wirtschaftliche Höchstleistung. Mit den deutschen Riesenschiffen „Bremen“ und „Europa“ wurde die Konkurrenz auf dem Ozean erfolgreich wieder aufgenommen.



September

129 „Graf Zeppellins“ erste Fernfahrt. Die Bedienungsmannschaft an der großen Führergondel kurz vor dem ersten Aufstieg im September 1928. Mit seinem Start zur Fernfahrt am 16. September 1928 erzielte das neue Luftschiff endgültig seine Leistungsfähigkeit. So konnte Eckener im August 1929 seine berühmte Weltfahrt in 4 Etappen antreten, wobei das Schiff 33 632 Kilometer in einer reinen Fahrzeit von 272 Stunden und 27 Minuten zurücklegte (s. auch Bild 118).



Oktober

130 Erster Konflikt China-Japan. Chinesisches Maschinengewehr in Stellung. 1914 war Japan in das deutsche Pachtgebiet Kiautschau eingedrungen und hatte auch andere Teile der chinesischen Provinz Scharung besetzt, diese aber 1921 wieder geräumt. Am 19. April 1928 ließ Japan wiederum Truppen in Schantung landen, wobei es zu heftigen Kämpfen mit den Chinesen kam. Auf Einspruch Chinas beim Völkerbund zog Japan am 24. Oktober 1928 seine Truppen wieder zurück.



November

131 Admiral Scheer gestorben. Der letzte deutsche Flottenchef während seiner Gedenkfeier für die Gefallenen der Marine, drei Monate vor seinem Tode. Untrennbar verknüpft mit der Geschichte der deutschen Flotte während des Krieges ist der Name des ruhmreichen Admirals Scheer, den es am 31. Mai und 1. Juni 1916 in der Schlacht bei Skagerrak gelang, die weitüberlegene englische Flotte zum Rückzug zu zwingen. Am 26. November 1928 starb der große Seeheld.



Dezember

132 Hoover wird USA.-Präsident. Im Dezember 1928 unternahm er mit seinen beiden Söhnen eine Reise, die ihn durch ganz USA. führte. Während in Deutschland schon die ersten Zeichen der ungenügenden Weltwirtschaftsverhältnisse sichtbar wurden, stand USA. noch im Zeichen einer künstlich hervorgerufenen Wirtschaftsankurbelung. Am 7. 11. 28 wurde Hoover zum Präsidenten erhoben; unter ihm setzt am 28. 10. 29 der große Zusammenbruch der amerikanischen Wirtschaft ein.

Januar 1929

5. 1. Staatsstreich und Diktatur König Alexanders in Südslawien.

Am 1. Dezember 1918 war durch Vereinigung der früheren Länder Serbien, Bosnien, Kroatien und Montenegro das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ entstanden, dessen Thron Peter I. von Serbien einnahm. Nach seinem Tode war ihm im August 1921 sein zweiter Sohn Alexander I. gefolgt, der sich bereits im Weltkrieg besonders ausgezeichnet hatte. Das neue Reich hatte mit außerordentlichen inneren Schwierigkeiten zu kämpfen, die im Parlament zur Ermordung von Abgeordneten führten. Es wollte zunächst durchaus nicht gelingen, die vereinigten Volkstämme zusammenzuschweißen. Daher entschloß sich König Alexander am 5. Januar 1929 zu einem Staatsstreich. Er hob Verfassung und Parlament auf, ernannte eine Militärdiktatur und änderte den bisherigen Namen des Staates in „Königreich Jugoslawien“ um. Nachdem das Land unter Beseitigung der alten historischen Grenzen in Verwaltungsbezirke aufgeteilt war, erhielt Jugoslawien am 3. September 1931 eine neue Verfassung. Gleichzeitig wurde der Getreidehandel zum Staatsmonopol erklärt.

31. 1. Trotzki wird aus Rußland verbannt.

Februar 1929

9. 2. Zwischen Rumänien, Polen, Rußland, Estland und Lettland wird ein Ostpakt unterzeichnet.

Beginn der Pariser Sachverständigenkonferenz unter Owen Young (vgl. 22. Dezember 1928), dem ehemaligen 2. Vorsitzenden der Daweskonferenz. Deutschland ist durch den Präsidenten der Reichsbank, Dr. Hjalmar Schacht, und den Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke, Dr. Vögler, vertreten. Die Konferenz beschließt, zunächst keinerlei Mitteilung an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Am 9. März verkündet sie, daß eine internationale Bank gegründet werden soll, die als Treuhänder der deutschen Zahlungen zu gelten hat und deren Kapital von 100 Millionen die interessierten Regierungen aufbringen sollen.

Über die Höhe der deutschen Zahlungen entsteht ein heftiger Streit. Die Franzosen bestehen auf voller Zahlung (er durch das Londoner Ultimatum (1921)) festgesetzten Summe von insgesamt 152 Milliarden Goldmark. Die Italiener fordern von ihren früheren Verbündeten eine Erhöhung ihres prozentualen Anteiles an den deutschen Reparationen. Die Engländer wünschen ein Ende der Sachlieferungen, weil sonst ihre Industrie keine Arbeit fände. Deutschland hingegen weist darauf hin, daß es nur 3 praktische Möglichkeiten gäbe: Entweder man setzt die Summe stark herab, oder man gestattet Zahlung fast ausschließlich in Sachlieferungen, oder man ermöglicht eine solche Steigerung der deutschen Ausfuhr, daß aus dem Überschuß die Reparationen beglichen werden können.

Inzwischen addieren die Alliierten ihre Forderungen, wobei sich herausstellt, daß die neu geforderte Jahresrate erheblich höher ist als die Normalrate des Dawesplanes.

Nach weiteren einwöchigen Verhandlungen wird diese Summe auf 2500 Millionen Goldmark jährlich herabgedrückt, bleibt also nur um 200 Millionen hinter der Normaljahresrate des Dawesplanes zurück. Auf diese Ziffern legen sich die Alliierten hartnäckig fest (vergleiche 17. 4. 1929).

11. 2. Unterzeichnung der Lateranverträge in Rom (s. auch Bild 154) zwischen Mussolini und der Kurie.

27. 2. Die Türkei tritt dem Ostpakt vom 9. Febr. 1929 bei. Die Engländer beginnen in Scapa Flow mit der Hebung der deutschen Kriegsflotte.

März 1929

20. 3. Marschall Foch gestorben.

Er gilt als der bedeutendste Heerführer des Weltkrieges auf seiten der Entente. Nach Poincaré war er der hartnäckigste Verfechter einer dauernden Rheinlandbesetzung. Immer wieder versuchte er, für Frankreich die Rheingrenze zu gewinnen. Zu diesem Zweck unternahm er 1921 eine Amerikareise, erreichte jedoch sein Ziel nicht.

April 1929

17. 4. Deutscher Gegenorschlag in der Pariser Sachverständigenkonferenz.

Grundlage des neuen Zahlungsplanes sei die effektive Leistungsfähigkeit Deutschlands. Schon der Dawesplan habe anerkannt, daß Tributzahlungen nur aus dem wirtschaftlichen Überschuß der Arbeitsleistung des deutschen Volkes entrichtet werden können, nicht aus dem fortgesetzten Verkauf der Substanz oder aus Anleihen aus dem Ausland. Gleichwohl seien die bisherigen Zahlungen nur auf solche Weise aufgebracht worden. Wenn man die deutsche Zahlungsfähigkeit heben wolle, müsse man endlich wieder gesunde wirtschaftliche Verhältnisse schaffen: Fortfall der ausländischen Kontrollen — Möglichkeiten, Rohstoffe aus eigenen überseeischen Quellen zu beziehen — Wegfall der Zollschränken usw. Unter diesen Voraussetzungen sei Deutschland bereit, 17 Jahresraten von 1650 Goldmarkmillionen zu zahlen, davon 450 Millionen jährlich unbedingt. Weitere 600 Millionen sollen unter Transferschutz stehen. Der Rest von 600 Millionen soll nur bei günstiger Wirtschaftslage aufgebracht werden. Teilweise sollten diese Zahlungen in Sachlieferungen erfolgen.

Diese Gegenanschläge setzten den Ausschuß in schwerste Bestürzung. Der Engländer Bevelstoke erliegt in der Erregung einem Schlaganfall. Die Konferenz wird vertagt.

Finanznöte der deutschen Regierung.

Der Fehlbetrag im Haushalt des Reiches wird immer größer. — Die Unterstützung der Arbeitslosen verschlingt Summen, die niemand voraussehen konnte. Die Großbetriebe sind aufs äußerste mit Steuern belastet; sie halten sich nur noch durch Kredite aufrecht. Noch schlimmer geht es dem Kleinunternehmer, der solche nicht erhalten kann. Von ihm besonders gilt das geflügelte Wort: „Wir sind nicht reich genug, um arbeiten zu können!“ Der Reichsbankdiskont wird von 6 $\frac{1}{2}$ auf 7 $\frac{1}{2}$ % heraufgesetzt. Die soziale Gärung steigt. Man spricht von „Steuerbolche-

wissus“. In den Ostprovinzen droht ein agrarischer Zusammenbruch. Die Wohlfahrtsstellen sind der rapiden Vermehrung des Elends nicht mehr gewachsen. Inzwischen werden aus den verschiedensten Ländern Großangriffe auf die Reichsmark gemeldet, deren Kurs ins Schwanken gerät. Eine neue Kapitalflucht aus Deutschland setzt ein. England und vor allem Amerika beginnen jetzt ernstlich für ihre investierten Kapitalien zu fürchten. Ihre Börsen stoßen daher nunmehr gegen den Störenfried, den französischen Franken, vor. Frankreich lenkt ein.

28. 4. Diktatorischer Vorschlag Youngs in Paris: Deutschland soll insgesamt 59 Jahre hindurch tributpflichtig sein — also bis zum Jahre 1988.

(Höhe und Art der Zahlungen vgl. 5. 1. 1950.)

Die deutschen Sachverständigen Dr. Schacht und Dr. Vögler verweigern die bedingungslose Annahme; das deutsche Volk aber und seine Presse stehen nicht geschlossen hinter ihnen. Beide werden dauernd aus dem eigenen Lager aufs heftigste angegriffen. Der Grund hierfür liegt darin, daß die Reichsregierung dringend Geld braucht und es durch eine nachgiebige Haltung gegenüber der amerikanischen Hochfinanz zu erlangen hofft. Dr. Vögler tritt zurück. Reichsbankpräsident Dr. Schacht entschließt sich zum Ausarren. Gewaltiges steht auf dem Spiel: Im besonderen ist die Frage der früheren Räumung des Rheinlandes von dem Zustandekommen des Planes abhängig. Auch will man endlich die Endziffern der Rechnung von Versailles in Händen haben.

Mai 1929

1. 5. Maifeier.

In Berlin kommt es zu blutigen Krawallen, die von der Polizei mit Panzerwagen und Maschinengewehren niedergekämpft werden müssen. 17 Männer und 5 Frauen finden dabei den Tod.

12. 5. Die Landtagswahlen in Sachsen, Mecklenburg-Schwerin und Koburg bringen den Nationalsozialisten einen großen Zuwachs.

26. 5. Rußland verkündet den ersten Fünfjahresplan.

Es ist der erste Versuch einer planmäßigen Industrialisierung des Sowjetreiches. Dem selbständigen Bauerntum wird schärfster Kampf angesagt; man errichtet in der Landwirtschaft Kollektivbetriebe, die mit industriellen Methoden arbeiten sollen. Jedem Distrikt wird aufgegeben, eine bestimmte Menge an Lebensmitteln usw. abzugeben. Ähnliche Bestimmungen finden auf die Fertig- und Halbfertigfabrikate der verschiedenen Industrien Anwendung.

29. 5. Die Sachverständigen auf der Pariser Konferenz „einigen“ sich auf das Diktat Youngs (vgl. 28. 4. 1929).

Auch Dr. Schacht sah sich schließlich gezwungen, seine Zustimmung zu geben. Der Plan muß jetzt von den Regierungen angenommen und von den Parlamenten ratifiziert werden. Er wird am 7. Juni der Öffentlichkeit übergeben. Für den 6. August 1929 wird eine große Konferenz der Regierungen nach dem Haag einberufen.



Januar

133 Der Krieg in der grünen Hölle. Bolivianische Kavallerie beim Vormarsch im Chaco-Gebiet im Januar 1929. Seit jeher bildete das Gebiet des Gran Chaco infolge seiner reichen Bodenschätze ein Streitobjekt zwischen den südamerikanischen Staaten Bolivien und Paraguay. Die Konflikte und blutigen Zusammenstöße nahmen im Laufe der Zeit immer mehr zu und führten schließlich am 6. Dezember 1928 zu offenem Kriegsausbruch.



Februar

134 Römisches Konkordat. Die Unterzeichnung des Vertrages durch Mussolini und den Kardinal Gaspari. Am 11. Februar 1929 wurden auf Betreiben Mussolinis die Verträge zwischen dem italienischen Staat und dem Vatikan abgeschlossen. Italien erkaufte die weltliche Oberherrschaft des Papstes über die Vatikanstadt und dieser das Königreich Italien an. Ferner wurde die Anerkennung der kirchlichen Trauung und des katholischen Religionspflichtunterrichtes vereinbart.



März

135 Foch am 20. März 1929 gestorben. Der Marschall von Frankreich mit seinen Begleitern. General Foch führte in der Marneschlacht 1914 die 9. französische Armee und kommandierte 1916 die französischen Heereskräfte in der Sommeoffensive der Alliierten. 1918 wurde er im April Oberbefehlshaber aller auf französischem Boden kämpfenden Heere. Er schloß, als einer der unversöhnlichsten Feinde Deutschlands, den Waffenstillstand (siehe Bild 5).



April

136 Brand der „Europa“. Das brennende Schiff im Hafen von Hamburg. Einen Tag vor dem Stapellauf der „Bremen“ (siehe August 1928) war auch das gleich große Schwesterschiff „Europa“ in Hamburg vom Stapel gelaufen. Kurz vor seiner Fertigstellung brach jedoch am 6. April 1929 auf diesem Ozeanriesen ein Feuer aus, das die gesamte Inneneinrichtung des stolzen Schiffes zerstörte. 4 Tage wütete das rasende Element.



Mai

137 Blutige Mafeserie in Berlin. Durchsuchung von Straßenpassanten nach Waffen in Neukölln. Wegen des von der Polizei erlassenen Demonstrationsverbotes organisierten linksradikale Elemente in Berlin am 1. Mai einen bewaffneten Aufstand, der erst nach 4 Tagen niedergeschlagen werden konnte. 22 Menschen büßten dabei ihr Leben ein. Im Anschluß an diese blutigen Unruhen wurde am 6. Mai der Rote Frontkämpferbund aufgelöst.



Juni

138 Der ägyptische König in Berlin am 6. Juni 1929 in Begleitung des Reichspräsidenten. Das früher unter englischer Schutzherrschaft stehende Ägypten wurde am 13. März 1922 für unabhängig erklärt; Sultan Fuad nahm den Titel eines Königs an. Seit Juni 1930 ist er durch einen Staatsstreich Diktator. Von seiten der ägyptischen Unabhängigkeitspartei wurden Bestrebungen mit dem Endziel fortgesetzt, die völlige Unabhängigkeit von England zu erzwingen.

In Deutschland ruft der Spruch leidenschaftliche Erregung hervor: Die Rechtsparteien greifen die Umwandlung der erzwungenen politischen Schuld in eine unabwägbare und freiwillig anerkannte Handelschuld aufs heftigste an. Eine Revisionsmöglichkeit hiergegen sei nicht mehr vorgesehen. Die Verbindung zwischen den deutschen Tributen und den alliierten Schulden an Amerika gehe weit über das Versailler Diktat hinaus. Über die Kosten der Rheinlandbesetzung vom Tage der Annahme des Youngplanes bis zum Aufhören der Besetzung sei nichts bestimmt. Demgegenüber ist die Regierung in ihren Entschlüssen nicht mehr frei: Nach außen hin hat sie die baldige Befreiung des Rheinlandes zum Schlüsselpunkt ihrer ganzen Politik gemacht. Im Inneren stehen und fallen die Reichsfinanzen mit einer Gewährung sofortiger Erleichterungen. Die Staatskassen sind völlig leer. Die Linksparteien wissen sehr wohl, was das bedeutet. Sie stimmen ebenso energisch für Annahme des Planes. Selbst der damals schon todkranke Stresemann greift leidenschaftlich in die Debatte ein: „Sollten wir so lange warten, bis die Unmöglichkeit, den noch strengeren Dawesplan weiter zu erfüllen, uns in eine schwere Krise gebracht hätte? Wir stehen vor dem Zusammenbruch des gesamten Mittelstandes. Groß — der Plan soll unabänderlich sein. Niemand aber kann die Zukunft voraussehen. Es wird der Zeitpunkt kommen, an dem auch der Youngplan sich einer Revision unterziehen lassen muß — vielleicht schon innerhalb der nächsten 10 Jahre.“ Sofort greift Poincaré dies auf: „Was den Youngplan anbetrifft, so nimmt Frankreich ihn nur daran an, weil er unabänderlich und endgültig ist und weil keinerlei Drohungen mit Revisionen ihn belasten.“ Schließlich muß Stresemann seine letzte Äußerung dementieren. Briand aber weist darauf hin, daß die Rheinlandbesetzung nicht nur ein Pfand für die Reparationen, sondern auch ein Pfand für die Sicherheit Frankreichs darstelle: „Deutschland soll uns Garantien geben, dann sind wir zur Räumung bereit.“

Juni 1929

5. 6. Neue Hoffnungen für Deutschland: Infolge des neuen Sieges der Arbeiterpartei bei den englischen Unterhauswahlen bildet MacDonal ein neues Kabinett. Etwa zur gleichen Zeit erkrankt Poincaré. Briand wird Ministerpräsident. Es ist eine ähnliche Lage wie 1924, wo sich ebenfalls deutsche Erwartungen an den ersten Rücktritt Poincarés (vgl. 11. 5. 1924) und die erste Ernennung MacDonalds zum englischen Ministerpräsidenten (vgl. 22. 1. 1924) knüpften.

August 1929

1.-4./8. Vierter großer Reichsparteitag der NSDAP. in Nürnberg. 150 000 Teilnehmer. Zum erstenmal tritt neben der SA. und der SS. die Hitler-Jugend an.
6. 8. (bis 31. 8.). *Erste Haager Youngkonferenz.* Deutschland ist durch 4 Reichsminister: Stresemann, Wirth, Curtius und Finanzminister Hilferding, vertreten. England kommt bei den Beratungen in scharfer Opposition zu Frank-

reich. Es erklärt, unbeschadet des noch immer ungeklärten Ergebnisses der Konferenz, auf jeden Fall im September seine Truppen vom Rhein zurückzuziehen. Die Franzosen hingegen wollen keinerlei Zugeständnisse in der Räumungsfrage machen, bevor nicht die Zahlungsfrage entschieden ist. Niemand will auch nur im geringsten etwas opfern — weder die großen noch die kleinen Nationen. Schließlich einigt man sich auch diesmal auf dem Rücken Deutschlands. Dieses sieht sich gezwungen, Schritt für Schritt nachzugeben und zuletzt in eine wesentliche Verschlechterung gegenüber der ersten Fassung vom 28. April 1929 einzuwilligen. Um diesen Preis endlich werden am 30. August die Vereinbarungen über die *Räumung des Rheinlandes (bis 30. Juni 1930)* unterzeichnet. Eine zweite Konferenz soll die „Endlösung“ der finanziellen Beschlüsse in Gang setzen (vgl. 5. 1. 1930).

15. 8. Kampf um die Ratifizierung des Youngplanes. Die Konferenz im Haag ist zu einer deutschen Niederlage geworden, die selbst die schlimmsten Befürchtungen übertrifft. Die nationale Empörung hierüber bricht sich gewaltig Bahn und löst auf der Gegenseite ebenso starke Erbitterung aus. Die Rechte erläßt einen Aufruf für ein „Volksbegehren“ gegen den Youngplan. Die preußische Regierung verbietet ihren Beamten die Teilnahme hieran und setzt sich damit schweren Konflikten mit dem Staatsgerichtshof aus.

Oktober 1929

2. 10. Mit letzter Kraft versucht Stresemann sein Werk zu verteidigen. In einer Fraktionsitzung seiner Partei am 2. Oktober erreicht er noch einmal durch leidenschaftliche Beschwörungen den Fortbestand des Kabinetts mit dem Ziel, das Rheinland endlich frei zu machen. Körperlich und seelisch vollkommen erschöpft, kehrt er abends nach Hause zurück und verliert das Bewußtsein. Am 5. Oktober erlöst ihn der Tod. — Reichsaußenminister wird Curtius. Am gleichen Tag nahm England seine Beziehungen zu Rußland wieder auf (vgl. 27. 5. 1927).

8. 10. Im Zusammenhang mit den Kämpfen um den Youngplan wird im Rheinland und in Westfalen der Stahlhelm verboten.

10. 10. Annahme des „Streichholz-Verkaufsmonopols“ durch den Reichstag mit 240 gegen 145 Stimmen (vgl. Bild 142).

Beginn der Weltwirtschaftskrise

28. 10. Unerwarteter großer Börsenkrach in New York. Die „Prosperity“ der USA., das Vorbild der ganzen Welt, erleidet damit ihren ersten gewaltigen Stoß. Millionen werden über Nacht zu Bettlern. Deutschland verliert damit das letzte große Exportland. Überall schrumpfen die internationalen Handelsbeziehungen.

November 1929

21. 11. Die Franzosen beginnen die II. (Koblenzer) Zone auf Grund der Vereinbarungen vom 30. August 1929 zu räumen.

30. 11. Die Räumung der II. Rheinlandzone ist durchgeführt. Auf dem Ehrenbreitstein geht die Trikolore herunter. Nach dem Versailler Vertrag hätten die Alliierten die Räumung bis Januar 1930 durchführen müssen.

Dezember 1929

22. 12. Der Volksentscheid gegen den Youngplan scheitert. Ende Oktober hatten die Eintragungen zum „Volksbegehren“ stattgefunden; es wurde mit 8000 Stimmen mehr, als von der Verfassung gefordert, bejaht. Damit mußte es an den Reichstag gehen. Hier wurde es Ende November vorgelegt, wo das Gesetz nach erregten Auseinandersetzungen abgelehnt wurde — nicht zuletzt durch das uneinheitliche Verhalten der Deutschnationalen Partei. Damit gelangte es zum „Volksentscheid“. Wenn 20 Millionen Stimmberechtigte für die Vorlage stimmten, so war der Youngplan hinfällig. Am 22. Dezember gaben aber nur 5,8 Millionen Stimmberechtigte ihr Votum ab, so daß der „Volksentscheid“ damit scheiterte.

23. 12. Rücktritt Hilferdings als Reichsfinanzminister. Das Reich hat Ende 1929 einen völlig ungedeckten Fehlbetrag von 480 Millionen; trotzdem verlangt Reichskanzler Müller vom Reichstag die Ermächtigung, wiederum eine Anleihe aufzunehmen. Von allen Seiten Einspruch hiergegen: Reichsbankpräsident Dr. Schacht erklärt sein Veto, ebenso der Reparationsagent, dessen Zustimmung hierzu nicht eingeholt worden war. Schließlich protestiert auch Frankreich, weil damit die im Youngplan vorgesehene Mobilisierung eines Teils der deutschen Schulden in Frage gestellt würde. Das Gebäude der Finanzpolitik Hilferdings bricht damit zusammen. Sein Nachfolger ist der bisherige Wirtschaftsminister Moldenhauer von der Volkspartei.

Deutschlands Lage Ende 1929.

Alles ist ausgeschöpft: Die Steuerkraft, das Kapital, die Anleihenmöglichkeiten. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf 5 250 000 gestiegen. Ein Winter voller Schrecken steht bevor: Zahllose Betriebe werden stillgelegt. Politisch ist das deutsche Volk noch nie so zerrissen gewesen wie in diesen Tagen. Von rechts und links regen sich überall die Kräfte des Umsturzes. So geben von der Verzweiflung der Bauern in Holstein 15 Bombenattentate Zeugnis, die vom 26. November 1929 bis 6. September 1930 aufgedeckt wurden. Sie richteten sich gegen führende Finanzbeamte, Regierungspräsidenten, Steuerämter, Bürgermeister usw.

Unter solchen Umständen geht man ohne jeden Rückhalt in die Zweite Haager Konferenz (vgl. 5. 1. 1930). Die Gesamtzahl der Mitglieder der NSDAP. belief sich Ende 1929 auf 178 000.



Juli

139 Großflugzeug „Do X“ über dem Bodensee bei einem seiner ersten Probeflüge im Juli 1929. Nach den Plänen des genialen Ingenieurs Karl Dornier, des langjährigen Mitarbeiters des Grafen Zeppelin, wurde 1929 das 12motorige Großflugzeug „Do X“ erbaut. Es ist 40 m lang, hat eine Spannweite von 48 m und vermag ca. 150 Passagiere zu befördern. 1930 trug es den Namen seines erfolgreichen Konstrukteurs in alle Welt.



August

140 Heinrich Zille gestorben. Der Künstler in seinem „Milljöh“. Am 12. August 1929 starb in Berlin der Maler des Volkes, Heinrich Zille. Er war 1818 in Radeburg i. Sa. geboren, früh nach Berlin gekommen und wurde hier einer der beliebtesten Zeichner und Illustratoren. Sein bekanntestes Werk ist „Mein Milljöh“, das in seinen oft von drastischem Humor getragenen Zeichnungen ein starkes Mitleidsgefühl für die Nöte des Hinterhauses und Hofes ausdrückt.



September

141 Reformen in der Türkei. Kemal Pascha bei der öffentlichen Einführung der lateinischen Schrift, die im September 1929 endgültige Amtsschrift wurde. Tatkraftig führte Kemal Pascha, der Diktator der Türkei, in seinem neuen Staat Reformen von weittragender Bedeutung durch (siehe auch Bild 95). Um die Bevölkerung zum rein türkischen Gedanken zurückzuführen, wurde jeder arabische und persische Einfluß in Wort und Schrift restlos unterdrückt.



Oktober

142 Ivar Kreuger, der „schwedische Zündholzkönig“, auf der Höhe seines Lebens. Dauernde Geldschwierigkeiten zwangen die deutsche Regierung, mit dem schwedischen Großindustriellen Ivar Kreuger am 10. Oktober 1929 gegen eine Anleihe von 500 Millionen Mark ein „Zündholzmonopol“ abzuschließen. Am 12. März 1932 erschloß sich Ivar Kreuger in Paris. Nach seinem Tode stellte es sich heraus, daß er einer der größten Schwindler aller Zeiten gewesen war.



November

143 Koblenz geräumt. Das Verlassen der Festung Ehrenbreitstein am 30. November 1929. Am 6. Juni 1929 war unter Vorsitz des Amerikaners Owen Young ein Abkommen geschlossen worden, das die endgültige Räumung des Rheinlandes vorsah: Die II. Zone mit Koblenz bis 10. November 1929, die III. Zone mit Mainz bis 10. Juni 1930. Dafür ging Deutschland überaus schwere finanzielle Verpflichtungen bis zum 31. März 1937 (!) ein.



Dezember

144 Die Leiden der Wolgadeutschen. Deutsche Wolgaflüchtlinge, die am 14. Dez. 1929 in Eydtkuhnen eintrafen und denen durch Spenden neue Siedlungsmöglichkeiten in Südamerika geschaffen wurden. Die russische Kaiserin Katharina II. hatte um 1765 ca. 100 000 deutsche Bauern zur Kolonisierung des Wolgagebietes nach Rußland geholt. Die inzwischen auf über 2 Mill. angewachsenen Nachkommen suchten nach der bolschew. Revolution fluchtartig auszuwandern.

Januar 1930

3. 1. (bis 20. 1.). *Zweite Haager (Abschluß-) Konferenz.* Führer der deutschen Delegation ist der neue Außenminister Curtius. Die erste Haager Konferenz (6.-31. August 1929) hatte den Übergang vom Dawes- zum Youngplan sowie verschiedene andere Fragen (Schiedsgericht, Ausgestaltung der Internationalen Bank usw.) noch nicht endgültig festgesetzt. Dies soll nunmehr geschehen. Erneut kommt es hierbei zu heftigen diplomatischen Kämpfen. Deutschland verlangt, daß unter der Herrschaft des neuen Planes für alle Zukunft jede Möglichkeit von „Sanktionen“ ausgeschaltet wird; die Franzosen hingegen bestehen auf ihren vertraglichen Rechten. Schließlich einigt man sich, eine neue Schiedsinstanz einzufügen: Entscheidet das Schiedsgericht gegen Deutschland, so behalten sich die Franzosen alle Rechte aus dem Versailler Vertrag vor. Ferner fordern sie im Hinblick auf die unhaltbare deutsche Kreditwirtschaft Befugnisse zu einer Kontrolle der deutschen Finanzen. Schon drohen sie mit Aufschub der Räumung der III. Zone. Wieder versucht man, die Deutschen einzuschüchtern. Der englische Delegierte Snowden ruft ihnen zu: „Wenn Sie die Fortsetzung des Dawesplanes haben wollen, so stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.“ Schließlich wird am 20. Januar das Schlußprotokoll und das gesamte Vertragswerk unterzeichnet.

Der Youngplan

Deutschland soll endgültig zahlen:	Goldmark Millionen
Für die Zeit v. 1. Sept. 1929 bis 31. März 1950 (Übergang vom Dawes- zum Youngplan)	742,8
I. Abschnitt 1. April 1950 bis 31. März 1966 im Durchschnitt jährlich	2187,2
II. „ 1. April 1966 bis 31. März 1985 im Durchschnitt jährlich	1666,7
III. „ 1. April 1985 bis 31. März 1988 im Durchschnitt jährlich	918,1

Diese Reparationsschulden von insgesamt rund 114 Milliarden innerhalb 59 Jahren haben den Charakter privater Verpflichtungen an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel erhalten. Hier soll Deutschland eine Schuldenerkennung niederlegen. Die Zahlungen des Reiches sollen in Devisen an die Bank in Basel erfolgen, die ihrerseits den Transfer übernimmt. Sachleistungen sind nur für die ersten 10 Jahre zugelassen.

Von der Gesamtsumme sollen jährlich 660 Millionen ungeschützt sein, d. h. sie sollen auf jeden Fall entrichtet werden. Diese ungeschützten Leistungen können in Wertpapieren verkörpert und an den Börsen gehandelt, also „kommerzialisieren“ und „mobilisiert“ werden. Bei Gefahr für Wahrung und Wirtschaftsleben war Aufschub des Transfers bis zu 2 Jahren möglich.

Für den Rest der Summe sollte je nach den Wirtschaftsverhältnissen — entgegen den Wünschen der Franzosen — die Beantragung eines Moratoriums möglich sein.

Man bezeichnete sie als die geschützten Leistungen.

Als Gegenleistung wurde vereinbart, daß fortan alle Sanktionen und Pfänder fallen sollten. Etwaige Streitigkeiten sollte künftig der Haager Schiedsgerichtshof entscheiden. Die Reparationskommission löst sich damit auf. Mutwillige Zerreißen des Youngplanes sollte den Gläubigermächten ihre Handlungsfreiheit zurückgeben.

14. 1. *Horst Wessel* wird in seiner Wohnung überfallen. Er hatte am 1. Mai 1929 in Berlin-Friedrichshain die Führung des SA-Trupps 54 übernommen und ihn in kurzer Zeit zum Sturm 5 musterhaft ausgebaut. Starke kommunistische Anfeindungen. Er schlief daher fast nur noch außerhalb seiner Behausung. Bei der Rückkehr vom Begräbnis seines Bruders, der im Riesengebirge beim Skilaufen erfroren war, brach er jedoch in seiner Wohnung zusammen. Da erfolgte der Überfall (vgl. 25. 2. 1950).

20. 1. *Erneuter Konfliktausbruch zwischen Bolivien und Paraguay um das Gran-Chaco-Gebiet.* Schon in früheren Jahren war es zwischen beiden Staaten wiederholt zu Streitigkeiten um dieses an Bodenschätzen reiche Urwaldgebiet gekommen. Erst Ende 1928 hatten blutige Zusammenstöße ihren Anfang genommen, die vorübergehend im folgenden Jahre beigelegt worden waren. Jetzt brach der Konflikt erneut aus, wurde jedoch im Mai 1930 durch ein gemeinsames Schreiben an den Völkerbund für beendet erklärt. Die Diplomaten beider Staaten konnten sich aber nicht einigen. Im Sommer 1932 gingen die Kämpfe zwischen den Grenztruppen in den offenen Krieg über und erreichten im Jahre 1934 ihren Höhepunkt.

21. 1. (bis 22. 4.) *Londoner Seesabstimmungskonferenz, sogenannter Fünf-Mächte-Vertrag:* USA., England, Frankreich, Italien und Japan verzichten bis 1936 auf den Bau von Panzerschiffen. Dagegen dürfen Frankreich und Italien gewisse Ersatzbauten, die ihnen auf Grund der Washingtoner Konferenz (11. November 1921 bis 6. Februar 1922) erlaubt waren, zu Ende führen. USA. sollte 5, England 5 und Japan 1 Panzerschiff abwracken. U-Boote dürfen — bis auf einige besonders vereinbarte Ausnahmen — nicht mehr als 2000 t Wasserverdrängung haben mit einem höchsten Geschützkaliber von 15 cm. Zwischen USA., Japan und England wird außerdem ein besonderes Abkommen über Begrenzung von Kreuzern, Zerstörern und U-Booten geschaffen. Ferner enthält der Vertrag Regeln über die Behandlung von Handelsschiffen durch U-Boote in Kriegzeiten. Diesen Vertrag hat Japan Herbst 1934 aufgekündigt.

23. 1. *Dr. Frick* tritt in die thüringische Regierung ein und wird damit als erster Nationalsozialist Minister. Bei seinen Maßnahmen gerät er sehr bald mit dem Reichsminister des Inneren, Severing, in schwere Konflikte. Dieser läßt schließlich der thüringischen Polizei die Reichszuschüsse sperren. Als Severing zurücktritt (vgl. 27. 5. 1930), muß sein Nachfolger Wirth diese Anordnung wieder aufheben: Es ist ein offenkundiger Erfolg der Hitlerbewegung.

28. 1. *In Spanien tritt Primo de Rivera zurück* (vgl. Bild 79). Unter der Regierung dieses Militärdiktators wurde der Marokkosaufstand der Rifkabylen beendet und mit Frankreich ein Ausgleich über die Verhältnisse in Nordafrika geschaffen. Auch im Inneren gelang es ihm zunächst, das durch Parteikämpfe zerrüttete Land zu beruhigen und eine Reihe wirtschaftlicher Reformen durchzuführen. Seit 1929 hatte er aber erneut mit vielfachen, bis zum offenen Aufbruch gehenden Offiziers- und Studentenaufständen zu kämpfen. Nach seinem Rücktritt übernahm General Berenguer die Leitung der Regierungsgeschäfte. Primo de Rivera starb 1931 in der Verbannung in Frankreich.

Februar 1930

6. 2. Zwischen Italien und Österreich wird ein Freundschaftsvertrag geschlossen, der im Laufe der Zeit Österreich in starke Abhängigkeit von Italien bringt.

23. 2. *Tod Horst Wessels* (vgl. 14. 1. 1930). Bei seinem Begräbnis am 1. März kommt es zu wüsten Tumultszenen.

März 1930

6. 3. *Großadmiral von Tirpitz stirbt.* Tirpitz wurde am 19. März 1849 geboren. 1877—88 organisierte er die Torpedowaffe. Als Chef des Stabes des Oberkommandos der Kaiserlichen Marine führte er 1892—95 wichtige Neuorganisationen der Geschwader sowie der Gefechtsausbildung der Seestreitkräfte durch. 1896/97 war er Chef des Kreuzergeschwaders in Ostasien und wurde dann Staatssekretär des Reichsmarineamtes. Durch die großen Flottengesetze von 1898 und 1900 schuf Tirpitz die deutsche Hochseeflotte. Dank seiner Tätigkeit wurde das Reich die zweitstärkste Seemacht der Welt. 1911 wurde er zum Großadmiral ernannt, geriet aber während des Krieges durch seine Befürwortung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges sowie des Einsatzes der Hochseeflotte in Gegensatz zur Politik Bethmann Hollwegs und trat im März 1916 von seinen Ämtern zurück. 1924—28 war er deutschnationaler Abgeordneter im Reichstag.

7. 3. *Dr. Schacht* tritt als Reichsbankpräsident zurück. Sein Nachfolger wird Dr. Luther.

12. 3. *Der Reichstag nimmt den Youngplan* mit 265 gegen 192 Stimmen nach heftigen Kämpfen an. Das Zentrum (Brüning) stimmt der Vorlage nur unter der Bedingung zu, daß gleichzeitig auch die Finanzen des Reiches saniert werden. Insonderheit müßten unverzüglich sämtliche Ausgaben eingeschränkt und die Arbeitslosenversicherung reorganisiert werden. Die Linksparteien wollen diesem Verlangen nicht in dem notwendigen Umfange nachkommen. Jetzt aber greift der Reichspräsident ein. Er gibt Brüning sein Wort, daß er jedes verfassungsmäßige Mittel anwenden wird, um die Finanzsanierung durchzusetzen. Erst nach diesem Versprechen stimmt das Zentrum der Regierungsvorlage zu. Der Youngplan ist damit angenommen.



Januar

145 Italienisch-belgische Königshochzeit. Das neuvermählte Paar nach dem Verlassen der Kirche. Am 8. Januar 1930 fand in Rom die Trauung des italienischen Kronprinzen Humbert mit der Prinzessin Maria José von Belgien statt. Es waren fast alle gekrönten Häupter Europas als Gäste geladen, und auch das ganze italienische Volk nahm an den Festlichkeiten heraldischen Anteil.



Februar

146 Horst Wessel. Das Grab des deutschen Nationalhelden auf dem Alten Friedhof von St. Nicolai in Berlin. Der rührigste Berliner Sturmführer Horst Wessel, der das berühmte Sturmlied der S.A., „Die Fahne hoch...“, gedichtet und komponiert hatte, wurde am 14. 1. 1930 in seinem Zimmer überfallen und durch Schüsse schwer verletzt. Nach furchtbarem Leiden schloß er am 23. 2. 1930 die Augen. Bei seinem Begräbnis am 1. 3. 1930 kam es zu schweren linksradikalen Ausschreitungen.



März

147 Großadmiral von Tirpitz auf dem Rückweg von einer Truppenbesichtigung. Am 6. März 1910 starb in Ebenhausen (bei München) Alfred von Tirpitz, Großadmiral und Schöpfer der deutschen Flotte. Als Staatssekretär im Marineamt hatte er die gewaltige Vergrößerung der deutschen Marine durchgeführt. Am 17. März 1916 nahm er seinen Abschied, da er mit der von ihm vertretenen Ansicht über den rücksichtslosen Einsatz der U-Boot-Waffe nicht durchdringen konnte.



April

148 Schulstreikverkündung an der Mauer eines Schulgebäudes. Die täglich geringer werdende Staatsautorität wurde von radikalen Elementen immer wieder benutzt, Streiks und Unruhen zu organisieren. Man schreckte nicht einmal davor zurück, Schulkinder für politische Propaganda zu mißbrauchen. So kam es im Bezirk Berlin-Neukölln im April 1930 an einigen Gemeindeschulen zu einem regelbrechten Schulstreik.



Mai

149 Fridtjof Nansen im Garten seines Hauses. Der große norwegische Polarforscher starb in Oslo am 11. Mai 1930. Er sorgte als Vertreter des Völkerbundes für die Heimkehr der Kriegesgefangenen, organisierte 1922 die Hilfsaktion für die russischen Hungergebiete und kämpfte bis zu seinem Tode für die durch die Kriegsergebnisse heimatlos gewordenen Flüchtlinge (Nansenpfl).



Juni

150 Räumung der Mainzer Zone. Der letzte Franzose verläßt am 30. Juni Mainz mit der Flagge seines Landes. Am 30. Juni 1930 räumte Frankreich auf Grund der Festlegungen des Youngplans (vgl. November 1929) die III. Zone des besetzten Gebietes (Wiesbaden, Mainz, Bingen, Trier und die Pfalz). Damit fanden 11 1/2 Jahre Rheinlandbesetzung ihr Ende. Die gewaltigen Kosten, welche Deutschland hierdurch entstanden, beliefen sich auf insgesamt 9 Milliarden Mark.

13. 3. Reichspräsident von Hindenburg vollzieht die Younggesetze und erläßt gleichzeitig eine Kundgebung: „Viele haben in wohlmeinender Absicht an mich persönlich die Bittgerichte, meinen, das frühere Herrführer, Namen nicht dadurch vor der Geschichte zu verdunkeln, daß ich mit ihm diese Gesetze decke. Ich habe mein Leben in der großen Schule der Pflichterfüllung, in der alten Armee, verbracht und hier gelernt, stets ohne Rücksicht auf die eigene Person meine Pflicht gegenüber dem Vaterland zu tun. Deshalb hatte bei meiner Entscheidung jeder Gedanke an mich vollständig zurückzutreten. Zu seiner Ablehnung konnte ich mich im Gefühl meiner Verantwortung für Deutschland nicht entschließen.“

Am gleichen Tage eröffnet Gandhi den Ungehorsamkeitsfeldzug gegen England:

Großbritannien hatte seit dem Kriege Indien immer wieder neue Zugeständnisse in der Frage seiner Freiheit machen müssen, die gesetzmäßig in der Verfassung vom Jahre 1919 gipfelten. Die nationale Bewegung verschärfte sich aber in den folgenden Jahren immer mehr und führte zu blutigen Aufständen. Im Gegensatz zu solchen tätlichen Auseinandersetzungen steht Gandhi, der die Befreiung von der englischen Herrschaft durch passiven Widerstand, Boykott englischer Waren und Errichtung von entsprechenden Heimindustrien (Tuchweberei, Salzgewinnung aus dem Meer usw.) zu erreichen sucht.

17. 3. Der deutsch-polnische Zollkrieg wird durch ein Wirtschaftsabkommen gemäßigt. Deutschland nimmt in Zukunft 520 000 Tonnen Kohle jährlich und eine bestimmte Menge Schweinefleisch von Polen ab (vgl. 12. 2. 1927).

27. 3. Rücktritt des sozialdemokratischen Kabinetts Hermann Müller.

Brüning wird am 30. März als Reichskanzler berufen

Er bildet ein bürgerliches Konzentrationskabinetts mit Männern ohne strenge Parteibindung. Hindenburg erteilt dem neuen Kanzler die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages, falls dieser nicht in die ihm zur Vorlage gelangenden Sanierungsgesetze einwilligt.

Mai 1930

17. 5. Der Youngplan tritt in Kraft. Seine Lasten können in Deutschland jetzt nur noch durch die Nation selbst — nicht mehr durch Anleihen — aufgebracht werden; Durch neue Steuern, Gehalts- und Lohnkürzungen der Beamten und Arbeiter und schließlich durch Herabsetzung der Arbeitslosen-, Kriegs- und anderer Unterstützungen. Diese Mittel herbeizuschaffen, ist die wichtigste Aufgabe der neuen Regierung Brüning.

Juni 1930

8. 6. Kronprinz Carol von Rumänien, der Vater des minderjährigen Königs Michael (vgl. 20. 7. 1927), kehrt nach Rumänien zurück und besteigt am 8. Juni 1930 nun selbst den Thron.

11. 6. Uniformverbot für die NSDAP. in Preußen.

Hier vor allem macht sich der Widerstand gegen die stark aufsteigende nationalsozialistische Bewegung geltend.

22. 6. Bei den Landtagswahlen in Sachsen werden die Nationalsozialisten mit 14 Mandaten zur zweitstärksten Partei.

30. 6. Nachdem Deutschland vertragsmäßig die Schuldurkunde über die Youngplanleistungen auf der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel niedergelegt hat, erfolgt am 30. Juni die

Räumung der III. Rheinlandzone (Mainz)

Nach dem Niederholen der fremden Flaggen rücken die letzten Reste der Besatzung am Nachmittage aus Mainz und Kehl nach Frankreich ab. Die gesamten Kosten der Rheinlandbesetzung beliefen sich auf 9 Milliarden Reichsmark, die von Deutschland getragen werden mußten.

Befreiungsfeiern am Rhein unter Anwesenheit von Hindenburg. Die linkgerichtete Preußenregierung wollte hierzu das Verbot des rheinländischen Stahlhelms nicht aufheben. Erst das Eingreifen des Reichspräsidenten ermöglichte den Frontkämpfern die Teilnahme an der Feier.

Juli 1930

7. 7. Marsch der 12 000 Lappanhänger auf Helsingfors. Es handelt sich um national eingestellte Finnen, die Maßnahmen zur energischen Unterdrückung des Kommunismus fordern und im Laufe des Jahres bei der Regierung auch durchsetzen.

16. 7. Aufhebung des Stahlhelmverbotes in Westdeutschland. Am gleichen Tage erläßt die Regierung Brüning auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine *Notverordnung* zur Deckung des Reichsetats. Das Defizit betrug damals etwa 800 Millionen Reichsmark.

18. 7. Der Reichstag hebt mit 256 gegen 221 Stimmen die am 16. Juli erlassene Notverordnung auf, worauf ihn Brüning auflöst. Die Notverordnung wird am 26. Juli vom Kabinetts erneuert.

21. 7. Tschitscherin tritt als russischer Außenkommissar zurück, sein Nachfolger wird Litwinow.

Arbeiterfürsorge durch die NSDAP.

Diese beginnt im Sommer 1930 eine Einrichtung zu schaffen, welche die Rechte des Arbeiters beim Abschluß von Arbeitsverträgen wahren soll. Außerdem soll sie die Arbeitsvermittlung, die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Rechts- und Todesfällen usw. in die Hand nehmen. Sie erhält den Namen „Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO)“ und hat ihren Zentralsitz in München.

September 1930

14. 9. Reichstagswahlen:

Sie bringen den größten und folgenschwersten Umschwung der deutschen Parlamentargeschichte: Die Zahl von 12 nationalsozialistischen Abgeordneten ist auf 107 gestiegen (näheres siehe Tabelle 1932).

Die Wahlbeteiligung war sehr roge: Der Wählerzuwachs beträgt 4,6 Millionen, die Zahl der Reichstagsabgeordneten schnell damit von 491 auf 577 herauf. Im Reichstag müssen neue Sitze angebaut werden.

25. 9. Hitler schwört vor dem Reichsgericht im *Prozeß gegen die Ulmer Reichswehroffiziere* den bekannten Eid, daß er seine Ziele nur auf legalem Wege zu erreichen strebt (vgl. Bild 155).

Oktober 1930

1. 10. 11. Stahlhelmtag in Koblenz. 140 000 Teilnehmer.

22. 10. Severing wird preußischer Innenminister, Grzesinski Polizeipräsident von Berlin. Damit nimmt der schon seit Jahren bestehende Kampf der Linken gegen die NSDAP. und die Rechtsverbände heftigste Formen an (vgl. 25. 1. 1930).

Auch in der NSDAP. selbst kommt es in dieser Zeit zu unerquicklichen Auseinandersetzungen. Sie führen zum Ausscheiden Dr. Otto Straßers, des Bruders Gregor Straßers, und seiner Anhänger. Auch Hauptmann Stennes lehnt sich im Dezember gegen die Oberste SA.-Führung auf und wird gleichfalls von der Partei ausgeschlossen.

Hitler organisiert nunmehr die SA. um. Sie wird in 10 Gruppen von je etwa 30 000 Mann eingeteilt. Die Gruppen wiederum werden in Untergruppen, Standarten, Sturmabteilungen, Stürme, Trupps und Scharen gegliedert und in Obergruppen zusammengefaßt. An die Spitze der SA. wird ein Stabschef gestellt.

30. 10. Im ewigen Eis werden die *Reste der André-Expedition*, die Photos und Tagebücher, gefunden und in die Heimat nach Stockholm überführt.

Der schwedische Ballonfahrer und Polarforscher S. André war am 11. Juli 1897 mit seinen Begleitern Fränkel und Strindberg im Ballon aufgestiegen, um auf diese Weise den Versuch zu machen, den Nordpol zu erreichen. Seither blieb die Expedition verschollen, bis der heiße Sommer 1930 das Todeslager der drei auf der Insel Flö freilegte.

November 1930

12. 11. (bis 19. 1. 1931) große Indienkonferenz in London, die jedoch die strittigen Fragen nicht behebt (vgl. 7. 9. 1931).

Dezember 1930

1. 12. Deutsche Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen.

Inzwischen steigt die Zahl der Arbeitslosen unaufhaltsam und beträgt am Ende des Jahres über 4 Millionen. Die Gesamtmitgliederzahl der NSDAP. belief sich um diese Zeit auf 589 000.



Juli

151 Die Rheinlandbefreiungsfeler. Reichspräsident von Hindenburg gegenüber dem Deutschen Eck. Am 1. Juli 1930 konnte nach 11 1/2-jähriger Besatzungszeit auch in der III. Zone (Mainz) endlich wieder die deutsche Flagge gehißt werden. Am 22. Juli 1930 traf der Reichspräsident in Ehrenbreitstein ein, um an der Feier der Rheinlandbefreiung teilzunehmen, die jedoch durch den Bruchmeinsturz in Koblenz vorzeitig ein tragisches Ende fand.



August

152 Siegfried Wagner gestorben. Wagner mit dem italienischen Dirigenten Toscanini vor dem Festspielhaus. Das Andenken und das Werk des größten deutschen Komponisten, Richard Wagner, wurde mit künstlerischem Feingefühl in Bayreuth durch seinen Sohn Siegfried gepflegt und fortgesetzt. Seit 1914 leitete er die Festspiele und schuf selbst eine Reihe bedeutender symphonischer Dichtungen und Bühnenwerke. Er starb am 4. August 1930 in Bayreuth.



September

153 Adolf Hitler vor dem Reichsgericht bei seiner Vernehmung als Zeuge am 25. September 1930. Drei Offiziere der Reichswehr in Ulm hatten sich im Frühjahr 1930 offen zum Nationalsozialismus bekannt. Sie hatten sich wegen Hochverrats vor dem Reichsgericht in Leipzig zu verantworten. Der Höhepunkt des Prozesses war die Vernehmung Adolf Hitlers, der hierbei unter Eid erklärte, die Macht nur auf legalen Wege zu erströben.



Oktober

154 Wolfgang von Gronau wieder in Deutschland. Der kühne Flieger mit seinen Kameraden beim Eintreffen in New York. Am 4. Okt. 1930 kehrte Wolfgang von Gronau nach Deutschland zurück und wurde auch vom Reichspräsidenten von Hindenburg empfangen. Er war am 18. Aug. 1930 in einem Atlantik-Etappen-Ozeanflug über Island und Grönland gestartet und am 26. Aug. glücklich ans Ziel gelangt. Einen ähnlichen Flug wiederholte er in der Zeit vom 8.—27. Aug. 1931.



November

155 Deutsche Grönlandexpedition. Ein Mitarbeiter Wegeners mit einem Firnblock, der zum Wiegen zurechtgeschnitten wird. Zur Erforschung der Eisverhältnisse in Grönland rüstete die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 1930 eine Expedition unter Professor Alfred Wegener aus, die mit reichen Ergebnissen zurückkehrte. Ihr Leiter aber hatte im November 1930 den Forschertod gefunden.



Dezember

156 Adolf Hitler spricht in der „Neuen Welt“, Berlin, am 5. Dezember 1930. Bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 waren aus 12 nationalsozialistischen Abgeordneten 107 geworden. Der Wählerzuwachs betrug 4,6 Millionen Stimmen. Dieser ungeheure Erfolg wurde durch weitere scharfe Aufklärungsarbeit größten Stils bis zum endgültigen Siege ausgebaut.

Januar 1931

12. 1. Als Folge der Annahme des Youngplanes wird die interalliierte Militärkommission endgültig aufgelöst.

Fortschritte des Nationalsozialismus.

In Bremen erzielen die Nationalsozialisten bei den Bürgerschaftswahlen einen großen Erfolg. In seiner Auswirkung wird am 16. Januar ein Nationalsozialist Präsident der Bremer Bürgerschaft (Volksvertretung). Zur gleichen Zeit etwa werden ein nationalsozialistisches Kraftfahrkorps unter Major v. Hühnlein sowie nationalsozialistische Juristen-, Ärzte-, Studenten- und Schülerbünde gebildet. Unter Dr. Otto Dietrich wird eine Reichspressstelle geschaffen. Der Bau des „Braunen Hauses“ (Reichsgeschäftsstelle in München) wird vollendet. Vom Frühjahr 1931 ab führen die SA-Standarten die Nummern der Regimenter des alten Heeres, um deren ruhmgekrönte Tradition zu bewahren.

26. 1. Österreich und Ungarn schließen einen Freundschaftsvertrag.

27. 1. Kabinettswechsel in Frankreich aus innerpolitischen Gründen. Ministerpräsident wird Laval. Außenminister ist noch immer Briand.

Februar 1931

10. 2. *Sensation im Reichstag.*

Hier wird eine neue Geschäftsordnung beschlossen, die für die Rechtsparteien nachteilig ist. Daraufhin verlassen 107 Nationalsozialisten, 41 Deutschnationale und 5 Landvolk-abgeordnete demonstrierend den Sitzungssaal und erklären, vorläufig nicht zurückzukehren. Die Linke sieht sich jetzt gezwungen — damit die Geschäfte überhaupt weitergeführt werden können —, dem Wehretat, dem Bau neuer Panzerschiffe und einigen Notverordnungen zuzustimmen, zu denen sie aus taktischen Gründen sonst ihre Einwilligung kaum gegeben hätte.

März 1931

4. 3. In Indien stellt Gandhi vorläufig seinen „Ungehorsamsfeldzug“ ein. Für den Herbst wird eine neue Indienkonferenz in London in Aussicht genommen (vgl. 7. 9. 1931).

21. 3. *Bekanntgabe des Planes einer deutsch-österreichischen Zollunion.*

Nach dem Börsenkrach in New York (28. Oktober 1929) war die Weltwirtschaft fast überall ins Stocken geraten. Die Staaten trachteten jetzt danach, ihre Wirtschaftsräume durch besondere Abkommen zu vergrößern. Dieses Drängen

zum „Großraum“ führte in den baltischen Ländern, im agrarischen Südosteuropa, im britischen Empire, im französischen Kolonialreich, an der holländisch-belgischen Nord-seegrenze zu besonderen wirtschaftlichen Vereinbarungen. Auch Deutschland sucht seine Handelsbasis zu erweitern und hofft, dies durch ein Zollabkommen mit Österreich zu erreichen. Dieses soll zugleich zu einem politischen Erfolg ausgestaltet werden; man glaubt der französischen Mittel-europapolitik die Spitze abbrechen zu können; so erklärt die Regierung: „Wir werden mit Hilfe der Zollunion aus dem Schützengraben der Außenpolitik herauskommen. Endlich, nach langen Jahren des Wartens, wird auch hier wieder zum Bewegungskrieg übergegangen werden können.“

Sofort erheben aber Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei aufs heftigste Einspruch gegen diesen Plan, der einen Verstoß gegen den Versailler Vertrag darstelle. Einst hatte die Wilsonbotschaft vom 8. Januar 1918 in Punkt 5 „Wirtschaftsfreiheit“ als Grundlage eines Weltfriedensprogrammes verkündet. Jetzt betonen die obengenannten Mächte, daß es Deutschland und Österreich nicht gestattet sei, derartige Verträge untereinander abzuschließen. Schließlich befaßte sich im Mai 1931 der Völkerbunderat eingehend mit dieser Frage. Großbritannien empfahl hierbei, die Angelegenheit dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag zu unterbreiten. Dieser entschied im Juli mit 8 zu 7 Stimmen gegen den deutsch-österreichischen Plan. Inzwischen hatten die Regierungen Deutschlands und Österreichs auch von sich aus erklärt, daß „beide Staaten in Anbetracht der Schwierigkeiten, die bei der Stellungnahme anderer Mächte im Gegensatz zu ihren Absichten für die vertrauensvolle Zusammenarbeit der europäischen Staaten aus der Durchführung dieser Zollunion entstehen könnten, sich entschlossen hätten, den Plan fallen zu lassen“.

April 1931

14. 4. *Umschwung in Spanien — Flucht des Königs* (vgl. Bild 165). Auch die neue Regierung (vgl. 28. 1. 1930) konnte in Spanien keine Ruhe schaffen. Dauernde Unruhen. Schließlich entschloß sich König Alfons XIII. im März 1931, die Wahl eines Parlamentes auszuschieben. Aber schon die Gemeindevahlen bringen den Linksparteien einen so überwältigenden Sieg, daß Alfons am 15. April 1931 das Land verläßt. — In Spanien wird die Republik ausgerufen.

Mai 1931

11. 5. *Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt.* Bei den Erörterungen über die deutsch-österreichische

Zollunion hat sich die schwierige Lage der Österreichischen Kreditanstalt, des größten Bankunternehmens des Landes, herausgestellt. Das Vertrauen in den Geldmarkt dieses kleinen künstlichen Staatsgebildes, das wirtschaftlich von Natur aus lebensunfähig ist, verliert sich mehr und mehr. Die Auslandsgläubiger rufen ihre Kredite zurück, es entstehen Verluste von 140 Millionen Schilling. Wohl gelingt es internationalen Sanierungsversuchen, einen regelrechten Bankrott abzuwehren; aber die Welthörsen stehen unter der Parole „Flucht aus Österreich“.

13. 5. *Paul Doumer wird der 13. Präsident der französischen Republik.* Er ist Nachfolger von Gaston Doumergue, der am 15. April 1924 Millerand gefolgt war.

30. 5. 12. Reichsfrontsoldatentag des „Stahlhelms“ in Breslau. 150 000 Teilnehmer.

Juni 1931

5. 6. *Notverordnung Brüning* zur Sicherung der Finanzen. Die österreichische Finanzkrise (vgl. 11. 5. 1931) greift Anfang Juni auch auf Deutschland über. Man weist darauf hin, daß Deutschlands internationale Verschuldung eigentlich noch viel größer sei als diejenige Österreichs. Das war an sich richtig; aber es war in der Hauptsache eine Folge des Versailler Vertrages:

Ohne die politischen Tributzahlungen belief sich damals die deutsche Verschuldung auf etwa 8,2 Milliarden Mark; da sie durch langfristige Kredite hätte gedeckt werden können, war sie nicht allzu drückend. Hierzu kommt aber noch für die Zahlungen von Reparationen ein Verschuldungsüberschuß von 10 Milliarden, dem nur kurzfristige Kredite gegenüberstehen. Diese beginnt das Ausland, namentlich die französischen Banken, jetzt zurückzuziehen. Beispiellose Panik der Geldverleiher. Jeder versucht, so schnell wie möglich aus Deutschland „auszusteigen“.

Drohender finanzieller Zusammenbruch Deutschlands

20. 6. *Das Hoover-Moratorium.*

Amerika erkennt, daß seine in Deutschland angelegten Gelder in Gefahr sind: In der ersten Junihälfte haben die ausländischen Banken über eine Milliarde in Gold und Devisen zurückgezogen. *Das Reich steht vor dem Bankrott.* Reichspräsident von Hindenburg entschließt sich, den amerikanischen Präsidenten Hoover in einem vertraulichen Handschreiben um Unterstützung zu bitten. Dieser schlägt



Januar

157 Die Zugspitzbahn eröffnet. Die Endstation der Bahn. Zur Erreichung der Zugspitze, des höchsten Berggipfels auf reichs-deutschem Gebiet, baute Deutschland 1928-30 eine Bahn, die zunächst von Garmisch nach Grainau als Schmalspur- und dann als Zahnradbahn bis Schneefernerhaus durchgeführt ist. Von hier bringt eine Seilschwebebahn die Passagiere zur Gipfelstation (2910 m). Die kirchliche Einweihung fand am 16. Januar 1931 statt.



Januar

158 Gunther Plüschow über dem Feuerland abgestürzt. Der Flieger mit seinem Hund, der viele seiner See- und Luftfahrten als treuer Begleiter mitmachte. Der kühne „Flieger von Tebingtau“ fuhr Anfang 1930 in einem nur 11 m langen Segelkutter nach Feuerland, um dieses südlichste Ende Amerikas zu erforschen. Bei einem seiner gefährlichen Flüge stürzte er jedoch im Januar 1931 ab.



Februar

159 Der Prinz von Wales als „Handlungsreisender“ bei seiner Ankunft in Kalkutta im Februar 1931 mit der berühmten goldenen Kette Indiens. Der Thronfolger Englands, der Prinz von Wales, unternahm im Juni 1930 eine Weltreise, die ihn durch alle wichtigen Länder der Erde führte. Der Zweck dieser Reise war in erster Linie, englische Waren und Rohstoffe populär zu machen und für die englische Wirtschaft im großen Stil zu werben.



Februar

160 Lundborg abgestürzt. Der Flieger mit einigen Nobile-Leuten nach seiner vorunglückten Landung auf dem Eise. Der schwedische Hauptmann Lundborg hatte sich bei der Rettung der überlebenden Nobile-Mannschaften im Juni 1928 einen ehrenvollen Namen gemacht. Sein Flugzeug wurde damals bei der zweiten Landung auf der Eisfläche zertrümmert. Im Februar 1931 stürzte der unerschrockene Flieger bei einem Militärflug in seiner Heimat tödlich ab.



März

161 Das Ende der amerikanischen Prosperität. Ein größeres Polizeiaufgebot im Vorgehen gegen Unruhestifter im März 1931. Der schon längst eingetretene Niedergang der amerikanischen Wirtschaft war durch den Börsenkrach in New York im Oktober 1929 offenkundig geworden. In USA. entstand ähnlich wie in Europa ein Arbeitslosenheer, das bald auf etwa 14 Millionen anstieg. Zahlreiche Demonstrationen der notleidenden Bevölkerung waren die Folge.



März

162 Das unruhige Spanien. Eine aufgeregte Menschenmenge in Valencia, die einen Straßenbahnwagen umwirft, um ihn als Barrikade zu benutzen. Am 28. Januar 1931 hatte der spanische Diktator Primo de Rivera infolge innerer Schwierigkeiten seinen Rücktritt erklären müssen. Auch sein Nachfolger vermochte weder das Heer noch die Arbeiterschaft zu gewinnen. Im März 1931 kam es zum Generalstreik, woraufhin die Regierung den Belagerungszustand verhängte.

daraufhin in einer diplomatischen Kundgebung ein „Weltfeierjahr“ vor: Vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 sollen alle Zahlungen ruhen, die aus Kriegsverpflichtungen stammen. Während dieses Jahres verzichtet Amerika auf sämtliche Ansprüche, verlangt aber, daß seine Schuldner ihren eigenen Schuldnern denselben Aufschub einräumen.

Außerordentlicher Eindruck dieser Botschaft in der ganzen Welt. Nur Paris macht hiergegen schwere Bedenken geltend. Man will vermeiden, daß Deutschland allzu rasch vom Youngplan loskommt. Aber auch im Reich ist man bald enttäuscht: Die Geldabzüge halten an, und man beginnt zu erkennen, daß das Moratorium nur erlassen wurde, um dem gefährdeten privaten Kapital Amerikas die Möglichkeit zu geben, sich ohne allzu große Verluste aus Deutschland zurückziehen zu können.

Juli 1931

7. 7. Zusammenbruch des Nordcolle-Konzerns, des größten deutschen Textilunternehmens. Verluste von vielen Millionen, die vor allem auch die Danat- und die Dresdner Bank betreffen.

13. 7. Zusammenbruch der Danat-Bank.

Die großen deutschen Privatbanken waren mehr und mehr die Hauptträger des internationalen Kreditverkehrs geworden. Sie liehen sich die Gelder von Amerika, England, Holland, der Schweiz und gaben sie mit entsprechendem Zinsgewinn im Inland weiter. Als der Strom der langfristigen Auslandsanleihen zu versiegen begann, blieb noch immer die Aufnahme kurzfristiger Gelder. Dies war damals verhältnismäßig leicht, weil die internationalen Finanzinstitute noch immer eine große Geldflüssigkeit aufwiesen. Wenn ein ausländischer Gläubiger Rückzahlung verlangte, so konnte man ohne große Schwierigkeiten bei einem anderen weiterborgen. Niemand dachte an einen allgemeinen Abzug der Leihgelder aus Deutschland. Auch verstand es die Reichsbank, immer wieder mit ihren Reserven das Gleichgewicht herzustellen.

Im Mai und Juni 1931 ändern sich diese Verhältnisse aber grundlegend. Auch die Reichsbank muß jetzt ihre Hilfe versagen. Vergeblicher Versuch des Reichsbankpräsidenten Luther, durch eine Reise im Flugzeug in Europa eine Anleihe aufzutreiben. In Paris gibt man ihm zu verstehen, daß für weitere Kredite lediglich die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ausschlaggebend seien. Frankreich hält jetzt den Zeitpunkt für gekommen, Deutschland finanziell in die Knie zu

zwingen. Anfang Juli werden täglich etwa 50 bis 100 Millionen Auslandsgelder aus Deutschland abgezogen. Im ganzen sind es bereits 5 Milliarden innerhalb weniger Monate.

Am stärksten hatte sich in den vorausgegangenen Jahren die Danat-Bank mit diesen Spekulationen befaßt. Jetzt wird sie am schwersten getroffen. Am 15. Juli schließt sie ihre Schalter. Neben dem großen Börsenkrach in New York (28. Oktober 1929) wird dieser Tag zum Schreckensbegriff der Weltfinanz.

14. 7. Das Reich greift in die deutsche Bankenkrise ein. Es übernimmt die Geschäftsaufsicht über die bankrotte Danat-Bank und garantiert den Einlegern ihre Gelder. Gleichzeitig werden Bankfeiertage eingeschoben, die bis zum 5. August (!) währen. Vollkommenes Chaos im inneren Zahlungsverkehr. Privatleute erhalten zunächst überhaupt kein Geld, dann kleine Teilbeträge. Der Zinsfuß steigt vorübergehend auf 15%. Die Gehälter werden in Wochenraten gezahlt. In Industrie und Handel reißt überall eine Borgwirtschaft ein, welche die Schuldnermoral vollständig untergräbt. Wertpapiere werden nur in der „Schwarzen Telephonbörse“ mit „gesprochenen“ Kursen gehandelt. Zahlreiche wirtschaftliche Unternehmungen gehen zugrunde und werden vom Reich nur da aufrecht erhalten, wo öffentliche Interessen auf dem Spiel stehen. Als nach vielen Wochen endlich die Börsen wieder eröffnet werden, sind die Effektenkurse durchschnittlich um $\frac{1}{2}$ ihres Wertes gesunken.

17. 7. Brüning und Curtius versuchen in Paris noch einmal, eine Anleihe aufzunehmen; aber die Bedingungen sind für Deutschland untragbar: Die Franzosen verlangen nicht nur eine deutsche Zollgarantie, d. h. das Reich soll als Sicherheit seine Zölle an Frankreich verpfänden; sondern es soll auch Deutschland verboten sein, die Ausrüstung seiner Wehrmacht zu erneuern. Im besonderen soll Deutschland keine neuen Panzerschiffe bauen.

20.-23. 7. „Sieben-Mächte-Konferenz“ in London.

Inzwischen hat MacDonald die wichtigsten Mächte zu einer Wirtschaftskonferenz eingeladen; denn auch das englische Pfund fängt an zu wanken. Brüning und Curtius begeben sich daher zusammen mit Laval nach London; aber auch hier scheitern die Anleiheverhandlungen. Jetzt erklärt Deutschland, es wolle auf neue Anleihen verzichten und den Weg der „Nationalen Selbsthilfe“ beschreiten (vgl. 19. 8. 1931).

August 1931

10. 8. Anfang des Freiwilligen Arbeitsdienstes.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung verordnet, daß alle Arbeitsämter für diejenigen Fürsorge- und Krisenunterstützungsempfänger bis zu 21 Jahren, die sich freiwillig melden, einen Arbeitsdienst einzurichten haben. Er soll in gemeinnützigen zusätzlichen Arbeiten bestehen, wie Aufforstungen, Anlegen von Wegen, Abbruch- und Aufräumarbeiten und sportlicher Ertüchtigung. Die Reichsanstalt erhöht die Unterstützung für jeden im Freiwilligen Arbeitsdienst stehenden jungen Mann auf täglich RM. 2,—.

19. 8. Stillhalteabkommen in Basel.

Zur Behebung der Weltkrise und um insonderheit die deutsche Verschuldung zu untersuchen, war in Basel ein Sachverständigenausschuß unter Führung des Finanzexperten Layton eingesetzt worden. Zum erstenmal wird jetzt von den Ententemächten die deutsche Finanzstatistik anerkannt. Deutschland erhält nunmehr auch ein „privatwirtschaftliches Auslandsmoratorium“. Das in Basel getroffene Stillhalteabkommen soll zunächst bis 28. Februar 1932 gelten. Inzwischen erläßt das Reich eine scharfe Devisensperre.

In der Folgezeit werden die gegenseitigen Besuche der Staatsmänner fortgesetzt. Zunächst besucht MacDonald Berlin. Dann fährt Brüning nach Rom, um die Lage mit Mussolini zu besprechen. Schließlich kommen Ministerpräsident Laval und Briand als Außenminister nach Berlin (vgl. Bild 175). Das Mittel zur wirklichen Beruhigung Europas aber wird bei diesen Zusammenkünften nicht gefunden.

24. 8. Die Reichsregierung erläßt eine Notverordnung, um die Haushalte der Länder und Gemeinden zu sichern.

September 1931

7. 9. (bis 1. 12.). In London findet eine zweite Indienkonferenz statt, an der Gandhi teilnimmt.

Gandhi, von seinen Anhängern „Mahatma“ („Große Seele“) genannt, wurde als Sohn eines indischen Ministers 1869 geboren. Er studierte 1888—91 in London die Rechte und wurde dann Advokat in Bombay. 1895 ging er nach Südafrika, wo er der politische Führer der dort eingewanderten Inder wurde. Im Burenkrieg leitete er ein indisches Lazarett. Später wurde er der Führer der nationalen Bewegung Indiens und oftmals von den Engländern zu



April

163 Spanien wird Republik. König Alfons verließ mit der Königin am 15. April 1931 Spanien. Die Verkündung des Belagerungszustandes (s. Bild 162) vermochte in Spanien, dem unruhigsten Lande Europas, keinen Frieden zu schaffen. Meutereien im Heer und die Gemeindevahlen am 6. April 1931, die einen überwältigenden Sieg der Republikaner und Sozialisten ergaben, veranlaßten am 14. April 1931 die Ausrufung der Republik.



April

164 Arbeiterunruhen in England. Ein Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Polizisten im Hydepark in London im April 1931. Von Jahr zu Jahr machte sich die Wirtschaftskrise auch in den Ländern der Siegerstaaten stärker bemerkbar. Die unstilligen Reparationen waren der Grund, daß auch in England im Zusammenhang mit der allmählichen Stillegung des Welch Handels die Arbeitslosigkeit zunahm und wirtschaftliche Schädigungen auftraten.



Mal

165 Der erste Schienenzepp, im Volke auch „Der fliegende Hamburger“ genannt. Am 12. Mai 1931 zeigte Ingenieur Krukenberg die Neukonstruktion eines Eisenbahnwagens mit Propellerantrieb, der eine hohe Geschwindigkeit erreichte. Unter Zugrundelegung dieser Pläne entstand der Motorblitzzug der Deutschen Reichsbahn, der am 19. Dezember 1932 zum erstenmal die 292 km lange Strecke Berlin-Hamburg in 141 Minuten zurücklegte.



Mal

166 Erster Stratosphärenflug geglückt. Prof. Piccard in der Gondel seines Ballons. Am 27. Mai 1931 glückte dem Schweizer Meteorologen und Physiker August Piccard der erste Höhenflug in einem Freiballon mit luftlichter Gondel. Piccard gelang es an diesem Tage, eine bisher von Menschen nie erreichte Höhe, 16 201 Meter, zu gewinnen. Der Aufstieg diente rein wissenschaftlichen Zwecken.



Juni

167 Einweihung des Ehrenmals für die Toten des Weltkrieges. Das Innere der Halle, die in ergreifender Einfachheit gehalten ist. Erst am 2. Juni 1931 wurde auf Drängen der nationalen Verbände und national gesinnter Deutschen ein Ehrenmal für die Toten des Weltkrieges durch Umbau der Alten Wache in Berlin Unter den Linden geschaffen. Von nun an wallfahrten täglich viele hundert vaterländisch gesinnter Deutschen nach diesem einst von Schinkel gestalteten Bau.



Juni

168 Der Glaspalast in München durch Brand vernichtet. Die vollkommen verstärkte Kunsthalle. Am 1./6. Juni 1931 brach durch die Selbstentzündung ölgetränkter Lappen im Glaspalast in München ein Brand aus, der mit rasender Geschwindigkeit um sich griff und in kurzer Zeit über 3000 wertvolle Bilder vernichtete. Besonders beklagenswert war der Verlust unersetzbarer Werte der deutschen Romantiker.

Gefängnisstrafen verurteilt. Um Indien von der britischen Textilindustrie unabhängig zu machen, regte er seit 1921 das hässliche Spinnen der Inder an und ging darin mit eigenem Beispiel voran.

Als Politiker hat sich Gandhi nicht durchzusetzen vermocht. Die von ihm erstrebte Beseitigung der religiösen Gegensätze zwischen Hindu und Mohammedaner ist nicht erfolgt. Seine Hauptbedeutung liegt in dem moralischen und geistigen Einfluß, den er in der Bekämpfung sozialer Rückstände seines Landes, wie der Lage der Witwen und der niederen Kasten, ausübt, und in dem persönlichen Ansehen, das er überall wegen seiner menschlichen Lauterkeit genießt.

Auf der großen Indienkonferenz vermochte er sich nicht mit den Engländern endgültig zu einigen.

8. 9. Italien macht den Vorschlag eines Rüstungsfeierjahres. Dieses beginnt am 1. November 1931.

12. 9. Mexiko wird in den Völkerbund aufgenommen.

13. 9. In Österreich mißglückt ein Putsch der Heimwehr.

15. 9. Der Kulturpolitiker Klagges wird nationalsozialistischer Minister in Braunschweig. Dieses Land wird jetzt eine Freistätte für nationalsozialistische Kundgebungen.

19. 9. Mukden wird von den Japanern besetzt.

Vorgeschichte des Konfliktes in Ostasien.

Im Jahre 1911 hatten sich einige südliche Provinzen von China empört und Sun Yat Sen zu ihrem Präsidenten erwählt. Schließlich aber war es durch den Marschall Yuanschikai zu einer Verständigung gekommen, in deren Verfolg die Mandschu-Dynastie — das seit dem Jahre 1644 regierende Herrscherhaus — zurücktreten mußte. An ihrer Stelle machte sich Yuanschikai zum Regenten und wurde bald darauf erster Präsident der chinesischen Republik. Er starb 1916. Im folgenden Jahre machten sich die südlichen Provinzen abermals selbständig und erkoren Sun Yat Sen von neuem zu ihrem Präsidenten.

Am Weltkrieg nahm China an der Seite der Westmächte teil, hatte aber keinen Gewinn davon: Die Entente sah Japan als erste Macht in Ostasien an. Dieses hatte bald nach Ausbruch des Krieges Kiautschou und einen erheblichen Teil des chinesischen Gebietes von Schantung besetzt. Damit erwachen alte Streitigkeiten aus der Zeit des Chinesisch-Japanischen Krieges (1894/95), wo es Japan gelungen war, durch einen raschen Sieg den langjährigen Streit um Korea zu seinen Gunsten zu entscheiden. Damals aber war Japan durch

den Widerspruch Rußlands größtenteils um die Früchte seiner Anstrengungen gekommen und hatte sich mit Formosa und einigen Nebeninseln begnügen müssen. Erst der siegreiche Feldzug gegen Rußland (1904/05) brachte dem rasch aufstrebenden Inselreich den vollen Gewinn Koreas, wozu es nun auch das südliche Sachalin, Liautung und Port Arthur einverleiben konnte. Neben diesem Landgewinn war aber Japans wichtigster Zuwachs der nunmehr beginnende wirtschaftliche Einfluß auf die Mandschurei, dieses reiche und mit ungeheuren Bodenschätzen gesegnete Land.

China war nach dem Kriege durch seine schlechte soziale Lage und durch die politische Umwälzung in Rußland immer mehr in ein kommunistisches Fahrwasser geraten. Einige Provinzen hatten sich als selbständige Sowjetrepubliken erklärt, wobei es zu ständigen kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den südlichen und den nördlichen Gebieten dieses riesigen Reiches kam. Nur langsam gelang es der chinesischen Zentralregierung nach dem Tode von Sun Yat Sen, die Lösungsbestrebungen der südlichen Republiken einzudämmen; endlich — im Jahre 1928 — kam es unter Tschiang Kaischek zu einer nationalen Einigung Chinas und zu einem Erwachen des Nationalbewußtseins. Ein gewisser Erfolg blieb nicht aus: Nach Ansicht führender Chinesen war der Herd aller Unruhen Chinas die immer mehr steigende Abneigung gegen die Fremden in den sogenannten „Vertragshäfen“. Hier wurde tatsächlich die Arbeitskraft des chinesischen Volkes von den Weißen in rücksichtsloser Weise ausgenützt; denn durch die vielen — wirklich einseitigen — Verträge über Konzessionen im Im- und Export ohne Zollentrichtung, über Schifffahrtsabkommen ohne Hafengebühren usw. hatte China nur Lasten übernehmen müssen, ohne an dem Ergebnis der Geschäfte beteiligt zu werden. Der neuen nationalen Regierung gelang es, allmählich einen Teil der „ungleichen“ Verträge zu beseitigen.

Die mandschurischen Eisenbahnen (vgl. Kartenskizze).

Nur wenige Schienenstränge führen von Sibirien an den Stillen Ozean. In der Hauptsache ist es die ostchinesische Bahn über Charbin (Mandschurei), die in 3 weiteren Strecken ausläuft, welche in Wladiwostok, Dairen und Schanghai (über Peiping, das frühere Peking) enden. Daneben hatte Sowjetrußland auf seinem eigenen Gebiet eine besondere Umgehungslinie nach Wladiwostok gebaut; dennoch war es auch auf der mandschurischen Linie Aktionär geblieben und beschäftigte hier russisches Personal.



In der Folgezeit entbrannt zunächst ein Kampf um die in Charbin abzweigende Linie über Mukden, die von hier aus einerseits nach Dairen und Peiping, andererseits in das japanische Korea führt. Die Besitzverhältnisse an dieser Bahn waren für Rußland, China und Japan gleich wichtig. Dazu kam die gewaltige Bevölkerungszunahme Japans (vgl. unsere Statistik der Bevölkerungszahlen), für die das Inselreich viel zu klein geworden war: Die 64 Millionen verlangten gebieterisch nach Ausdehnungsmöglichkeiten. Sie waren ihnen jedoch nach Osten — nach den Vereinigten Staaten zu — verschlossen, da hier 1925 eine Einwanderungsperrre für alle Japaner ausgesprochen war. Auch Kanada und Australien schlossen sich gegen Japan ab. Es blieb also zunächst nur die Mandschurei, wo Japan sowohl politisch wie wirtschaftlich immer stärker vordrang. Diese erhöhte Aktivität Japans beantwortete das neu erwachende China an seinen Grenzen mit dem Boykott der japanischen Waren. Die Ereignisse folgten nun rasch aufeinander:



Juli

169 Finanzskandale in Frankreich. Pariser Polizisten werden bei Unruhen sogar von Kindern mit angegriffen. Im Zusammenhang mit einer Reihe von Finanzskandalen (Oustric-Hannu usw.), bei deren gerichtlicher Klärung festgestellt wurde, daß hohe und höchste Beamte der französischen Regierung in die Angelegenheit verwickelt waren, kam es im Juli 1931 in den Straßen von Paris zu tumultuarischen und blutigen Demonstrationen.



Juli

170 Bankenpanik. Die aufgeregte Menge vor einer geschlossenen Sparkasse. Im Mai 1931 schloß die Österr. Kreditanstalt ihre Schalter. Sehr rasch griff die Krise auf Deutschland über, dessen Schulden bei 10 Milliarden Reparationsleistungen seit 1924 auf ca. 18,2 Milliarden netto angewachsen waren. Am 11. Juli 1931 stellte man auch die Danub-Bank ihre Zahlungen ein. Daraufhin wurde Schließung aller Banken bis 5. August 1931 verfügt. Ungehobene Geldknappheit.



August

171 Unruhen in Amerika. Polizei bei Verhaftung eines Demonstranten. Immer mehr prägt sich im Verlauf des Jahres 1931 die Weltwirtschaftskrise auch in U.S.A. aus. Polizeikräfte und sogar Truppen mußten aufgebieten werden, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. In Erkenntnis der letzten Ursachen dieses Zustandes hatte Präsident Hoover im Juni 1931 das „Weltfeierjahr“ (Ruhe der Reparationen) verkündet.



August

172 Schiffstriedböle in Deutschland. Außer Dienst gestellte Fahrzeuge im Rheinhafen von Duisburg-Ruhrort. Die verhängnisvollen Auswirkungen des Youngplans und der Ausfall zahlreicher Exportmöglichkeiten hatten nicht allein die deutsche Seeschifffahrt, sondern auch die Binnenschifffahrt aufs schwerste getroffen. Im August des Jahres 1931 lagen etwa $\frac{1}{3}$ aller deutschen Flußfahrzeuge still.



September

173 Französische Minister in Berlin. Von links nach rechts: Poncet (französischer Botschafter in Berlin), Laval und Briand. Durch den Zusammenbruch der deutschen Banken sahen sich auch England und Frankreich außerstande, ihre Verpflichtungen gegenüber U.S.A. zu erfüllen. Die Staatsmänner Europas versuchten, durch persönliche Fühlungsnahme einen Ausweg zu finden. Hierbei erfolgte am 27. September 1931 der erste Besuch französischer Minister seit 1875 in Berlin.



September

174 Indienkonferenz in London. Gandhi auf der Round-Table-Konferenz am 14. September 1931 in London, die zu keinem Ausgleich der bestehenden Gegensätze führte. Schon während des Weltkrieges machte sich in Indien eine starke Selbstständigkeitsbewegung gegen die englische Herrschaft bemerkbar. Ihr geistiger Führer war Mahatma Gandhi, der immer erneut zum Widerstand ohne Gewalt und zum wirtschaftlichen Boykott der englischen Waren aufforderte.

Im Juni 1931 lehnt China den neuernannten japanischen Generalkonsul für Charbin ab; gleichzeitig ermorden Soldaten des chinesischen Generals Tschang den japanischen Hauptmann Nakamura auf mandschurischem Gebiet.

Im Juli 1931 erhält die Boykottbewegung gegen Japan in allen großen Städten Chinas ein offizielles Gepräge.

Im August 1931 wird der Patriotenklub der Japaner in Tsingtau von Chinesen attackiert, wobei Blut fließt.

Im September 1931 werden die Gleise der südmandschurischen Bahn, die für den japanischen Handel geradezu eine Lebensnotwendigkeit bedeuten, von chinesischen Truppen gesprengt, worauf es zu kriegerischen Zusammenstößen kommt. Der japanische General befiehlt den Vormarsch zum Schutz der japanischen Siedler in der Mandschurei und der Bahn. Am 19. September 1931 besetzt Japan den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Mukden. Die chinesischen Truppen ziehen sich zurück, China protestiert beim Völkerbund (vgl. Januar 1932).

21. 9. England verläßt den Goldstandard, um auf dem internationalen Wirtschaftsmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Nicht zuletzt ist diese Maßnahme gegen die beginnende Einfuhr billiger japanischer Waren erforderlich. Die nordischen Länder, im besonderen Schweden, Dänemark und Norwegen, schließen sich diesem Vorgehen an.

Oktober 1931

1. 10. Zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise richtet die Reichsregierung jetzt sogenannte *Stadttrandsiedlungen* ein. Jede Stelle umfaßt etwa 1000 qm Gartenland, halb für Kartoffeln, halb für Gemüse und Obstbau bestimmt. Das Siedlungshäuschen muß durch Selbst- und Nachbarhilfe für RM. 2500,— erbaut und für Kleinviehhaltung eingerichtet werden. Das Baukapital wird vom Reich vorgeschossen (48 Millionen) und vom Siedler verzinst und amortisiert. Bis Mai 1932 wurden insgesamt etwa 19 200 Stadttrandsiedlungen errichtet und hier ca. 96 000 Menschen untergebracht. Die Siedelstellen an den Stadträndern sollten einen zusätzlichen Lebensunterhalt bei halbwöchiger Berufsarbeit ermöglichen.

9. 10. Brüning bildet sein Kabinett um: der linke Flügel des Zentrums unter Wirth scheidet aus. Reichswehrminister Groener übernimmt nun auch das Innenministerium. Dadurch wird die politische Machtstellung der Reichswehr nach außen hin stark unterstrichen, dieser droht allerdings nun auch die Gefahr, in die Krise des Staatssystems verwickelt zu werden.

10. 10. Adolf Hitler wird vom Reichspräsidenten zum *erstenmal empfangen*. An dieser Aussprache, die Staatssekretär Meißner angeregt hatte, und die eine Dreiviertelstunde dauert, nimmt auch Göring teil. Hindenburg äußert nach dem Besuch, daß eine grundlegende Trennungslinie zwischen ihm und Hitler nicht vorhanden sei. Eines Tages werde Hitler an der Regierung teilnehmen müssen.

11. 10. Die *Harzburger Tagung* unter dem Schutz des Landes Braunschweig (vgl. Bild 175 und 176).

Hier vereinigen sich die Nationalsozialisten, Deutschnationalen und der „Stahlhelm“ als „Nationale Opposition“ zu einer gewaltigen Kundgebung. Sie fordern, daß Macht und Verantwortung in ihre Hände zu legen sei.

13. 10. *Zusammentritt des Reichstages:* Hierbei sagt Brüning der „Harzburger Front“ scharfen Kampf an. Diese Stellungnahme benutzt die preußische Regierung, um gegen die ihr sehr un bequem gewordenen nationalen Kräfte scharfer vorzugehen; sie erläßt ein Uniformverbot; auch die übrigen Länder folgen — bis auf Braunschweig. Hier wird daher am 18. Oktober 1931 ein großes *S.A.- und SS-Treffen* mit 100 000 Teilnehmern abgehalten. Bis zur braunschweigischen Grenze müssen die S.A.-Männer in „Zivil“ fahren. Eine ausländische Zeitung schreibt bei dieser Gelegenheit: „Brüning ist nicht mehr Deutschland, Deutschland ist Hitler. Diese Hunderttausende sind eine politische Macht.“ Es folgen viele Monate eines sehr unerquicklichen inneren Kampfes. Er artet bei den Behörden vielfach in Schikanen aus und wird auch auf der anderen Seite mit großer Erbitterung geführt.

17. 10. Die englischen Wahlen ergeben einen großen Sieg der konservativen Partei. MacDonald muß sein Kabinett umbauen.

November 1931

24. 11. Von den sozialdemokratischen Gewerkschaften und dem Reichsbanner wird die „Eiserne Front“ gegründet. Demgegenüber gelingt es der NSDAP., bei den hessischen Landtagswahlen die Mandate zu verdoppeln. In der Bevölkerung erkennt man jetzt deutlich, wohin die Dinge treiben. Adolf Hitler richtet im Kaiserhof in Berlin — gegenüber den Amtsräumen der Regierung in der Wilhelmstraße — sein Quartier ein.

Hochschutzzölle in England.

In der Zeit vom 15. November bis 19. Dezember 1931 führt England seine 50%igen Wertzölle ein, „um die über-

mäßige Einfuhr von Fertigwaren abzuräumen“. Die übrigen Staaten folgen mit Hochschutzzöllen, Kontingentierungen in der Einfuhr, Wertzollerhöhungen, Kündigen von Handelsverträgen usw.

Dezember 1931

1. 12. Im Hinblick auf die Gestaltung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland erläßt die Reichsregierung auch ihrerseits eine Notverordnung zur Regelung der Zölle.

Aufkeimende Gefahr für Europa durch eine Verbindung zwischen Japan und dem Islam.

Während die europäischen Staaten sich nicht zu einigen vermögen, beginnen die Völker des Ostens immer mehr zu erstarken. Die Türkei unter Kemal Pascha gewendet zusehends und weist jede Bevormundung seitens der westlichen Staaten von sich. Das gleiche gilt von Persien unter Riza Chan (vgl. 19. 3. 1924). Hier ist inzwischen ein durchaus moderner Staat entstanden, der wehrhaft seine eigene Politik treibt. Auch die Bildung eines völlig unabhängigen Reiches Arabien unter Ibn Saud (vgl. 8. 1. 1926) hat um diese Zeit gewaltige Fortschritte gemacht. Dieser weiblickende König hatte nach der Vereinigung seines wahabittischen Stammeslandes mit dem Heidschas das Emirats von Assir erobert und streckt jetzt seine Hände nach dem Jemen-Gebiet aus, das dicht vor den Toren Adens liegt. Einst hatte er mit finanzieller Unterstützung der Engländer sich eine moderne Armee mit Flugzeugen und Tanks geschaffen; jetzt bedroht er durch seine Eroberungen die Verbindung Englands mit Indien und erweitert auch in religiöser Beziehung seinen Einfluß. — Weiter im Osten ist um die Jahreswende 1911/12 Japan im Begriff, sein erstes Ziel — die Bildung eines Vasallenstaates Mandschukuo — zu erreichen (vgl. 28. 1. 1912). Schon beginnt es über die Mongolei und Ostturkestan durch wirtschaftliche Verknüpfung den mohammedanischen Völkern die Hand zu reichen.

Das Jahr 1931 schließt für die Welt, im besonderen aber für Deutschland, schlecht ab. Das Anwachsen der innerpolitischen Spannungen zeigt die Zahl derjenigen, die den Tod für die nationalsozialistische Bewegung erlitten:

1924	4	1929	9
1925	5	1930	17
1926	4	1931	42
1927	5	1932	84
1928	5		

Die Zahl der Verletzten aus der Reihe der NSDAP. belief sich im Jahre 1931 auf 6000 bei einer Zahl von etwa 800 000 Mitgliedern.

Die *Arbeitslosen* waren am Ende des Jahres auf 5 Millionen angestiegen, d. h. auf weit über ein Viertel der gesamten Arbeiterschaft.



Oktober

175 Die Harzburger Tagung I. Adolf Hitler mit seinen Getreuen. Die drei Führer der Nationalen Opposition, Hitler, Seldte und Hugenberg, vereinigten sich Anfang Oktober 1931 zu einer Kampffront und veranstalteten am 11. Oktober 1931 in Bad Harzburg eine gewaltige Kundgebung. Am Tage vorher hatte die erste Begegnung Hitlers mit Hindenburg stattgefunden, die Staatssekretär Meißner angeregt hatte.



Oktober

176 Die Harzburger Tagung II. Seldte und Hugenberg in Bad Harzburg. Am 9. Oktober 1931 war ein sog. Präsidialkabinett gebildet worden. Auch gegen dieses richtete sich die Kundgebung der „Nationalen Opposition“ (Hitler, Seldte, Hugenberg) in Bad Harzburg am 11. Oktober 1931, die Hugenberg in die Worte faßte: „Es ist eine neue Welt im Aufstieg, wir wollen auch nicht mehr!“



November

177 Kriegsgefahr im Fernen Osten. Japanische Vorposten im Gefecht in einem Vorort von Mukden im November 1931. Der seit April 1928 eingesetzten chinesisch-nationalen Regierung (s. Bild 121) gelang es nicht, die Ruhe aufrechtzuerhalten. Sie konnte auch nicht den Knotenpunkt der mandchurischen Bahnen, Mukden, sichern, was Japan veranlaßte, diese Stadt am 19. September 1931 zu besetzen. Es kam dabei zu blutigen Gefechten zwischen Japanern und Chinesen.



November

178 Die militärische Erziehung der italienischen Jugend. Eine Truppe der faschistischen „Balilla“ beim Exerzieren. Eines der wesentlichsten Punkte im Programm Mussolinis bildete die militärische Jugenderziehung. Demgegenüber betonte die Kirche, daß auch sie ein Recht habe, auf die Erziehung einzuwirken. Über diese Frage kam es zu schweren Zerwürfnissen zwischen Mussolini und der Kurie, bis man Ausgang des Jahres zu einer Einigung gelangte (vgl. Bild 184).



Dezember

179 Mit dem U-Boot „Nautilus“ nach dem Nordpol. Nicht allein mit dem Luftschiff, sondern auch im U-Boot versuchte man den Nordpol zu erreichen. Der Amerikaner Wilkens ließ ein altes U-Boot der USA-Marine umbauen. Schon auf dem Wege nach Norwegen stellte sich aber die Seuntüchtigkeit des Bootes heraus. Es wurde wegen völliger Unbrauchbarkeit am 26. Dezember 1931 bei Bergen von seinem Besitzer versenkt.



Dezember

180 Die Mönche von St. Bernhard ziehen nach Tibet. Ein Auswanderermönch mit den weitbekannten „Bernhardinerhunden“. Im Jahre 1962 wurde auf dem Großen St. Bernhard ein Hospiz gegründet, das als Rettungsstation für Verirrte Welberühmtheit erlangte. Die neuen Verkehrsmittel machten es aber überflüssig. So entschloß sich die Mehrzahl der Mönche im Dezember 1931, ihre fast tausendjährige Heimat zu verlassen, um nach Tibet überzusiedeln.

Januar 1932

In ganz Deutschland kommt es Mitte des Monats infolge des plötzlich einsetzenden Tauwetters zu gewaltigen Überschwemmungskatastrophen.

22. 1. In Moskau wird der zweite russische Fünfjahresplan bekanntgegeben. Durch den ersten Plan war neben der Aufhebung des freien Bauerntums eine große militärische Verstärkung erreicht. Der zweite Plan sieht vor allem eine Verbesserung der Warenqualität, eine bedeutende Erhöhung der Roheisen- und Erdölgewinnung und des Maschinenbaues vor. In der Landwirtschaft soll eine Vergrößerung des gesamten Ernteertrages erzielt werden.

25. 1. Zwischen Polen und Rußland wird ein Nichtangriffspakt unterzeichnet.

28. 1. Ausbruch des japanisch-chinesischen Krieges.

Nach der Besetzung Mukdens (vgl. 19. 9. 1931) hatten die Japaner von Seiten Chinas einen stärkeren Widerstand erwartet. Dieser erfolgte jedoch nicht. General Tschang „schonte“ seine Truppen und überließ die Kämpfe gegen die japaner chinesischen Räuberbanden. Während inzwischen der Völkerbund ergebnislos zu vermitteln suchte, setzten die Japaner ihren Vormarsch vom Süden bis zum Norden der Mandschurei fort, ließen am 2. Januar 1932 in Charbin den Staat Mandschukuo ausrufen und setzten hier einen regierenden Ausschuß ein. Dieser wählte am 18. Februar den letzten Kaiser von China, Pu Yi, zum Regierungschef und Präsidenten.

Aber nicht nur in der Mandschurei, sondern auch in der Gegend von Schanghai unternahm Japan jetzt ernsthafte Schritte, um seine Siedler zu sichern. Bei dieser Gelegenheit stößt am 28. Januar 1932 japanische Marineinfanterie bei Schanghai auf reguläre chinesische Truppen; die daraus entstehenden Kämpfe ziehen sich mit kurzen Unterbrechungen zunächst bis zum 5. Mai 1932 hin (vgl. 25. 8. 1932). Überall sind die Japaner im Vorteil.

Februar 1932

2. 2. Eröffnung einer Abrüstungskonferenz in Genf. Hierbei sind 54 Staaten vertreten. Die Beratungen dauern länger als ein Jahr, ohne daß es zu praktischen Ergebnissen kommt (vgl. 14. 9. 1932).

6. 2. Litauischer Staatsstreich im Memelgebiet. Der deutschgesinnte Präsident des Landesdirektoriums, Böttcher, wird abgesetzt und verhaftet. Ein Litauer wird zum Präsidenten bestellt.

16. 2. In Frankreich wird aus innerpolitischen Gründen das Kabinett Laval gestürzt. Ministerpräsident wird Tardieu.

26. 2. Adolf Hitler wird zum Regierungsrat bei der nationalsozialistischen Braunschweiger Regierung ernannt und erwirbt dadurch die deutsche Staatsangehörigkeit. Er wird der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin zugeweiht.

März 1932

7. 3. Briand stirbt in Paris.

Aristide Briand wurde 1862 geboren, ging 1891 als Advokat nach Paris und wurde 1902 Abgeordneter. Als Unterrichtsminister (seit 1906) führte er in Frankreich die Trennung von Kirche und Staat durch. Nach Clemenceaus Rücktritt bildete er sein erstes Kabinett (Juli 1909 bis Februar 1911). 1912 war er Justizminister im Kabinett Poincaré. Im Jahre 1913 war er von neuem auf kurze Zeit Ministerpräsident. Während des Weltkrieges wurde er im Oktober 1915 wiederum an die Spitze der Regierung gestellt; jedoch rückte ihn der Mißerfolg des Saloniki-Unternehmens im März 1917 zum Rücktritt. Seit 1921 hat er dann fast ständig teils als Ministerpräsident, teils als Außenminister in sehr geschickter Weise die französische Politik vertreten. Im besonderen hat er 4 1/4 Jahre lang den deutschen Außenminister Strassmann in der Frage der Rheinlandräumung hingehalten.

13. 3. Erster Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl.

Im Frühjahr 1932 ist Hindenburgs 7jährige Amtszeit abgelaufen. Schon im Dezember 1931 hatte die Regierung Brüning bei Hitler angefragt, unter welchen Bedingungen er für die Wiederwahl des Feldmarschalls eintreten könnte. Hitler machte seine Zustimmung von einer Garantie für die Änderung des Reichskurses abhängig. Dies lief praktisch auf Neuwahlen zum Reichstag hinaus, was Brüning jedoch vermeiden wollte. Es kam zu keiner Einigung; dennoch nahm Hindenburg am 15. Februar — um sich bis zum letzten Atemzug in den Dienst des Vaterlandes zu stellen — die neue Kandidatur an. Am 13. März kommt es zum ersten Wahlgang. Inzwischen ist die Harzburger Front auseinandergebrochen: Der Stahlhelm hat Duesterberg, die NSDAP. Hitler aufgestellt. Hindenburg erhält 18,6 — Hitler 11,5 — Duesterberg 2,5 — Thälmann (Kommunist) 4,9 Millionen Stimmen. Die verfassungsmäßige Entscheidung ist damit nicht gefallen (vgl. 10. 4. 1932).

April 1932

Anfang d. M. Die Reichsregierung stellt für Stadttrandsiedlungen wiederum 25 Millionen RM. zur Verfügung, welche die Errichtung von etwa 10 000 Stellen und die Unterbringung von etwa 50 000 Menschen ermöglichen. Diese Stadttrandsiedlungen sind jedoch mit den ganz anders gearteten nationalsozialistischen Siedlungsplänen nicht zu verwechseln.

Stahlhelmaufmarsch in Berlin. 200 000 Teilnehmer. Inzwischen sind auch hier Jugendorganisationen gegründet worden.

10. 4. Zweiter Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl. Hindenburg erhält 19,5 — Hitler 13,4 — Thälmann 5,7 Millionen Stimmen. Durch diese Stichwahl wird Hindenburg zum zweitenmal Reichspräsident. Gleichzeitig scheint damit die Regierung Brüning gesichert.

13. 4. Verbot der SA. und SS.

Sofort nach dem Wahlkampf hat Hitler die Losung ausgegeben, daß „der Kampf ohne Pause weitergeht“. Dem-

gegenüber holt jetzt die Reichsregierung zu einem großen politischen Schlag aus. Die preußische Regierung Braun-Severing hatte in den Büros der NSDAP. Haussuchungen veranstaltet und das gefundene Material mit entsprechenden Erläuterungen der Reichsregierung übergeben, indem sie den Hitlerformationen „Wehrverrat“ unterstellte. Groener, der in seiner Person das Wehrministerium mit dem Reichsinnenministerium vereinigt, wartet eine sachliche Prüfung dieses Materials nicht ab; er erzwingt jetzt die Auflösung und das Verbot der „Privatarmee Hitlers“.

Welche Tragweite diese Maßnahme besitzt, ergibt sich aus den Zahlen: Damals umfaßten die SA. und SS. neben ihren Reserven, Motor-, Marine- und Reiterstürmen, ihren Kraftfahrkorps, Sanitatskolonnen, Führerschulen und Zeugmeistereien bereits eine Gemeinschaft von etwa einer halben Million. Jetzt werden ihre Heime und Mittagsküchen geschlossen und den Stellunglosen unter ihnen die letzte Betätigung entzogen. Hitler erhebt gegen diese Maßnahme sofort Einspruch und strengt beim Reichsgericht in Leipzig einen Prozeß an.

Aber auch der damalige Chef des Ministeramtes im Wehrministerium Groener widerspricht diesen Maßnahmen. Als er damit nicht durchdringt, sucht er den Weg zum Reichspräsidenten und bereitet hier den Sturz der derzeitigen Reichsregierung vor.

24. 4. Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg. Sie bringen der NSDAP. einen neuen gewaltigen Gewinn.

Im Vordergrund des politischen Interesses hatten die Preußenwahlen gestanden. Hier hatte der alte Landtag in seiner letzten Sitzung beschlossen, daß ein Ministerpräsident fortan nur mit absoluter Mehrheit gewählt werden könne, während bisher im zweiten Wahlgang nur relative Mehrheit erforderlich war. Diese Änderung der Geschäftsordnung zielte bewußt auf Lahmlegung der preußischen Staatsführung hin; denn es war vorzusehen, daß der künftige Landtag für die NSDAP. zwar eine relative, nicht aber eine absolute Mehrheit ergeben werde.

In der Tat bringt die Wahl einen Aufstieg der Nationalsozialisten auf 162 Mandate, einen Abstieg der Sozialdemokratie auf 94. Zum erstenmal hat damit die Hitlerbewegung auch in Preußen das Übergewicht. Die Regierung Braun-Severing tritt nun zwar offiziell zurück, erklärt aber, sie werde sich um kein Mißtrauensvotum mehr kümmern. Sie werde weiterregieren, bis der neue Ministerpräsident gewählt sei — nach dem vorliegenden Beschluß vorläufig ein Ding der Unmöglichkeit.

Mai 1932

6. 5. Staatspräsident Doumer wird ermordet (vgl. 15. 5. 1931 und Bild 189). Sein Nachfolger wird Lebrun.

Mitte d. M. Reichspräsident v. Hindenburg hat gefordert, daß sich die Nachprüfung des Verbotes der Hitler-



Januar

181 Verkündung des 2. russischen Fünfjahresplanes. Das Gesetz wird in den Straßen von Moskau vorlesen. Der 1929 veröffentlichte 1. Fünfjahresplan zur Stabilisierung der russischen Wirtschaftsverhältnisse hatte bei weitem nicht den erhofften Erfolg gebracht. Januar 1932 mußte ein zweiter verkündet werden; aber auch dieser scheint nicht die Erfüllung der gesetzten Ziele zu bringen.



Januar

182 Die Folgen von Versailles in USA. Arbeitslose, die an Unruhen beteiligt waren, sehen ihrer Aburteilung entgegen. Auch das „Weltfeierjahr“, welches Präsident Hoover im Juni 1931 verkündet hatte, vermochte die Weltwirtschaftskrise nicht zu mildern. Immer mehr zeigte sich, daß die eigentliche Ursache aller Schwierigkeiten im Versailler Vertrag lag. Auch in USA. füllten sich die Gefängnisse infolge fortgesetzter Teuerungskrawalle.



Februar

183 Die Abrüstungskonferenz in Genf. Luftabwehr aus einem modernen englischen Tank. Beides ist für Deutschland verboten. Während Deutschland die Abrüstung restlos durchgeführt hatte, verstärkten die anderen europäischen Länder entgegen den von ihnen übernommenen Verpflichtungen dauernd ihre Rüstungen. Auf der Abrüstungskonferenz in Genf, die am 2. 2. 1932 begann, wurde erfolglos über das Zugeständnis der Gleichberechtigung Deutschlands verhandelt.



Februar

184 Mussolini beim Papst. Der Diktator nach dem donkwürdigen Empfang an den Pforten des Vatikans. Um sich mit der Kirche völlig auszugleichen, hatte Mussolini im August 1931 die Hand zu einer Regelung in der bis dahin unstrittenen Frage der Jugendverziehung geboten (vgl. auch Bild 178). Die Kirche ging auf seine Vorschläge ein. Um die völlige Ausführung zu dokumentieren, wurde der Duce am 11. Februar 1932 vom Heiligen Vater feierlich empfangen.



März

185 Der japanisch-chinesische Krieg. Einmarsch der Amerikaner im März 1932 in Shanghai. Japan hatte am 28. Januar 1932 Shanghai besetzt, was zu heftigen kriegerischen Auseinandersetzungen mit China führte. Das japanische Endziel war die Eroberung und Unabhängigkeitserklärung der Mandschurei. Inzwischen sahen sich Amerika, England, Frankreich und Italien gezwungen, Truppen zum Schutz der internationalen Niederlassungen zu landen.



März

186 Die Schlacht bei Shanghai. Japanische Soldaten in Feuerstellung unter Deckung eines Bambusgehölzes. Am 29. Februar 1932 kam es zwischen der japanischen und chinesischen Armee zu einer entscheidenden Schlacht bei Shanghai, die bis zum 2. März dauerte. Besonders hartnäckig wurde um die Wusungforts und bei Kiangwan gekämpft. Der Waffenstillstandsvertrag vom 5. Mai 1932 beendete zunächst die Feindseligkeiten (siehe auch Bild 185) zum Vorteil für Japan.

verbände ebenfalls auf die Wehrorganisationen der Linken — Reichsbanner und Eiserner Front — erstrecken solle. Groener weicht aus und versucht, im Reichstag seine Politik zu vertreten, findet aber in Göring einen überlegenen Gegner. Seine Rede mißlingt inhaltlich wie rhetorisch. Da er auch des Vertrauens des Reichspräsidenten nicht mehr sicher ist, so tritt er zunächst als Wehrminister zurück. Als Reichsinnenminister wird er von Brüning zunächst noch gehalten (vgl. 50. 5. 1932).

20. 5. Kabinett Dollfuß in Österreich.

Die österreichische Außenpolitik der Nachkriegszeit war vor allem von den Bundeskanzlern Schober und Seipel geleitet worden. Die große Inflationskrise und die Weltwirtschaftskrise hatten auch hier viele Opfer gefordert. Nach dem Rücktritt Schobers als Vizekanzler und Außenminister im Januar 1932 bildete auf kurze Zeit der christlich-soziale Buresch eine neue Regierung; sie muß aber jetzt einem neuen Kabinett unter Dollfuß Platz machen. Diesem fällt als erste Aufgabe die Wiederherstellung der österreichischen Finanzen zu (vgl. 12. 2. 1934).

30. 5. Rücktritt Brünings.

Reichspräsident von Hindenburg hat sich inzwischen auf sein Gut Neudeck begeben und prüft hier — getrennt von Berlin — die innerpolitische Lage des Reichs gründlich durch. Währenddessen nimmt Reichskanzler Brüning an Verhandlungen in Genf teil, welche die Reparations- und die Abrüstungsfrage betreffen. Es fällt seine bekannte Äußerung, daß er sich „100 Meter vor dem Ziel befände“. Im Juni soll in Lausanne eine abschließende Reparationskonferenz stattfinden. Hierfür will sich Brüning vom Reichspräsidenten jedwede Vollmacht geben lassen, die ihm zugleich auch die innerpolitische Stabilität garantiert. Hindenburg lehnt jedoch den Empfang des Kanzlers in Neudeck ab, kehrt nach Pfingsten nach Berlin zurück und nimmt jetzt den Vortrag Brünings entgegen. Hierbei fordert er das Ausscheiden Groeners auch als Innenminister. Als unter diesen Umständen Brüning seinen Rücktritt in Aussicht stellt, nimmt Hindenburg diesen an.

Juni 1932

1. 6. Franz von Papen wird Reichskanzler.

1879 in Werl in Westfalen geboren, Ulanenoffizier, Militärattaché in Washington, 1918 Generalstabschef in Palästina. Nach dem Kriege gehört er dem rechten Flügel der Zentrumspartei an, war Rittergutsbesitzer und zugleich Zeitungverleger und hatte umfangreiche Beziehungen in großindustriellen und katholischen Kreisen.

Er bildet ein „Kabinett der nationalen Konzentration“. Reichswehrminister: v. Schleicher, Reichsinnenminister: Freiherr v. Gays (deutschnational). Schon vorher hat v. Papen auch mit der NSDAP. vertrauliche Fühlung gesucht. Jetzt wird Hitler zu Hindenburg gebeten, um zu beraten, unter welchen Bedingungen eine Mitwirkung seiner Bewegung möglich sei. Hitler will der „Präsidential-

regierung“ als Übergangskabinet nicht feindlich im Wege stehen, fordert aber sofortige Auflösung des Reichstages und als selbstverständliche Voraussetzung dieser Tolerierungspolitik die Aufhebung des SA.-Verbotes.

4. 6. v. Papen löst den Reichstag auf und setzt Neuwahlen für den 31. Juli des Jahres fest.

15. 6. Das SA.- und SS.-Verbot wird aufgehoben, der Rundfunk wird für die NSDAP.-Führer freigegeben. Gleichzeitig wird eine Notverordnung gegen politische Ausschreitungen erlassen.

16. 6. (bis 9. 7.) *Reparationskonferenz in Lausanne.* Es ist die 55. Konferenz dieser Art. Als deutsche Delegierte nehmen v. Papen und Außenminister v. Neurath daran teil. Eine Wiederaufnahme der Zahlungen nach dem Youngplan hat sich inzwischen als unmöglich herausgestellt. Der deutsche Reichskanzler fordert jetzt die völlige Aufhebung dieses Planes. „Die Reparationen waren ursprünglich zum Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete bestimmt. Inzwischen haben sich ihre Wirkungen in das Gegenteil verkehrt; sie bauen nicht auf, sondern sie zerstören. Die Zeit der Experimente, der Atempausen, der Vertagungen ist endgültig vorbei. Es muß jetzt ganze Arbeit geleistet werden.“ Demgegenüber verlangen die Franzosen noch mindestens 4 Milliarden Mark. Nach hartnäckigem Handeln einigt man sich auf 5 Milliarden. Diese sollen nach dreijähriger Pause gezahlt werden, wenn die alten Reparationsanleihen wieder mit 90% ihres Wertes behandelt würden; sollte dieser Fall innerhalb 15 Jahren — also bis zum Jahre 1947 — nicht eintreten, so würde der Anspruch ganz erlöschen. Eine solche Abschlußzahlung würde mittels einer Anleihe beschafft werden. Damit ist der Youngplan, der einst so viel Staub aufgewirbelt hatte, endgültig begraben.

Auf der gleichen Konferenz wird auch Österreich ein Transfermoratorium bewilligt. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen unterzeichnet Dollfuß am 15. Juli 1932 das Lausanner Anleiheprotokoll und verzichtet damit endgültig auf den Anschluß an Deutschland.

Juli 1932

13. 7. Bekanntgabe eines englisch-französischen Konsultativpaktes, d. h. die betreffenden Mächte wollen sich gegenseitig bei eintretenden Schwierigkeiten beraten.

16. 7. Erweiterung des Freiwilligen Arbeitsdienstes.

Bis zum Juni 1932 waren etwa 60 000 Arbeitsdienstfreiwillige in allen Gegenden Deutschlands in voller Tätigkeit. Jetzt erweiterte die Reichsanstalt die Zulassung zu diesem Dienst durch Vermehrung der Mittel: Nunmehr darf jeder bis zu 25 Jahren — also auch die Empfänger von Wohlfahrtsunterstützungen — an dieser Einrichtung teilnehmen.

Überall treten jetzt verschärfte Devisensperren in Kraft, so daß die Auslandsforderungen ganzer Länder „einfrieren“. Das Streben nach „Autarkie“ — man versteht darunter

den Zustand der Selbstgenügsamkeit eines Landes, das alles erzeugt, was es verbraucht, aber nur so viel, als es verbrauchen kann — erreicht überall den Höhepunkt. Man strebt aufs eifrigste danach, weder auf die Einfuhr noch auf die Ausfuhr von Waren angewiesen zu sein. Voran gehen die Vereinigten Staaten und Rußland, die von Natur aus durch ihre ungeheure Ausdehnung hierfür veranlagt sind. Auch Großbritannien verfolgt mit der Ausgestaltung des britischen Reichshandels jetzt in verstärktem Maß dieses Ziel.

17. 7. Blutiger Sonntag in Altona.

Linksradikele Elemente überfallen Angehörige der Hitlerbewegung. Die Unsicherheit auf der Straße und die äußerste gespannte innerpolitische Lage treten dadurch unvermittelt klar in Erscheinung.

20. 7. Absetzung der preußischen Regierung Braun-Severing.

Nach den Schießereien in Altona entwickelt sich zwischen Reichs- und Preußenregierung ein offener Konflikt. Letztere hatte bisher den Schutz der Rechtsverbände planmäßig vernachlässigt und offen die Linksverbände begünstigt. Ja, sie hatte ihr Polizeirecht dazu benützt, die Aufhebung des SA.-Verbotes praktisch dadurch unwirksam zu machen, daß sie ein Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel erließ. Ähnlich waren auch die süddeutschen Länderregierungen vorgegangen. In München wurden sogar Landtagsabgeordnete der NSDAP., die in Uniform erschienen, von der Kriminalpolizei aus dem Hause gewiesen. Daraufhin hatte die Reichsregierung, um ihre Autorität zu wahren, eine Notverordnung erlassen, die das Polizeirecht der Länder beschränkte; diese aber fand den heftigsten Widerstand Bayerns, das sich einen solchen Eingriff in seine Sonderbelange nicht gefallen lassen wollte.

Jetzt greift das Kabinett v. Papen energisch zu, und zwar zunächst in Preußen: Hier verkündet am 20. Juli eine Notverordnung die Berufung des Reichskanzlers zum Reichskommissar. Als seinen Stellvertreter bestimmt v. Papen den ihm befreundeten Essener Oberbürgermeister Bracht. Er erklärt diese Maßnahme damit, daß „der begründete Verdacht besteht, daß den hohen preußischen Behörden das Zielbewußtsein für den Kampf gegen die kommunistische Bewegung fehle“. Der politische Eindruck dieses Erlasses ist außerordentlich. Severing weigert sich, sein Amt niederzulegen, und erklärt, er werde nur der Gewalt weichen. Am gleichen Tage wird daher über Berlin und die Provinz Brandenburg der Ausnahmezustand verhängt. Die Reichswehr besetzt die wichtigsten preußischen Behörden. Durch „einen Leutnant und 10 Mann“ werden der preußische Ministerpräsident Braun, Innenminister Severing, der Berliner Polizeipräsident Grzesinski und sein Vizepräsident Weiß ihrer Ämter entsetzt bzw. in Schutzhaft genommen. Da die preußischen Staatsminister, soweit sie nicht des Amtes enthoben sind, eine Zusammenarbeit



April

187 Die innerpolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland. Verbinden Verwundeter nach dem politischen Kampf. 1932 erreichen die Gegensätze einen letzten Höhepunkt. „Reichsbanner“ und „Eiserne Front“ kämpfen mit der Regierung Brüning-Groener gegen die Wehrorganisationen der Hitlerpartei. 11. April 1932: Aufhebung der S.A. und S.S., Uniformverbot. Erst die neue Regierung von Papen hebt diese Bestimmungen am 11. Juni wieder auf.



April

188 Die Zuidersee trockengelegt. Die beiden Arme des Deiches im April 1932 kurz vor ihrem endgültigen Zusammenschluß. Die bedeutendste Umgestaltung der europäischen Landkarte durch Menschenhände wurde durch den 1918 von den Holländern begonnenen Damm zur Abschließung der Zuidersee von der Nordsee vorgenommen. 4100 qkm des Binnenmeeres wurden in 14jähriger Arbeit durch einen 30 km langen Abchlußdeich vom Meer getrennt und trockengelegt.



Mal

189 Präsident Doumer ermordet. Der tödlich verwundete Staatspräsident wird zum Auto getragen. Bei der Eröffnung einer Buchausstellung in Paris wurde am 6. Mai 1932 durch einen geisteskranken Russen auf den Präsidenten (seit Mai 1931) der franz. Republik, Paul Doumer, ein Attentat verübt, an dessen Folgen er starb. Sein Nachfolger wurde Labrousse.



Mal

190 König Faisal vom Irak in Berlin bei seinem Eintreffen auf dem Flughafen in Berlin-Tempelhof Mai 1932. Das früher unter türkischer Herrschaft stehende Mesopotamien war nach dem Weltkrieg unter der Mandatsverwaltung des Völkerbundes in ein arabisches unabhängiges Königreich umgewandelt worden. Die Hauptstadt dieses neuen Staates wurde Bagdad, der erste König Faisal Ibn Hussein, der 1932 eine Orientierungsexpedition nach Europa unternahm.



Juni

191 Amtsbeginn v. Papen. Die deutschen Staatsmänner vor der Abfahrt nach Lausanne. Am 30. Mai 1932 war v. Papen mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt worden. Die neue Regierung löste am 4. Juni den Reichstag und hob am 11. Juni das Uniformverbot auf. Am 16. Juni begaben sich v. Papen und v. Neurath nach Lausanne, wo auf einer internationalen Konferenz eine deutsche Reparationsrückzahlung von 1 Milliarden Mark festgesetzt wurde.



Juni

192 Politischer Anschlag in Schanghai. Der Abtransport des Attentäters. Japan hatte seit dem Russisch-Japanischen Krieg (1904/05) Korea annektiert. Seither führten Freiheitsbestrebungen zu Unruhen. Im Juni 1932 warf ein Koreaner anlässlich einer japanischen Truppenparade in Schanghai eine Bombe, bei deren Explosion ein General und ein Admiral getötet und eine Anzahl hoher Würdenträger verletzt wurden.

mit dem neuen Reichskommissar ablehnen, werden sie ebenfalls entfernt.

Die Arbeiterschaft verhält sich bei dieser Neuordnung ruhig und verzichtet auf Streiks. Schon nach wenigen Tagen kann daher der Ausnahmezustand wieder aufgehoben werden. Mit diesem Zugriff hat die Reichsregierung v. Papen den seit langem untragbar gewordenen Dualismus zwischen Preußen und dem Reich endgültig beseitigt. Auch in Süddeutschland verfehlt dieses Vorgehen seinen Eindruck nicht.

21.7. (bis 20.8.) *Große britische Reichskonferenz in Ottawa.* Die Weltwirtschaftskrise zwingt England, dessen Export durch die Autarkiebestrebungen aller Länder aufs empfindlichste leidet, zu besonderen Vereinbarungen mit den Dominions, d. h. mit den überseeischen Staaten des Britischen Reiches, denen volle Selbstregierung gewährt ist. Es fällt nunmehr durch besondere Zollerleichterungen alle diese Staaten zu einem neuen Großwirtschaftsraum zusammen.

Die Wahlen zum Deutschen Reichstage 1928 bis 1933

(vgl. auch die Aufstellung Seite 14 und 12. 11. 1935)

Die Verteilung der Abgeordnetensitze:

	1928 20.5.	1930 14.9.	1932 31.7.	1932 6.11.	1933 5.3.
Nationalsozialist. Deutsche Arbeiterpartei ..	12	107	250	196	288
Sozialdemokratie	155	145	155	121	120
Kommunistische Partei ..	54	77	89	100	(81)*
Zentrum	61	68	75	70	75
Deutschnationale Volkspartei	78	44	59	54	55
Bayerische Volkspartei ..	17	19	22	19	19
Deutsche Volkspartei ..	45	50	7	11	2
Christlich-Sozialer Volksdienst	—	14	5	5	4
Deutsche Staatspartei (Demokr. Partei)	25	20	4	2	5
Deutsche Bauernpartei ..	8	6	2	5	2
Deutsch-Hannoversche Partei	4	5	—	1	—
Wirtschaftspartei	25	25	2	2	—
Christlich-Nationale Bauern- u. Landvolkpartei (Deutsch-Landvolk)	9	19	1	—	—
Konservative Volkspartei	—	4	—	—	—
Volkrechtspartei	2	—	1	—	—
	491	577	608	584	(647) 566

* Keine Ausübung der Mandate.

31. 7. Reichstagswahl.

Die Nationalsozialisten wachsen von 107 auf 250 Mandate an. Sie haben bereits fast das ganze Bürgertum mit Ausnahme des Zentrums aufgesogen. Die Linke hingegen ist parlamentarisch noch nicht geschlagen. Sie geht etwa gleich stark aus dem Wahlkampf hervor, ist aber jetzt bereits schwächer als der Nationalsozialismus. Durch eine

„bloße Revolution des Stimmzettels“ scheint somit das große Ziel der Hitlerbewegung nicht erreicht zu werden. Dies bedarf einer staatsrevolutionären Wende. Während aber Hitler an seinem Grundsatz, die Macht nur auf legalen Wege zu erreichen, auch jetzt noch festhält, sind manche leidenschaftliche Kämpfer der Partei nicht mehr zu zügeln. Es geht ihnen zu langsam vorwärts. Man verhandelt mit der Reichswehr und fragt, ob diese auch gegen Hakenkreuzkolonnen vorgehen werde. Die Antwort ist ein unbedingtes „Ja“.

August 1932

9. 8. Notverordnung gegen den politischen Terror.

Die Reichsregierung erkennt sehr wohl die heraufziehende Gefahr. Sie will jetzt nicht nur gegen links, sondern auch gegen rechts durchgreifen und erläßt daher verschärfte Verbote: In den Unruhegebieten werden Sondergerichte eingesetzt, die in beschleunigtem Verfahren strengste Strafen verhängen sollen: Todesstrafe für blutigen Anschlag, keine Rechtsmittel, sofortige Vollstreckung. — Am Tage des Erlasses dieser Verfügung kommt es bereits in Beuthen zum Austrag eines solchen Falles (vgl. 22. 8. 1932).

11. 8. Die Weimarer Verfassung wird zum Erlaunen des nationalen Deutschland auch von der Regierung von Papen festlich begangen. Innenminister v. Gayl führt in seiner Festrede aus: „Man mag zu Einzelheiten der Weimarer Verfassung stehen wie man will. Sie ist heute der einzige Grund, auf dem alle unbeschadet ihrer weltanschaulichen und politischen Meinung stehen müssen, die einen deutschen Staat überhaupt bejahen.“

13. 8. Besuch Hitlers beim Reichskanzler v. Papen.

Auf Grund der Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 31. Juli versucht v. Papen sich mit Hitler zu einigen und bietet ihm eine Teilung der Kanzlerschaft an: Hitler soll Vizekanzler mit nahezu gleichen Rechten werden. Demgegenüber besteht Hitler auf seiner Forderung nach der ganzen Macht. Er braucht sie, um seine Ideen ungehemmt in die Wirklichkeit umzusetzen. In den Mittagstunden orientieren v. Papen und v. Schleicher den Reichspräsidenten über den Stand der Verhandlungen. Dieser wünscht Hitler hierzu auch persönlich zu hören. Eine Einigung kommt jedoch bei dieser Begegnung nicht zustande, im Gegenteil: man hat sich wieder weiter voneinander entfernt. Beim Abschied bittet jedoch der Feldmarschall den jungen Tribun, seinen Kampf ritterlich zu führen, und nimmt Abschied mit den Worten: „Wir sind beide alte Kameraden, und so will ich Ihnen auch jetzt die Hand reichen.“

Hitler zieht sich in sein Landhaus bei Berchtesgaden zurück. Die NSDAP. nimmt jetzt wieder Kampfstellung gegen die Reichsregierung ein. Dies wird zuerst offenkundig, als am 22. August das Beuthener Sondergericht fünf oberschlesische SA.-Männer (vgl. 9. 8. 1932) zum Tode verurteilt. Hitler setzt sich mit seiner ganzen Persönlichkeit gegen die Vollstreckung dieses Urteils ein.

25. 8. Japan erkennt den Mandschukuo-Staat an.

Nach der Ernennung Pu Yi's zum Präsidenten des neuen

Mandschukuo-Staates (vgl. 28. 1. 1932) hat Japan die erste Etappe seines Zieles erreicht und sichert zunächst diese: Am 5. Mai 1932 schließt es mit China einen Waffenstillstand und räumt hierbei Schanghai, die Wusungforts und Tschapei. Im Juli aber beginnt es neu vorzustoßen: Es besetzt weitere Teile von Mandschukuo und dringt in die Provinz Jehol vor. Auch erkennt es am 25. August den neuen Mandschukuo-Staat feierlich an, beruft japanische Beamte und Offiziere als Berater und gewährt dem neuen Reich eine große Anleihe.

Inzwischen hat der *Völkerbund* zum Studium des Konfliktes in Ostasien einen Kommissar — Lytton — entsandt, welcher empfiehlt, die Neuordnung im Fernen Osten nicht anzuerkennen. Japan läßt sich aber dadurch nicht beirren. Es dehnt die Besetzung von Jehol immer mehr aus, dessen wichtigste Städte im März 1933 sämtlich erobert sind (vgl. 27. 5. 1933).

28. 8. v. Papen gibt in Münster sein Wirtschaftsprogramm bekannt. Er will zur Ankurbelung der Privatwirtschaft 2 Milliarden Reichsmark auswerfen, und zwar durch Ausgabe von „Steueranrechnungsscheinen“, mit denen die Unternehmer, die diese Scheine erwerben, vom Jahre 1934 ab ihre Steuern bezahlen sollen. Daneben bestimmt die am 4. September 1932 erlassene Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft, daß derjenige Unternehmer, welcher neue Arbeiter einstellt, Vergütungen erhält und sogar die Lohntarife unterschreiten darf. Dies findet den teilweisen Widerstand der Arbeiterschaft, um so mehr, als damit die Arbeitslosigkeit nicht sofort vermindert wird. Eine neue Streikwelle ist die Folge.

30. 8. Der neugewählte Reichstag wird durch die kommunistische Abgeordnete, Clara Zetkin, als Alterspräsidentin eröffnet. Hierbei kommt es zu erregten Szenen im Reichstag und zu Unruhen auf den Straßen in Berlin.

In dieser Eröffnungsitzung wird Göring mit 567 gegen 220 Stimmen zum Reichstagspräsidenten gewählt. Im deutschen Parlament ist nun zwar eine arbeitsfähige Mehrheit wieder vorhanden; aber sie lehnt das Kabinett v. Papen ab. Dieses stützt sich in der Hauptsache nur auf die Deutschnationalen. Außerdem steht der Reichspräsident und der Reichswehrminister hinter ihm. Um seine Basis zu verbreitern, wird nunmehr eine Art Bündnis mit dem Stahlhelm abgeschlossen.

September 1932

4. 9. Reichsfrontsoldatentag des Stahlhelms, der auf Wunsch der Regierung in Berlin stattfindet.

12. 9. Auflösung des Reichstages unter dramatischen Umständen (Konflikt Göring - v. Papen). Bei der Abstimmung über einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett v. Papen erhebt sich gegen dieses eine Gegnerschaft von 515 gegen 51 Stimmen der Hugenbergpartei. Die Wahl des neuen Reichstages wird auf den 6. November 1932 festgesetzt.



Juli

193 Das Wahljahr 1932. Der damalige Reichskanzler von Papen beim Verlassen seines Wahllokals am 31. Juli 1932 (Reichstagswahl). Im Jahre 1932 ergab sich nach fortwährendem Regierungswechsel (14 Reichskanzler seit 1919) und ständig wachsender Arbeitslosigkeit eine Hochflut von Wahlen: Je zweimal mußte das deutsche Volk an die Wahlurne gehen, um Reichspräsident und Reichstag zu wählen. Außerdem fanden in sämtl. Ländern Landtags- u. Gemeindevahlen statt.



Juli

194 Elly Beinhorn, die erfolgreiche Fliegerin, am 26. Juli 1932 bei ihrer Rückkehr. Deutsche Flieger versuchten immer wieder, durch Glanzleistungen das Ausland auf die unmöglichen Luftfahrtbestimmungen des Friedensdiktates aufmerksamer zu machen. Zu diesen „Luftfahrt-Propagandisten“ gehört auch Elly Beinhorn, die 1911 ihren bekannten Afrikaflug und 1912 einen Weltflug ausführte, bei dem sie 26 Staaten besuchte.



August

195 Die vollkommen verwüstete „Niobe“, deren Wrack im August 1932 gehoben werden konnte. Die deutsche Reichsmarine wurde am 26. Juli 1932 von einem furchtbaren Unglück betroffen. In einer plötzlich aufkommenden schweren Gewitterbö heunte das einzige deutsche Marineschulschiff „Niobe“, wobei 69 hoffnungsvolle junge Menschen den Tod fanden.



August

196 Veteranenmarsch nach Washington. Eine Gruppe der Teilnehmer des Hungermarsches vor dem Capitol in Washington. In allen Staaten der Welt hatte man vielfach die Opfer des Krieges vergessen. Als in Amerika die Arbeitslosenziffer plötzlich gigantisch anstiegt, organisierten die ehemaligen Kriegsteilnehmer im August 1932 als Demonstration den „Hungermarsch nach Washington“, der aber von der Polizei mit Tränengasbomben aufgelöst wurde.



September

197 Ernst Udet, der Altmeister des Kunstfluges. Schon 1911 war Udet Führer einer Jagdstaffel und später Sieger in mehr als 60 Luftkämpfen. Er blieb auch in der Nachkriegszeit seiner „Kiste“ treu. Neuen Ruhm erwarb er sich durch Filmaufnahmen in Grönland (SOS-Eisberg). Von hier aus beteiligte er sich im September 1932 an der Rettung der amerikanischen Fliegerfamilie Hutchinson, wobei er 4 Tage verschollen blieb.



September

198 Reichsfrontsoldatentag in Berlin. Generalfeldmarschall von Mackensen beim Abfahren der Front. Am 4. September 1932 fand in Berlin unter Beteiligung von 191 000 Stahlhelmangehörigen ein Reichsfrontsoldatentag statt, wobei Bundesführer Franz Seldte erklärte, daß der Stahlhelm keine Partei sei, auch nicht die staatliche Macht, wohl aber einen machtvollen Staat fordere.

14. 9. Deutschland scheidet zum erstenmal (vgl. 14. 10. 1931) aus der Abrüstungskonferenz aus.

Die große Abrüstungskonferenz (2. Februar 1932) unter dem Vorsitz des Engländers Henderson war im Laufe des Jahres in Genf völlig festgefahren. Vor allem nach drei verschiedenen Richtungen hin hatten sich die Erörterungen bewegt: Frankreich stellte — wie so oft — die „Sicherheitsfrage“ in den Vordergrund. Es nimmt seine alte Idee einer internationalen Polizeitruppe wieder auf und verlangt für den Völkerbund den Oberbefehl über einen bestimmten Teil aller Großflugzeuge, schwerer Artillerie, Linienschiffe und Unterseeboote. So sollen sich alle Völkerbundmitglieder gemeinsam gegen jeden wenden, der den Fortbestand der Versailler Ordnung stören sollte.

Deutschland fordert demgegenüber „die effektive Abrüstung“, d. h. die Mächte, die bisher jede Möglichkeit der Waffentechnik und Rekrutierung ausgenutzt haben, sollen nunmehr endlich ihren Rüstungsstand wirklich beschränken. Hierbei soll der gesamte Rüstungsumfang eines Staates gemessen und auf seinen militärischen Kriegswert geschätzt werden.

Die dritte Richtung befaßte sich vor allem mit der „spezialisierten Abrüstung“. Man will einzelne Waffengattungen und Kampfmethoden, wie schwere Geschütze, Gaskrieg usw. einschränken oder ganz verbieten. Aber auf diesem Gebiete stoßen erst recht die verschiedenen Interessen zusammen. Niemand will gerade auf die Kriegsmittel verzichten, in deren Beherrschung er Meister ist. Jeder weist auf seine besondere geographische oder politische Lage und auf die verschiedensten Sonderinteressen hin.

Irgendwelche positiven Ergebnisse werden somit nicht erzielt. Auf der anderen Seite will man aber auch Deutschland, das seinen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag restlos nachgekommen ist, eine Angleichung an die Rüstungen der anderen Staaten nicht zugestehen. Die Folge davon ist, daß die deutsche Regierung am 14. September 1932 ihre Vertreter abberuft (vgl. 11. 12. 1932).

30. 9. In Ungarn bildet Gombös ein neues Kabinett.

Oktober 1932

1. 10. Die Reichsregierung stellt für die Stadtrandsiedlungen weitere 40 Millionen Reichsmark zur Verfügung, die den Bau von 16 000 Stellen und die Unterbringung von 80 000 Menschen ermöglichen (vgl. 1. 10. 1931 und Anfang April 1932).

November 1932

6. 11. Reichstagswahlen.

Es ist die 5. große Wahlschlacht dieses Jahres. Sie endet mit einem Verlust der NSDAP. von 2 Millionen Stimmen und damit von 54 Mandaten. Dagegen ziehen die Kommunisten zum erstenmal mit 100 Mandaten in den Reichstag ein; dennoch bleibt die NSDAP. mit 196 Sitzen die bei weitem stärkste Partei des neuen Parlamentes.

Die Lage ist jetzt folgende: Gegen die „Reaktion“ der Regie-

rung v. Papen-Hugenberg haben die Linksparteien ihre Kräfte energisch zusammengefaßt, wobei die radikale Richtung bedeutenden Zuwachs erhalten hat. Zentrum und Bayrische Volkspartei stehen Gewehr bei Fuß: Sie sympathisieren nicht mit der Reichsregierung, aber sie wollen auch einen allzu scharfen Gegensatz zu ihr vermeiden. Die NSDAP. hat zwar gegenüber den Wahlen vom 31. Juli 1932 eine Anzahl Mitläufer verloren, denen die Änderung der Verhältnisse nicht rasch genug vorwärtsgeht — teilweise hat auch eine gewisse Wahlmüdigkeit eingesetzt. Die nationalsozialistische Partei selbst aber steht vollkommen intakt, und zwar angriffsbereit. Mehr denn je ist ihre Leitung davon überzeugt, daß nur eine gänzliche Veränderung aller wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse den Umschwung herbeizuführen vermag. Es lohnt nicht mehr, an das Alte anzuknüpfen; es muß etwas ganz Neues an seine Stelle treten.

7. 11. Demokratischer Wahlsieg in USA. Roosevelt wird zum Präsidenten gewählt (vgl. Bild 202).

17. 11. (bis 24. 12.) 5. Indienkonferenz in London — ohne Gandhi (vgl. 7. 9. 1931).

Am gleichen Tage tritt Reichskanzler v. Papen zurück, nachdem er sieht, daß sein Kabinett im Volk ohne jeden Rückhalt bleibt und sich sogar die Mehrzahl der Kabinettmitglieder unter Führung des Reichswehrministers v. Schleicher gegen die Fortsetzung der jetzigen Regierungspolitik wenden.

Wieder wird die Frage akut, ob Hitler Reichskanzler werden soll: Kann er als Kanzler und damit als Vertrauensmann des Reichspräsidenten gleichzeitig Oberhaupt der größten parlamentarischen Partei Deutschlands sein? Liegt dann nicht die Gefahr nahe, daß es zu einer „Parteidiktatur“ kommt, die mit Hindenburgs Auffassung von einer überparteilichen Regierung unvereinbar ist? In dieser Regierungskrise hat Hitler zwei Unterredungen mit Hindenburg — eine am 19. November — die andere am 21. November.

19. 11. Der Reichspräsident erteilt Hitler den Auftrag, eine Mehrheitsregierung zu bilden für den Fall, daß er mit dem Zentrum und den Deutschnationalen einig wird. Hitler erklärt sich zu einem Versuch bereit. Zunächst geht man daran, die Sicherungsbedingungen zu formulieren.

21. 11. Hitler erhält die Bedingungen für die Übernahme der Kanzlerschaft schriftlich ausgehändigt: er soll ein „Präsidialkabinett“ auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung bilden. Hindenburg verabschiedet sich von Hitler mit den Worten: „Ob Sie den Auftrag erfüllen können, steht bei Gott. Wie die Verhandlungen auch ausfallen, auf jeden Fall wird Ihnen von jetzt ab meine Tür stets offen stehen.“

Zwischen dem „Kaiserhof“, dem Standquartier Hitlers, den Reichskanzleien und den Vorständen des Zentrums und der Deutschnationalen Partei kommt es jetzt zu ununterbrochenen Beratungen, denen jedoch ein Erfolg im Sinne des Reichspräsidenten versagt bleibt. Hitlers Auffassung wird aufs neue bestätigt: der Auftrag ist „inner-

lich undurchführbar“. Am 24. November bricht er die Verhandlungen ab. Mancher seiner Anhänger versteht dieses „Nein“ nicht. Schon äußert man sich dahin, daß die Entwicklung über Hitler hinweggegangen sei.

25. 11. Der Reichspräsident erteilt dem Zentrumsführer, Prälat Kaas, den gleichen Auftrag unter gleichen Bedingungen. Auch hier scheitern die Verhandlungen.

29. 11. Frankreich und Rußland schließen einen „Nichtangriffspakt“ ab.

Dezember 1932

3. 12. General v. Schleicher bildet ein neues „Präsidialkabinett“. Als Reichswehrminister hatte er eine Zeitlang die Kanzlerschaft Hitlers befürwortet. Jetzt versucht er, Verbindung mit dem Nationalsozialismus aufzunehmen, will jedoch hierbei Hitler ausschalten. Aber nur einer aus Hitlers Führerstab geht zu ihm über: Gregor Straßer. Auch mit den Linksparteien wird die Verbindung jetzt wieder aufgenommen. Man nennt das neue Kabinett, das die Mehrzahl der Minister aus der Regierung v. Papen übernommen hat, eine „Arbeiter- und Soldatenregierung“. Schleicher selbst äußert sich, daß er ein „Stückchen Sozialismus“ mitmachen werde; aber noch liegt ein klares Programm nicht vor.

11. 12. In Genf wird die grundsätzliche militärische Gleichberechtigung Deutschlands ausgesprochen. Das Reich entsendet daraufhin wieder auf die Abrüstungskonferenz seine Vertreter.

14. 12. In Frankreich wird aus innerpolitischen Gründen das Kabinett Herriot gestürzt. Sein Nachfolger wird Paul-Boncour (vgl. 28. 1. 1933).

15. 12. Adolf Hitler ordnet die Gründung eines „Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes“ an.

23. 12. Die Reichsregierung erläßt ein „Sofortprogramm für Arbeitsbeschaffung“.

Die Zahl der Arbeitslosen ist inzwischen auf 5 775 000 angestiegen. Man geht in einen trostlosen Winter hinein, um so mehr, als man sich von irgendwelchen Regierungsmaßnahmen keinen Erfolg mehr verspricht. Nur eine zukunftsbergende Neuleistung wird in der gleichen Zeit systematisch weitergefördert: „Das Hilfswerk für die deutsche Jugend“, welches „Freiwilligen Arbeitsdienst“ und „wehrsportliche Ertüchtigung“ verbindet. Der Zustrom zum Freiwilligen Arbeitsdienst war sehr rege geworden, seine Auswirkungen nach jeder Richtung hin nutzbringend. Die Regierung stellte daher weitere Mittel zur Verfügung. Ende 1932 gab es etwa 200 000 im Arbeitsdienst beschäftigte junge Leute.

Die NSDAP., auf welche in erster Linie diese Gedanken zurückgingen, betrieb den Freiwilligen Arbeitsdienst als „Verein für Umschulung freiwilliger Arbeitskräfte“ und verband damit von Anfang an auch Erziehung in sozialem und vaterländischem Geiste.

Die Gesamtmitgliederzahl der NSDAP. betrug Ende 1932 etwa 1,5 Millionen.



Oktober

199 Hindenburgs 85. Geburtstag. Der Generalfeldmarschall mit seinen 5 Enkelkindern im Garten des Reichspräsidentenpalais. Am 2. Oktober 1932 feierte ganz Deutschland den 85. Geburtstag seines großen Feldherrn und Staatsoberhauptes. Er fiel in eine sehr ruhige Zeit: Außenpolitisch hatte Deutschland kurz zuvor (14. September) die Abrüstungskonferenz verlassen; innenpolitisch erreichte die Regierungskrise sehr bald ihren Höhepunkt.



Oktober

200 Fürstehochzeit in Koburg. Die Jungvermählten beim Verlassen der St.-Moritz-Kirche. In Koburg fand am 19. und 20. Oktober 1932 die Hochzeit des ältesten Sohnes des schwedischen Thronfolgers, Gustav Adolf von Schweden, mit Prinzessin Sybille, Tochter des früheren Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha, statt. Nicht allein alle regierenden Häuser waren bei dieser Feier vertreten, sondern auch weiteste Volksschichten nahmen an ihr herzlichsten Anteil.



November

201 Gestörte Weltwirtschaft. Die Vernichtung von Milch durch streikende Farmer. Die sinkende Kaufkraft in USA. führte zu einem starken Preissturz der landwirtschaftlichen Produkte. Beim Verkauf konnten nicht einmal die Gestehungskosten erzielt werden. Im Staat Milwaukee kam es im Herbst 1932 daher zu einem „Milchstreik“ der Erzeuger, die nach Chicago nur noch Milch für Kranke und Säuglinge einführen.



November

202 Roosevelt, der neue Präsident in USA. Die Folgen der Wirtschaftskrise lasteten schwer auf Amerika. Die Bevölkerung hatte das Vertrauen zur republikanischen Partei, die 1929 den Präsidenten Hoover gestellt hatte, verloren. Bei den Wahlen am 7. November 1932 wurden von 14,3 Millionen Stimmen rund 20,2 Millionen für die Oppositionspartei (Demokraten) abgegeben, die Franklin D. Roosevelt aufstellte.



Dezember

203 Schwere Unruhen in Berlin. Zusammenrottungen in den Straßen von Berlin aus Anlaß eines großen Straßenbahnerstreiks im Dezember 1932. Nachdem von Papen am 17. November 1932 zurückgetreten und die Verhandlungen mit Hitler ergebnislos verlaufen waren, wurde General von Schleicher am 3. Dezember als Reichskanzler berufen. Auch das neue Kabinett konnte jedoch der Schwierigkeiten nicht Herr werden: die Arbeitslosenahl stieg auf über 6 Millionen.



Dezember

204 Aufhebung des Alkoholverbotes in USA. Ein von der Prohibitions-polizei gekapertes Schmugglerschiff. Seit 1920 bestand in USA ein Alkoholverbot (Prohibition), das sich gesundheitlich gut, in krimineller Beziehung aber sehr ungünstig auswirkte; denn der Alkoholschmuggel wurde nun von Schiebern und Verbrechern regelrecht organisiert. Im Dezember 1932 ließ man daher das Verbot im Staate New York, einige Monate später in ganz USA, fallen.

NATIONALVERMÖGEN in Milliarden Goldmark			BEVÖLKERUNGSZAHLEN in Millionen				ARBEITSLOSIGKEIT in % der Gesamtbevölkerung						
	1914	1928		1900	1910	1920	1930		1930	1931	1932	1933	1934
Deutschland	375	250	Deutschland	56	65	60	66	Deutschland	6,8	7,4	8,8	10,8	4,1
Frankreich	275	300	Frankreich	39	40	39	42	Frankreich	—	0,9	0,7	0,8	1,0
Großbritannien	325	450	Großbritannien	38	42	44	46	Großbritannien	5,5	5,8	5,8	6,0	4,6
Italien	100	125	Oesterreich	26	29	6,5	6,7	Oesterreich	5,1	5,2	6,8	7,7	6,1
Amerika	860	1850	Italien	32	35	39	41	Italien	2,7	2,8	2,4	2,7	2,0
Niederlande	20	30	Polen	—	—	27	32	Polen	0,7	0,9	0,9	0,9	1,1
Schweiz	25	30	Amerika	76	92	106	123	Amerika	6,1	6,1	8,1	9,7	8,2
Belgien	55	55	Tschechoslovakei	—	—	14	15	Tschechoslovakei	2,8	3,8	4,1	6,3	4,9
Sowjet-Union	250	180	Schweiz	3,3	3,75	3,88	4,00	Schweiz	0,5	0,6	1,5	2,5	2,0
Japan	65	180	Niederlande	5,1	5,8	6,8	7,9	Niederlande	1,0	1,7	3,2	5,0	4,0
Kanada	55	110	Sowjet-Union ^{Europ. Teil}	102	131	116	130	Belgien	0,5	1,5	2,0	2,0	2,0
Australien	35	60	Japan	44	50	57	64	Danzig	6,0	6,5	8,1	9,6	4,4
			Belgien	6,7	7,5	7,4	8,1						
			Schweden	5,1	5,5	5,9	6,1						

ZAHLE DER EHESCHLIESSUNGEN, GEBURTEN und STERBEFÄLLE

	Jahr	Eheschließungen	Geburten	Sterbefälle	Geburtenüberschuß	auf 1000 Einwohner
Deutschland	1933	631 000	957 000	731 000	226 000	3,5
Frankreich	1933	315 000	683 000	661 000	22 000	0,5
Großbritannien	1933	359 000	692 000	580 000	112 000	3,8
Italien	1933	285 000	987 000	567 000	420 000	10,0
Jugoslawien	1933	126 000	470 000	277 000	193 000	13,8
Oesterreich	1933	44 000	96 000	89 000	7 500	1,1
Polen	1933	274 000	869 000	466 000	402 000	12,3
Rumänien	1933	155 000	598 000	348 000	250 000	13,3
Sowjet-Union ^{Europ. Teil}	1928	1 218 000	4 908 000	2 178 000	2 731 000	22,0
Spanien	1933	148 000	668 000	395 000	273 000	11,4
Tschechoslovakei	1933	124 000	287 000	205 000	82 000	5,5

HEERESSTÄRKE der wichtigsten STAATEN

DEUTSCHES REICH		SOWJET-UNION		FRANKREICH		VEREINIGTE STAATEN	
							
FRIEDENSSTÄRKE 100 000	KRIEGSSTÄRKE 100 000	FRIEDENSSTÄRKE 1 200 000	KRIEGSSTÄRKE 7 000 000	FRIEDENSSTÄRKE 655 000	KRIEGSSTÄRKE 5 000 000	FRIEDENSSTÄRKE 140 000	KRIEGSSTÄRKE 4 000 000
ITALIEN		POLEN		GROSSBRITANNIEN		JAPAN	
							
FRIEDENSSTÄRKE 250 000	KRIEGSSTÄRKE 3 800 000	FRIEDENSSTÄRKE 340 000	KRIEGSSTÄRKE 3 500 000	FRIEDENSSTÄRKE 200 000	KRIEGSSTÄRKE 3 000 000	FRIEDENSSTÄRKE 275 000	KRIEGSSTÄRKE 3 000 000

Die KRIEGSFLOTTEN der GROSSMÄCHTE

DEUTSCHES REICH 43 KRIEGSSCHIFFE · 150 000 GESAMTTONNAGE 	GROSSBRITANNIEN 290 KRIEGSSCHIFFE · 1 650 000 GESAMTTONNAGE 	FRANKREICH 210 KRIEGSSCHIFFE · 630 000 GESAMTTONNAGE 
JAPAN 220 KRIEGSSCHIFFE · 750 000 GESAMTTONNAGE 	VEREINIGTE STAATEN 344 KRIEGSSCHIFFE · 1 200 000 GESAMTTONNAGE 	ITALIEN 170 KRIEGSSCHIFFE · 350 000 GESAMTTONNAGE 

Januar 1933

Die Weltwirtschaftslage zu Beginn des Jahres ist außerordentlich schlecht. Auf der einen Seite herrscht bitterste Not, auf der anderen ersticken große Agrarländer in ihren Erzeugnissen. So lagern in Argentinien Millionen Zentner von Weizen, die keinen Absatz finden. Sie werden zur Beheizung von Lokomotiven und Dampfern verwendet. Ebenso müssen Hunderttausende Stück Vieh abgeschlachtet werden, ohne daß es möglich ist, Fleisch und Fell zu verwerten. Im Süden der Vereinigten Staaten vermodert die Baumwolle in Tausenden von Ballen, während es in Europa Unzählige gibt, die frieren, weil sie nichts anzuziehen haben. In den Häfen und Schuppen von Brasilien lagert ein großer Teil der Kaffee-Ernte seit 5 Jahren. Es findet sich kein Käufer dafür. Viele Tausende von Zentnern werden ins Meer geschüttet oder aber gleichfalls zu Heizwecken verwendet. Um einer noch größeren Überproduktion vorzubeugen, erläßt die brasilianische Regierung am 5. Januar 1933 ein Verbot der Neuanlage von Kaffeeplantagen für die nächsten 5 Jahre.

Verboten eines neuen Konfliktes im Fernen Osten: der chinesische Präsident Tschiang Kaischek erläßt im Hinblick auf die Fortschritte japanischer Truppen in Jehol (vgl. 25. 8. 1932) einen Aufruf zum Volkskrieg gegen Japan.

3. 1. Dr. Wilhelm Cuno gestorben. Er wurde 1876 in Suhl geboren. Nach Ausbruch des Weltkrieges übernahm er die Leitung der Reichsgroßhandelsstelle. November 1917 ging er in das Direktorium der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) und wurde nach dem Tode Ballins (November 1918) Generaldirektor. Vom November 1922 bis zum August 1923 war er Reichskanzler. Er kehrte nach seinem Ausscheiden in das Direktorium der Hapag zurück.

4. 1. Vertrauliche Besprechung zwischen Hitler und v. Papen im Hause des Barons Schröder in Köln.

5. 1. Calvin Coolidge, Präsident der USA. von 1923 bis 1929, gestorben.

9. 1. Schwere linksradikale Unruhen in Spanien. Nach Ausrufung der spanischen Republik (vgl. 14. 4. 1931) versuchte man, in Katalonien eine unabhängige Republik zu proklamieren. Der Versuch wurde zwar vereitelt; es kam aber namentlich im Mai 1931 in Katalonien und in Madrid zu schweren kirchenfeindlichen Kundgebungen, bei denen zahlreiche Kirchen und Klöster angezündet wurden. Diese Krawalle dauerten mit kurzen Unterbrechungen bis tief in das Jahr 1933. Spanien wurde das unruhigste Land Europas. Im Januar 1933 arteten die Unruhen teilweise zur Anarchie aus, vor allem in Barcelona, Sevilla, Valencia und Cadix.

15. 1. Ausbruch einer neuen großen amerikanischen Bankenkrise. Das Erbe, das der neuerwählte Präsident Roosevelt antreten soll, ist außerordentlich schwer; denn auch Amerika zählt bis zu 14 Millionen Arbeitslose, nur mit dem Unterschied, daß es hier eine soziale Fürsorge, wie wir sie in Deutschland haben, nicht gibt. Um die Jahreswende hatte die Bundesregierung durch gesetzliche Maßnahmen die Baumwollerzeugung bedeutend

eingeschränkt, was besonders in den Südstaaten zu Schwierigkeiten zahlreicher Werke und zu einem Bankenmoratorium führt. Das Publikum geht jetzt dazu über, in größeren Mengen das Papiergeld gegen Gold einzutauschen. Die Folge hiervon ist die vorübergehende Schließung einer ganzen Reihe von Banken. Schließlich werden sämtliche Nationalbanken in USA. der Bundesregierung unterstellt.

Landtagswahlen in Lippe-Deimold: obwohl diese an sich keine größere Bedeutung haben, wird das Ergebnis in diesem Falle mit großer Spannung erwartet; denn es zeigt die Richtung an, welche inzwischen die Auffassung der großen Massen genommen hat. Die Wahlen geben für die NSDAP. einen starken Stimmzuwachs.

18. 1. Vom Papst wird in Rom ein außergewöhnliches „Heiliges Jahr“ als Denkfeier des 1900jährigen Todestages Jesu Christi verkündet.

26. 1. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist auf rund 5 996 000 gestiegen.

28. 1. Reichskanzler v. Schleicher tritt zurück. Im Laufe des Januar hatte es sich klar erwiesen, daß es für den General unter den obwaltenden Verhältnissen unmöglich sei, irgendwie zu regieren. Er tritt zurück. Der Reichspräsident beauftragt v. Papen, die „politische Lage zu klären und die vorhandenen Möglichkeiten festzustellen“. Dies geschieht für die Öffentlichkeit überraschend schnell: in der Kölner Besprechung vom 4. Januar 1933 war man übereingekommen, daß Hitler Kanzler und v. Papen nicht nur sein amtlicher Stellvertreter, sondern auch sein Vertrauensmann im althürgerlichen Lager werden solle. Staatssekretär Meißner hatte es dann übernommen, Hindenburg für diese Auffassung zu gewinnen. Gewisse Schwierigkeiten macht nur noch die Abgrenzung zu Hugenberg. Dieser fordert die Ministerien der Wirtschaft und Landwirtschaft im Reich wie in Preußen. Schließlich gelingt es v. Papen, Hitler zu überzeugen, daß ohne den deutschnationalen Parteiführer eine legale Nationalregierung nicht gebildet werden könne.

Am selben Tage wird der französische Ministerpräsident Paul-Boncour, der sein Amt erst am 14. Dezember 1932 angetreten hat, gleichfalls gestürzt. Einen Tag nach der Machtergreifung Hitlers bildet Daladier — bis 25. Oktober 1933 — ein neues französisches Kabinett. Diese innerpolitischen Vorgänge lenken die Aufmerksamkeit des französischen Volkes von der Neugestaltung der Dinge in Deutschland zunächst etwas ab.

Das Dritte Reich

30. 1. Der Reichspräsident ernennt Hitler zum Reichskanzler und bildet auf dessen Vorschlag eine neue Reichsregierung.

Adolf Hitler ist am 20. April 1889 als Sohn eines Zollbeamten in Braunau (Oberösterreich) geboren. Er wollte Künstler werden, doch zwang ihn der frühe Verlust seiner Eltern zum Bräuerwerb als Bauarbeiter, später als Zeichner und Plakatmaler. Nach längerem

Aufenthalt in Wien ging Hitler im April 1912 nach München. Schon damals befaßte er sich eingehend mit politischen Fragen: Er wurde ein entschiedener Feind des Marxismus und gewann die Erkenntnis, daß Nationalismus und Sozialismus nur scheinbare Gegensätze seien. Es sei sehr wohl möglich, den Arbeiter wieder in ein deutsches Volkstum einzugliedern.

Den Weltkrieg machte Hitler als Kriegsfreiwilliger im 16. Bayerischen Reserveinfanterieregiment (Lini) mit. Am 27. Oktober 1914 steht er zum erstenmal im Gefecht. Am 2. Dezember 1914 erhält der damals 25jährige das Eisene Kreuz II. Klasse, am 7. Oktober 1916 wird er durch Granatsplitter verwundet. Er rückt aber sofort wieder ins Feld und erhält weitere Auszeichnungen, darunter das Eisene Kreuz I. Klasse. Im ganzen hat er an 47 Gefechten, Schlachten und Großkämpfen teilgenommen. Infolge einer Gasvergiftung am 14. Oktober 1918 erblinden er vorübergehend. Am Tage des Umsturzes vom 9. November 1918, den er im Lazarett in Passau erlebt, beschließt er, Politiker zu werden. Im Frühjahr 1919 nimmt er den Kampf gegen die Parteien der Novemberrevolution — zunächst als sogenannter „Bildungsbeauftragter“ — auf. Anfang Juli 1919 tritt er als 7. Mitglied der Deutschen Arbeiterpartei, einer damals bedeutungslosen Gruppe, bei, aus welcher er durch seine hinreißende volkstümliche Beredsamkeit, seine Charakterbildung und seine Organisationsgabe die NSDAP. gestaltet.

Am 30. Januar vormittags fahren Hitler und v. Papen gemeinsam beim Reichspräsidenten vor. In tiefer Bewegung ergreift der alte Feldmarschall die Hand Hitlers und sagt: „Wir wollen jetzt auf einer Plattform arbeiten.“ In der Bevölkerung stürmische Begeisterung. Bis in die Nacht hinein Fackelzug vor der Reichskanzlei. Aber auch die Gegenseite macht letzte verzweifelte Anstrengungen. Sie quittiert zunächst den Entschluß des Reichspräsidenten mit blutigen Unruhen. Der SA.-Sturmführer Malkowski sowie der Schupowachmeister Zauritz werden bei der Rückkehr vom Fackelzug erschossen.

31. 1. Die Linke hat in ganz Deutschland den Generalstreik ausgerufen; diese Parole wird aber nur vereinzelt befolgt. An diesem Tage wird die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland amtlich mit 6 042 000 angegeben.

Inzwischen hat Hitler sein Kabinett gebildet. Vorläufig treten nur 2 Nationalsozialisten ein: Frick als Innenminister, Göring als Minister ohne Geschäftsbereich. v. Papen wird Vizekanzler und Reichskommissar für Preußen. Der Führer des Stahlhelms, Seldte, wird Arbeitsminister. Hugenberg hat die wirtschaftlichen Ämter erhalten. Finanzminister ist Graf Schwerin v. Krosigk.

Februar 1933

1. 2. Der Reichspräsident löst auf Vorschlag Adolf Hitlers den Reichstag auf.

Im Rundfunk gibt der neue Kanzler eine Regierungserklärung ab, worin er die endgültige Überwindung des Klassenkampfes verkündet. Gleichzeitig bittet er das deutsche Volk, der neuen Regierung zur Ordnung der Verhältnisse eine Frist zu geben: „Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Forderung entrissen, binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein.“ Die Neuwahlen für den Reichstag werden auf den 5. März 1933 angesetzt.



Januar

205 Hitler wird Reichskanzler. Die Volksmenge umringt begeistert das Auto des Führers. Die Wahlen vom 6. November 1932 hatten klargestellt, daß ein gewaltiger Teil des deutschen Volkes hinter der NSDAP. (196 Sitze) stand. Hitler lehnte jedoch die Beteiligung an einer Koalitionsregierung ab, weil er dabei sein Programm nicht zur Durchführung bringen konnte. Am 30. Januar 1933 ernannte nunmehr der Reichspräsident Hitler zum Reichskanzler.



Januar

206 Das erste Kabinett Hitler. Männer der neuen deutschen Regierung. Unter Adolf Hitler als Reichskanzler wurde am 30. Januar das „Kabinett der nationalen Konzentration“ gebildet, dem von Papen (Vizekanzler), Göring, Dr. Frick, von Neurath, von Blumberg, Schwerin von Krosigk, Hugenberg, Selts, von Eick-Hübner, Dr. Gürtner als Minister und Dr. Gerke als Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung angehörten.



Februar

207 Das Namensschild der „Emden“ wird zurückgegeben. Der australische Minister Bruce mit dem englischen Marineattaché in Berlin vor dem Reichspräsidentenpalais. Am 27. Februar 1933 gab Bruce dem Reichspräsidenten das Namensschild der „Emden“ zurück, das nach dem heldenhaften Untergang des Kreuzers (vgl. auch Bild 83) von der australischen Marine abmontiert worden war. Das Schild erhielt im Museum für Meereskunde in Berlin einen Ehrenplatz.



Februar

208 Der Reichstag brennt! Am 27. Februar 1933 brach im Reichstagsgebäude ein Brand aus, dem fast alle Räume des von Wallat (1884-94) geschaffenen Bauwerks zum Opfer fielen. Es lag Brandstiftung vor, da im ganzen Gebäude verteilt Teerpräparate gefunden wurden. Der Holländer v. d. Lubbe wurde in flagranti ertappt und verhaftet. Er gestand, den Brand angelegt zu haben.



März

209 Der Staatsakt in Potsdam. Reichspräsident von Hindenburg bei der Verlesung des Aufrufes am 21. März 1933. Der Tag der Eröffnung des neuen nationalsozialistischen Reichstages war ein Feiertag für das ganze deutsche Volk. Überall im Reich fanden Festgottesdienste, Paraden und Umzüge statt, die durch Fackelzüge der Hitlerjugend, SA, SS, des Stahlhelms, Kyffhäuserbundes und anderer nationaler Vereine einen eindrucksvollen Abschluß fanden.



März

210 Der Tag von Potsdam. Der Führer mit den Mitgliedern der Regierung auf dem Wege zur Garnisonkirche. Adolf Hitler hatte 48 Stunden nach Übernahme der Macht den alten Reichstag aufgelöst. Die Neuwahlen am 5. März 1933 ergaben eine überwältigende Mehrheit für die nationalen Parteien. Der neue Reichstag trat am 21. März zusammen, und zwar in der Potsdamer Garnisonkirche, da das Reichstagsgebäude (vgl. Bild 208) vollkommen ausgebrannt war.

2. 2. Demonstrationsverbot für die kommunistische Partei (KPD.), der die Kanzlerschaft Hitlers zunächst unerwartet gekommen ist, die aber jetzt um so intensiver zum Gegen-schlag rüstet: Die Kampftruppen dieser Partei hatten auf Grund der teils damals, teils später gemachten Fest-stellungen folgende Ziffern erreicht:

1. Kernorganisationen.
 - a) Sektion der kommunistischen Internationale („Kommunistische Partei Deutschlands“), bestehend aus einem Kern politischer Aktivisten — etwa 100 000 Mann.
 - b) Sektion der kommunistischen Jugendinternationale („Kommunistischer Jugendverband Deutschlands“) — etwa 10 000 Mann.
 - c) Rotfrontkämpferbund, eine illegale Wehrorganisation, die durch einen guten Generalstab geleitet, mit der Auslese der marxistischen Kämpfer gefüllt und bewaffnet war. Sprengstoffe, Mobilisierungsplan zur Erlangung weiterer Waffen — über 10 000 Mann.

2. Einheitsfrontorganisationen.
Diese hatten den Zweck, einen weiten Kreis von Mitläufern im Bedarfs-falle zur Aktion mitzureißen und die verfügbaren Reserven schnellstens zu mobilisieren. Es waren ausgesprochene Unterführerorganisationen, die gleichfalls aus bestgeschulten Aktivisten bestanden, und zwar:

- a) Die deutsche Sektion der internationalen roten Gewerkschaften — etwa 100 000 Mann.
- b) Die deutsche Sektion der internationalen roten Hilfe, eine Organi-sation für den revolutionären Nachschub und nicht — wie vielfach angenommen wird — eine Sanitätsformation — etwa 250 000 Mann.
- c) Eine Kontrollorganisation: „Die Internationale Arbeiterhilfe“ — etwa 120 000 Mann.
- d) Der Verband proletarischer Freidenker, der eine Sektion der inter-nationales Freidenker war — etwa 160 000 Mann.
- e) Der Kampfband gegen den Faschismus — eine schlagfertige Kern-truppe von 25 000 Mann.

3. Sogenannte Vorpostenorganisationen.
Ihre Aufgabe war mehr propagandistischer Natur: Es sind dies
 - a) Die Roten Pioniere — etwa 10 000 Mann.
 - b) Die Frauendelegierten — etwa 10 000 Mann.
 - c) Die Erwerblosendelegierten — etwa 20 000 Mann.
 - d) Die Roten Sportler — etwa 10 000 Mann.

4. 2. Pressenotverordnung.
Die Angriffe auf die neu werdende Ordnung von selten der Presse werden damit niedergehalten. Während dieser Tage kommt es von neuem im Reich zu schweren Zu-sammenstößen zwischen linksradikalen Elementen und den Ordnern des neuen Staates.

10. 2. In Neunkirchen explodiert in einem Eisenwerk ein Gasometer, wobei die Fabrik und große Teile der Stadt stark verwüstet werden. Diese Katastrophe fordert 70 Tote, 500 Schwerverletzte und über 1000 Leichtverletzte.

14. 2. Erste Aufbaumaßnahmen: Der Reichspräsident erläßt eine Verordnung über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz. Am 25. Februar folgt eine Ver-ordnung zur Förderung der Landwirtschaft.

21. 2. Der preußische Innenminister Hermann Göring kündigt ein verschärftes Vorgehen gegen Staatsfeinde an. Als Auswirkung wird das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin besetzt. Es folgt eine Verfügung über den Einsatz von

Hilfspolizei, die aus SA. und Stahlhelm gebildet wird. Diese Maßnahmen bedeuten einen überraschend schnellen Aus-bau der errungenen innerpolitischen Stellung.

22. 2. Konflikt zwischen der Reichsregierung und Bayern, welches ein verlangtes Zeitungsverbot nicht durchführen will. Auch die Regierungen der übrigen süddeutschen Länder nehmen gegen die neue Reichsregierung eine ab-lehrende Haltung ein.

27. 2. Brand des Reichstagsgebäudes (vgl. Bild 208). Im Anschluß hieran werden am nächsten Tage alle maß-gebenden kommunistischen Führer und Unterführer ver-haftet. Der Reichspräsident erläßt eine Verordnung zum Schutz von Volk und Staat sowie gegen Verrat am deut-schen Volk und gegen hochverräterische Umtriebe. Diese Verordnung nimmt zugleich den noch nicht „gleichge-schalteten“ Länderregierungen die Möglichkeit, die Maß-nahmen der Reichsregierung zu sabotieren.

März 1933

4. 3. Große Rede des Führers am Vorabend der Reichs-tagswahlen — von Ostpreußen aus. Es gelingt, sie ohne Reibungen über den gesamten Rundfunk zu übertragen.

Am gleichen Tage tritt der neue Präsident der USA „Roose-velt, sein Amt an. Er erläßt eine Proklamation, durch welche die Bundesregierung die Kontrolle über die gesamten Gold-vorräte der Nation erhält. Gleichzeitig wird jede Gold-ausfuhr verboten; auch muß sämtliches Gold im Privatbesitz abgeliefert werden.

5. 3. Reichstagswahlen.
Bei einer Wahlbeteiligung von 88,5% erhält die NSDAP. 43,9% der abgegebenen Stimmen. Ein ähnliches günstiges Ergebnis hat am gleichen Tage die Wahl zum Preußischen Landtag.

Gleichschaltung der Länder.
Durch die Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat (27. Februar 1933) war die Reichsregierung ermächtigt worden, in einem Lande, wo zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung die nötigen Maßnahmen nicht ge-troffen werden, die Befugnisse der obersten Landesbehörde selbst zu übernehmen. Dies erfolgt am 5. März in Hamburg, am 6. März in Bremen und Hessen, am 8. März in Sachsen, am 9. März in Bayern, Lüneburg und Schaumburg-Lippe und am 25. März in Mecklenburg-Schwerin. Durch diese Gleichschaltung verschwindet die bekannte „Mainlinie“, die bisher Nord- und Süddeutschland immer wieder poli-tisch zu trennen gedroht hatte.

12. 3. Erlaß des Reichspräsidenten über die vorläufige Regelung der Flaggenhissung. Die schwarzweißrote Fahne und die Hakenkreuzflagge sollen fortan gemeinsam gehißt werden. Hindenburg begründet den Erlaß mit den Worten: „Diese Flaggen verbinden die ruhmvolle Vergangenheit des Deutschen Reiches und die kraftvolle Wiedergeburt der deutschen Nation. Vereint sollen sie die Macht des Staates und die innere Verbundenheit aller nationalen Kreise des deutschen Volkes verkörpern.“

13. 3. Errichtung des Reichsministeriums für Volksauf-klärung und Propaganda. Dr. Goebbels wird zum Reichs-minister ernannt.

16. 3. Reichsbankpräsident Dr. Luther erklärt seinen Rücktritt. Der Generalrat der Reichsbank wählt Dr. Hjal-mar Schacht zu seinem Nachfolger.

21. 3. Eröffnung des Reichstages durch einen feierlichen Staatsakt in Potsdam (vgl. Bild Nr. 209 und 210).

23. 3. Der Reichstag tritt in der Krolloper zu einer ersten Geschäftsitzung zusammen. Reichskanzler Adolf Hitler verkündet das Regierungsprogramm. Bei der Abstimmung beschließt der Reichstag mit verfassungsändernder Mehr-heit (441 zu 94) das Ernächtigungsgesetz, dessen Artikel 1 lautet: „Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Ein-richtung des Reichstages und des Reichsrates als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.“ Das Gesetz gilt bis zum 1. April 1937.

27. 3. Japan tritt aus dem Völkerbund aus (vgl. 25. 8. 1952). Es kommt jetzt zu einem verschärften Vorgehen Japans gegen China. Am 25. Mai 1933 rücken japanische Truppen in die chinesische Hauptstadt Peking (Peiping) ein. Darauf-hin sieht sich China genötigt, am 30. Mai einen förmlichen Waffenstillstand in Tangku bei Tientsin abzuschließen.

31. 3. Die Volksvertretungen der Länder, Provinzen und Gemeinden werden nach dem Ergebnis der Reichstags-wahlen vom 5. März neu gebildet. Gleichzeitig werden sämtliche Behörden, Verbände, Vereine sowie die Presse usw. „gleichgeschaltet“.

April 1933

1. 4. Zur Abwehr der Greuelhetze im Ausland wird ein eintägiger Boykott der jüdischen Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte durchgeführt. Am gleichen Tage wird das Panzerschiff „Deutschland“ in Dienst gestellt. Das Panzerschiff „Admiral Scheer“ läuft vom Stapel.

4. 4. Das deutsche Bauerntum einigt sich unter Führung von Walther Darré.

7. 4. Ein zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich verkündet die Einsetzung der Reichstatthalter. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums bestimmt die Entlassung von Parteibuchbeamten und Be-amten nichtarischer Abstammung (bis zum 30. September 1935). Auch die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft wird in diesem Sinne neu geregelt. Hermann Göring, der bisher das preußische Innenministe-rium verwaltet hat, wird auch zum preußischen Minister-präsidenten ernannt.

10. 4. Besuch v. Papens und Hermann Görings bei Mussolini in Rom. Am 12. April werden sie auch vom Papst emp-fangen. Dieser Empfang bedeutet die Einleitung einer staats-politischen Verständigung mit dem Vatikan (s. Bild 211).



April

211 Deutsche Staatsmänner in Rom. Ministerpräsident Göring im Vatikan, kurz vor dem Empfang. Um die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Italien zum Ausdruck zu bringen und um gleichzeitig Papst Pius XI. einen Überblick über die gegenwärtige Lage in Deutschland zu geben, reisten Finanzminister von Papen und der preussische Ministerpräsident Göring am 10. April 1933 gemeinschaftlich nach Rom, wo sie am 12. April 1933 vom Papst empfangen wurden.



April

212 „D 2500“ wird getauft. Der feierliche Augenblick der Taufe durch Minister Hermann Göring. Deutscher Technik und Ingenieurkunst war im April 1933 eine neue Höchstleistung gelungen. Das neueste und größte Flugzeug der Deutschen Luft Hansa „D 2500“, das die Möglichkeit gibt, 36 Passagiere zu befördern, war fertiggestellt und wurde am 29. April 1933 auf den Namen „Generalfeldmarschall von Hindenburg“ getauft.



Mal

213 Die erste Mafseier im Dritten Reich. Der Aufmarsch einer Jungmädchensgruppe zur Feier der Jugend. Am 1. Mai 1933 strömten im ganzen Reich Arbeiter und Arbeitnehmer zusammen, um gemeinsam den 1. Feiertag der Nationalen Arbeit festlich zu begehen. Der Führer verkündete abends auf dem Tempelhofer Felde über alle deutschen Rundfunksender sein erstes großes Aufbauprogramm.



x 1 2 x x x
Mai

214 Die siegreichen deutschen Turnierreiter x. Von links nach rechts: Rittmeister Sahla, Oberleutnant Momm, Oberleutnant v. Nagel, Oberleutnant Brandt mit General v. Dalweg (1) und Major v. Waldenfels (2) nach dem Empfang beim Reichspräsidenten am 27. 5. 1935. Gegen stärkste ausländische Konkurrenz gelang es den Offizieren, im Mai 1933 während des Reitturniers in Rom endgültig den von Mussolini gestifteten Ehrenpokal für Deutschland zu gewinnen.



Juni

215 Deutschland verläßt die Internationale Arbeitskonferenz. Die stürmische Begrüßung des Führers der Delegation, Dr. Ley, nach seiner Rückkehr. Auf der 17. Internationalen Arbeitskonferenz, die am 18. Juni 1933 begann, sah sich die deutsche Delegation sehr bald in einer völlig ungerechtfertigten Isolierung. Sie kehrte daher am 21. Juni 1933 nach Berlin zurück.



Juni

216 Der Führer in Neudeck. Der Reichspräsident mit seinem jungen Kanzler auf einer Fahrt im Gutsbezirk. Wie alljährlich weilte auch im Sommer 1933 der greise Reichspräsident auf seinem Gut Neudeck, das jetzt als Ehrengabe des deutschen Volkes mit der Domäne Langenau und dem Forst Königswald vereinigt wurde. Hier empfing der Feldmarschall am 29. Juni Adolf Hitler, um seinem ihm entgegengebrachten Vertrauen sichtbaren Ausdruck zu verleihen.

Mitte d. M. Die Vereinigten Staaten geben den Goldstandard auf.

22. 4. Die Verordnung über die Zulassung von Ärzten bei den Krankenkassen regelt die Tätigkeit nichtärztlicher Kassenärzte.

25. 4. Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen.

26. 4. In Preußen wird das geheime Staatspolizeiamt geschaffen. Dr. Frank II wird zum Reichsjustizkommissar ernannt.

27. 4. Mit dem Bekenntnis „Soldaten gehören zusammen“ schlägt der Stahlhelmführer Selldie die Brücke zum Nationalsozialismus und unterstellt den Bund der Frontsoldaten als geschlossene Einheit dem Führer. Oberstleutnant Duesterberg scheidet aus der Leitung des Stahlhelms aus.

29. 4. Ministerpräsident Göring wird zum Reichsminister für die Luftfahrt ernannt. Gründungsversammlung des Reichsluftschutzbundes.

Zum Reichsportkommissar wird v. Tschammer und Osten bestellt.

30. 4. Rudolf Heß wird zum Stellvertreter des Führers ernannt.

Mai 1933

1. 5. Feiertag der „Nationalen Arbeit“. Gewaltige Kundgebung auf dem Tempelhofer Feld. Große Rede des Führers: „Kopf- und Handarbeiter dürfen niemals gegeneinander stehen... Es ist unser unerrückbarer Entschluß, jeden einzelnen Deutschen einmal in seinem Leben zur Handarbeit zu führen...“

2. 5. Durch überraschenden Zugriff werden die Häuser der freien Gewerkschaften besetzt und deren Betriebe gleichgeschaltet.

3. 5. In Hamburg läuft das Schulschiff „Ersatz Niobe“ vom Stapel und wird zur Erinnerung an den deutschen Seedichter auf den Namen „Gorch Fock“ getauft.

Gorch Fock, eigentlich Hans Kinus, wurde am 22. August 1880 auf der Fischerinsel Finkenwärder bei Hamburg geboren. Er schrieb eine ganze Reihe ernster und lustiger Erzählungen, die Hafen und See schildern, darunter den bekannten Roman „Seefahrt ist noc“. Fock fand den Seemannsstand in der Stagerraktschlacht am 1. Juni 1916.

Der Reichsstand des Handels und des Handwerkes wird errichtet. Der Reichsverband der deutschen Industrie bildet sich um.

6. 5. Bildung einer Einheitsfront von Hochschulen und Studenten. Die Hochschule hört auf, lediglich Stätte der Forschung zu sein, und wird zugleich Stätte der politischen Erziehung.

Gründung der Deutschen Arbeitsfront unter Dr. Robert Ley. Der Schürmberr Adolf Hitler führt in seiner Rede aus: „Ich werde keinen größeren Stolz in meinem Leben besitzen als den, am Ende meiner Tage sagen zu können: Ich habe dem Deutschen Reich den deutschen Arbeiter erkämpft.“

7. 5. Rede des Führers in Kiel: „Die SA. soll im Kampf um die Seele des deutschen Volkes nicht eher rasten, bis der Tag gekommen ist, da unter dem Hakenkreuzbanner wirklich ganz Deutschland marschieren.“

12. 5. Das preußische Erbhofgesetz wird beschlossen. Reichsbauernführer Darré übernimmt die Führung der landwirtschaftlichen Kammern, der landwirtschaftlichen Genossenschaften und des Landhandels. Schließlich wird das Reichserbhofgesetz am 29. September 1933 erlassen.

15. 5. Ausbruch des Konfliktes mit der österreichischen Regierung. Diese hat am 7. Mai ein Uniformverbot erlassen, das sich in erster Linie gegen die SA. und SS. richtet. Bei einem Besuch des Reichsjustizkommissars Frank II und des Staatsministers Kerrl in Wien erklärt der dortige Vizepolizeipräsident, daß beide unerwünschte Gäste seien. Darauf kommt es für die deutschen Minister in Wien zu spontanen Kundgebungen. Nun erhebt der österreichische Gesandte in Berlin diplomatischen Protest. Die Antwort der deutschen Regierung ist das Gesetz über die Beschränkung der Reisen nach Österreich (RM. 1000, — Gebühr).

17. 5. Große Rede des Führers im Reichstag. Sie betont das aufrichtige Streben nach Frieden, fordert aber zugleich die Revision des Diktates von Versailles und die Gleichberechtigung Deutschlands.

19. 5. Durch ein Gesetz werden Treuhänder der Arbeit eingesetzt, welche die Arbeitsstreitigkeiten schlichten und die Arbeitsbedingungen festlegen.

Juni 1933

1. 6. Beginn der „Arbeitschlacht“. Dieser findet in dem Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit seinen ersten Ausdruck: Arbeitsbeschaffung, Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffung, freiwillige Spenden zur Förderung der nationalen Arbeit, Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft, Ehestanddarlehen.

12. 6. Eröffnung der Weltwirtschaftskonferenz in London, an der 67 Regierungen teilnehmen. Deutschland ist durch Reichsaußenminister v. Neurath und durch Hugenberg vertreten.

Auf dem Gebiete der Währung werden zwei Entschlüsse angenommen: 1. Die Stabilität der Währungen soll so rasch als praktisch möglich wiederhergestellt werden; 2. Gold soll wieder internationaler Währungsmaßstab sein.

Auf dem Gebiet der Wirtschaft wird als wesentliches Ergebnis der Weizenpakt abgeschlossen, der die weizenbauenden Länder verpflichtet, ihre Anbaufläche unter Berücksichtigung der Exportmöglichkeiten einzuschränken, hingegen die weizenabnehmenden Länder anweist, für die Vermehrung des Weizenverbrauchs zu sorgen.

Die von den Vereinigten Staaten herabgesetzte Zollschranken und Auflockerung der Einfuhrbeschränkungen wird nicht erreicht.

13. 6. Verschärfung des Konfliktes mit Österreich. Hier sind Unruhen ausgebrochen, wofür die österreichische Regierung den Nationalsozialismus verantwortlich macht.

Der deutsche Presseattaché in Wien, Dr. Habicht, wird verhaftet und außer Landes gebracht. Hierauf wird am 15. Juni der Presseattaché der österreichischen Gesandtschaft in Berlin ausgewiesen. Am 20. Juni wird in Österreich die NSDAP. verboten.

17. 6. Der Führer verfügt die Einrichtung einer Staatsstelle: „Reichsjugendführer“. Die Leitung übernimmt Baldur von Schirach.

18. 6. Beginn der 17. Internationalen Arbeitskonferenz. Die deutsche Delegation unter Führung von Dr. Ley zieht sich aber schon nach den ersten Sitzungen veranlaßt, die Konferenz zu verlassen (vgl. Bild 215).

22. 6. Verbot der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Damit ist der „Kampf gegen den Marxismus“ im wesentlichen entschieden.

27. 6. Ein Unternehmen „Reichsautobahnen“ wird errichtet.

28. 6. Dr. Hugenberg reicht sein Abschiedsgesuch ein. Zum Nachfolger werden als Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt, als Reichsernährungsminister Darré bestellt. Am gleichen Tage große Volkskundgebung gegen das Diktat von Versailles.

Juli 1933

3. 7. Unterzeichnung des sogenannten Ostpaktes in London durch Sowjetrußland und sieben seiner Nachbarstaaten (Polen, Rumänien, Lettland, Estland, Türkei, Persien und Afghanistan). Dieses Abkommen ist eine Ergänzung des Kelloggpaktes; es umreißt jedoch die Begriffsbestimmung des Wortes „Angriff“ näher als dieser.

Am nächsten Tage treten Südslawien und die Tschechoslowakei, am 5. Juli auch Litauen diesem Abkommen bei.

4. 7. Auflösung der Deutschen Volkspartei, der Bayrischen Volkspartei und des Zentrums.

5. 7. Die Reichsbahn gibt ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 560 Millionen Reichsmark bekannt. Oberingenieur Fritz Todt wird zum Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen ernannt.

7. 7. Der Führer erklärt in einer Rede vor den Reichstathaltern: „Die Revolution ist kein permanenter Zustand...“

10. 7. Zum Reichsstatthalter und Direktor der Reichsrundfunkgesellschaft wird Eugen Hadamovsky ernannt.

14. 7. Das Reichskabinett verabschiedet 50 Gesetze, darunter solche gegen die Neubildung von Parteien, zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, zum Schutz des Einzelhandels, über die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche.

14. 7. Der Viererpakt wird zwischen Deutschland, England, Frankreich und Italien auf 10 Jahre abgeschlossen.



Juli

217 Die Unterzeichnung des Reichskonkordates in Rom. Kardinal Pacelli im Augenblick der Unterzeichnung des Paktes. Die Verhandlungen zwischen Rom und Berlin mit dem Ziel, eine feierliche Zusammenarbeit zu gewährleisten, fanden am 20. Juli 1933 durch ein Konkordat ihren Abschluß. Der Führer der deutschen Delegation war Vizkanzler von Papen, für den Heiligen Stuhl unterzeichnete die Abmachungen Kardinalstaatssekretär Pacelli.



Juli

218 Deutsche Segelflieger. Bei dem Rhönwettbewerb wird ein Segelflugzeug zum Start gebracht. Deutschland ist in diesem Sport von jeher führend gewesen. Das erste Segelfluggelände war die Wasserkuppe in der Rhön. Hier stellten Klemperer und Martens 1921/22 die ersten Rekorde auf. Später kam das Dinienfeld der Kurischen Nehrung hinzu. Im Sommer 1933 schuf Schmidt mit 36 $\frac{1}{2}$ Stunden am Frischen Haff einen neuen Weltrekord.



August

219 Der Heilige Rock von Trier. Eine Studentenabordnung vor der Reliquie. Im Dom zu Trier wird der ungenährte Rock Christi, den die Kriegsnächte d. Ev. Johannes, Kap. 19, Vers 23—24, unter sich auslasten, als kostbare Reliquie aufbewahrt und dem Volk in gewissen Zeitabständen gezeigt. So fand vom 23. Juli bis 10. September 1933 eine Ausstellung des „Heiligen Rockes“ statt, wobei insgesamt etwa 2,2 Millionen Gläubige der ganzen Welt zusammenströmten.



August

220 Luftmarschall Balbo. Die italienischen Ozeanhelden bei ihrem Einmarsch in Rom im August 1935. Im Juli 1933 gelang es einem italienischen Fluggeschwader unter Führung des Luftfahrministers Balbo, den Atlantik nach beiden Richtungen zu überfliegen. Balbo wurde zum Luftmarschall ernannt und zog mit seinen Offizieren und Mannschaften, gleich den Siegern des alten Roms, umjubelt von den Volksmassen, durch den Triumphbogen des Konstantin.



September

221 Eröffnung des preuß. Staatsrates. Die neuen Staatsräte, in der ersten Reihe General v. Litzmann, Feldmarschall v. Mackensen und Admiral v. Trotha, auf dem Wege zur ersten Sitzung. Durch den preuß. Ministerpräsidenten Hermann Göring ist am 8. Juli 1933 eine Reihe von verdienten Männern zu einer beratenden Körperschaft des preuß. Staatsministeriums berufen worden. Die feierliche Eröffnung dieses Staatsrates fand am 11. September 1933 in der Aula der Berliner Universität statt.



September

222 Beginn des Baues der Reichsautobahnen. Der Führer am 25. 9. 1933 beim ersten Spatenstich der Reichsautobahn Frankfurt a. M. — Basel. Im Zuge der Arbeitsbeschaffung wurde am 27. 6. 1933 das Gesetz zur Errichtung der Reichsautobahnen (6500 km im Laufe von 6 Jahren) veröffentlicht. Deutschland hatte den Schlüssel zur Beendigung der Arbeitslosigkeit gefunden. Die Ostpreußen konnten am 15. 8. 1933 als die ersten melden, ohne Arbeitslose zu sein.

Den ersten Entwurf zu einem solchen Vertrag hatte Mussolini schon im März 1933 gemacht. In diesem Abkommen verpflichten sich die beteiligten Staaten, über alle sie betreffenden Angelegenheiten eine gegenseitige Verständigung herbeizuführen, die Abrüstungskonferenz sicherzustellen und in allen europäischen Fragen wirtschaftlicher Art gemeinsam zu handeln.

20. 7. In Rom wird das *Konkordat zwischen Deutschland und dem Vatikan* unterzeichnet (vgl. Bild 217). Es besteht aus 52 Artikeln. Darin wird vom Deutschen Reich die Freiheit des Bekenntnisses gewährleistet, der Gebrauch geistlicher Kleider geschützt, Eigentum und Rechte der katholischen Körperschaften, Anstalten, Stiftungen und Verbände gesichert, die Seelsorge in der Reichswehr, in den Krankenhäusern, Strafanstalten und sonstigen Häusern der öffentlichen Hand geregelt und der Kirche das Steuererhebungsrecht zugesichert.

Eine politische Betätigung hingegen wird den Priestern untersagt. Ferner enthält das Konkordat die Bestimmung, daß ein päpstlicher Nuntius in der deutschen Hauptstadt und ein deutscher Botschafter beim Heiligen Stuhl residieren werden.

Die Ratifizierung des Konkordates erfolgte im September 1933.

30. 7. In Stuttgart findet das *deutsche Turnfest* statt. Der Führer erklärt: „Geistreiche Völker ohne Mut und Kraft werden stets zu Hauslehrern der gesünderen Rasse degradiert.“

In den *Vereinigten Staaten* hat Roosevelt inzwischen seine reformatorischen Pläne weiter vorwärtsgeworfen, ohne indessen zunächst zu nachhaltigen Erfolgen zu gelangen. Infolge der Aufhebung des Goldstandards sinkt der Dollar in kurzer Zeit bis auf RM. 2,47 (statt normal RM. 4,20).

August 1933

10. 8. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf 4 646 000 zurückgegangen.

14. 8. Im Rahmen der Deutschen Arbeitsfront wird die Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (NS.-Hago) und der Gesamtverband des deutschen Handwerks, Handels und Gewerbes (GHG.) unter Führung von Dr. v. Renteln geschaffen. Alle Konsumvereine werden im Reichsbund deutscher Verbraucherorganisationen zusammengefaßt.

15. 8. Die *Provinz Ostpreußen ist frei von Arbeitslosen*.

20. 8. Zwischen Mussolini und dem österreichischen Bundeskanzler Dollfuß findet eine *Zusammenkunft in Riccione* statt.

27. 8. *Staatsakt am Tannenbergdenkmal* in Verbindung mit einer Ostlandtreuefahrt. Er gestaltet sich zu einer Huldigung für den Reichspräsidenten durch die neue Regierung.

Unmittelbar darauf begibt sich der Führer im Flugzeug zum *Niederwalddenkmal*, um hier auf einer großen Kundgebung für das deutsche Saarland zu sprechen.

30. 8. (bis 3. 9.) *Reichsparteitag in Nürnberg*: „Der Sieg des Glaubens.“

September 1933

12. 9. Der Werberat der deutschen Wirtschaft wird gebildet.

13. 9. Das Gesetz über den Reichsnährstand nimmt die gesamte Landwirtschaft aus der freien Marktwirtschaft heraus und führt ein System von Festpreisen ein. Einleitung des *Winterhilfswerkes* durch Reden des Führers und der Reichsminister Dr. Goebbels.

15. 9. Feierliche Eröffnung des inzwischen umgebildeten preußischen Staatsrates (vgl. Bild 221).

22. 9. Das Reich gewährt 500 Millionen Reichsmark für *Hausreparaturen und Steuererleichterungen*.

28. 9. Der evangelische Reichsbischof Ludwig Müller gewählt.

Oktober 1933

1. 10. *Erstes großes Erntedankfest auf dem Bückeberg*. Am selben Tag *erster Eintopfsonntag*.

9. 10. 5 850 000 Arbeitslose.

14. 10. *Deutschland verläßt den Völkerbund und die Abrüstungskonferenz in Genf*, weil „... diese ihre einzige Aufgabe, die Abrüstung durchzuführen, nicht erfüllen werde“. *Reichstagsauflösung* unter Festsetzung von Neuwahlen auf den 12. November und einer Volksabstimmung über diesen politischen Schritt.

15. 10. In München: Tag der Deutschen Kunst.

17. 10. Der Reichsarbeitsminister verlangt die Aufrechterhaltung der geltenden Tarifverträge und Löhne.

19. 10. Der Reichswirtschaftsminister fordert Verzicht auf jede Preiserhöhung.

November 1933

1. 11. Beilegung eines Pressekonfliktes zwischen Rußland und Deutschland, der im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die Reichstagsbrandstifter ausgebrochen war.

10. 11. In der Vorbereitung für den Volksentscheid spricht der Führer bei den Arbeitern in *Siemensstadt* (vgl. Bild 226).

12. 11. *Abstimmung über Deutschlands Gleichberechtigung sowie Reichstagswahlen*.

95% der abgegebenen Stimmen bejahen die Außenpolitik des Führers, 92,2% sprechen sich für eine nationalsozialistische Regierungsführung aus.

15. 11. Deutsch-polnische Verständigung.

Durch eine persönliche Aussprache des Führers mit dem polnischen Gesandten in Berlin wurden Verhandlungen mit Warschau eingeleitet, welche die bisherige politische Spannung zwischen Deutschland und Polen beseitigten. Über die neuen deutsch-polnischen Beziehungen wird jetzt „zur Festigung des europäischen Friedens“ ein *Kommuniqué* herausgegeben. Das Abkommen selbst wird am 26. Januar 1934 auf 10 Jahre abgeschlossen.

Am gleichen Tage (15. November) wird Vizekanzler v. Papen Saarbevollmächtigter. Ferner wird ein Beschluß des Reichskabinetts über das *Doppelverdienstertum* veröffentlicht.

16. 11. *Eröffnung der Reichskulturkammer* durch Reichsminister Dr. Goebbels.

17. 11. Amtlich wird festgestellt, daß die Zahl der Eheschließungen gegenüber dem Vorjahre um 55% gestiegen ist.

22. 11. Der Führer erklärt in einem Interview erneut seine Bereitwilligkeit, in direkte Verhandlungen mit Frankreich einzutreten.

28. 11. *Proklamation der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“* durch Dr. Ley.

30. 2. Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 5 714 000 (gegenüber 6 000 000 bei der Machtübernahme).

Dezember 1933

1. 12. *Das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat* wird verkündet. Die NSDAP. wird eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie besitzt fortan die politische Führung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

12. 12. *Zusammentritt des neuen Reichstages*. Am gleichen Tage wird der neue Rechtsstand durch Reichsjustizkommissar Dr. Frank proklamiert.

16. 12. Als erster Schritt zur neuen Reichseinheit wird die Vereinigung von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz durchgeführt.

18. 12. Der Zinsentransfer der deutschen Auslandsschulden wird auf 50% herabgesetzt.

21. 12. Herausgabe von Richtlinien des Reichsinnenministers für eine *neue Schulordnung*.

23. 12. Abschluß des Reichstagsbrandprozesses. Van der Lubbe wird zum Tode verurteilt, Torgler und die drei Bulgaren werden freigesprochen.

28. 12. Der Zugang der Abiturienten zu den Hochschulen wird auf insgesamt 15 000 begrenzt.

Zum erstenmal seit 20 Jahren feiert das deutsche Volk das Weihnachtsfest und die Jahreswende wieder mit der begründeten Hoffnung auf bessere Zeiten.



Oktober

223 Erntedankfest auf dem Bücheberg. Eine Gruppe von Hildesheimer Schnitterinnen in ihrer malerischen Tracht. Durch die Gründung des Reichswährstandes und durch das Reichserbhofgesetz war die Lebensgrundlage des deutschen Volkes neu gefestigt worden. Um diese bedeutungsvollen Maßnahmen vor aller Welt zum Ausdruck zu bringen, feierten Regierung und Volk erstmalig am 1. Oktober 1933 auf dem Bücheberg gemeinsam das Erntedankfest.



Oktober

224 Alte Volksitten leben auf. Der „Battenfänger von Hameln“. Im neuen Reich sind Fäherart und -sitte erneut zu Ehren gekommen. Auch alte Sagen und Vorkommnisse aus den Chroniken werden wieder gern bei Festlichkeiten und Umzügen in die Erinnerung zurückgerufen. So ließ Hameln anlässlich der Feier seines tausendjährigen Bestehens den Battenfänger erscheinen.



November

225 Das Mahmal an der Feldherrnhalle. Die ständige SS.-Ehrenwache vor der Tafel, die die Namen der Gefallenen trägt. 14 Getreue fielen am 9. November 1923 als erste Blutopfer für Adolf Hitler und für die nationalsozialistische Bewegung vor der Feldherrnhalle in München. Ihnen zum Gedenken wurde 10 Jahre später, am 9. November 1933, nach dem endlichen Sieg der großen Idee, bei einer ergreifenden Feier das Mahmal enthüllt.



November

226 Volksbefragung wegen des Völkerbundsaustritts. Der Führer in Siemensstadt am 10. November bei seiner Rede an das deutsche Volk. Deutschland hatte am 14. Oktober 1933 die Abrüstungskonferenz in Genf verlassen, weil diese ihm nicht die praktische Gleichberechtigung gewähren wollte. Gleichzeitig trat Deutschland aus dem Völkerbund aus. Für den 12. November 1933 wurde eine Volksbefragung angesetzt, auf der sich 91% hinter die Regierung stellten.



Dezember

227 Rückkehr des Kreuzers „Köln“. Wilhelmshavener Arbeiter grüßen den Führer. Ende 1932 hatte der „Famarkreuzer Köln“ eine längere Auslandsreise angetreten. Seine Rückkehr in die Heimat gestaltete sich wegen der inzwischen erfolgten Machtübernahme durch die nationalsozialistische Regierung besonders eindrucksvoll. Der Führer ließ die Besatzung an Bord des Schiffes willkommen und verband damit einen Besuch der Wilhelmshavener Werftanlagen.



Dezember

228 Das Winterhilfswerk der NSDAP. Die Speisung von Schulkindern durch das Berliner Wachregiment im Rahmen der Winterhilfe. Das gewaltigste, jemals von einem Volk ins Leben gerufene Hilfswerk zur Unterstützung bedürftiger Volksgenossen ist das Winterhilfswerk, dessen geistiger Urheber Minister Dr. Goebbels ist. Durch Hausbesuche, freiwillige Abgaben und Eintopfgerichte gelang es, Millionen von Volksgenossen während des Winters 1933/34 zu unterstützen.

Januar 1934

1. 1. Der Führer erläßt eine Neujahrsbotschaft an die nationalsozialistische Bewegung, in welcher er den Dank an seine Mitkämpfer zum Ausdruck bringt. An diesem Tage wird amtlich festgestellt, daß als freiwillige Spenden zur Förderung der nationalen Arbeit (vgl. 1. 6. 1933) bisher mehr als 100 Millionen Mark eingegangen sind. *Generalleutnant von Fritsch* wird Chef der Heeresleitung.

13. 1. *Stavisky-Skandal in Paris.* Hier und in anderen französischen Städten kommt es zu großen Unruhen, da durch die Untersuchung im Korruptionskandal Stavisky bekannt wird, daß eine Reihe führender Parlamentarier und sogar einige Minister an der Verteilung von Schmiergeldern und der Finanzierung von dunklen Geschäften mittels Staatsgeldern beteiligt sind. Der Untersuchungsrichter in der Angelegenheit Stavisky wird auf geheimnisvolle Weise ermordet; eine größere Zahl von Akten und wichtigen Beweistücken verschwindet. Im Laufe der Untersuchungen ergibt sich, daß hohe Justizbeamte diese neuen Taten der geheimnisvollen Hintermänner des Skandals zu decken versuchen. Am 27. Januar muß die Regierung Chautemps zurücktreten. — *Daladier bildet ein neues Kabinett.* Er sagt strengste Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen zu. Die Straßenunruhen in Frankreich aber dauern an.

14. 1. Goslar wird Sitz des Reichsnährstandes.

18. 1. Das Gesetz gegen Waldverwüstung bestimmt Maßnahmen zur Erhaltung der deutschen Wälder und zur Sicherung der Erzeugung des Holzes.

20. 1. Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit wird verkündet. Statt Klassenkampf soll es fortan nur noch Betriebsgemeinschaft geben: der Unternehmer als Führer des Betriebes, Arbeiter und Angestellte als Gefolgschaft. Grundpfeiler der neuen Arbeitsordnung sind die Vertrauensräte in den einzelnen Betrieben, die Treuhänder der Arbeit und die soziale Ehrengerichtbarkeit.

21. 1. Dem bisherigen Staatspräsidenten von Mandschukuo, Pa Yi, dem letzten Kaiser von China, wird die Kaiserwürde von Mandschukuo angetragen. Er nimmt an und wird am 1. März gekrönt.

22. 1. Ministerpräsident Göring gibt das neue preußische Jagdgesetz bekannt.

30. 1. Einberufung des Deutschen Reichstages anlässlich des Jahrestages der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus. Nach dem Willen des Führers soll dieser Tag

nicht Anlaß zu Siegesfeiern, sondern zu tatfreudiger Hilfsbereitschaft gegenüber allen noch notleidenden Volksgenossen sein. In einer großen Rede fällt Adolf Hitler die Ergebnisse des ersten Jahres der nationalsozialistischen Revolution zusammen. Innenpolitisch wird an diesem Tage ein Gesetz zum Neuaufbau des Reiches bekanntgegeben. Hiernach werden die Volksvertretungen für alle Länder aufgehoben; die Hoheitsrechte gehen an das Reich über. Die einzelnen Landesregierungen unterstehen von nun an der Reichsregierung, während die Reichsstatthalter der Dienstaufsicht des Reichsinnenministers unterstellt werden. Außenpolitisch schlägt der Führer eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich in der Saarfrage vor.

Februar 1934

9. 2. *Balkanpakt* zwischen Jugoslawien, Griechenland, Rumänien und der Türkei. Er enthält drei Artikel zur Festigung des Friedens auf der Balkanhalbinsel:

1. Die vier Staaten garantieren einander die Sicherheit ihrer Grenzen.

2. Sie verpflichten sich zum gegenseitigen Meinungs-austausch für den Fall, daß irgendwo die Interessen eines dieser Staaten angegriffen werden. Im besonderen vereinbaren sie, politische Aktionen gegenüber anderen — nicht vertragsangehörigen Mächten — nur nach gegenseitiger Verständigung vorzunehmen.

3. Dem Pakt können alle anderen Balkanmächte beitreten.

12. 2. *Blutige Unruhen in Österreich.*

Seit den Unruhen im Juni 1933 sind die österreichischen Verhältnisse nicht zur Ruhe gekommen. Der Kampf spielt sich auf allen Gebieten ab: wirtschaftlich, politisch und weltanschaulich. Die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben die Westmächte völlig in der Hand. Politisch hatte sich Österreich stark an Italien angeschlossen. Auf kirchlichen Gebiet übt der Klerus einen außerordentlichen Einfluß aus, während schon seit langen der Prozentsatz des Judentums in Wien einen beachtlichen Faktor darstellte. Allen diesen Strömungen gegenüber kam der *österreichische Nationalsozialismus* immer mehr in Frontstellung. Hier spricht vor allem die Stimme des Blutes: er war von jeher großdeutsch gesinnt und strebte — wie einst nach dem Kriege das ganze österreichische Volk — zum Reich. Dies Verlangen wurde um so stärker, je größere Erfolge der Nationalsozialismus im benachbarten Deutschland aufzuweisen hatte — vor allem in Tirol, Salzburg und Oberösterreich. Demgegenüber haben sich inzwischen die ver-

schiedenen „Fronten“ herausgebildet. Der österreichische Bundeskanzler *Dr. Dollfuß* ist christlich-sozialer Parteigänger: Er vertritt eine klerikal-bürgerliche Mitte, deren politische Richtung sich ungefähr mit der „Bayrischen Volkspartei“ vergleichen läßt. Er strebt an, durch eine „Vaterländische Front“ einen eigenen „Volkstaat“ aufrechtzuerhalten, nur daß eben dieser Volkstaat von Mächten fremden Blutes in völliger Abhängigkeit steht. Eine weitere Front hat *Fürst Starhemberg* mit seinem Heimatschutz gebildet. Er wünscht eine Diktatur seiner „austrofaschistischen“ Milistruppen über Österreich. Gerade in diesem Bestreben gerät er aber sowohl mit den Nationalsozialisten wie mit den Linksparteien zusammen. Die bauerlichen Demokraten haben eine „nationalistische Front“ geschaffen. Schließlich benutzte der „*Austromarxismus*“ der linksradikalen Parteien jede Gelegenheit — sei es gegen die Regierung — sei es gegen den Nationalsozialismus —, um seine eigenen Ziele zu verfolgen.

Den Westmächten mußte es vor allem daran liegen, die Regierung Dollfuß zu stützen. Sie bewilligten daher neben dauernden Krediten Österreich in Erweiterung des Friedensvertrages eine Erhöhung seiner Militärmacht durch Hilfspolizei um 10000 Mann. Dies ermutigt die österreichische Regierung zu immer schärferem Vorgehen gegen die widerstrebenden Parteien. Am gefährlichsten schien ihr im Hinblick auf die Ereignisse im Reich die nationalsozialistische Richtung zu werden. Das Verbot der NSDAP vom 20. Juni 1933 wurde von den österreichischen Behörden mit aller Schärfe durchgeführt; jedes Tragen von Parteiabzeichen wurde verboten. Es wurden Konzentrationslager geschaffen, die zumeist überfüllt waren. Den Angehörigen des Heeres und den Beamten wurde jede Betätigung im nationalsozialistischen Sinn verboten. Während so die Aufmerksamkeit der österreichischen Staatsbehörden gegen rechts gerichtet ist, bauen die Linksparteien ihre Fronten, die gleichfalls offiziell aufgelöst sind, im geheimen weiter aus. Eine starke innerpolitische Spannung erfaßt das gesamte österreichische Volk, die sich am 12. Februar 1934 in blutigen Unruhen in Wien entlädt. Hier kommt es zu schweren Kämpfen zwischen organisierten und mit Waffen ausgerüsteten Linksradikalen und der Polizei. Es wird das Standrecht verhängt. Drei Tage dauern die Kämpfe, die sich auch auf andere Plätze ausdehnen. Erst durch Einsatz von Artillerie wird die Regierung Herr der Lage. Die Gesamtzahl der Toten wird amtlich mit 241 angegeben.



Januar

229 Unruhen in Paris. Ein Zusammenstoß zwischen Demonstrierenden und Polizei in den Straßen von Paris. Bei Untersuchung der Affäre Scavisky war eine ungeheure Korruption festgestellt worden, die über eine Reihe von Abgeordneten und hohen Beamten bis in die Kreise der franz. Regierung hinaufreichte. Infolgedessen mußte die Regierung Chautemps am 27. 1. 1934 zurücktreten. Die Empörung im franz. Volk über diese Zustände war allgemein und kam in großen Unruhen zum Ausdruck.



Januar

230 Rückgabe schottischer Trommeln. General Hamilton beim Verlassen des Reichwehrministeriums. In einem persönlichen Schreiben an den Reichspräsidenten hatte General Hamilton um Rückgabe der Trommeln seines alten Regiments Gordon-Hochländer II gebeten, die 1914 in Ostende bei einem eiligen Rückzug in die Hände der deutschen Truppen gefallen waren. Der Generalfeldmarschall entsprach mit soldatischer Ritterlichkeit diesem Wunsch.



Februar

231 Das Kaiserreich Mandschukuo. Der neue Herrscher in Galauniform. Nachdem sich die Verhältnisse in der Mandchurei durch den weiteren Vormarsch der japanischen Truppen gefestigt hatten, wurde am 21. Januar 1934 dem bisherigen Staatspräsidenten von Mandschukuo und früheren letzten Kaiser von China, Pu Yi, seitens der Regierung die Kaiserwürde von Mandschukuo angetragen. Pu Yi wurde am 1. März 1934 unter dem Namen Kang Te gekrönt.



Februar

232 Staatsakt am 25. Februar 1934. Der Führer mit den Ministern Göring und v. Blomberg vor dem Ehrenmal für die Toten des Weltkrieges. Hitler erklärte bei einem feierlichen Staatsakt, daß die deutsche Regierung mindestens einmal jährlich das deutsche Volk zu einem Appell aufrufen werde, um aus dessen Bekenntnis die Grundlagen für die weitere Staatsführung zu schaffen. Vorher fand zum Andenken an die Gefallenen des Weltkrieges eine Erinnerungsfest statt.



März

233 Der Zugsitzflug 1934. Reichsminister Rudolf Heß am Tage seines Sieges. Der deutsche Luftsporthand veranstaltete am 9. März 1934 einen Flugwettbewerb, der eine Landung auf der Zugsitze vorsah. Rudolf Heß, während des Krieges Kampfflieger, seit 1923 Sekretär Adolf Hitlers, seit 1933 Reichsminister und Stellvertreter des Führers, gewann diese deutsche Flugzeugkonkurrenz überlegen.



März

234 Niederfinow, das größte Schiffshebewerk der Welt. Während der Führer in Bayern am 21. März die Arbeitsschleife mit dem Befehl eröffnet: „Deutsche Arbeiter, fangt an!“, wurde von den Ministern Göring und Elts-Rübensach das gewaltige Schiffshebewerk in Niederfinow eingeweiht. Dieses ermöglicht, den Niveauunterschied des Finowkanals von 80 Metern auszugleichen.

17. 2. Frankreich, England und Italien erklären im Anschluß an die Vorgänge in Österreich, daß sie die Unabhängigkeit dieses Staates aufrechterhalten werden.

18. 2. König Albert I. von Belgien verunglückt tödlich bei einer Bergbesteigung.

Er wurde am 8. April 1875 geboren und 1909 belgischer König. Während der deutschen Besetzung Belgiens anläßlich des Weltkrieges führte er seine Regierung von La Havre aus. Als leidenschaftlicher Bergsteiger unternahm er häufig Ausflüge ohne Begleitung und fand hierbei — ohne daß die näheren Umstände genau festgestellt werden konnten — den Tod.

März 1934

8. 3. Schwere Aufstandsbewegung in Spanien.

Vom Dezember 1931 bis September 1933 hatte hier das Kabinett Azaña regiert, ohne daß es imstande war, das Land zu beruhigen. Es hatte daher dem Führer der Radikalsocialisten, Lerroux, Platz machen müssen. Aber auch dieser vermochte nicht die widerstrebenden Parteien zu einigen.

14. 3. Besuch Dr. Dollfuß bei Mussolini in Rom. Hierbei ist auch der ungarische Ministerpräsident anwesend. Das Ergebnis der Besprechung dieser „Dreierkonferenz“ wird in einem Protokoll veröffentlicht, das eine enge Anlehnung Italiens, Österreichs und Ungarns auf wirtschaftlichem Gebiet vorsieht.

21. 3. In Deutschland wird die neue „Arbeitsschlacht“ in Angriff genommen. Der Führer eröffnet sie persönlich mit dem ersten Spatenstich der Reichsautobahnen an der Baustelle Unterhaching.

Am gleichen Tage wird durch den preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring und den Reichsverkehrsminister Eitz-Rübenach das riesige Schiffshebewerk Niederfinow dem Verkehr übergeben.

April 1934

9. 4. (bis 16. 4.) Reichsberufswettkämpfe der deutschen Jugend.

Der neue Staat nimmt sich besonders auch der Jugendlichen an, die als Lehrlinge im Handwerk, in der Fabrik, in den Büros usw. tätig sind. Sie sollen nicht — wie es früher häufig vorkam — in der ersten Zeit nur als Laufjungen Verwendung finden, sondern von Anfang an in allen Zweigen ihres Berufes sorgfältig ausgebildet werden. In den Reichsberufswettkämpfen soll dann die Jugend Rechenschaft über das bisher Erreichte ablegen; für die besten Leistungen sind Preise vorgesehen.

20. 4. Vertrag zwischen China und Japan über einen gegenseitigen Eisenbahn- und Postverkehr. Nach dem am 27. Mai 1933 geschlossenen Waffenstillstand war in Ostasien eine gewisse Beruhigung eingetreten. Durch den neuen Vertrag erkennt China nunmehr praktisch das Bestehen des Staates Mandschukuo an und nimmt mit ihm die Handelsbeziehungen auf.

24. 4. Reise des französischen Außenministers Barthou nach Warschau. In Verfolg seiner Sicherheitsbestrebungen versuchte Frankreich immer wieder, die bestehenden wirtschaftlichen Verträge, die auf die Bildung von „Großräumen“ hinauslaufen, z. B. Donaustaaten — politisch auszubauen. Seit dem deutsch-polnischen Verständigungsabkommen zeigte aber Polen hierfür wenig Neigung; so blieben auch die Bemühungen Barthous ohne Erfolg.

Mai 1934

1. 5. In Deutschland begehen Betriebsführer und Gefolgschaften gemeinsam die Feier der „Nationalen Arbeit“. Demgegenüber kommt es in Frankreich an diesem Tage zu blutigen Krawallen.

26. 5. Die Habsburger Frage in Österreich: Schon im April 1934 waren Verhandlungen in Wien geführt worden, welche die Aufhebung des sogenannten „Habsburger Gesetzes“ zum Ziel hatten. Dieses bestimmte, daß den Habsburgern, wenn sie nicht auf alle Rechte verzichteten, die Rückkehr nach Österreich verboten sei, und erklärte sie aller ihrer Güter für verlastig. Am 26. Mai durfte jedoch Erzherzog Eugen wieder zurückkehren und wurde ehrenvoll empfangen.

Juni 1934

14. 6. Begegnung Hitlers mit Mussolini in Venedig (vgl. Bild 239).

Am gleichen Tage wird Dr. Goebbels von Marschall Pilsudski in Warschau empfangen, wo er über den Sinn des neuen Deutschlands einen Vortrag hält.

19. 6. Balkanreise des französischen Außenministers Barthou.

Er weilt am 19. Juni in Wien, am 20. Juni in Bukarest und am 27. Juni in Belgrad, wo er mit allen Ehren empfangen wird und mit dem jugoslawischen König Alexander alle schwebenden politischen Fragen eingehend erörtert. Gleichzeitig hält sich der französische General Weygand in politischer Mission in London, General Debenev in der gleichen Eigenschaft in Warschau auf.

30. 6. Die Röhmvölle wird durch das persönliche Eingreifen des Führers im Keim erstickt und bricht zusammen.

Juli 1934

1. 7. Viktor Lutze wird zum Stabschef der SA. ernannt.

6. 7. In San Francisco und in anderen Hafenstädten der USA. kommt es zu Streiks und blutigen Unruhen, weil die Hafenarbeiter mit der von der Regierung festgelegten Arbeitszeit und den Arbeitslöhnen nicht zufrieden sind. Gegen die Streikenden muß Militär eingesetzt werden.

10. 7. Dr. Dollfuß bildet sein Kabinett um. Fast täglich kommt es in Österreich jetzt zu Sprengstoffattentaten. Gewalt steht gegen Gewalt. Am 12. Juli wird ein Sprengstoffgesetz erlassen. Am 16. Juli wird Vizekanzler Fey Generalstaatskommissar mit besonderen Vollmachten.

25. 7. Wiener Revolte durch militärisch organisierte Putschisten. Sie besetzen die Kavag — die Wiener Radiostation — und drängen in das Bundeskanzleramt ein. Dr. Dollfuß, der ihnen entgegentritt, wird hierbei erschossen. Die Lage wird jetzt auch außenpolitisch sehr ernst: Italien mobilisiert einen Teil seiner Streitkräfte und besetzt die österreichisch-italienische Grenze in der Absicht, gegebenenfalls zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Österreichs einzumarschieren. Demgegenüber droht Jugoslawien gleichfalls mit Einmarsch. Inzwischen gelingt es aber der neuen österreichischen Regierung unter Dr. Schuschnigg, den Putsch niederzuschlagen, nachdem auch Deutschland jeden Grenzübertritt gesperrt hat. Italien zieht schließlich am 16. August 1934 seine Truppen zurück.

Vizekanzler v. Papen wird außerordentlicher Gesandter in Wien mit dem Ziel, zwischen den beiden Brudervölkern wieder ein freundschaftliches Verhältnis herzustellen.

August 1934

1. 8. Für den erkrankten Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt wird Reichsbankpräsident Dr. Schacht mit der Führung der Geschäfte des Wirtschaftsministeriums beauftragt.

2. 8. Reichspräsident Generalfeldmarschall v. Hindenburg gestorben.

Paul v. Bennendorff und v. Hindenburg wurde am 2. Oktober 1847 als Sohn eines preußischen Majors in Posen geboren. Als junger Gardeoffizier machte er die Kriege von 1866 und 1870/71 mit und wurde 1878 in den Generalstab versetzt. 1889 war er Chef der Infanterieabteilung im preußischen Kriegsministerium, später Divisionskommandeur in Karlsruhe und Kommandierender General in Magdeburg (bis 1911).



April

235 Berufswettkämpfe der Jugend. Landwirtschaftliche Lehrlinge unter Aufsicht der Prüfungskommission beim Heubündeln. Um den Stand der Ausbildung des jugendlichen Nachwuchses der Handwerker, Bauern und Büroangestellten zu prüfen und um das Pflichtgefühl der jungen Lehrlinge anzuregen, fand auf Veranlassung der Reichsjugendführung vom 9.—16. April 1934 ein Reichsberufswettkampf der deutschen Jugend statt.



April

236 Der deutsche Arbeitsdienst. Eine Kolonne der deutschen Armee des Spatens. Die nationalsozialistische Revolution schuf das gewaltige Volkserziehungsmittel „Arbeitsdienst“. Stark und eindeutig wird die friedfertige Haltung des neuen Deutschlands durch diese Organisation, die die körperliche und geistige Erziehung der deutschen Jugend zum Ziele hat, zum Ausdruck gebracht.



Mal

237 Die Oberammergauer Passionsspiele. Einige Darsteller anlässlich der Festspiele 1934, die am Pfingstsonntag, dem 21. Mai, begannen und bis zum 25. September 1934 dauerten. Die Passionsspiele werden nach einem abgelegten Gelübde als Dank für die Befreiung von der Pest seit 1614 abgehalten, zunächst alle 10 und jetzt alle 4 Jahre. Der älteste Text dieses Spieles stammt aus den Passionsspielen des 15. Jahrhunderts von St. Ulrich und St. Afra.



Mal

238 Die technische Nothilfe bei Bekämpfung eines Waldbrandes im heißen Frühjahr 1934. Am 30. September 1919 entstand die technische Nothilfe als freiwillige Organisation, um bei großen Stürken die für die Bevölkerung lebenswichtigen Betriebe in Gang zu halten. Sie hat in den schweren Jahren der Nachkriegszeit eine überaus regenreiche Tätigkeit entfaltet und ihre Aufgaben später auf Hilfeleistung bei Katastrophen infolge höherer Gewalt ausgedehnt.



Juni

239 Zusammenkunft Mussolini-Hitler. Ein auf dem Markusplatz stattfindender Vorbeimarsch der faschistischen Verbände. Nicht um die Landkarte der Welt gewaltam zu ändern, sondern um den Frieden zu dienen, fand vom 14.—16. Juni 1934 eine Zusammenkunft zwischen Hitler-Mussolini in Venedig statt. Hierbei wurden Fragen der allgemeinen Politik und die beide Länder unmittelbar interessierenden Probleme der Wirtschaft im Geiste herrlicher Zusammenarbeit erörtert.



Juni

240 Deutsch-polnischer Freundschaftsbesuch. Von links nach rechts: Marschall Pilsudski, Dr. Goebbels, der polnische Außenminister Beck. Am 15. November 1933 hatten Deutschland und Polen vereinbart, die sie berührenden Fragen in Zukunft durch unmittelbare Verhandlungen zu klären und auf jegliche Gewaltmaßnahmen untereinander zu verzichten. Die Folge dieses freundschaftlichen Verhältnisses war ein Besuch Dr. Goebbels' am 14. Juni 1934 in Warschau.

Nach Ausbruch des Weltkrieges wurde Hindenburg am 22. August 1914 an Stelle des Generals v. Prittwitz zum Führer der 8. Armee ernannt. Als Generalstabschef trat ihm Ludendorff zur Seite. Durch die Schlachten bei Tannenberg (23.—30. August 1914) und an den Masurischen Seen (5.—15. September 1914) befreite er Ostpreußen von den Russen. Seitdem war er der volkstümlichste deutsche Herrführer. Am 27. November 1914 wurde er zum Generalfeldmarschall ernannt. Am 29. August 1916 wurde er an Stelle Falkenhayns Chef des Generalstabs des Feldheeres; an seine Seite trat wieder Ludendorff als Erster Generalquartiermeister. Nach Abschluß des Waffenstillstandes leitete der Feldmarschall den Rückmarsch des Westheeres in die Heimat. Nach Unterszeichnung des Versailler Vertrages legte er am 3. Juni 1919 den Oberbefehl nieder. Vom 12. Mai 1925 ab war er Reichspräsident. Der am 2. August 1934 9 Uhr eingetretene Tod Hindenburgs erweckt in der ganzen Welt außerordentliche Teilnahme. In der Nacht vom 6. zum 7. August wird seine sterbliche Hülle von Gut Neudeck nach dem Tannenbergdenkmal überführt und hier feierlich beigesetzt.

19. 8. Volksentscheid über die Nachfolgerschaft des Reichspräsidenten. Unmittelbar nach dem Tode Hindenburgs hatte die Reichsregierung ein Gesetz erlassen, welches als Nachfolger den Reichskanzler bestimmte. Vor seinem Inkrafttreten ordnete aber Hitler eine Volksbefragung an. Er selbst begründete dies in einer großen Rede vor den Arbeitern der Blohm & Voß-Werft in Hamburg. Die Volksbefragung ergibt 38 562 760 Ja-Stimmen — d. h. fast 90%. Von nun an trägt Hitler im amtlichen und außeramtlichen Verkehr die Bezeichnung „Der Führer und Reichskanzler“.

September 1934

5. 9. (bis 12. 9.) Reichsparteitag in Nürnberg „Der Triumph des Willens“.

19. 9. Rußland wird in den Völkerbund aufgenommen.

27. 9. Die Regierungen von England, Frankreich und Italien erklären erneut, daß die Unabhängigkeit und Integrität Österreichs unbedingt erhalten bleiben muß.

Oktober 1934

2. 10. Rußland und Japan schließen einen Vertrag ab, wonach die ostchinesische Bahn in der Mandchurei für den Preis von 170 Millionen Yen in japanisch-mandschurischen Besitz übergeht. Damit tritt im Fernen Osten eine weitere Entspannung ein.

5. 10. Neue blutige Unruhen und Generalstreik in Spanien. Man versucht, in Barcelona eine selbständige katalanische

Republik auszurufen, und in Asturien bricht ein Arbeiteraufstand aus. Aber die Regierung Lerroux bleibt Herr der Lage. Die Zahl der Todesopfer wird auf über 5000 geschätzt.

9. 10. Das Attentat in Marseille.

Infolge des Besuches Barthous in Belgrad am 27. Juni 1934 will König Alexander der französischen Regierung einen Gegenbesuch machen. Er wird aber kurz nach Betreten des französischen Bodens in Marseille durch Revolvergeschüsse getötet. Barthou, der ihm zur Begrüßung entgegengefahren ist, büßt gleichfalls sein Leben ein. — Die feierliche Beisetzung des Königs, an der im Auftrag Adolf Hitlers der preußische Ministerpräsident Hermann Göring teilnimmt, findet am 19. November in Jugoslawien statt. Nachfolger Barthous als französischer Außenminister wird Laval. Das Marseller Attentat hat in den folgenden Monaten noch ein unerquickliches Nachspiel: Der Gegensatz zwischen Jugoslawien und Ungarn verschärft sich durch die Behauptung, daß die ungarische Regierung die Bildung terroristischer Zirkel auf ihrem Gebiet zu lange geduldet und damit die moralische Verantwortung für dieses Attentat habe. Mit Mühe wird der Streit, der Ende des Jahres vor dem Völkerbund zum Austrag kommt, beigelegt.

15. 10. Tod des ehemaligen Präsidenten der französischen Republik Poincaré.

Raimond Poincaré wurde 1860 in Bar-le-Duc geboren und vertrat von jeher den Gedanken der Revanche gegen das Deutsche Reich. In den Jahren 1891 und 1898 war er teils Unterrichts-, teils Finanzminister und zuletzt Finanzpräsident der Kammer. 1912 wurde er Ministerpräsident und zugleich Außenminister. Er betrieb als solcher zielbewußt den Ausbau der Bündnisse zu Rußland und England. Im Januar 1913 wurde er unter dem Schlagwort „Poincaré-la-guerre“ (d. h. der Krieg) zum Präsidenten der Republik gewählt. Von seinen Vertrauensmännern wurde Delcassé Botschafter in Petersburg, während Barthou als Ministerpräsident im Juli 1913 die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit durchsetzte. Kurz nach seinem Petersburger Staatsbesuch im Juli 1914 wurde die russische Mobilmachung bekannt. Während des Krieges berief er seinen persönlichen Gegner Clemenceau im November 1918 an die Spitze der Regierung. Nach Ablauf seiner Präsidentschaft im Januar 1920 wurde Poincaré auf kurze Zeit Vorsitzender der Reparationskommission. Er hat nie aufgehört, sich feindlich gegen Deutschland zu stellen. Am 4. Januar 1922 stürzte er den wenig schroffen Ministerpräsidenten Briand und wurde darauf selber wieder Ministerpräsident (bis 1924, dann wieder 1926—1929).

31. 10. Englisch-persischer Konflikt.

Bisher hatte England auf Persien wirtschaftlich einen starken Einfluß gehabt; die Beziehungen der beiden Staaten hatten sich aber in den letzten Jahren stark verschlechtert.

Vor allem war es zu Konzessionsstreitigkeiten über einige Küstengebiete im Persischen Meerbusen gekommen, die für England wegen der Erdölförderung vom Irak nach Indien von größter Wichtigkeit sind. Persien hatte daraufhin der englisch-indischen Flugzeuggesellschaft die Landeerlaubnis in Buschira ohne Angabe von Gründen entzogen. Jetzt räumte es Japan immer stärkeren Einfluß ein. An Stelle von englischen und russischen Instruktionsoffizieren werden nunmehr japanische herangezogen. Auch gibt Persien an Japan einen großen Auftrag zur Lieferung von Kriegsschiffen und zur Anlage neuer Häfen in Höhe von 55 Millionen Dollar.

November 1934

13. 11. Vergewaltigung deutscher Stammesangehörigen der Tschechoslowakei. Der Vizepräsident des Kreisgerichtes Eger verbietet den Richtern seines Gebietes — in dem das Sudetendeutchtum vorherrschend ist — den Gebrauch der deutschen Sprache im Umgang mit dem Gerichtspersonal. Dieser Zwischenfall ruft in sudetendeutschen Kreisen große Erregung hervor. In Prag kommt es zu einem Vorlesungsstreik der deutschen Studenten und zu Zusammenstößen mit den tschechischen Studierenden. Die deutsche Universität muß vorübergehend geschlossen werden.

20. 11. Unterredung zwischen dem neuen österreichischen Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und Mussolini. Die Politiken engen Einvernehmens zwischen Österreich, Italien und Ungarn wird erneut bekräftigt. Man erörtert die Voraussetzungen, unter welchen das inzwischen politisch und wirtschaftlich wieder gefestigte Österreich in die Lage versetzt werden könne, den Ausgleich der im Donaubecken zusammentreffenden Kräfte herbeizuführen.

22. 11. Der Streit um die Rektoratsinsignien in Prag. Ein Erlaß des tschechischen Ministeriums für das Schulwesen setzt fest, daß die deutsche Universität in Prag verpflichtet sei, im Sinne eines Gesetzes vom 19. Februar 1920, die alten Insignien historischen Wertes dem Rektorat der tschechischen Universität auszuhandigen, sobald dieses darum ersuche.

Kaiser Karl IV. errichtete 1348 eine Universität, das „Carolinum“. Sie war eine Lehranstalt, bei welcher immer die deutsche Sprache vorherrschte, und war anfangs die einzige Hochschule des alten Deutschen Reiches. 1882 wurde sie in eine deutsche und in eine tschechische Universität geteilt, wobei beide die Bezeichnung Karls-Universität behielten. Die Rektoratsinsignien verblieben ordnungsmäßig bei der Gründungsuniversität, d. h. bei der deutschen. Nach der Errichtung des tschechischen Staates wurde die Bezeichnung Karls-Universität von der tschechi-



Juli

241 Der neue Stabschef Lutze nach seiner Ankunft in Berlin am 24. Juli 1934. Am 30. Juni 1934 war durch das sofortige Eingreifen des Führers die Röhmrevolte im Keim erstickt worden. An folgenden Tagen wurde der Obergruppenführer Viktor Lutze zum neuen Stabschef der SA. ernannt. Lutze, der während des Krieges ein Auge verloren hat, war seit 1922 Parteimitglied und seit 1933 Oberpräsident in Hannover.



Juli

242 Revolte in Wien. Die Abführung eines Verhafteten durch die Polizei. Bei einem Putschversuch in Wien am 25. Juli drangen die Putschisten zunächst in den Senderraum der „Rang“ ein; dann besetzten sie auch das Bundeskanzlergebäude, wobei der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß getötet wurde. Der Regierung gelang es jedoch, ihre Gegner zu verhaften und nach zwei Tagen die Ruhe wiederherzustellen.



August

243 Hindenburgs Beisetzung. Das Eintreffen des auf einer La-fette ruhenden Sarges am Denkmal. In nächtlicher Fahrt wurde der Ferkwige von Gut Neudack nach dem Orte seines größten Sieges, Tannenberg, überführt. Hier fand am 7. August 1934 unter Anteilnahme der ganzen Welt die feierliche Beisetzung im Hindenburgurn des Tannenbergdenkmals statt, wobei der Führer seine ergreifende Abschiedsrede mit den Worten schloß: „Vater Feldherr, geh ein in Walhall!“



August

244 Volksabstimmung wegen der Reichspräsidenten-Nachfolge-schaft. Der Führer in Hamburg auf der Werft Blohm & Voß, wo er am 17. August 1934 seine bedeutsame Wahlrede an das deutsche Volk hielt. Nach dem Tode Hindenburgs erließ die Regierung ein Gesetz über die Nachfolgerschaft. (Zusammenfassung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers.) Die Volksabstimmung hierüber ergab über 18 Millionen „Ja“-Stimmen, d. h. fast 90%.



September

245 „Kraft durch Freude.“ Das Urlauberschiff „Der Deutsche“. Der Nationalsozialismus macht überall die wahre Volksgemeinschaft zu verwirklichen. So wurden durch die Gründung der Deutschen Arbeitsfront (6. Mai 1933) Arbeitnehmer und Arbeitgeber vereint; so gab die NS-Organisation „Kraft durch Freude“ (Gründung 28. November 1933) innerhalb der DAF den Arbeitnehmern Gelegenheit, die Schönheiten der deutschen Heimat und der See kennenzulernen.



September

246 Reichsparteitag in Nürnberg. Vorbeimarsch vor Adolf Hitler anlässlich des 6. Parteitag (5.—12. September 1934). Auf dem „Deutschen Tag“ in Nürnberg am 2. September 1933 hatte die NSDAP eine begeisterte Aufnahme gefunden. In Erinnerung hieran berief 1933 der Führer und Reichskanzler den ersten großen Parteitag nach der Machtergreifung nach dieser altherwürdigen Stadt und bestimmte, daß hier auch in Zukunft der Parteitag der NSDAP. abgehalten werden sollte.

sehen Seite übernommen; ihr wurde die deutsche Universität „angegliedert“. Auf Grund des Erlasses vom 22. November stellt nunmehr die tschechische Karls-Universität das Verlangen nach Auslieferung der Insignien und macht Anstalten, sich diese gewaltsam zu holen. Die sudetendeutschen Studenten müssen der Übermacht weichen. Am 26. November erfolgt die Übergabe. Im Anschluß hieran große deutsch-feindliche Demonstrationen in Prag.

30. 11. In Frankreich erklärt Außenminister Laval, daß die Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien mit dem Ziel, die Verbindung beider Länder freundschaftlicher zu gestalten, günstig verlaufen. Sie würden jedoch nur ihren Zweck erfüllen, wenn sie gleichzeitig alle Garantien für eine Annäherung Italiens an die Kleine Entente böten und die Unabhängigkeit Österreichs sicherten. Bei einer Reise des französischen Außenministers Laval nach Rom im Januar 1935 kam ein Vertrag dieser Art im Zusammenhang mit der Bereinigung kolonialer Streitigkeiten zustande.

Dezember 1934

2. 12. In Leningrad wird der frühere sowjetrussische Parteifunktionär Kirow erschossen. Daraufhin werden eine Reihe von führenden Sowjetregierungsmitgliedern verhaftet und nach Sibirien verbannt.

Auch im Winter 1934/35 entfaltet das deutsche Winterhilfswerk eine sehr rege Tätigkeit. Die Ergebnisse übertreffen die des Vorjahres um ein beträchtliches.

Im übrigen richtet sich das Interesse der Öffentlichkeit in Deutschland wie in der Welt vor allem auf

die Saarfrage.

Schon 1917 sah ein russisch-französischer Geheimvertrag die Annektion des Saargebietes für Frankreich vor. Bei den Vorberatungen zum Versailler Vertrag widersetzten sich aber Wilson und Lloyd George lebhaft diesem Wunsche. Nachdem jedoch französische Sachverständige fälschlich angaben, daß im Saarland von rund 800 000 Menschen wenigstens 150 000 französisch seien, wurde im Friedensdiktat von Versailles das Gebiet vorläufig von Deutschland abgetrennt und 15 Jahre lang unter Verwaltung des Völkerbundes gestellt. Außerdem erhielt Frankreich die Möglichkeit, die Kohlengruben anzubeuten als Ersatz für die durch den Weltkrieg stillgelegten Gruben Frankreichs. Bei einer etwaigen Rückkehr der Saar sollte Deutschland diese Kohlengruben von Frankreich noch besonders zurückkaufen. Nach 15 Jahren sollte das Saarvolk in freier und geheimer Wahl entscheiden, ob es den Zustand der Völ-

kerbundsverwaltung beibehalten oder sich zu Frankreich oder Deutschland bekennen wolle.

Von Beginn der Nachkriegszeit an versuchte Frankreich mit allen Mitteln, die Saar französisch zu machen. Es trieb eine umfangreiche Kulturpropaganda. 1925 — in der Zeit der deutschen Inflation — führte es die Frankenvährung ein. 1925 wurde das Saarland vom deutschen Zollgebiet losgelöst und dem französischen einverleibt. Bis 1927 war es von französischen Truppen besetzt. Der französische Bahnschutz verließ erst 1930 das Land.

Anfang 1934 bildete sich die „Deutsche Front“, die Mitgliedern aller Parteien — ob rechts oder links — offenstand und die für Rückgliederung an das Reich eintrat. Am 26. August 1934 hatte Adolf Hitler bei einer Treuekundgebung des Reiches auf der Feste Ehrenbreitstein erklärt, daß es nach der Rückkehr der Saar zum Mutterland zwischen Frankreich und Deutschland kein Streitobjekt und keine Territorialfrage mehr gäbe. Nach der Lösung der Saarfrage bestehe kein sichtbarer Grund, daß zwei

große Nationen sich weiter befänden. Dennoch bestand Frankreich auf der Abstimmung; jedoch entspannte sich die Lage etwas, als der neue französische Außenminister Laval einen gewissen Verständigungswillen zu zeigen begann. Zur Vorbereitung der Abstimmung setzte der Völkerbund Mitte 1934 einen Ausschuß ein und ließ im Dezember 1934 zu ihrer Sicherung und Durchführung das Saarland durch eine internationale Polizeitruppe besetzen. In musterhafter Disziplin erfolgte am Sonntag, dem 15. Januar 1935, die Abstimmung. Sie wurde am 15. Januar durch Rundfunk der Welt bekanntgegeben. Von 559 541 Abstimmungsberechtigten hatten für Deutschland 477 119, für Frankreich 2124, für den Status quo 46 515 gestimmt. Außerdem waren 2249 Stimmen ungültig.

Damit hatten sich 90,7 % aller abgegebenen Stimmen für Deutschland entschieden. Nach 16 Jahren darf die Saar endlich wieder zur Heimat zurückkehren.

Mit diesem Ereignis beschließen wir unsere Chronologie der Nachkriegszeit.

Chronologie der deutschen Reichskanzler von Bismarck bis Adolf Hitler

Fürst Bismarck	vom 21. März 1871	bis 18. März 1890
Graf v. Caprivi	„ 20. März 1890	„ 26. Oktober 1894
Fürst Hohenlohe	„ 29. Oktober 1894	„ 17. Oktober 1900
Fürst Bülow	„ 17. Oktober 1900	„ 14. Juli 1909
v. Bethmann Hollweg	„ 14. Juli 1909	„ 14. Juli 1917
Michaelis	„ 14. Juli 1917	„ 1. November 1917
Graf Hertling	„ 1. November 1917	„ 5. Oktober 1918
Prinz Max v. Baden	„ 5. Oktober 1918	„ 9. November 1918
Scheidemann	„ 15. Februar 1919	„ 20. Juni 1919
Bauer	„ 21. Juni 1919	„ 26. März 1920
Müller	„ 27. März 1920	„ 8. Juni 1920
Fehrenbach	„ 21. Juni 1920	„ 4. Mai 1921
Wirth	„ 10. Mai 1921	„ 14. November 1922
Cuno	„ 22. November 1922	„ 12. August 1923
Stresemann	„ 15. August 1923	„ 23. November 1923
Marx	„ 30. November 1923	„ 15. Dezember 1924
Luther	„ 15. Januar 1925	„ 12. Mai 1926
Marx	„ 17. Mai 1926	„ 12. Juni 1928
Müller	„ 29. Juni 1928	„ 27. März 1930
Brüning	„ 30. März 1930	„ 30. Mai 1932
v. Papen	„ 1. Juni 1932	„ 17. November 1932
v. Schleicher	„ 4. Dezember 1932	„ 28. Januar 1933
Adolf Hitler	„ seit 30. Januar 1933	1935



Oktober

247 Der Mord von Marseille. Alexander und Barthou wenige Minuten vor dem Attentat. Die französische Außenpolitik war besetzt, die Beziehungen zwischen der Kleinen Entente und Frankreich enger zu gestalten. Aus diesem Anlaß wollte Alexander von Jugoslawien am 9. Oktober 1934 einen Staatsbesuch in Frankreich machen. Unmittelbar nach der Landung wurden er und der französische Außenminister Barthou durch ein Revolverattentat getötet.



Oktober

248 Ehrung des Handwerks. Eine Abordnung der Schornsteinfeger am 22. Oktober 1934 im alljährlichen Festzug der Berliner Handwerker. Schon wenige Monate nach der Machtübernahme wurde die „nördliche Gliederung“ in Angriff genommen. So wurden die deutschen Handwerker im „Reichsverband des deutschen Handwerkes“ zusammengeführt, dessen Gründung am 3. Mai 1933 erfolgte. Reichsführer dieser Organisation wurde Dr. v. Renteln.



November

249 Hunde im Dienste der Winterhilfe. Eine Reichswehrabteilung mit ihren Meldehunden bei einer Straßensammlung. Noch nie in der Geschichte aller Staaten ist in so großartiger Weise für die Armen der Armen eines Volkes gesorgt worden wie durch das von Reichsminister Dr. Goebbels organisierte deutsche Winterhilfswerk. Alles wird zur Linderung der Not herangezogen, und jeder Deutsche hilft in seiner Art freiwillig mit, das namenlose Elend zu mildern.



November

250 Förderung der Eheschließungen in Deutschland. Eine Massentrauung von SA-Leuten in einer Kirche in Berlin. Eine nicht unwesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes hatte das Gesetz zur Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft (12. Mai 1933) zur Folge, das eine Ergänzung durch das Gesetz über Gewährung von Ehestanddarlehen erfuhr. Auch dem Geburtenrückgang wurde endlich Einhalt geboten.



Dezember

251 Das Saargebiet unter Verwaltung des Völkerbundes. Englische Polizeitruppen vor der Abstimmung im Dezember 1934 beim Einmarsch in Saarbrücken. Durch den Versailler Vertrag wurde das Saargebiet von Deutschland abgetrennt und seine Verwaltung dem Völkerbund übertragen. Nach 13 Jahren sollte sich die Bevölkerung für die Fortdauer dieses Zustandes (Status quo), Angliederung an Frankreich oder Rückkehr nach Deutschland entscheiden.



Januar 1935

252 „Deutsch ist die Saart“ Mitglieder der neutralen Abstimmungskommission nach der Wahlschlacht. Durch die Zollunion mit Frankreich, Einführung der Frankenvährung und 16jährige Besetzung stand das Saargebiet unter starkem französischen Einfluß. Trotzdem hielt die Bevölkerung treu zu Deutschland und gab ihrer unerschütterlichen Gesinnung Ausdruck, indem sie sich am 13. Januar 1935 mit 90,7% Stimmen für Deutschland entschied.



BLB Karlsruhe



45 69640 4 031

